

"Marxismus ist nicht keine Utopie, sondern er ist das Novum einer prozeßhaft-konkreten Utopie. Mit dieser ist die bloße einsame Träumerei und jeder Rest ihrer Zweiweltentheorie ausgeschieden, doch desto unverwechselbarer erscheint das Recht des soliden Traums, desto schlagkräftiger geriet sein getaner, arbeitet sein künftiger Umgang in der Wirklichkeit.

Sich ins Rechte denken, dieser Wille kann und soll wirken. Der solide Traum schließt sich tätig an das an, was geschichtlich fällig und in mehr oder minder verhindertem Gang ist. Konkreter Utopie kommt es also darauf an, den Traum von ihrer Sache, der in der geschichtlichen Bewegung selbst steckt, genau zu verstehen. Es kommt ihr, als einer mit dem Prozeß vermittelten, darauf an, die Formen und Inhalte zu entbinden, die sich im Schoß der gegenwärtigen Gesellschaft bereits entwickelt haben."

Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung, Berlin 1947, S. 211



Nr. 10, Juni 1992

König/Leisewitz/Ruf

**Akkumulation, Fluchtproblem,
Öko-Imperialismus, Weltmachtambitionen**

Spehr/Roig

**Zivilisation, Barbarentum, multikulturelle
Weltgesellschaft**

Dolata/Huffschmid/Goldberg

Stamokap- und Imperialismus-Kritik

Reusch/Jung

Neues Denken, Realsozialismus, Moderne

Heiseler/Miehe

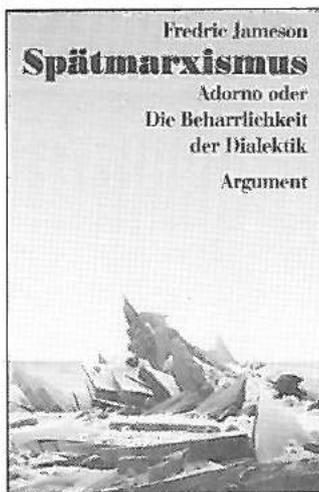
Subjektive Vergesellschaftung

Tjaden

**Produktives Potential und kapitalistische
Ökonomie**

Collmer

Aktualität Adornos und Sohn-Rethels



Fredric Jameson

Spätmarxismus

Aus dem Amerikanischen
von Michael Haupt

320 S., br., DM 34,—

›Die philosophisch ausgefeilteste Studie über Adorno, die bisher in englischer Sprache erschienen ist.‹

Michael Ferber in *The Nation*

Fredric Jameson ist hierzulande vor allem durch seine Beiträge zur Ästhetik der Postmoderne und zu einer marxistisch inspirierten Literaturwissenschaft bekannt geworden, deren souveräner Umgang mit Texten und Methoden dem Traditionalismus ebenso abhold ist wie postmodernen Dekonstruktionsverfahren. In den USA, wo sein Werk breit diskutiert wird, gilt er längst als Klassiker einer politisch orientierten ästhetischen Theorie.

Umso mehr dürfen wir gespannt sein, wenn Jameson in seiner jüngsten Studie sich mit einem Denker auseinandersetzt, der wie kein zweiter die politische, philosophische und ästhetische Diskussion der westdeutschen Nachkriegsperiode beeinflusst hat — nämlich Theodor W. Adorno (1903–1969).

Für Jameson ist Adorno der systematische Kritiker der spätkapitalistischen Gesellschaft, dessen Dialektik ein Modell für den weltweit expandierenden Kapitalismus der 90er Jahre sein kann. Adorno nämlich hat sich mit den symbolischen und materiellen Produktionsprozessen der Warengesellschaft nicht arrangiert, sondern sie zum struktiven Moment des Zusammenhangs zwischen Einzelfem und Allgemeinem, zwischen individuellen und gesellschaftlichen Formen gemacht. Wie er dabei verfährt und auf welche Weise seine Einsichten für die *condition postmoderne* nutzbar zu machen sind, zeigt Jameson in einer brillanten Auseinandersetzung mit den großen Werken aus Adornos zweiter Schaffensperiode: den *Minima Moralia*, der *Dialektik der Aufklärung*, vor allem aber in der Interpretation der *Negativen Dialektik* und der *Ästhetischen Theorie*.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
3. Jahrgang
Heft 10 (Juni 1992)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e. V. (Wiesbaden)

und

Harry von Bargen, Joachim Bischoff,
Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf
Cless, Monika Domke, Rainer Einenkel,
Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef
Schleifstein, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra
Wagner, Harald Werner, Dietmar
Wittich

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von
Heiseler, Heinz Jung

4 Editorial

Das 500jährige Reich

- 6** *Claus Dieter König:*
Die Dynamik des Kapitalismus und das globale Fluchtproblem
- 17** *Werner Ruf:*
Deutschlands neue Rolle in der Welt
- 25** *André Leisewitz:*
Ökologischer Imperialismus (II)
Globale Umweltprobleme und Umweltpolitik - Bestandsaufnahme im Vorfeld von Rio
- 39** *Christoph Spehr:*
"Westliche" Kultur und "multikulturelle" Weltgesellschaft
- 49** *Arturo A. Roig:*
Die Kategorien "Zivilisation" und "Barbarentum" in Argentinien im Laufe von eineinhalb Jahrhunderten
Übersetzung, Bearbeitung und Einführung von Hartwig Zander

Konzeptionen von gestern in der Kritik von heute

- 61** *Ulrich Dolata/Jörg Huffschild:*
Deterministische Phasentheorie und unterkomplexes Verflechtungsmodell?
Überlegungen zur weiteren Handhabung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- 77** *Jörg Goldberg:*
Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff?
- 88** *Jürgen Reusch:*
Das Neue Denken
Rückblick auf ein historisches Intermezzo
- 101** *Heinz Jung*
Der Realsozialismus - die unterlegene Moderne
- 118** *Johannes Henrich von Heiseler:*
Subjektive Vergesellschaftung
- 122** *Jörg Miehe:*
Krise des Marxismus und subjektive Vergesellschaftung
- 138** *Thomas Collmer:*
Das 'falsche Ganze' und die Totalisierung der Wertform
Zur Aktualität Adornos und Sohn-Rethels

- 155** *Karl Hermann Tjaden:*
Produktives Potential und reale Kosten und Effekte kapitalistischer Ökonomie
Bericht über zwei Forschungsberichte

Diskussion, Kritik

- 164** *Hermann Jacobs:*
Wie wär's mit mono"terisch"? - Zum Marx-Konzept von Wolfgang Jahn
- 167** *Werner Ruf*
Golfkrieg und deutsche Linke
Zur Rezension des Bandes "Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung" in Z 9 von Klaus D. Fischer

Berichte

- 170** *Vera Affeln/Fritz Krause*
Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung

173 **Buchbesprechungen, Annotationen:**

- 500 Jahre Kolonialismus (Rätz)
Türkei: Subalterne Ökonomie (Jung)
Trümmerhaufen (v. Heiseler)
Keiner redet vom Sozialismus - aber wir (Krause)
Politische Utopien (Jung)
Antiutopischer Realismus (Jung)
Politische Ökonomie des DDR-Anschlusses (Jung)
Beiträge zur Marx-Engels-Forschung - Neue Folge (Böke)
Verfassungsdiskussion (Elb)
Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg (Krause)

24 Impressum

87 Vorschau

207 AutorInnen

205 Erratum

Editorial

Z 10 war mit dem Schwerpunkt "Barbarei in der Zivilisation" angekündigt. Leider sah sich die Arbeitsgruppe, die diesen Schwerpunkt übernommen hatte, außerstande, diesen Termin zu halten. Wir haben nun dafür Z 13, März 1993, vereinbart.

Aus diesem Grund mußten wir kurzfristig umdisponieren. Der Schwerpunkt dominiert deshalb auch nicht diese Nummer. Wir haben uns für das Thema entschieden "Das 500jährige Reich" und möchten damit nicht zuletzt unsere Solidarität mit der Kampagne ausdrücken, die die 500. Wiederkehr der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus zum Anlaß genommen hat, an die damit beginnende Eroberung, Unterdrückung und Kolonialisierung der Völker Amerikas zu erinnern - eine Geschichte, die in anderen Formen bis heute fort dauert.

Unter diesem Thema sind Beiträge zusammengefaßt, die Gesichtspunkte der heute durch den Imperialismus beherrschten Welt behandeln. Sie betreffen den Öko-Imperialismus, die Akkumulation des Kapitals und die globalen Flucht- und Immigrationsbewegungen, die neuen weltpolitischen Ambitionen des neuen Deutschland, das Feld, auf dem sich vor allem der Antiimperialismus der deutschen Linken zu bewähren haben wird, das Verhältnis von "westlicher" Kultur und multikultureller Weltgesellschaft und schließlich auch den Essay unseres argentinischen Autors über die Bedeutung der Kategorien "Zivilisation" und "Barbarei" in den Orientierungsdebatten der Intelligenz seines Landes.

Unser zweiter Schwerpunkt trägt den Titel "Konzeptionen von gestern in der Kritik von heute". Die Beiträge setzen sich auseinander mit der Stomokap-Theorie, wie sie vor allem im Umfeld des IMSF vertreten worden war, mit dem Imperialismusbegriff Lenins, dem "neuen Denken" und dem Realsozialismus als Typus der unbewältigten Probleme einer neuen Stufe der Moderne. Die beiden letzteren Beiträge setzen durchaus unterschiedliche und gegensätzliche Akzente in der Beurteilung des "neuen Denkens" und des Realsozialismus.

Die beiden folgenden Beiträge behandeln Fragen der subjektiven Vergesellschaftung und entstammen einer Arbeitsgruppendifkussion. Als "Glanzlicht" dieser Z-Ausgabe, das nicht nur für Philosophen von Interesse sein dürfte, kann vielleicht der Aufsatz über die Bedeutung von Adorno und Sohn-Rethel für ein zeitgenössisches dialektisches und antikapitalistisches Denken gelten. Die Vorstellung von zwei neuen Forschungsberichten zur Analyse und zur Entwicklung neuer Ansätze der Aufarbeitung der Beziehung zwischen kapitalistischer Produktion und Umweltproblemen beschließt den Hauptteil dieser Z-Ausgabe.

Unsere Rubrik "Diskussion/Kritik" enthält eine Intervention zu einem Beitrag von Wolfgang Jahn in Z 7 und die Replik auf eine Rezension von Klaus D. Fischer in Z 9. Berichtet wird über die gemeinsame Konferenz von IMSF, Z, Sozialismus und Utopie kreativ im März 1992. Der Rezensionsteil präsentiert wieder ein breites Spektrum von Titeln, die unsere Leser interessieren und für die wissenschaftliche und politische Arbeit von Bedeutung sein könnten.

Z 11 liegt nun schon auf dem Arbeitstisch der AutorInnen und der Redaktion. Sie wird komplett dem Thema "Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik" gewidmet sein und versuchen, vor allem die Probleme und Ansätze einer linken Gewerkschaftspolitik heute herauszuarbeiten. Wir hoffen, daß damit vor allem unsere gewerkschaftlich aktiven und interessierten Leser angesprochen werden. In toto könnte diese Ausgabe, falls sich Zusagen und Planung realisieren, als Beitrag aus der marxistischen Linken zur Strategie- und Programmdiskussion der Gewerkschaften angesehen werden. Vielleicht ist deshalb auch der Gedanke nicht zu weit hergeholt, daß sich für Z 11 Sammelbestellungen lohnen könnten.

Auch die letzte Nummer des 3. Jahrgangs, Z 12, nimmt erste Konturen an. Auch hier haben wir den Schwerpunkt verändert, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß wir in der Lage sein könnten, uns des Themas "Annäherungen an die Ursachen des Zusammenbruchs und Untergangs des Realsozialismus in Europa" anzunehmen und interessante Beiträge vorzulegen.

Bitte auch bei Z 10 nicht vergessen: Nur weitere und neue Abos, Buchhandelsbestellungen, Sammelorders für Einzelausgaben, Kommissionsverkaufsübernahmen, Förderer- und Spendenbeiträge können die Fortsetzung des Projektes Z auch für den 4. Jahrgang (1993) sichern. Bitte auch hier an die berühmte 11. Feuerbach-These von Karl Marx in der aktuellen Z-bezogenen Variante denken: "Es genügt nicht, die Probleme zu erkennen. Es kommt drauf an, Bestellorders auszufüllen."

Claus-Dieter König

Die Dynamik des Kapitalismus und das globale Fluchtproblem

Dieser Beitrag soll Verbindungen der Fluchtursachen mit dem kapitalistisch organisierten Weltmarkt aufzeigen. Die folgende These steht dabei im Mittelpunkt:

Eine Hauptursache der aktuellen Fluchtbewegungen liegt in dem weiterhin ablaufenden Prozeß kapitalistischer Durchdringung gesellschaftlicher Strukturen.

Diese These soll hier wie folgt begründet werden: Der Zusammenhang von wirtschaftlich motivierter Flucht und Durchkapitalisierung wird aufgezeigt. Dazu wird kurz auf die Theorien eingegangen, daß dieser Prozeß der fortlaufenden Durchkapitalisierung gesellschaftlicher Teilbereiche notwendig sei für den Erhalt einer Prosperität in den Industrieländern (damit seien hier die Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft USA, Westeuropa und Japan bezeichnet). Dann nämlich ist Flucht als ein notwendiges Produkt kapitalistischer Entwicklung und des kapitalistischen Weltmarkts zu verstehen.

Dies wird darauf anhand früherer und aktueller Fluchtbewegungen belegt. Dann wird gezeigt, daß auch politisch motivierte Flucht im Zusammenhang mit der Entwicklungslogik des kapitalistischen Weltmarkts verstanden werden muß. Hier sind es die im Rahmen von Durchkapitalisierungsprozessen entstandenen und sich wandelnden staatlichen und regulativen Strukturen, die Flucht verursachen.

Es wird darauffolgend eingegangen auf strukturelle Veränderungen im Wirtschaftssystem der Industrieländer, die ebenfalls als Durchkapitalisierungsprozesse verstanden werden können und zur Verstärkung der internationalen Fluchtbewegungen beitragen.

Der Prozeß der Durchkapitalisierung

Rosa Luxemburg hat in ihrer Schrift "Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" erstmals argumentiert, daß die Ausbeutung nichtkapitalistischer Sektoren eine unabdingbare Voraussetzung für die Akkumulation von Kapital und damit also für die kapitalistische Entwicklung darstellt. Für sie bestehen die Gesellschaften insofern aus einem Geflecht verschiedener Produktionsweisen bei weltwirtschaftlicher Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise.

Diese Argumentation kann, durchaus im Sinne Luxemburgs verfeinert werden mit dem Argument, daß die Ausbeutung nichtkapitalistischer Produktionsweisen immer eine Strukturveränderung in Richtung kapitalistischer Produktionsweise zur Folge haben muß. Dieser Prozeß soll hier Durchkapitalisierung heißen. Die kapitalistische Entwicklung setzt das fortlaufende Auftreten von Schüben der Durchkapitalisierung voraus, die eine Produktionsweise und damit auch eine Region stärker in den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszusammenhang integriert.

Daß diese Einblicke von Luxemburg auch heute noch aktuell sind, zeigt z.B. die empirische und theoretische Analyse der langfristigen Boomphase von 1875 bis 1913 sowie in den 1950er Jahren durch Burkart Lutz. Er führt beide Boomphasen auf Prozesse der Durchkapitalisierung zurück. Die erste Boomphase, ganz im Sinne Luxemburgs, auf einen neuen Schritt der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise in der "Dritten Welt". Die zweite begründet er mit einer "inneren Landnahme", d.h. der kapitalistischen Durchdringung des Reproduktionssektors der Industrieländer.

Inzwischen ist die kapitalistische Produktionsweise zur global bestimmenden geworden, so daß in allen Ecken der Welt Prozesse der Durchkapitalisierung stattfinden. Sie bedeuten immer die Durchsetzung von Lohnarbeitsverhältnissen, in denen Arbeitskraft zur Ware wird. Dabei werden die zuvor vorhandenen Strukturen im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise gewendet. Sie werden in ihrer alten Form zerstört, aber nicht ersetzt durch eine kapitalistische Einheitsstruktur. Im Gegenteil: Durchkapitalisierung ist nie ein totaler Prozeß, sie ist immer nur partiell. Die kapitalistische Produktionsweise besteht immer parallel und in Verknüpfung zu nichtkapitalistischen Produktionsweisen. (s. auch Altvater S. 71)

Ein Durchkapitalisierungsschub zerstört die bisherige Verknüpfung zwischen kapitalistischer und nichtkapitalistischen Produktionsweisen zugunsten einer neuen Verknüpfung, die ein Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise beinhaltet. In diesem Prozeß werden Menschen aus ihren bisherigen gesellschaftlichen Zusammenhängen gerissen. Ein Durchkapitalisierungsschub bedeutet nämlich immer die selektive Inwertsetzung der regionalen Ressourcen und Produkte. U.a. werden bisherige produktive Beiträge zur gesellschaftlichen Reproduktion in der Region entwertet. In diesem Prozeß wird die Existenzgrundlage vieler Menschen in der Region zerstört. (Elsenhans S. 24; Altvater S. 133ff.; Sassen S. 233)

Die Existenzgrundlage der Menschen wird oft nicht nur bezüglich ihrer Position in der Gesellschaft, sondern auch stofflich zerstört. Mit der zunehmenden Umweltzerstörung vor allem in der "Dritten Welt" und dem labilen globalen ökologischen Zustand ist mit einem starken Anwachsen ökologisch bedingter Entwurzelung und Flucht zu rechnen.

Das folgende Beispiel illustriert einen solchen Durchkapitalisierungsprozeß: (vgl. Sassen S. 233f.)

In der exportorientierten Produktion von elektrischen Geräten, Textilien, Kleidung und Spielzeugen in Südostasien und im karibischen Becken spielt die massenhafte Rekrutierung von Frauen eine besondere Rolle. Sie werden von VertreterInnen der Unternehmen direkt in den Dörfern und ländlichen Schulen rekrutiert. Grund dafür sind die geringeren Kosten der weiblichen Arbeitskraft, also der höhere Grad an Ausbeutung, den die Gesellschaft gegenüber Frauen akzeptiert. Aber auch darüberhinaus wird die Unterdrückung der Frauen ausgenutzt: Junge Frauen gelten als besonders disziplinierte und gehorsame Arbeitskräfte, die sich bereitwillig unmenschlichsten Arbeitsbedingungen unterwerfen und dabei Höchstleistungen in Anstrengung und Präzision vollbringen.

Nach kurzer Beschäftigungsdauer werden die Frauen entlassen. Oft sind sie nach drei bis fünf Jahren körperlich nicht mehr zu den verlangten Arbeiten fähig, nachdem sie z.B. durch die Montage von Teilen unter dem Mikroskop an schwindender Sehkraft und Kopfschmerzen leiden.

Gerade die massenhafte Rekrutierung von Frauen zersetzt die traditionellen und nichtkapitalistischen, unbezahlten Arbeitsstrukturen, da diese maßgeblich auf den Arbeitsleistungen von Frauen beruhen. Ein Zurück in die traditionellen Strukturen gibt es für die nach wenigen Jahren wieder aus der Exportproduktion freigesetzten Frauen nicht. Flucht erscheint als ein Ausweg aus der Ausweglosigkeit.

Die Zerstörung von bisher ihr Leben sichernden gesellschaftlichen Strukturen und Produktionsweisen, die damit einsetzende Entwurzelung bildet weltweit die Hauptursache von Flucht. Dabei bildet nicht nur der durch die Durchkapitalisierung gegebene Prozeß der Inwertsetzung gesellschaftlicher Teilbereiche eine Ursache von Entwurzelung. Gesellschaftliche Teilbereiche werden auch immer wieder aus dem Zusammenhang der kapitalistischen Integration herausgelöst. Ein in der "Dritten Welt" nicht unüblicher Prozeß. Solche Außerwertsetzungsprozesse betreffen vor allem Regionen, die einseitig auf die Herstellung eines bestimmten Rohstoffes für den Weltmarkt ausgerichtet sind. Wenn der Rohstoff ausgebeutet ist oder aus Gründen technologischer Fortentwicklung nicht mehr benötigt wird, verarmt diese Region. Die auf den Weltmarkt ausgerichteten, im Prozeß der Durchkapitalisierung entstandenen Produktionsstrukturen gehen ein, Arbeitskräfte werden freigesetzt usw. (Altvater S. 184f.)

Es gibt dann dennoch keinen Weg mehr zurück zu den vor der Inwertsetzung bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Eine geschichtliche Entwicklung läßt sich nicht umkehren. Die Region bleibt abhängig von Produkten des Weltmarkts und bleibt insofern Teil des Weltmarkts, kann aber nichts mehr liefern, was auf dem Weltmarkt nachgefragt ist. Folglich müssen die Betroffenen Strategien suchen, die eine erneute Inwertsetzung der Region möglich machen. Dies geschieht derzeit oft auf Kosten der Umwelt. Das Ausliefern einer Region an Umweltzerstörungen und -bedro-

hungen, die woanders politisch nicht durchsetzbar wären, wird zum entscheidenden Faktor für eine erneute Inwertsetzung der Region.

Aktuelle Fluchtbewegungen und Perspektiven

Die "Entwicklungsdekade" der sechziger Jahre führte zur Modernisierung und kapitalistischen Durchdringung der Agrarproduktion ("Grüne Revolution"). Die Bevölkerung wurde dadurch vom Land vertrieben und siedelte in die Städte um. Die vermeintliche Ähnlichkeit dieser Vorgänge mit denen der industriellen Revolution in Europa ließ WirtschaftstheoretikerInnen vermuten, daß diese Länder nur die Modernisierung nachzuholen haben, um ihre "Unter"entwicklung zu beenden. (medico international S. 102)

Dies erwies sich jedoch als Trugschluß. Da diesen Ländern infolge der Kolonialisierung seit über 500 Jahren Ressourcen und Kapital entzogen werden und ihre Gesellschaftsstrukturen zerstört wurden, konnte keine eigenständige Kapitalakkumulation stattfinden. Kapitalakkumulation, das heißt die Ansammlung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, ist jedoch Voraussetzung für kapitalistische Entwicklung.

Bis in die frühen Siebziger fand eine Arbeitskräfteimmigration in die westlichen Industriestaaten statt. Ab ca. 1975 verlagerte sich die Arbeitsmigration in die Staaten der OPEC, die ihre Devisen in Großprojekten zum Aufbau einer eigenen Industrie verausgabte. (ebd.) Die westlichen Industrieländer stoppten die Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen auf dem Hintergrund der in ihnen entstehenden Massenarbeitslosigkeit.

Angeleitet durch die Modernisierungstheorien nehmen Staaten der "Dritten-Welt" in den späten siebziger Jahren Kredite auf, um eine Industrialisierung zu finanzieren. Da zur Rückzahlung der aufgenommenen Kredite Devisen erwirtschaftet werden mußten, sahen alle Industrialisierungsmodelle (auch die mit dem Paradigma der Importsubstitution) eine Produktion für den Export vor.

Schwerpunkt der Exportindustrialisierung werden die südostasiatischen Staaten. Hier verbinden sich gute Anlagemöglichkeiten, große Bevölkerungsdichte und damit ein großes Arbeitsangebot mit reaktionären Regierungen, die gewerkschaftliche und demokratische Kräfte unterdrücken. Ein zweiter Schwerpunkt ist Lateinamerika. Die Zersetzung traditioneller Strukturen im Rahmen der exportorientierten Produktion ist bereits oben beschrieben worden.

Das weitere Vordringen transnationaler Agrokonzerne und mit ihnen die Industrialisierung der Landwirtschaft führt zu einer weiteren Vertreibung der Landbevölkerung (Mexico, Brasilien, Sahel-Zone). (medico international S. 102)

Mittel der Landvertreibung sind oft sogenannte "Wehrdörfer". Dies sind Orte, in denen PlantagenarbeiterInnen zusammengefaßt sind und zur Abwendung von Aufständen der Vertriebenen bewaffnet werden. Wenn die Plantagenarbeiter aus anderen ethnischen Regionen angeworben wurden, entladen sich diese materiellen Konflikte entlang ethnischer Linien. Nationale Befreiungs- und Guerillabewegungen sind oft Produkte der Gegenwehr gegen den Krieg gegen die Landbevölkerung. (medico international S. 104)

Die achtziger Jahre werden zu einem für die "Dritte Welt" verlorenen Jahrzehnt. Sie sind geprägt durch die Verschuldungskrise. Die Staaten der "Dritten Welt" reagieren, meist unter Zwang durch den IWF, mit staatlichen Austeritätsprogrammen und stärkerer Exportorientierung. Interne politische und wirtschaftliche Konflikte, die sich z.T. als ethnische Konflikte darstellen, werden dadurch verschärft. Folglich wird für die neunziger Jahre mit einem Wachstum der weltweiten Fluchtbewegungen gerechnet. medico international spricht sogar von einer neuen internationalen Völkerwanderung. (S. 100) Die meisten Flüchtenden sind aufgrund der Zerstörung ihrer heimatlichen ökonomischen und sozialen Lebensgrundlage zur Flucht gezwungen. Sie werden Opfer von Durchkapitalisierungsprozessen in der landwirtschaftlichen Produktion oder durch die exportorientierte Industrialisierung.

Mit der Weiterentwicklung der Gentechnologie ist mit einer weiteren Zentralisierung und Subsumtion der Landwirtschaft unter den kapitalistischen Produktionsprozeß in der "Dritten Welt" zu rechnen. Im Zusammenwirken mit der Biotechnologie werden auch z.B. durch Fermentation mit gentechnisch erzeugten Bakterien viele bisher in der "Dritten Welt" landwirtschaftlich erzeugten Rohstoffe ersetzt werden können.

Eine Chance zum Aufbau einer auf den regionalen Bedarf ausgerichteten, dezentralen landwirtschaftlichen Struktur gibt es nicht, da "Dritte-Welt"-Länder unter ihrer Schuldenlast ständig zum Export landwirtschaftlicher Produkte gezwungen werden. Der Nachfragerückgang durch die Substituierbarkeit macht sich dann in einem weiteren Preisverfall bemerkbar.

Es ist also weiterhin damit zu rechnen, daß in der "Dritten Welt" die Landbevölkerung zu Flüchtlingen wird. Dabei ist meist zu beobachten, daß sich ihre Flucht zunächst auf die Großstädte im eigenen Land richtet.

Auf dem Hintergrund der Verschuldung und der weltweiten strukturellen Wirtschaftskrise kann mit dem eigenständigen Aufbau einer binnenmarktorientierten industriellen Struktur, mit der Verstärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit oder ähnlichen, auf Stärkung der eigenen Position in der Weltwirtschaft orientierenden wirtschaftlichen Strategien in der "Dritten Welt" nicht gerechnet werden. Wenige, jedoch nicht in der Strategie verallgemeinerbare Ausnahmen sollen nicht ausgeschlossen werden, erscheinen aber angesichts der desolaten Situation unwahrscheinlich. (Boris S. 60, König S. 80)

Die derzeit angewandten Strategien zum Management der Verschuldungskrise propagieren weiterhin die Exportorientierung. Sofern eine exportorientierte Industrialisierung stattfindet, wird sie Entwurzelungen im Rahmen von Durchkapitalisierungsprozessen mit sich bringen, wie es oben beschrieben war.

Es ist aber zu erwarten, daß die Masse der Entwicklungsländer zunehmend vom Weltmarkt abgekoppelt wird, also mit Prozessen der Außerwertung zu kämpfen hat. Gründe dafür sind die strukturelle Krise der Weltwirtschaft, aus der noch kein Ausweg ersichtlich ist (König S. 79), die zunehmende ökonomische Blockbildung und der wachsende Protektionismus durch die Industrieländer, die Fortdauer der Schuldenkrise und die Konkurrenz durch die ehemals realsozialistischen Staaten, die sich als periphere Staaten in den Weltmarkt eingliedern, jedoch gegenüber Staaten der "Dritten Welt" Vorteile in Infrastruktur und Ausbildungsniveau zu bieten haben (Boris S. 62ff.). Auch dies unterstützt die These, daß umfangreiche weltweite Fluchtbewegungen die neunziger Jahre prägen werden.

Diese Fluchtbewegungen werden sich jedoch maßgeblich auf die "Dritte Welt" beschränken. Das liegt maßgeblich daran, daß Staaten der "Dritten Welt" nicht die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine wirksame Ausgrenzung besitzen, wie diese die Industrieländer haben und verstärkt nutzen werden. Aufgrund beschränkter sozialer und politischer Rechte werden die Flüchtenden in vielen Zielländern extremer Ausbeutung unterworfen werden. (Zolberg S. 203)

Politisch motivierte Flucht

Um die Verbindung der aktuellen Prozesse von Durchkapitalisierung mit politischen Fluchtmotivationen zu zeigen, bieten sich in der Regulationsschule und deren Einbettung in eine Theorie gesellschaftlicher und kapitalistischer Entwicklung im Rahmen der "Fordismus-Postfordismus"-Diskussion zentrale Ansätze. Es war oben festgestellt worden, daß derzeit Gesellschaften sich durch das Miteinander verschiedener Produktionsweisen auszeichnen. Die jeweilige Struktur, wie verschiedene Produktionsweisen miteinander verknüpft sind, können wir als jeweils spezifische Akkumulationsweise bezeichnen. (Cox S. 398f.)

Eine bestimmte Akkumulationsweise muß immer im Zusammenhang mit ihrer Regulation gesehen werden. Eine Regulationsweise ist "die Gesamtheit der Mechanismen, die die Anpassung der widersprüchlichen und konfliktorischen Verhaltensweisen der Individuen an die kollektiven Prinzipien eines Akkumulationsregimes realisieren." (Lipietz S. 16, übers. CDK)

Der Staat bildet das Zentrum der gesellschaftlichen Regulation. Der Begriff der Regulation geht aber weit über die Staatsfunktionen hinaus. Akteure der Regulation sind z.B. auch die Religionsgemeinschaften, Interes-

senverbände, Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen. Eine Regulationsweise ist auch kein festgefügtes Gesetzbuch einzuhalten der Regeln, sondern ein sich wandelndes und umkämpftes Terrain politischer Auseinandersetzungen über die Formen der Regulation. (Hirsch S. 57ff.)

Wenn ein Prozeß der Durchkapitalisierung, wie oben beschrieben, die Akkumulationsweise grundlegend verändert, muß sich dies auch auf die institutionellen Formen, Netze expliziter und impliziter Normen der Regulation auswirken. Ein Schub der Durchkapitalisierung bedarf politischer und kultureller Auseinandersetzungen und Machtverschiebungen auf der Ebene der Regulation. Diese Auseinandersetzungen äußern sich als politische und kulturelle Kämpfe. Sie werden geführt mit Mitteln der strukturellen und physischen Gewalt, der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen oder Einzelnen, die sich gegen die Veränderungen stellen oder die Veränderungen zu weit treiben wollen. Daraus ergeben sich Momente für politisch motivierte Flucht:

Die meisten Staaten dieser Welt sind nachkoloniale Strukturen. Sie entstanden nicht aus einer inneren historischen Dynamik, sondern gingen aus den unter europäischen Kolonialmächten ausgehandelten territorialen Einheiten hervor. Es konnten deswegen in der Regel geringe bis keine kulturellen und ethnischen Deutungsmuster aufgebaut werden, auf denen die Ideologie eines einheitlichen Staatsvolks errichtet werden konnte. Die ideologischen Legitimationsgrundlagen des Staates sind dadurch geschwächt. Hinzu kommt, daß die Ideologie des Nationalismus aus Europa importiert ist. Sie wird in widersprüchlicher Form auf "traditionelle" gesellschaftliche und ethnische Strukturen sowie auf nationale Staatsgebilde angewendet. (Ibrahim S. 44ff.)

Zur Logik der politischen Organisationsform des Nationalstaates gehören territoriale Sicherung sowie politische Hegemoniesicherung. Aus den Widersprüchen, die diese Logik nicht nur in der "Dritten Welt" erzeugt, erwachsen Motivationen zu politischer Flucht im Rahmen von "separatistischen Bestrebungen", sogenannten "ethnischen Konflikten" und Auseinandersetzungen um politische Hegemonie. (Altwater S. 75ff.)

Territoriale Sicherung bedeutet die Wahrung der Einheit des Staatsgebiets. Verlust von Staatsgebiet oder Autonomieregelungen bedeuten immer eine politische Schwächung der Zentralgewalt, Verlust der zentralen Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen, von Raum zur wirtschaftlichen Entwicklung und von internationalem Gewicht. Weltweit werden "separatistische Bestrebungen" von der Staatsgewalt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft.

"Die Ethnizität ist nicht nur eine Projektion oder Wiederbelebung traditioneller Bindungen, sondern ein neues soziales Konstrukt, das als organisatorische Ressource in Kämpfen um die Zuweisung von Mitteln und Macht eingesetzt wird." (Zolberg S. 208)

In diesem Sinne sind "ethnische Konflikte" zu verstehen. Der Nationalstaat als legitimes Zentrum von Macht und Mittelzuweisung wird zwangsläufig zum Zentrum der Auseinandersetzungen. War es während der expandierenden "Entwicklungsepoche" der 70er Jahre noch möglich, daß aus einer gemeinsamen Regierungszusammenarbeit verschiedener ethnisch legitimer Gruppierungen jede davon einen beträchtlichen Nutzen zog, so spitzen sich ethnisch begründete Konflikte zu angesichts der durch die Verschuldung bedingten Austeritätsprogramme und der weltweiten ökonomischen Krise. (Ibrahim S. 48, Zolberg S. 209)

Die Ausgrenzung ethnisch formierter Gruppen von Macht und Mittelzuweisung, oft gezieltes Fernhalten von Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung von einer Region bis hin zu deren wirtschaftlicher Ausbeutung zugunsten anderer Regionen, führt zur Formierung von Befreiungsbewegungen, die wiederum die territoriale Einheit des Nationalstaates gefährden (s.o., Ibrahim S. 48). (Ein Beispiel lieferte hier der nigerianische Sezessionskrieg um die Gründung des Staates Biafra.)

Hegemoniesicherung kann aber auch andere politische Formen annehmen. Zum Prinzip der Hegemoniesicherung "...gehört das gesamte Arsenal der staatlichen Eingriffe in Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts, in die Klassenstrukturen (einschließlich des Verhältnisses von Profit, Lohn und Zins), in die technologische Ausstattung einer nationalen Ökonomie, die Ausgestaltung des administrativen Apparates, die Vermittlung von Interessen in den Institutionen des politischen Systems, das System der Bildung, Sozialisation, Enkulturation der heranwachsenden Bevölkerung etc. Steuerungsgrößen der staatlichen Intervention ergeben sich aus den Funktionen des Staatsinterventionismus: Ausgeübt werden die Funktionen mit den Mitteln der Macht und des Rechts, der Ideologie und des Geldes." (Altwater S. 91)

"Mittel der Macht" beinhalten staatliche Gewaltmaßnahmen, die sich gegen jene richten, die ein bestehendes Hegemonialmodell gefährden, indem sie z.B. sozialen Bewegungen angehören. Gerade politische Systeme, die nicht die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch und materiell in ihre hegemoniale Struktur einbinden können, bedürfen staatlicher Gewalt zur Sicherung der Stabilität der staatlichen Strukturen. Das Militär oder paramilitärische Strukturen übernehmen offen oder hinter einer parlamentarischen Kulisse die Macht. Gewalt ist aber auch Mittel des Kampfes um die Kontrolle über die Staatsfunktionen.

Die Fähigkeit eines Staates, Gruppen in sein Hegemonialmodell einzubinden, ist unter anderem abhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Masse an möglichen materiellen Zugeständnissen ist bestimmt durch das Sozialprodukt einer nationalen Wirtschaft. Nur auf der Grundlage eines ausreichenden Sozialprodukts und damit eines stabilen wirtschaftlichen Systems ist der Aufbau einer langfristig tragfähigen politischen Hegemonie möglich. (Hirsch S. 76) Die desolate wirtschaftliche

Perspektive, die oben für die "Dritte Welt" gezeichnet wurde, bedeutet demnach eine Unterhöhlung hegemonialer Systeme in Staaten der "Dritten Welt". Explosive politische Konfliktkonstellationen sind damit vorgezeichnet.

Nicht nur die oben gezeichneten Widersprüche und Konflikte, die mit der Logik des Nationalstaates zusammenhängen, bilden potentiell Ursachen für die Flucht Einzelner wie für umfangreiche Fluchtbewegungen. In allen Gesellschaften üben kulturelle und religiöse Institutionen ebenso regulative Funktionen aus, die strukturelle und physische Gewalt bedeuten.

Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in den Industrieländern und Flucht

Die Industrieländer befinden sich in einer Situation des Umbruchs. Strukturelle und organisatorische Veränderungen kennzeichnen ihre wirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehören produktionstechnologische Umbrüche, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Für diesen Beitrag sind insbesondere Entwicklungen der Betriebsorganisation bedeutend, die Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Arbeitskräfte und deren Arbeitsbedingungen haben.

Als Aspekt des Umbruchs ist die Tendenz zu beobachten, daß Unternehmen ihre Belegschaften in feste Stammebelegschaften und variable Randbelegschaften trennen. Die Stammebelegschaften bestehen aus qualifizierten Kräften auf sicheren Stellen, denen innerbetrieblich Perspektiven für eine Karriere geboten werden. Sie werden verantwortlich in die organisatorischen und produktiven Prozesse des Betriebs eingebunden. Ihre Anzahl ist niedrig und bleibt unberührt von Fluktuationen des Auftragsvolumens. (Cox S. 322)

Auf der anderen Seite entstehen Randbelegschaften. Dies sind jeweils nur zeitweise Beschäftigte in nicht abgesicherten, flexiblen Beschäftigungsverhältnissen. Sie stehen bereit, wenn Arbeit anfällt, werden aber in Zeiten, in denen es keine Arbeit für sie gibt, nicht vergütet. (ebd.) Sie sind ein Faktor für die Flexibilisierung betrieblicher Organisation.

Darüber hinaus lagern Betriebe zunehmend Teilprozesse der Produktion oder Dienstleistungen aus in kleine, eigenständige Betriebe. Diese arbeiten nach Auftrag. Oft sind dies Kleinstbetriebe oder Familienbetriebe mit einer geringen Beschäftigtenzahl. Auch diese Betriebe haben Randbelegschaften, die sie je nach Auftragslage aktivieren. (ebd.; Sassen S. 238)

Dieser Trend zu einem sich vergrößernden Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnisse für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte findet sowohl in legalen als auch illegalen Formen statt. Die illegalen Formen haben in allen Industrieländern zugenommen. Sie konstituieren eine eigene Untergrundwirtschaft. (Cox S. 324) Die oben nachvollzogenen Prozesse sind

natürlich national höchst unterschiedlich. Die Möglichkeiten, ein solches peripheres Arbeitskraftreservoir aufzubauen, hängen stark von nationalen Gesetzgebungen ab.

Der periphere Arbeitsmarkt bietet gerade Flüchtenden Möglichkeiten der Existenzsicherung. Oft sind sie durch gesetzliche Maßnahmen gezwungen, illegal zu arbeiten. Sie sind nach einer Flucht auch stärker bereit, zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen tätig zu werden. (Sassen S. 239)

Zwei Beispiele sollen erwähnt werden:

- In den USA gibt es einen ganz neuen Bedarf an peripheren Arbeitskräften in einem wenig qualifizierte Arbeit verlangenden, "herabgestuften" (Sassen) Fertigungssektor und in einem expandierenden Dienstleistungssektor. (Sassen S. 237)

- In Paris hat sich die Textil- und Bekleidungsindustrie insofern umstrukturiert, als die großen Hersteller für den arbeitsintensiven Teil des Produktionsprozesses Verträge mit kleinen Firmen schließen, die ImmigrantInnen beschäftigen und von ImmigrantInnen betrieben werden. (Markovicz S. 270)

Die somit vorhandene Perspektive einer Existenz am Rande der Gesellschaft der Industrieländer macht es für viele potentiell Flüchtende möglich, eine Fluchtperspektive zu entwickeln. Insofern verstärken die peripheren Arbeitsmärkte Fluchtbewegungen.

Voraussetzung für die Formulierung einer Fluchtperspektive sind jedoch Informationen über vermeintliche oder reale Arbeitsmöglichkeiten in den Zielländern. Im Zeitalter der Massenkommunikation stehen jedoch zunehmend Informationskanäle zur Verfügung. Gerade die Investitionstätigkeit von Firmen aus Industrieländern in der "Dritten Welt" trägt zur Entwicklung ökonomischer, kultureller und ideologischer Verbindungen bei. Darüber hinaus verringert der Effekt der "Verwestlichung" bei den aus "traditionellen" Gesellschaftsstrukturen Herausgelösten die Barrieren der Formulierung einer Fluchtperspektive. (Sassen S. 235)

In der Zukunft ist eher mit einer Ausweitung der peripheren Arbeitsmärkte in den Industrieländern zu rechnen, was die These der zunehmenden Fluchtbewegungen zusätzlich unterstützt. Es sind nämlich die Wachstumsbranchen wie High-Tech und Dienstleistungen, die entsprechende arbeitsorganisatorische Innovationen einführen und damit den peripheren Arbeitsmarkt vergrößern. (Sassen S. 239)

Schlußfolgerungen für die Einwanderungspolitik

Es ist die These vertreten worden, daß die kapitalistische Organisation der Produktion und des Weltmarktes zwangsläufig Fluchtprozesse verursachen muß, und zwar in dem Maße, in dem gesellschaftliche Bereiche den Pro-

zessen des Weltmarktes unterworfen werden oder wieder aus ihm desintegriert werden.

Schon aus diesem Grunde ist eine Politik, die Einwanderung begrenzen will in einem Staat wie der Bundesrepublik, die immer noch von ihrer Einbindung in den Weltmarkt als führende Industrienation profitiert, grundsätzlich abzulehnen. Das gilt auch für Quotenregelungen. Keine Beschränkung von Einwanderung kann Bestandteil progressiver Politik sein, denn: "In einer Welt, die durch sehr verschiedene sozioökonomische Bedingungen charakterisiert wird, dienen die Zulassungsbeschränkungen dazu, die weltweite Ungleichheit aufrechtzuerhalten. Einige Ökonomen haben gezeigt, daß die hypothetische Beseitigung der Grenzen das ökonomische Wachstum fördern, aber auch zu einer Angleichung der Bedingungen führen und daher eine ungeheure weltweite Neuverteilung des Einkommens zugunsten der Bevölkerung der ärmeren Länder nach sich ziehen würde." (Zolberg S. 192f.)

Literatur:

- Altwater, Elmar: Sachzwang Weltmarkt. Hamburg 1987.
- Boris, Dieter: Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2. Jahrgang, Heft 6 (Juni 1991). S. 53-72.
- Cox, Robert W.: Production, Power and World Order. New York 1987.
- Elsenhans, Hartmut: Migration und Wirtschaftsentwicklung. Frankfurt/Main, New York 1978.
- Hirsch, Joachim: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990
- Ibrahim, Ferhad: Nationalstaaten, Minderheitenunterdrückung und Entstehung von Flüchtlingsproblemen. Das Beispiel der Kurden. In: Abraham Ashkenasi: Das weltweite Flüchtlingsproblem. Bremen 1988. S. 44-63.
- König, Claus-Dieter: Vor dem Verlust eines weiteren Jahrzehnts. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2. Jahrgang, Heft 6 (Juni 1991). S. 73-80.
- Lipietz, Alain: Choisir l'Audace. Paris 1989.
- Lohrmann, R.: Irregular Migration: A Rising Issue in Developing Countries. In: International Migration, Vol. XXV (1987), S. 253-266.
- Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main, New York 1984.
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke (RLGW), Band 5, Berlin 1975.
- Morokvasic, Mirjana: Die Kehrseite der Mode: Migranten als Flexibilisierungsquelle in der Pariser Bekleidungsproduktion. In: Prokla Heft 83, 21. Jahrgang (1991), Nr. 2. S. 264-284.
- medico international: Thesen zur Weltflüchtlingslage. In: BUKO-Materialien. Elende Schuld - unversschuldetes Elend. Hamburg 1987. S. 100-105.
- Sassen, Saskia: Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan. In: Prokla Heft 83, 21. Jahrgang (1991), Nr. 2. S. 222-248.
- Zolberg, Aristide R.: Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegungen. In: Prokla Heft 83, 21. Jahrgang (1991), Nr. 2. S. 178-188.

Werner Ruf

Deutschlands neue Rolle in der Welt¹

Der Golfkrieg stellt wie kaum ein anderes Ereignis die Zäsur im internationalen System dar, die sich aus dem Ende der Bipolarität ergibt. Mit Fug und Recht darf angenommen werden, daß, wäre die "alte Ordnung" noch intakt gewesen, dieser Krieg nicht geführt worden wäre: Weder hätte im UN-Sicherheitsrat die Selbstbeauftragung der USA mit der Durchführung dieser "Aktion" durchgesetzt werden können, noch wäre das zielstrebige Hinwirken auf einen "Entwaffnungsschlag" des Irak möglich gewesen, da - immer in der alten Ordnung - eine solche Politik die Gefahr der Eskalation zum Konflikt der "Supermächte" impliziert hätte. Und schließlich mag mit Fug und Recht davon ausgegangen werden, daß in einer intakten "alten Ordnung" die Sowjetunion den Irak an der Besetzung Kuwaits gehindert hätte. Die USA wollten diesen Krieg, jetzt war er führbar.²

Betrachtet man die viel beschworene Einigkeit der Anti-Irak-Koalition genauer, so fällt deren Brüchigkeit auf: Jenseits der seltsamen Mischung einer ansonsten heftig zerstrittenen Zahl von arabischen Staaten, die mehr oder weniger symbolische Kontingente entsandten, war auch die scheinbare Einigkeit der Westmächte nur vordergründig gegeben: Frankreich laierte bis zum letzten Augenblick - beginnend mit dem Ende August der UN-Vollversammlung vorgelegten Friedensplan des Präsidenten Mitterrand bis hin zum letzten Vermittlungsvorschlag im UN-Sicherheitsrat am 14. Januar 1991 und gipfelnd schließlich im Rücktritt des Verteidigungsministers Chevènement. Die Bundesrepublik, gebändigt durch ihr Grundgesetz, und Japan beschränkten sich offiziell darauf zu zahlen. So gut wie unbemerkt von der Öffentlichkeit zeigten sich die Brüche auch in der Tatsache, daß die Westeuropäische Union am Golf mit eigenen Marineeinheiten präsent war³, in deren europäischem Stab durchaus auch Offiziere der Bundeswehr tätig gewesen sein könnten. Die WEU zeigte also eigene Flagge, durchaus im Sinne der grundsätzlichen Äußerungen ihres Generalsekretärs Willem van Eekelen, der den Ausbruch der Golfkrise

¹ Dieser Aufsatz ist die überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrags, der unter dem Titel "La Sécurité en Europe" - l'Allemagne après la fin de l'antagonisme bi-polaire" in der Zeitschrift "Echanges" (Nr. 258, Dez. 1991, S. 20-22) erschienen ist.

² S. dazu Clark, Ramsey: Der Krieg war lange geplant; in: Die Dritte Welt Nr. 8/9 1991, S. 39-42, Paech, Norman: Die Vereinten Nationen und ihr Krieg. Vom Umgang mit dem Völkerrecht; in: Ruf, Werner (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung? Münster 1991, S. 62-73; Ruf, Werner: Vom Krieg in die Krise zum Krieg - Der Golfkrieg: Eine bewußte Eskalation? In: ders. (Hrsg.), S. 51-60.

³ S. Ruf, Werner: Aussichten auf die neue Welt-Un-Ordnung; in: ders. (Hrsg.) a.a.O. S. 83-96.

zum Anlaß nahm, eine "militärische Präsenz von Mitgliedsstaaten im Persischen Golf" zu fordern und dabei explizit darauf hinwies, daß die WEU hierzu in der Lage sei, "weil für sie die traditionellen Hindernisse einer out-of-area-Rolle der NATO nicht gelten."⁴ Damit scheint auch endgültig die über ein Jahrzehnt in der NATO geführte out-of-area-Debatte beendet zu sein - zugunsten der Anmeldung weltweiter militärischer Zuständigkeit der WEU, deren Statuten in der Tat keine geographische Begrenzung kennen. Für die real zwischen den US-amerikanischen Verbänden einerseits und den WEU-Marineverbänden andererseits bestehende Rivalität auch auf dem Kriegsschauplatz spricht die Tatsache, daß die USA den letzteren keine Satellitenaufnahmen zur Verfügung stellten, so daß sie "blind schießen mußten."⁵

Erst vor der Analyse dieses Gesamthintergrundes macht die kompromißlose, auf militärische Intervention hinstuernde Politik der USA Sinn: Angesichts des ökonomischen Niedergangs der USA⁶, die durchaus die zentralen Thesen in Paul Kennedys Klassiker "Aufstieg und Fall der großen Mächte" zu bestätigen scheint, erscheint als zentrales Interesse der USA der Wille zur militärischen Kontrolle jener Ressource - des Golföls -, welches nicht für die USA selbst, jedoch zweifelsohne für die Ökonomien Europas und erst recht Japans von vitaler Bedeutung ist.⁷ Die Bundesrepublik Deutschland beschränkte sich im Konflikt offiziell darauf zu bezahlen. Dessen ungeachtet dürfte sie (s. oben) auf Stabebene an der Aktion der WEU-Flotten im Golf beteiligt gewesen sein. Darüber hinaus entsandte sie nach Ende der Kampfhandlungen Minenräumboote in den Golf, so wie bereits 1988 im Rahmen des ersten Golfkriegs Marineeinheiten ins Mittelmeer verlegt wurden. Letzteres hatte damals noch Debatten ausgelöst, mittlerweile wurde die Ausdehnung bundesdeutscher Militärkompetenz - out-of-area - von der Öffentlichkeit bereits kommentarlos hingenommen.

Unmittelbar nach ihrer Gründung hatte die Bundesrepublik Deutschland begonnen, auf die Aufstellung eigener Streitkräfte hinzuwirken. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufgrund des massiven Mißtrauens der französischen Linken gegenüber der Remilitarisierung Deutschlands gelang der Bundesrepublik mit ihrem Beitritt zur NATO der erste Durchbruch im Hinblick auf eine militärpolitische Emanzipation. Indem sie sich als Frontstaat der NATO in Mitteleuropa zum

⁴ van Eekelen, Willem: WEU and Gulf Crisis, in: Survival Bd. XXXII Nr. 6 Nov./Dez. 1990, S. 519f.

⁵ Mündliche Mitteilung eines Vertreters der WEU anlässlich des Besuchs einer Exkursionsgruppe des Fachbereichs 'Gesellschaftswissenschaften' der Gesamthochschule Kassel bei der WEU am 3. Juli 1991.

⁶ S. u.a. Huntington, Samuel P.: America's Changing Strategic Interests, in: Survival, Bd. XXXII Nr. 1 1991, S. 3-19.

⁷ Zu dieser neuen Triade USA, Japan, Europa s. die vorzügliche Analyse von Deppe, Frank: Jenseits der Systemkonkurrenz - Überlegungen zur neuen Weltordnung, insbesondere Kap. 4 "Neue Weltordnungen", Marburg 1991.

verlässlichsten Partner der USA innerhalb des Bündnisses entwickelte, gelang es ihr, die noch vorhandenen Rüstungsbeschränkungen bis auf die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen und Flugzeugträger abzubauen. Dennoch blieb die Bundesrepublik in der Sprache des früheren Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß "wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg" - es fehlte eben die militärpolitische Dimension. Mit dem Aufstieg der Bundesrepublik zur ökonomisch dominanten Macht innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, mit der Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und der Herausbildung der Achse Bonn - Paris verselbständigten sich auch die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik von denen der USA, insbesondere bezüglich der "Sicherung vitaler Interessen" in der sogenannten Dritten Welt. Die Bundesrepublik begann, parallel zur Achse Bonn - Washington gemeinsam mit Frankreich eine eigene militärpolitische Identität zu entwickeln, wobei sie weiterhin ein Zünglein an der Waage spielen konnte, indem sie ihre privilegierten transatlantischen Beziehungen einsetzen konnte, um Frankreich im Sinne einer militärpolitischen Verselbständigung unter Druck zu setzen und umgekehrt.⁸

Einen ersten und relativ wenig beachteten Höhepunkt fand diese Entwicklung im deutsch-französischen Manöver "Kecker Spatz" (frz. moineau hardi) im Herbst 1987, als erstmals deutsche und französische Einheiten gemeinsam - und demonstrativ ohne Beteiligung der NATO - ein Großmanöver durchführten, das dann zur Bildung der deutsch-französischen Brigade in Böblingen als Kern einer deutsch-französischen und möglicherweise später europäischen Truppe führen sollte.⁹

Europäisch-amerikanische Rivalitäten hatten sich längst während der über Jahre erfolglosen GATT-Verhandlungen manifestiert. Frankreich selbst ist aufgrund seiner weltweiten konventionellen militärischen Präsenz und seiner Nuklearrüstung längst an die Grenzen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gelangt. Die Bundesrepublik, die ihren ökonomischen Aufstieg nicht zuletzt der auferlegten militärischen Enthaltsamkeit verdankt, erscheint Frankreich zunehmend als einerseits wirtschaftlich potenter Partner zur Absicherung eines - dann allerdings europäischen - militärpolitischen Instruments, andererseits als bedrohlicher und insbesondere seit Beginn der Brandtschen Ostpolitik nicht immer berechenbarer Partner, der durch eine gemeinsame Militärpolitik eingebunden werden muß. Frankreich steht also haargenau vor dem Dilemma jener EVG-Verträge, die 1954 im französischen Parlament scheiterten, mit dem feinen Unterschied, daß diesmal die Europäisierung von Frankreich selbst betrieben

⁸ S. hierzu Berndt, Michael: Das Eine tun und das Andere nicht lassen, in: Ruf, Werner (Hrsg.) a.a.O. S. 114-129.

⁹ Ruf, Werner: Kecker Spatz - Was nun? Perspektiven der deutsch-französischen Militärkooperation. Militärische Übung oder Ouvertüre für eine neue Politik? In: Lendemanns Nr. 51, 1988, S. 135-147.

wird. Für die Bundesrepublik öffnet sich in der deutsch-französischen Militärkooperation der Weg zur Mitverfügung über die französischen Nukleararsenale.

Der Zusammenbruch der DDR und die darauf folgenden 2 + 4-Verhandlungen (im Sprachgebrauch der Anti-Hitler-Koalition 4 + 2-Verhandlungen), die von der Bundesrepublik mit aller Kraft beschleunigt wurden, führten dann zur (Wieder-)Herstellung der vollen Souveränität des Vereinigten Deutschlands - bei freiwilligem Verzicht Deutschlands auf die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen. Hatten noch die Alliierten - allen voran Großbritannien - vor dem Tempo und den Perspektiven der deutschen Einigung Skepsis und Befürchtungen artikuliert¹⁰, so gab es jetzt Kritik an der militärischen Nicht-Beteiligung der Bundesrepublik am Golfkrieg. Diese Kritik wurde in der Bundesrepublik geschickt aufgegriffen und hochgespielt unter dem Stichwort "wir müssen Verantwortung tragen". Massiv wurde nun die Frage einer Änderung des Grundgesetzes zwecks weltweiten Einsatzes der Bundeswehr ins Gespräch gebracht. Von daher war es nicht zufällig, daß der Bundesminister des Auswärtigen nicht in Bonn oder gar vor dem Parlament, sondern vor den Vereinten Nationen verkündete: "Das vereinte Deutschland wird alle Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Maßnahmen der kollektiven Sicherheit übernehmen, auch mit unseren Streitkräften. Wir wollen dafür unsere Verfassung ändern".¹¹ Kurz zuvor hatte der Bundeskanzler anlässlich der ersten Lesung des Bundeshaushalts 1992 im Deutschen Bundestag am 4. September 1991 bezüglich der europäischen Einigung erklärt: "Die politische Union muß auch klare Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (im Text unterstrichen) schaffen. Dazu gehört für die Zukunft auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Europa muß in diesem Kernbereich der Politik nicht nur mit einer Stimme sprechen, es muß auch gemeinsam entschieden und rasch handeln können. Wie wichtig dies ist, haben wir während des Golfkrieges vor Augen geführt bekommen, das zeigen uns in diesen Tagen der Bürgerkrieg in Jugoslawien und die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion. Nur so kann die europäische Gemeinschaft in Europa und in der Welt auf Dauer jene Rolle wahrnehmen, die ihrem wirtschaftlichen Gewicht und ihrer politischen Verantwortung entspricht ..."

Aber, der Hinweis auf die NATO, deren einflußreiches Mitglied die Bundesrepublik sowohl zum Zweck der Abstützung ihrer Politik gegenüber Frankreich wie auch im Hinblick auf die Einflußnahme auf die Politik der USA bleiben möchte, blieb nicht unerwähnt: "Die Nordatlantische Allianz

¹⁰ Am 24. März 1990 veranstaltete die britische Regierung in Chequers ein Seminar über den deutschen Nationalcharakter. Das Memorandum ist veröffentlicht in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1990, S. 1021-1024.

¹¹ Mitteilung für die Presse Nr. 1205/91 Auswärtiges Amt, Bonn, 25. Sept. 1991.

(unterstrichen im Text) bleibt der unverzichtbare Sicherheitsverbund zwischen Europa und Nordamerika ...".¹²

Dennoch formulierte wenig später die deutsch-französische Achse ihren autonomen sicherheitspolitischen Anspruch: "Die politischen Beziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, der Sowjetunion, den Mittelmeerstaaten sowie des Nahen und Mittleren Ostens sollen Gemeinschaftsanliegen werden".¹³

Wie die Bundesrepublik Deutschland sich sowohl ihre Scharnierrolle wie ihre Schlüsselrolle - um nicht zu sagen Dominanz - in der zukünftigen Weltordnung vorstellt, formulierte abermals Bundesaußenminister Genscher in seiner Rede vor den Vereinten Nationen: "Wir wollen, daß das neue Europa seine weltweite Verantwortung wahrnimmt. Es darf und es wird sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen. Die Entwicklung hin zu einem euro-atlantischen Kooperationsraum von Vancouver bis nach Wladivostok eröffnet eine historische Entwicklungschance auch für die Entwicklungsländer des Südens ...".¹⁴

Hier fällt nicht nur ein erweiterter Europa-Begriff auf, der nun nicht mehr klassisch-geographisch und bescheiden wie bei de Gaulle am Ural endet, sondern sich bis zum Pazifik erstreckt. Es ist das vereinigte Deutschland, das die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion einbezieht in eine große marktwirtschaftliche Weltordnung, die vom Pazifik auf der nördlichen Hemisphäre wieder bis zum Pazifik reicht. Europa wird also nicht nur größer, sondern die Bundesrepublik ist das zentrale Scharnier in diesem Europa und garantiert gleichzeitig die transatlantische Verbindung.

Es ist schon bemerkenswert, welchen langen Weg die Bundesrepublik Deutschland dank ihres ökonomischen und politischen Gewichts, dank aber auch ihrer hervorragend orchestrierten Diplomatie in weniger als zwei Jahren zurücklegen konnte: Sie erreichte nicht nur die Vereinigung mit der real zusammengebrochenen DDR, im Zuge dieser Vereinigung gelang es ihr auch, die letzten alliierten Vorbehaltsrechte in Deutschland abzuschaffen und die volle Souveränität des gesamten Deutschland herzustellen. Ganz am Rande dieser Verhandlungen gelang ein besonders bemerkenswerter Coup: Das Gebiet der ehemaligen DDR wurde Teil des Bündnisgebiets der NATO, dort dürfen jedoch nur Verbände stationiert werden, die nicht dem integrierten Oberkommando der NATO unterstellt sind: Abgesehen von dem unbedeutenden Territorialheer verfügt die Bundesrepublik Deutschland endlich autonom und souverän über eigene Streitkräfte!

¹² Beide Zitate aus: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stichworte zur Sicherheitspolitik Nr. 9 1991, S. 13.

¹³ Zit. nach "Unsere Zeit", 1/1191.

¹⁴ Der Bundesminister des Auswärtigen (Mitteilung für die Presse Nr. 1025/91 vom 25. September 1991).

Unmittelbar nach der Vereinigung forcierte die Bundesregierung die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU), innerhalb derer sich für die BRD größere Handlungsspielräume ergeben als in der regional eng definierten NATO.¹⁵ Deutschlands Gewicht in Europa und die Betonung der Achse Bonn-Paris innerhalb der WEU führte schließlich nach dem EG-Gipfel in Maastricht sogar dazu, daß Präsident Mitterrand einen der zentralen Pfeiler französischer Außen- und Sicherheitspolitik relativierte: In Korrektur der bisherigen französischen Position, wonach allein und ausschließlich der französische Präsident über den Einsatz der französischen Nuklearwaffen entscheidet, erklärte Mitterrand, im Rahmen einer deziert europäischen Sicherheitspolitik könne letztlich auch über die Europäisierung des französischen Nuklearpotentials gesprochen werden - eine Perspektive, die formal den einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf Produktion und Verfügungsgewalt über A-Waffen aufrechterhält, gleichzeitig jedoch die Perspektive zur Mitverfügung eröffnet.

Unter dem Stichwort "Verantwortung tragen" hatte die Bundesregierung den Golfkrieg geschickt genutzt, um massenwirksam auf die Entwicklung einer eigenständigen weltweiten "Sicherheitspolitik" vorzubereiten. Mit Rasanz wurde auch hier der nächste Schritt vorbereitet, der nunmehr in Form eines Grundlagenpapiers des Bundesministers für Verteidigung auf dem Kabinetttisch liegt.¹⁶ Dort wird zunächst einmal eine Positionsbestimmung vorgenommen: "Die deutschen Sicherheitsinteressen und Bündnisverpflichtungen stellen den wesentlichen Bezugspunkt einer militärpolitischen Beurteilung dar". Merke: Hier werden deutsche Sicherheitsinteressen durch das Wörtchen und gleichberechtigt neben die Bündnisverpflichtungen gesetzt. Zu diesen "Sicherheitsinteressen" für den Zweck der militärischen Lagebeurteilung "gehören schließlich auch die:

- Förderung des Demokratisierungsprozesses und des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ländern Mittelost-, Südost- und Osteuropas,
- Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität,
- Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.

Jenseits der Tatsache, daß die Bundeswehr nunmehr umfunktioniert wird zu einer Allzwecktruppe, die sowohl zur Durchsetzung von Demokratie wie zur Sicherung unserer Umwelt einsetzbar werden soll, ist hier zu unterstreichen, daß es bei dieser Aufzählung um deutsche Sicherheitsinteressen geht, die allein aus deutscher Sicht definiert werden.

¹⁵ Ruf, Werner: Das "vitale Interesse" am Öl: Regionale und weltpolitische Perspektiven; in: Ruf, Werner (Hg.): Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung? Der Golfkrieg: Hintergründe und Perspektiven, Münster 1991, S. 74-82.

¹⁶ Der Bundesminister für Verteidigung: "Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptuelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr", in vollem Wortlaut abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1992, S. 21.

Und noch einmal wird klargemacht, worum es in Zukunft gehen wird: "Eine ausschließlich auf Deutschland oder Europa konzentrierte Betrachtungsweise wird der Sicherheit Deutschlands und den zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht. Schon heute sind Gefährdungen der Sicherheit und Stabilität Europas auch in außereuropäischen Regionen wie in Nordafrika oder im Nahen und Mittleren Osten festzustellen." Eindeutig geht es hier also nicht mehr um Verteidigung des Territoriums der BRD, um wie auch immer konstruierte Verpflichtungen in einem der Bündnisse, denen die BRD angehört, oder um irgendwelche Aufträge im Rahmen oder im Namen einer supranationalen Organisation wie der Vereinten Nationen. Es geht um deutsche Interessen und deutsche Großmachtspolitik: "Die Beurteilung des Risikospektrums muß daher zwar aus europäischer und Bündnisicht, aber stets mit weltweiter Perspektive erfolgen." Und die Hardthöhe hat auch erkannt, worauf sich die innenpolitische Arbeit in Zukunft konzentrieren muß: "Bereits heute wird aber auch deutlich, daß die erforderliche neue Qualität im Verteidigungsauftrag und in der militärischen Sicherheitsvorsorge nur erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn weitgehender politischer und gesellschaftlicher Konsens zum Einsatzspektrum der Streitkräfte herrscht und die materiellen und ideellen Voraussetzungen der militärischen Sicherheitsvorsorge in Politik und Gesellschaft stärker als notwendige Gemeinschaftsaufgabe herausgestellt werden."

Es bleibt kaum mehr ein Zweifel: Deutschland verlangt eine zentrale Stellung in der Weltpolitik. Versehen mit einer Streitmacht, die auf höhere Mobilität und größere Effizienz umgerüstet werden soll (dazu gehört auch die Umwandlung in eine Berufarmee) beansprucht die Bundesrepublik trotz ihrer noch gegebenen Einbindung in westliche Bündnisysteme eine eigene, nur an ihre Definition von Sicherheitsinteressen gebundene Rolle in der Welt. Daß diese Interessendefinition sich ausschließlich an den tradierten alten nationalstaatlich-territorialen Konzepten aus der zweiten Hälfte des 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert orientiert, erscheint besonders bedenklich und gefährlich: Ernst-Otto Czempiel hat in seiner Analyse der Perspektiven einer "neuen Weltordnung" den nachdenkenswertesten Satz geschrieben: "Werden nämlich alte Strategien auf die neuen Verhältnisse angewandt, dann werden sie bald in ihre alten Formen zurückgekehrt, wird die Möglichkeit des Fortschritts verpaßt worden sein."¹⁷ In der Tat: Diese auf den tradierten Politikkonzeptionen basierenden Szenarien und Stratageme bergen in sich die Gefahr, zur self-fulfilling prophecy zu werden. Nicht nur muß ein sich in dieser Art großmächtig gerierendes Deutschland das Mißtrauen und die Ängste der Nachbarn wecken, die ihrerseits - wie insbesondere Großbritannien und Frankreich - noch viel mehr in traditionellem, nationalstaatlich-territorialem Denken befangen sind. Die Benutzung der Modelle birgt die Gefahr der Reproduktion

¹⁷ Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991, S. 8.

uralter Konfliktkonstellationen. Folgt man diesen Denkmustern, so ergeben sich zwei Szenarien, von denen das eine so traumatisch ist wie das andere: Entweder Rückfall in alte Rivalitätsambitionen und damit Infragestellung des europäischen Einigungsprozesses oder Deutschland als europäische Führungsmacht im Konzert der neuen hegemonialen Rivalitäten innerhalb der Triade USA-Japan-Europa.

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Barga, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einkenkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschildt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und Pampe PC.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 31.03.1992

André Leisewitz

Ökologischer Imperialismus (II)

Globale Umweltprobleme und Umweltpolitik - Bestandsaufnahme im Vorfeld von Rio

Im ersten Teil dieses Beitrages¹ wurden eine Reihe von Fakten zusammengetragen, die für die These sprechen, daß schon mit der Entstehung des Kapitalismus und seit der Zeit des Kolonialismus über den sich allmählich herausbildenden Weltmarkt und internationalen Austausch eine weitreichende ökologische Umgestaltung des Globus eingesetzt hat. In der ersten Phase (Kolonialismus) bestand sie hauptsächlich im Überspringen erdgeschichtlich entstandener Verbreitungsbarrieren für Organismen mit der Re-Integration von relativ streng gegeneinander abgeschlossenen Evolutionsräumen und Groß-Ökosystemen. Die auch für Zeitgenossen schon ersichtliche und unerklärbar "aggressive" Dominanz der europäischen Fauna und Flora bei der Expansion in die (ihren klimatischen Bedingungen nach) neoeuropäischen Räume hängt offenbar mit der Kombination von anthropogener Degradierung vorgefundener Ökosysteme und Neubesiedlung durch (großen Teils unkontrollierte) Einführung und Verbreitung von im europäischen Herkunftsbereich koevolutiv aufeinander abgestimmten Tier- und Pflanzenarten zusammen. Der umgekehrte Import von Organismen aus kolonial erschlossenen Regionen nach Europa blieb demgegenüber sekundär. Eine Ökosystemdestabilisierung wie in vielen der neoeuropäischen Regionen unterblieb in dem seinem ursprünglichen Naturzustand längst entfremdeten und kultivierten europäischen Raum.²

Die mit dem Kolonialismus verbundene Ökosystem-Umgestaltung erfaßte die meisten Erdregionen, blieb jedoch regional bzw. lokal begrenzt. Hauptsächlich betroffen waren die "neoeuropäischen" Regionen; die Tropen wurden nur am Rande tangiert. Neu war auch nicht die Tatsache einer anthropogenen Destabilisierung natürlicher Ökosysteme, wohl aber, daß sie von einem bestimmenden Zentrum aus (dem kolonisierenden Europa) weltweit ausstrahlte. Insofern nahm sie erstmals globalen Charakter an. Alfred W. Crosby hat diesen Gesamtprozeß "ökologischen Imperialismus"

¹ André Leisewitz, Ökologischer Imperialismus. Historisches Material zur Diskussion eines aktuellen Begriffs, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 8, Dezember 1991, S. 73ff.

² Vgl. Heinrich Walter, Siegmund-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 3: Spezielle Ökologie der Gemäßigten und Arktischen Zonen Euro-Nordasiens, Stuttgart 1986, S. 12ff., 27ff.

genannt und ihn in seinen Auswirkungen für Menschen, Fauna und Flora mit der großen Artenvernichtung am Ende der Eiszeit verglichen.³

I. Globale und regionale Probleme

Wenn heute unter dem Stichwort "globale Umweltkrise" von einer nachhaltig gestörten Beziehung des Menschen zur Biosphäre und von der Notwendigkeit gesprochen wird, diese Beziehung in globalem Maßstab bewußt zu regulieren, so geht es dabei um Umweltzerstörungen, die Naturprozesse sowohl der Atmosphäre wie der Biosphäre im engeren Sinne betreffen.⁴ Im Fall der Atmosphäre sind dies die anthropogenen Veränderungen ihrer Zusammensetzung; durch ihre Verschmutzung mit Treibhausgasen als Folge des hohen Energieverbrauchs sowie der Form der Energiegewinnung in der Hauptsache in den Industrieländern; durch die Freisetzung ozonschichtzerstörender Gase, d.h. besonders stabiler, chlorhaltiger Verbindungen, die erst in den dreißiger Jahren synthetisch entwickelt wurden (FCKW). Es handelt sich um Abfälle der produktiven und individuellen Konsumtion, die über mehr als anderthalb Jahrhunderte in großem Maßstab unkontrolliert in die Atmosphäre emittiert wurden und die sich dort angereichert haben.

Die in der Erdgeschichte entstandenen Großökosysteme (vgl. den ersten Teil dieses Beitrags) sind als Teilelemente des "komplexen Systems Erde" von Natur aus durch die atmosphärische Gashülle, die geochemischen Kreisläufe sowie die Zirkulation der Atmosphäre und Ozeane miteinander verbunden. Gase haben das Bestreben, sich im gesamten ihnen zur Verfügung stehenden Raum auszudehnen. Die Gasatmosphäre wird damit zum regionalen oder globalen Ausbreitungsmedium anthropogener Verschmutzungen durch Treibhausgase und Luftschadstoffe. Sie können auf diesem Wege umweltzerstörerische Fernwirkungen auslösen. Der Ausbreitungsmechanismus funktioniert im Vergleich zur kolonialen Re-Integration der großen Ökosysteme mit ihrem Floren- und Faunenexport also ganz anders, bleibt aber auch hier an eines der globalen Zirkulationssysteme gebunden. Da geringfügige Änderungen der vom Menschen in die Atmosphäre gebrachten Treibhausgase und damit ihrer Temperatur sich in starkem Maße auf die Konzentration des atmosphärischen Wasserdampfs auswirken, verändern sie automatisch auch den globalen Wasserkreislauf und Klima-, Wetter- und Niederschlagsverhältnisse.⁵ Dies ist ein Hauptweg der regional-lokalen Wirkung der globalen Ausbreitung von Treibhausgasen, die ihrer Masse nach in anderen Regionen der Erde aufsteigen.

³ Alfred W. Crosby, Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900, Frankfurt/M. 1991.

⁴ Vgl. Euan George Nisbet, Leaving Eden. To protect and manage Earth, Cambridge 1991.

⁵ Hartmut Graßl, Anthropogene Einflüsse in der Geo- und Biosphäre, in: Die Geowissenschaften H. 9/1991, S. 272ff.

Störungen der Biosphäre im engeren Sinne (einzelner Ökosysteme) sind dagegen in hohem Maße ortsgebunden. Sie haben daher auch stärker regional-lokalen Charakter. Sie werden teils durch die Fernwirkungen der Atmosphärenverschmutzung, teils durch lokale produktive oder konsumtive Eingriffe in den Naturhaushalt bewirkt. Dies gilt z.B. für die Bodenerosion und die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit⁶, die Zerstörung großflächiger Vegetationsräume, besonders der Tropenwälder⁷, und - damit eng verbunden - die in ihrem Ausmaß kaum faßbare Artenvernichtung.⁸ Generell besteht Übereinstimmung darin, daß dies (neben der Überausbeutung mineralischer und fossiler Ressourcen und der Vergiftung von Luft, Böden und Gewässern sowie den Umweltfolgen regionaler Kriege) die zentralen Umweltprobleme von weltweiter Bedeutung sind. Dabei bleibt zu bedenken: Je größer die Armut, desto größer auch das Gewicht, das bei der Bewertung der Umweltprobleme der aktuellen Verfügung über nutzbare elementare Ressourcen (Boden, Wasser) zugemessen wird. Schon daher werden Umweltprobleme in armen und reichen Ländern unterschiedlich beurteilt. Unabhängig davon sind sich die meisten Autoren (aber durchaus nicht die politisch funktionalisierten Experten) in zwei weiteren Fragen einig: der der ungleichen Verteilung von Ursachen und Wirkung bzw. Entstehungs- und Wirkort globaler ökologischer Probleme, sowie der des unterschiedlichen Anteils der einzelnen Regionen an der historischen Akkumulation von Umweltschädigungen.

II. Entstehungs- und Wirkort

Die ihren natürlichen, ökonomischen, politischen Bedingungen nach höchst unterschiedlichen Länder der Dritten Welt (Entwicklungs- und Schwellenländer) stehen heute - sicher aus verschiedenen Gründen - "im Zentrum der Zerstörungsdynamik"⁹ (Abholzung der Regenwälder, Artenvernichtung, Bodenerosion und Wüstenbildung, Luft- und Wasserverschmutzung in den Ballungsräumen von Armut und nachholender Industrialisierung sowie den rasch wachsenden Riesenstädten). Dies gilt auch für die zu erwartenden Folgen der über die Atmosphäre verallgemeinerten

⁶ Vgl. Josef Herkendell, Eckehard Koch, Bodenerosion in den Tropen, München 1991. Nach Ansicht von Lersner ist dies das weltweit gesehen schlimmste ökologische Problem. Heinrich von Lersner, Die ökologische Wende, Berlin 1991, S. 64.

⁷ Schutz der tropischen Wälder. Eine internationale Schwerpunktaufgabe. Zweiter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", Bonn 1990.

⁸ Einer der Spezialisten auf diesem Gebiet, Norman Myers, hat in "The sinking Ark: A new Look at the Problem of Disappearing Species" (Oxford 1979, S. 31) folgende Kalkulation angestellt: Im letzten Viertel dieses Jahrhunderts dürften wir Zeuge der Auslöschung von etwa einer Million Arten werden. Zwischen 1600 und 1900 wurde von Menschen etwa alle vier Jahre eine Art ausgerottet; nach 1900 stieg diese Rate auf etwa eine Art pro Jahr, gegenwärtig liegt sie bei einer Art pro Tag, und eine Steigerung auf eine Art pro Stunde ist bis Ende des Jahrhunderts denkbar.

⁹ Ernst Ulrich von Weizsäcker, Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 2., akt. A., Darmstadt 1990, S. 112.

globalen Klimaveränderung¹⁰. Deren wichtigste vermuteten Effekte - Anstieg des Meeresspiegels, Erhöhung der Durchschnittstemperaturen, Veränderungen des Wettergeschehens - wirken regional ganz unterschiedlich. Ca. 30 Prozent der Menschheit leben in nur etwa 60 km Entfernung von der jeweiligen Küstenlinie; die zehn einer UN-Statistik zufolge am meisten durch einen Anstieg des Meeresspiegels gefährdeten Länder liegen allesamt in der Dritten Welt, sind arm, dichtbesiedelt und tragen nur minimal zum Treibhauseffekt bei.¹¹ Temperatur- und Wetterfolgen betreffen vor allem die Landwirtschaft, die in der Dritten Welt ein relativ größeres Gewicht hat und stärker als in den gemäßigten Zonen von Niederschlagschwankungen abhängig ist. Gleiches gilt für die durch Wasser sowie durch Wind in Trockenregionen bewirkte Bodenerosion.¹²

Zwischen Wirk- und Entstehungsort globaler und regionaler Ökoprobleme ist zu unterscheiden. Darauf deuten schon die unterschiedlichen pro-Kopf-Anteile der industriell entwickelten und unterentwickelten Länder am Energie- und Ressourcenverbrauch oder der Erzeugung von industriellen und konsumtiven Abfällen aller Art bei umgekehrter Verteilung der Umweltfolgen hin. Am offenkundigsten ist dies bei dem besonders die Dritte Welt betreffenden Treibhauseffekt. Nimmt man nur die energiebedingten CO₂-Emissionen (ohne Waldrodungen der Südhemisphäre)¹³, so entfielen 1990 ziemlich genau 2/3 der Emissionen auf industriell entwickelte und 1/3 auf Länder der Dritten Welt einschließlich der Schwellenländer wie Brasilien.¹⁴ Die USA, Kanada und Westeuropa produzierten zusammen 40 Prozent des globalen energiebedingten CO₂-Ausstoßes (nebenbei: dies sind gerade die Länder mit dem größten Bestand an AKW). Nach grober Schätzung entfallen heute auf den "Süden" mit etwa drei Viertel der 5,3

¹⁰ Niemand wird behaupten können, daß die globalen Wechselwirkungssysteme schon wirklich verstanden würden; aber die heute verfügbaren Kenntnisse und Methoden machen die Aussagen bezüglich des Trends und der anthropogenen Ursachen von Klimaentwicklung und -folgen (Erwärmung, Ozonschichtzerstörung) inzwischen ziemlich sicher. Ernsthaft bestritten werden sie trotz vieler Unsicherheit in den Details inzwischen nicht mehr. Es kommt also hier und im folgenden auf Trends und Größenordnungen an.

¹¹ Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt - 90/91, Frankfurt/M. 1990, S. 165ff.

¹² Klaus Michael Meyer-Abich, Öko-Kolonialismus - auch durch die Veränderung des Klimas, in: Jahrbuch Ökologie 1992, München 1991, S. 25ff.; Josef Herkendell, Eckehard Koch, Bodenzerstörung in den Tropen, a.a.O., S. 40ff.

¹³ Rund 50 Prozent der anthropogenen Atmosphärenerwärmung seit der Industrialisierung sind auf CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und der Entwaldung zurückzuführen, etwa 19 Prozent auf Methan aus Reisanbau, Viehhaltung, fossilen Energieträgern etc., ca. 17 Prozent auf FCKW aus Treib- und Schäumgasen, Kühl- und Reinigungsmitteln.

¹⁴ Diese und die folgenden Angaben berechnet nach verschiedenen Quellen: Bruno Fritsch, Mensch - Umwelt - Wissen. Evolutionsgeschichtliche Aspekte des Umweltproblems, 2. erg. u. überarb. A., Zürich 1991; Hartmut Graßl, Reiner Klingholz, Wir Klimamacher. Auswege aus dem globalen Treibhaus, Frankfurt/M. 1990; Wilfried Bach, Klimaschutz. Von vagen Absichtserklärungen zu konkreten Handlungen, Karlsruhe 1991; Reinhard Loske, Wege zur Klimastabilisierung, Köln 1991; Hans-Werner Georgii, Anthropogene atmosphärische Spurengase, in: Günter Warnecke u.a. (Hrsg.), Tatort Erde. Menschliche Eingriffe in Naturraum und Klima, Berlin, Heidelberg, New York 1991.

Mrd. Weltbevölkerung folgende Anteile am gesamten Treibhauseffekt: 10 Prozent durch CO₂-Emissionen aus Entwaldung, 13 Prozent durch CO₂ aus fossilen Energieträgern, etwa 10 Prozent durch Methan-Emissionen aus Reisfeldern und Viehhaltung, maximal weitere 5-6 Prozent durch andere Treibhausgase. Der Anteil der Dritten Welt mit der Masse der Erdbevölkerung liegt also bei höchstens 35 bis 40 Prozent (eher niedriger) gegenüber 60 bis 65 Prozent aus dem hohen Energieverbrauch und der Emission von Treibhausgasen in den industriell entwickelten Ländern.

Diese Emissionen sind jedoch nur bedingt miteinander zu vergleichen. Kritiker aus Entwicklungsländern verweisen darauf, daß z.B. die Methan-Emissionen ihrer Länder größtenteils "Überlebens-Emissionen" aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft sind, während die CO₂-Emissionen des Nordens zu beachtlichen Teilen als "Luxus-Emissionen" der großen industrialisierten Energieparasiten zu betrachten seien.¹⁵ Berücksichtigt man den Kumulationseffekt (die historischen Anteile der Weltregionen an den in der Vergangenheit erzeugten Treibhausgasen), so stammen allein über 80 Prozent der zwischen 1950 und 1986 freigesetzten CO₂-Emissionen aus den industrialisierten, weniger als 20 Prozent aus den Entwicklungsländern. Die pro-Kopf-Produktion an CO₂-Emissionen lagen Ende der achtziger Jahre in den USA und in der DDR (wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen) bei 19, in der alten BRD bei 12 Tonnen; in der Dritten Welt waren es - in erster Linie als Folge der Armut - im Durchschnitt ganze 0,7 Tonnen.

Der Kumulationseffekt bei der CO₂-Produktion und die zu erwartende ungleiche Verteilung der Folgen einer Klimaerhöhung lassen neben dem räumlichen auch das soziale Auseinanderfallen von Entstehungs- und Wirkort erkennen. Die kapitalistischen Industrieländer - die ehemaligen kolonialen Metropolen - haben einen beachtlichen Teil der global nur begrenzt zur Verfügung stehenden Entwicklungsressourcen¹⁶ verbraucht und können die physischen und sozialen Folgen quasi über den atmosphärischen Schornstein regional von sich "abwälzen".

Bei der nicht auf diesem Wege klimatisch bedingten lokal-regionalen Störung von Ökosystemen fallen Entstehungs- und Wirkort der Umweltbelastungen jedoch nicht in gleicher Weise auseinander. Überweidung, Bodenerosion, Gewässerverschmutzung oder Waldabholzung gehen auf eine lokale raubbauhafte Übernutzung der natürlichen Ressourcen zurück, deren Ursachen in den Bedingungen der jeweiligen Reproduktionspro-

¹⁵ Dazu Stephan Paulus, Nord-Süd-Gegensätze beim globalen Klimaschutz, in: Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst 3/1991. Reinhard Loske unterscheidet Überlebens-, Verschwendungs- und Lebensstil-Emissionen. Ders., Gewinner und Verlierer der Weltverschmutzungsordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12/1991, S. 1482ff.

¹⁶ Im CO₂-Fall der klimatisch tolerable Verschmutzungsspielraum; in anderen Fällen wären dies generell natürliche Puffer- oder Regenerationskapazitäten der Hydro-, Geo- und Biosphäre, die als Gratisproduktivkräfte genutzt werden können.

zesse zu suchen sind. Sie haben vielfältige "endogene" Ursachen in den Dritte-Welt-Ländern selbst.¹⁷ Darauf wird z.B. im Zusammenhang mit der Tropenwaldabholzung am Beispiel Brasiliens oder Malaysias verwiesen.¹⁸ Solche inneren Antriebskräfte zur Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen reichen von dem Zwang zu systematischer Milieuschädigung zugunsten der Befriedigung elementarer Überlebensbedürfnisse armer Bauern und Halbnomaden bis zur nachholenden kapitalistischen Rohstoffbewirtschaftung und Industrialisierung mit der Herausbildung eines Interessenfilzes von nationalen Bourgeoisien und staatlichen Bürokratien. Als gemeinsames Moment wird jedoch die Herausbildung von unterschiedlichen Wirtschaftsformen in der Dritten Welt gesehen, die - aus im einzelnen unterschiedlichen Gründen - "die Umwelt intensiv, langfristig und häufig irreversibel ... schädigen, um an der Weltwirtschaft partizipieren zu können."¹⁹ Insofern sind auch die Weltmarktbeziehungen ein, wenn auch im Vergleich zur atmosphärischen Ausbreitung von Treibhausgasen ganz anderes, Medium "ökologischer Fernwirkungen". Fidel Castro prägte mit Blick auf Schuldenkrise, Preisverfall und ungleichen Austausch das Bild von den "ferngesteuerten Raketen der Zinssätze und terms of trade", die Millionen von Menschen in der ausgeplünderten Welt töteten. "Sie bringen sie um durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität."²⁰ Sie sind aber auch, neben den genannten inneren Faktoren in den Dritte-Welt-Ländern, eine der entscheidenden direkten oder indirekten Ursachen für Umweltzerstörungen im "Süden", indem sie zu Raubbau an den natürlichen Ressourcen zwingen. Hierauf zielt der Verweis auf den Zusammenhang von Armut und Umweltzerstörung (Ressourcenverschleuderung im Kampf um Behauptung am Weltmarkt, um Devisenerwirtschaftung für den Schuldendienst, Müllimport, Überlebenskampf pauperisierter Teile der Agrarbevölkerung wie z.B. im Falle der Brandrodungen in Amazonien)²¹. Er spielt in der Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd um Entwicklungschancen und globale Umweltprobleme eine Schlüsselrolle und wird hierbei natürlich auch von den an Um-

¹⁷ Vgl. z.B. Manfred Wöhlcke, *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*, München 1987, S. 66ff.

¹⁸ Z.B. Torsten Amelung, Markus Diehl, *Deforestation of Tropical Rain Forests: Economic Causes and Impact on Development*. Hamburg 1991.

¹⁹ Manfred Wöhlcke, *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*, a.a.O., S. 72. Damit werden "über das internationale System 'Sachzwänge' sozusagen importiert..., die wenig Rücksicht auf die lokale Umwelt und die lokalen Ressourcen erlauben."

²⁰ In einem Interview mit dem brasilianischen Journalisten Joelmir Beting, *Frankfurter Rundschau* vom 24.9.1988.

²¹ Vgl. *Unsere gemeinsame Zukunft*. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1988, sowie zu einzelnen Aspekten: Denkschrift der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst: *Die ökologische Krise als Nord-Süd-Problem*. Fallbeispiel Amazonien, Gütersloh 1991; Greenpeace-Dossier: *Der Internationale Müllhandel*, Hamburg 1991; Joachim Spangenberg, *Umwelt und Entwicklung*. Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie, Marburg 1991; Manfred Wöhlcke, *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*, a.a.O.; Alexander King, Bertrand Schneider, *Die globale Revolution*. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Spiegel Spezial 2/1991, Hamburg 1991.

weltschädigung in der Dritten Welt profitierenden nationalen Bourgeoisien und Bürokratien als Alibi-Argument genutzt. Das macht diesen Zusammenhang aber nicht weniger wirksam und sollte kein Grund sein, ihn gerade in den reichen Industrieländern aus dem Auge zu verlieren oder nur als einen Faktor unter vielen zu betrachten. Dieser Zusammenhang wird auch ein zentrales Problem für die Konferenz von Rio (Anfang Juni 1992) sein.

III. Konfliktkonstellation von Rio

1. Im Vorfeld von Rio: Diskussion um Umwelt und Entwicklung

Die Interessen- und Konfliktkonstellation, die sich bereits im Vorfeld der Konferenz von Rio abzeichnete, kann weit zurückverfolgt werden. Die Thematisierung von Umweltproblemen im Rahmen der UN, die dann in die erste UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm mündete, geht zuerst auf Initiativen der skandinavischen Länder und der USA Ende der sechziger Jahre zurück - offenbar unter dem Druck zunehmender wissenschaftlicher und innenpolitischer Diskussionen.²² Neben der sich allmählich abzeichnenden Brisanz der globalen Umweltprobleme spielte offenbar das Interesse einer ganzen Reihe industrialisierter Länder eine Rolle, durch die internationale Verallgemeinerung der (kostenträchtigen) Umweltschutzmaßnahmen die Konkurrenzfähigkeit ihrer nationalen Industrien möglichst zu wahren. Demzufolge drehte sich die Diskussion um erste Vereinbarungen über die Begrenzung von industriellen Umweltverschmutzungen, um Programme zum Ressourcenmanagement und Schutz von Ökosystemen. Von seiten der an rascher, nachholender Industrialisierung interessierten Staaten der Dritten Welt wurde das als neokoloniale Bevormundung verstanden und als Versuch bewertet, Industrialisierungsbarrieren zu errichten. Indira Gandhis Formulierung "Armut ist der größte Umweltverschmutzer" brachte die spezifische Sicht der Dritten Welt auf den Zusammenhang von Entwicklung und Umweltschutz zum Ausdruck. Zu den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz gehörte die Gründung des UN-Umweltprogramms UNEP. Die UNEP bemühte sich in den folgenden Jahren um eine Neudefinition des Entwicklungsbegriffs ("eco-development"), wobei ein auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen ohne Kopie des Lebensstils der Industrieländer und auf die standortbezogene und -gerechte Nutzung von Entwicklungspotentialen gerichteter Ansatz unter Ein-schluß von Maßnahmen zur Ressourcen- und Umweltschonung verfolgt

²² Christian Radtke, *Von Stockholm nach Rio*. Ein Überblick über die internationale Öko-Debatte vor der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, August 1991; Joachim Göske, *Ökologische Umorientierung in den Nord-Süd-Beziehungen*, in: *Lateinamerika Nachrichten* Nr. 207/208, Sept./Okt. 1991, S. 78ff.; Joachim Spangenberg, *Umwelt und Entwicklung*, a.a.O., S. 179ff.

wurde. Mit dem Ölpreisschock und der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre verlor diese Diskussion jedoch gegenüber der ökonomischen Schwächung der meisten (energieimportierenden) Dritte-Welt-Länder an Bedeutung. Die Nachfolgekonferenz von Nairobi (1982) mußte auch angesichts der inzwischen in einer ganzen Reihe großer Studien dokumentierten Ökokrise ein weitgehendes Scheitern der Aktionsprogramme und Umweltstrategien konstatieren. Auf Initiative der Nairobi-Konferenz wurde 1983 die als "Brundtland-Kommission" bekannt gewordene "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" eingesetzt. Sie sollte Vorschläge für eine langfristige Umweltstrategie, konkrete Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern sowie Vorschläge für die internationale umweltpolitische Zusammenarbeit erarbeiten. Ihr Bericht erschien 1987. Die Kommission zeichnete darin ein ziemlich ungeschminktes Bild der drohenden Umweltkatastrophe. Sie konstatierte neben der historischen Verantwortung der industrialisierten Länder für die Umweltkrise "armutsbedingte" und "wachstumsbedingte" Umweltzerstörungen und sah in den ungleichen Weltwirtschaftsbeziehungen und Ressourcenabflüssen aus der Dritten Welt eine entscheidende Ursache ihrer ökonomischen und ökologischen Misere, ohne deren Bewältigung die drohende Katastrophe kaum abzuwenden sei. Unter dem Stichwort "sustainable development" setzte sie auf ein neues, qualitatives Wachstum als Ausweg aus der Krise. Kritiker heben jedoch hervor, daß das im Nebeneinander bestehende Dilemma von Armutsbekämpfung in der Dritten Welt und Einschränkung von Umweltzerstörung in den industriell entwickelten Ländern ohne massive Eingriffe in Produktions- und Lebensweise letzterer sowie eine radikale Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen zugunsten der Dritten Welt kaum zu lösen ist und daß die Kommission hier unentschieden oder inkonsequent blieb.

Der Brundtland-Bericht kann auch als konzeptionelle Grundlage der Vorbereitung der Rio-Konferenz seitens der UNEP verstanden werden. Bei diesem "Erdgipfel" (der, wie es heißt, teuersten Tagung aller Zeiten) sollten der ursprünglichen Planung zufolge verabschiedet werden eine "Erd-Charta" (eine Art Wertekatalog oder Prinzipienklärung ohne bindende Kraft), ein gleichfalls nicht bindendes Aktionsprogramm ("Agenda 21", eine Art umweltpolitischer Zielkatalog) sowie drei rechtlich bindende Konventionen zu Klima, Artenvielfalt und Schutz der Wälder.

Dabei kommt der Klimakonvention eine besondere Bedeutung zu. Hier könnte und müßte sich die Bereitschaft der Hauptemittenden von klimarelevanten Schadstoffen zeigen, durch Umbau des Systems der Energieversorgung und Reduzierung ihres Primärenergieverbrauchs - was ohne Zweifel auch weitgehende Lebensstiländerungen: Stichwort Privatmotorisierung, einschließen muß - entsprechende Emissionen drastisch zu reduzieren und damit den Entwicklungsländern einen Spielraum für die Ausweitung ihres Energiekonsums und damit verbundener Emissionen ein-

zuräumen. Dies würde - über entsprechende Fonds - die Finanzierung einer sukzessiven Umstellung auf eine umweltverträglichere Energieversorgung auch in Dritte-Welt-Ländern notwendig machen. Für einen solchen Mechanismus gibt es inzwischen aus der internationalen Umweltdiplomatie im Zusammenhang mit der Reduzierung der FCKW-Freisetzung (Wiener Konvention, Montrealer Protokoll und Nachfolgevereinbarungen) erste Erfahrungen und, im Vorfeld von Rio, eine ganze Reihe von Zielvorschlägen für das wichtigste Treibhausgas CO₂.²³ Letztere gehen von einer verbindlichen Festlegung von nach Höhe und Dynamik unterschiedlichen Emissionszulassungen für Industrie- und Entwicklungsländer aus, die einen entsprechenden Umverteilungseffekt und, in der Summierung, eine allmähliche Stabilisierung bzw. Reduzierung der Gesamtemissionen ermöglichen sollen. Bei einem solchen mit einer Fonds-Lösung gekoppelten Modell könnten weitere differenzierende Gesichtspunkte eingebracht werden, die die jeweilige Ressourcenausstattung, wirtschaftliche Situation und andere besondere Umstände der einzelnen Länder berücksichtigen könnten. Offen und umstritten sind dabei auch solche Fragen wie die der Bezugsgröße von Emissionsquoten (pro Kopf, pro Einheit BSP?) und der Ausstattung, Finanzierung und Kontrolle von entsprechenden Fonds.²⁴ Insgesamt handelt es sich um eine Umverteilungsprozeß, der, wenn er denn greifen soll, sehr massive Eingriffe in den reichen Industrieländern erfordert.²⁵

Umverteilungsfragen sind aber bekanntlich Machtfragen. Nach Abschluß der letzten der vier Vorkonferenzen für die Rio-Tagung in New York (April 1992) gibt es wenig Hoffnung auf substantielle Erfolge für eine Neugestaltung der ökologischen Beziehungen zwischen Metropolen und unterentwickelter Peripherie. Innerhalb der kapitalistischen Triade hat der Dissens eher noch zugenommen; die Skala der Positionen reicht von begrenzten Vorschlägen für Klimastabilisierungsprogramme (Bundesrepublik, EG, Skandinavien) über Unverbindlichkeiten (Japan) bis zu der entscheidenden, offen ablehnenden Haltung der USA. Ansätze für einen die Interessengegensätze überbrückenden Konsens mit der Dritten Welt wurden im Grunde nicht gesucht. Und auch die Dritte-Welt-Länder treten uneinheitlich auf.

²³ Vgl. Richard E. Benedick, Vorbereitung einer globalen Klimakonvention: Lehren aus der Ozonloch-Debatte, und: Udo Ernst Simonis, Klimakonvention: Neuer Konflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern?, in: Jahrbuch Ökologie 1992, a.a.O., S. 130ff., 138ff.

²⁴ Vgl. Stephan Paulus, Nord-Süd-Gegensätze beim globalen Klimaschutz, a.a.O.

²⁵ Vgl. Wilfried Bach, Klimaschutz, a.a.O.; Vorschläge der "Arbeitsgruppe ökologische Wirtschaftspolitik" für ein Aktionsprogramm der Bundesregierung, in: Frankfurter Rundschau vom 10.4.1992.

2. Die Haltung der Triade

Was die industriell entwickelten Länder betrifft, so ist mit Blick auf Rio keine Bereitschaft zu erkennen, ihrer (in liberalen Wochenzeitungen durchaus zugestanden²⁶) historischen Verantwortung für die globale Störung des Naturhaushalts gerecht zu werden. Von den Dritte-Welt-Ländern wird der Souveränitätsverzicht über nationale Ressourcen verlangt, die als "gemeinsames Erbe der Menschheit" für den Umwelterhalt besonders wichtig sind (tropische Regenwälder, Fischreichtum); würde dies nicht von jenen verlangt, die einen Großteil des gemeinsamen Erbes bereits verspielt haben, wäre es gewiß plausibler.

Von besonderer Bedeutung ist der Umgang mit der geplanten Klimakonvention. Die japanische Regierung hat zwar angekündigt, in Zukunft eine Führungsrolle beim internationalen Umweltschutz übernehmen zu wollen und damit in Rio zu beginnen. Die konkreten Vorschläge sind bei Licht besehen jedoch eher bescheiden. Auch deswegen besteht wenig Hoffnung für den "Domino-Effekt", auf den manche setzen (die EG verändert unter dem Druck der Bundesrepublik die Haltung Japans, und dem können sich die USA nicht entziehen). Eher sieht es so aus, als ob die Haltung der USA eine nicht gerade unwillkommene Entschuldigung dafür liefern wird, die eigenen Vorschläge nicht realisieren zu müssen. Für den Rückzug hinter die Linie der eigenen Ankündigungen dient das Argument, entscheidend sei die "Einbindung" der USA.²⁷ Die US-Regierung lehnt die Grundvoraussetzungen einer Klimakonvention, verbindliche Begrenzungsziele für die energiebedingten CO₂-Emissionen (von denen weltweit etwa ein Viertel auf die USA entfällt), ab. Hauptargumente sind Mangel an wissenschaftlichen Belegen für den Treibhauseffekt und eine besonders große Abhängigkeit der USA von fossilen Energieträgern, was zu einer überproportionalen Belastung der US-Wirtschaft bei Einführung einer CO₂-Steuer oder ähnlicher Regelungen führen würde. Pro Einheit Sozialprodukt verbrauchten Länder wie Brasilien oder Indonesien zehn mal soviel Energie wie die USA. Da der Hauptzuwachs an CO₂-Emissionen in Zukunft auf die Schwellen- und Entwicklungsländer entfallen würde, sei es besser, dort anzusetzen. Mit dem normalen Umschlag des Kapitalstocks

²⁶ "Der Norden leugnet seine Schuld, ignoriert seine ökologischen Schulden." "Vom Süden zu verlangen, er solle nicht genau die ökologischen Sünden wiederholen, mit denen wir uns auf Kosten der Umwelt selbst bereicherten, wäre bigott." "Der Norden beansprucht tagtäglich vier Fünftel des Ressourcenverbrauchs... Mit anderen Worten: Vier von fünf Schritten auf dem langen Weg zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur müssen die Industriestaaten gehen." Die Zeit vom 20.3.1992.

²⁷ Töpfer brachte aus Japan die Botschaft mit, "daß alles unternommen werden müsse, um die Amerikaner so einzubinden, daß sie die Sprache der Konvention mittragen könnten. Insbesondere sei ... darauf hingewiesen worden, daß es nötig sei, die Erwartungen der Entwicklungsländer 'zu relativieren'. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die von der UNO geforderten 0,7 Prozent des BSP sei kaum denkbar, vielmehr bestünden sogar Schwierigkeiten, das gegenwärtige Niveau von durchschnittlich etwas über 0,3 Prozent zu halten. Handelsblatt vom 10.4.1992.

würde sich auch eine günstigere Energieverbrauchsstruktur in den USA durchsetzen.²⁸

Weitgehend ablehnend ist auch die Haltung zu ökologisch begründeten Transferzahlungen. Ursprünglich war eine Größenordnung von jährlich 125 Mrd. Dollar seitens des UNCED-Sekretariats als notwendig bezeichnet worden (was etwa einer Anhebung der Entwicklungshilfe auf den geforderten 0,7 Prozent-Betrag entspricht). Diese Summe wurde inzwischen auf 70 Mrd. Dollar heruntergerechnet.²⁹ Bei der letzten Vorkonferenz in New York weigerten sich aber die USA, die Bundesrepublik (unter Verweis auf die Kosten der "Einheit"), Großbritannien und andere, auch nur zehn Prozent dieser Summe zuzugestehen. Außerdem soll nichts ohne Kontrolle der Weltbank laufen. Zum Vergleich: Der jährliche Ressourcenabzug aus der Dritten Welt (Schuldendienst, Profittransfer, terms of trade usw.) liegt demgegenüber in einer Größenordnung von 150 Milliarden Dollar.³⁰

3. Dritte Welt - geschwächte Verhandlungsmacht

Bei der Londoner Folgekonferenz zum Montrealer Protokoll im August 1990 (Reduzierung bzw. Stop der FCKW-Emissionen) konnten die Entwicklungsländer erstmals die Einrichtung eines Fonds für die Erleichterung der Umstellung auf Alternativtechnologien durchsetzen. Die FAZ interpretierte das als Resultat eines gelungenen Erpressungsmanövers: "Sie erhielten von den Industriestaaten die Zusage, ihnen den Verzicht auf technische Exzesse förmlich abzukaufen. ... Jahrelang hatten sich die Industrieländer gegen die Begehrlichkeit der Ärmeren gesperrt. Zumal die Vereinigten Staaten befürchteten, wahrscheinlich zu Recht, von dem geplanten Fonds eine präjudizierende Wirkung. ... Ihr altes Ziel, den europäischen Lebensstil zu kopieren, bekam damit einen neuen, aggressiven, böartigen Sinn. Wenn ihr uns nicht gebt, was wir wollen, dann werden wir dasselbe tun wie ihr. ... Die armen Staaten haben eingesehen, daß man nicht unbedingt Atomwaffen braucht, um andere Länder zu erpressen".³¹ Der Tonfall dieser Interpretation paßte schon zu der neuen konfrontativen

²⁸ "Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt wird die amerikanische Regierung nur an der Opportunität für ihre Wirtschaft messen." Handelsblatt vom 31.3.1992.

²⁹ Maurice Strong, der Generalsekretär der Rio-Tagung, präsentierte bei der (letzten) New Yorker Vorkonferenz im April folgende Überlegung: Von den 625 Mrd. Dollar, die für Umweltschutz in der Dritten Welt jährlich aufgewendet werden müßten, könnten die betroffenen Länder selbst 500 Mrd. tragen. 55 Mrd. würden schon vom Norden in den Süden für umweltfreundliche Entwicklungsprojekte transferiert, so daß lediglich eine Lücke von 70 Mrd. Dollar geschlossen werden müßte (Frankfurter Rundschau vom 10.4.1992).

³⁰ So die Grobschätzung von Jörg Goldberg, Leben auf Kosten der Dritten Welt?, in: konkret 2/1991, S. 44ff.

³¹ "Die Umwelt als Waffe. Wie die Dritte Welt die Erste zu erpressen sucht", Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.8.1990.

Haltung gegenüber der Dritten Welt³², die im darauffolgenden Jahr mit der Strafexpedition gegen den Irak durchexerziert wurde.³³

Der reale Gang zeigt jedoch, daß diese "Erpressungsmacht" der Dritten Welt sehr begrenzt ist. Das insgesamt geringe Interesse der Triade an einem echten Durchbruch bei der Rio-Konferenz zieht von vornherein dem Versuch von Staaten der Dritten Welt enge Grenzen, durch ein Junktim zwischen aktiver Beteiligung an globaler Umweltpolitik und Eröffnung neuer Entwicklungsspielräume der Forderung nach Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, finanziellen Transfers für umweltverträgliche Technologien und Aufstockung von Entwicklungshilfe näher zu kommen.³⁴ Dazu kommt die generelle ökonomisch-politische Schwächung der Entwicklungsländer. Die achtziger Jahre waren für sie ein Jahrzehnt mit abnehmendem Gewicht in der Weltwirtschaft sowie enormen Ressourcenabflüssen über Schuldendienst und verschlechterte terms of trade bei nachlassender Kreditzufuhr. Die in den siebziger Jahren gestiegenen Rohstoffpreise (Erdöl war nur der spektakulärste Fall) sind wieder in den Keller gegangen, die Preise für Industriewaren kontinuierlich gestiegen. Mit Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 gerieten sie in noch größere Abhängigkeit von IWF und Weltbank, die ihnen den Brotkorb höher zogen und deren strikte Sanierungsaufgaben (Strukturanpassungsprogramme) geschluckt werden mußten. Besonders die Nahrungsmittelabhängigkeit wirkte dabei als Druckmittel, mit dem auch die Ansätze zu einem Schuldenstreik unterbunden werden konnten. Steigerung des Rohstoffangebots zur Schuldenfinanzierung mit preissenkender Wirkung, zunehmende Armut im Innern mit Ausweitung raubbauhafter Subsistenzökonomie waren Konsequenzen. Insofern hat sich in den achtziger Jahren unter der vereinten, wenn auch sicher nicht immer einheitlichen Regie von G 7, IWF, Weltbank, internationalen Großbanken und Multis durchaus eine neue Weltwirtschaftsordnung etabliert, aber in ganz anderem Sinne als dies 1973 von den Blockfreien gefordert worden war. Dazu kommt der Zusammenbruch des Realsozialismus, der zwar höchstens für einzelne Länder der Dritten Welt einen bedeutenden ökonomischen Faktor darstellte, aber ihren politischen Spielraum gegenüber den kapitalistischen Metropolen beachtlich erweitert hatte. Die "marktwirtschaftliche" Umorientierung von Staaten wie Indien und die zurückhaltende Art, in der die in der "Gruppe der 77" zusammengeschlossenen 128 Entwicklungsländer

³² Vgl. Frank Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung*, Marburg 1991, S. 159ff.

³³ Französische Autoren betrachten hierbei insbesondere den Versuch des Irak als auslösendes Moment, die Rolle Saudi-Arabiens als eines der internationalen Ölpreise im Interesse der großen Energieverbraucher moderierenden "Brückenkopfs" in der OPEC zu schwächen. Vgl. Georges Corm, *Les habits neufs de la domination néocoloniale*, in: *Le Monde diplomatique*, Paris, avril 1992, S. 16f.

³⁴ Vgl. Rainer Falk, *Globaler Vertrag oder Stückwerk? Die Verhandlungsstrategie des Südens*, in: *Weltwirtschaft & Entwicklung*, Sonderdienst 3/1992.

neuerdings ihre Forderungen an den Norden präsentieren, wird zu Recht als Reaktion auf die veränderte Konstellation interpretiert.³⁵

Die G 77 haben unter diesen Bedingungen erst sehr spät zu einer halbwegs gemeinsamen Position im Sinne einer offensiveren Verbindung von Entwicklungs- und Umweltschutzinteressen gefunden. Ihre Konfliktbereitschaft und -fähigkeit ist relativ gering; hier wirkt sich das allgemeine Interesse an Industrialisierung und an Nutzung der eigenen Ressourcen (z.B. Tropenholz, Erdöl) eher gegen eine einheitliche Haltung aus. Schwellenländer und die von Überschwemmung bedrohten Insel- und Küstenstaaten haben durchaus unterschiedliche Interessen. Die OPEC-Staaten lehnen aus naheliegenden Gründen eine Umweltabgabe auf fossile Brennstoffe ab und vertreten damit eine vergleichbare Position wie die USA.

Als Neill Armstrong als erster Mensch den Mond betrat, meinte er "Ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein großer Schritt für die Menschheit." Die darin mitschwingende Hoffnung, die aufgestauten Probleme dieses Planeten durch den Schritt ins Weltall lösen zu können, ist längst verflogen. Der Aufgabe einer rationalen Gestaltung der Beziehungen von Mensch, Gesellschaft und Biosphäre des "blauen Planeten" ist so nicht zu entgehen. Dessen Begrenztheit, schreiben Negt und Kluge, wird "allmählich Alltagsrealität. In dieser Epoche beginnt der Kampf um die Verteilung dieses begrenzten Raums." Rio wird unter den heutigen Bedingungen der neuen Weltordnung nicht der Ort sein, von dem wesentliche Veränderungen in den globalen Öko-Beziehungen und Schritte für neue Entwicklungsmöglichkeiten der Dritten Welt ausgehen werden. Die Neigung zum Einstieg in echte umweltschonende Umbauprogramme - eine "harte" Klimakonvention könnte dies sein bzw. auslösen - ist in den Metropolen gering, und die Entwicklungsländer werden weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und damit Chancen für die Zurückdrängung arbeitsbedingter Umweltzerstörungen nicht durchsetzen können. Die Musik wird in anderen Institutionen und in kleinerem Kreise gemacht - Multis, GATT, IWF, Weltbank, G 7. Die Differenzen innerhalb der dominierenden Triade verweisen darauf, daß auch angesichts der Notwendigkeit globaler Regulierung die entscheidende Ebene in der Auseinandersetzung um international solidarische Schritte für sozial und ökologisch verträgliche Alternativen die einzelnen (National-)Staaten bleiben. Hier muß - ggfs. auch unter Ausnutzung fortschrittlicher internationaler Regelungen - der Druck gemacht werden, der entsprechende Veränderungen einleiten könnte.

³⁵ "Ohne Zweifel haben die Entwicklungsländer die neue geopolitische Situation klar begriffen und tragen ihr nun weitgehend Rechnung". *Handelsblatt* vom 29./30.11.1991.

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift Sozialismus liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu:

★ Diskussionen im Forum Gewerkschaften (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

★ politisch-ökonomischen Analysen national und international (es schreiben: Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn, Joachim Bischoff)

★ aktuellen politischen Diskussionen der Linken (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50

Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

VSA

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
Stresemannstr. 384a
W-2000 Hamburg 50

Joachim Bischoff/Michael Menard
Weltmacht Deutschland?
192 Seiten; DM 24,80

Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.)
Zwischen den Zeiten
Ein Jahrhundert verabschiedet sich
240 Seiten; DM 32,80

Linda Wilken
Einmischung erlaubt?
Kommunale Frauenbüros in der BRD
140 Seiten; DM 22,80

Eberhard Fehrmann/Frank Neumann (Hrsg.)
Gorbatschow und die Folgen
Am Ende eines Zeitalters
136 Seiten; DM 19,80

Pierre Bourdieu
Die Intellektuellen und die Macht
Herausgegeben von Irene Dölling
160 Seiten; Franz. Broschur; DM 24,80

Politische Bücher



Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.)
Binnenmarkt '92
Arbeitsbeziehungen in Europa
192 Seiten; DM 24,80

Heinrich Hannover
Terroristenprozesse
Erfahrungen und Erkenntnisse eines
Strafverteidigers
Terroristen & Richter 1
240 Seiten; DM 39,80

Außerdem bei VSA:
Regional- und Freizeitführer/Städte zu Fuß/
StadtReiseBücher/Länderreiseführer

Christoph Spehr

"Westliche" Kultur und "multikulturelle" Weltgesellschaft

"Die Beute wird, wie das immer so üblich war, im Triumphzug mitgeführt. Man bezeichnet sie als die Kulturgüter."
(Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte)

"Wir" fühlen uns wohl. Es ist uns, praktisch, nicht auszutreiben. "Linke unterscheiden sich von Linken durch die Lernfähigkeit der Einen...Der angeschimmelte Linke heute jedoch, ist nicht nur bewegungsunfähig, sondern dazu noch bequem geworden. Er malt sich die Kämpfe im sog. Trikont nicht mehr aus, sondern er holt sich diese ins eigene Haus. Multikulturell ist das Stichwort. Ausdrücke dieser Bewegung, die es so toll findet, wenn alles so schön bunt ist, finden sich an jeder Straßenecke: in den postmodernen Trinkhallen wird der neue Rausch kreiert..."¹

Man kann nicht mehr vom Golfkrieg reden um vorzuführen, daß die Selbstgefälligkeit westlicher kultureller "Überlegenheit" und die von uns ausgeübte Gewalt zusammengehören. Es würde verdecken, daß wir es nicht mit einer Ausnahmeerscheinung zu tun haben. Die Gewaltförmigkeit des westlichen Systems nach "außen" nimmt empirisch zu; und die Propagierung von "Zivilgesellschaft", "Aufklärung", "Demokratie" als Exportschlag des westlichen Systems sind davon nicht zu trennen, sind ein Teil dessen. Nicht nur im Rahmen "präventiver Strategien" gegen Kontrollverluste in der "Dritten Welt", auch über die ganz normale "Entwicklung". Und gleichzeitig möchten wir uns mit allen an den "multikulturellen" Tisch setzen...

Aber viele möchten das nicht mehr mit uns. Über die "multikulturelle" Gestik wollen wir die Einhaltung unserer Hausordnung garantieren: das Credo in unsere Werte. Denn wir gehen davon aus, daß wir mit den Werten westlicher Kultur, den Glaubenssätzen der Aufklärung, den demokratischen Errungenschaften und der industriellen Orientierung der Welt etwas Bleibendes gegeben haben, woran sie sich zu halten hat. Ich stimme dagegen denjenigen zu, die das bestreiten.

I. Multikulti und rassistische Ordnung: die historische Einheit von "Aufklärung" und Unterdrückung

Gegen das Dogma von der westlichen Zivilgesellschaft und ihrer historischen Errungenschaft der Freiheit und Gleichheit gilt es festzuhalten, daß

¹ Weiße Herrschaft - Rassismus und Imperialismus. In: Metropolen(gedanken) & Revolution. Berlin 1991

die 500jährige Geschichte ihrer Hervorbringung gleichzeitig die Hervorbringung dessen ist, was wir unter Rassismus heute verstehen. Das, was - unbeschadet älterer und anderer Rassismen - seit damals bis heute wirklich die Katastrophen produziert.

Historisch waren alle Gesellschaften mit einer florierenden Güterproduktion und einer herausgehobenen Stellung im Weltsystem Einwanderungsgesellschaften und insofern "multikulturell": die mittelalterlichen orientalischen Gesellschaften, die frühneuzeitlichen schwarzafrikanischen Staaten, im 15. Jahrhundert Spanien, Portugal, Frankreich usw. Die Eingewanderten waren nicht "gleich" mit den Einheimischen, sie waren rechtlich beschränkt und leisteten häufig schwere und schlechte Arbeit. Jedoch fanden sie sich grundsätzlich in allen Berufen und Positionen, die auch Einheimischen offenstanden; so wie es umgekehrt genug Einheimische gab, deren Leben und Arbeit auch denen der schlechtesten ImmigrantInnen glich.

Erst die "westlichen" Staaten seit dem 16. Jahrhundert "erfanden" eine besonders starre Fixierung der ImmigrantInnen auf "minderwertige" und schlechte Arbeit, die sie außerhalb der eigentlichen Gesellschaft, und zunehmend auch außerhalb des nationalen Kernterritoriums ansiedelten - in den Kolonien. So lebte tatsächlich kein Weißer, wie die Sklaven in den spanischen Zuckermühlen, auf den amerikanischen Plantagen, wie die Zwangsarbeiter in den deutschen Kolonien. Schon gar nicht wie die Sklavinnen, die zugleich vergewaltigt und deren Kinder getötet werden konnten.

Erst jetzt galten Nicht-Weiße pauschal als Menschen minderen Rechts, begründet aus ihrer angeblich minderen Natur. Erst jetzt wurde allen fremden Gesellschaften eine "unterlegene Kultur" zugeschrieben. Die Kreuzritter kannten noch islamische Krieger, Venedig und Byzanz afrikanische Könige und Händler, Kolumbus eine fremde Gesellschaft ohne Ehe. Bis zum 18. Jahrhundert kannten die weißen Herren dann nur mehr sich, nicht-weiße Untermenschen und weiße nicht-männliche "defizitäre Menschen".

Der moderne Rassismus, der sich herausbildete, war Teil einer neuen Logik, die auf den Grundlagen des Völkermords, der Zerstörung fremder Gesellschaftsgrundlagen und der massenhaften Transportation wuchs. Die portugiesische Krone, die englischen Sklaventransporte und deutschen Finanziers des 16. und 17. Jhds lernten, daß sich eine vernichtete Bevölkerung der Neuen Welt erfolgreich und profitabel durch eine eingefangene Bevölkerung Schwarzafrikas ersetzen ließ. Damit konnten sich erstmals Machthaber von den Reproduktionsnotwendigkeiten unterworfenen Fremdbevölkerungen und ihrer gesellschaftlichen Mikrostrukturen "emanzipieren". Die ganze Welt wurde zum Rechenbrett austauschbarer Einheiten, Menschenleben eingeschlossen.

So war der gigantische globale Gewaltakt auch eine philosophische "Errungenschaft": die Geburtsstunde des "reinen Subjekts", das die Welt als totales Objekt konstruierte. Es lag nahe, daß diese Logik auch vor den eigenen Bevölkerungen nicht halt machte. Erstmals begann Herrschaftsmacht, sich nicht auf äußere Kontrolle und tributäre Abschöpfung zu beschränken, sondern ihre Bevölkerung nach "rationalen" Kriterien umfassend neu zu konstruieren bis in die Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen und des Alltagshandelns hinein. Hexenverfolgung, medizinische und sittliche "Aufklärung", die frühneuzeitliche "Polizey" gegen Arme, "Arbeitsscheue" und "Kriminelle" waren Großprojekte auf diesem Weg.

Zur Verfügung stellte sich, für die Durchführung dieser Projekte, eine mobile Gruppe weißer männlicher Protagonisten, die aus traditionellen sozialen Bindungen ausbrachen und ihr Wohlergehen lieber auf die Dienste bei der Staatsmacht oder auf ihre Leistungen auf dem Markt stellten, als auf ein produzierendes Leben in der dörflichen Einheit: Bergwerksunternehmer, Ärzte, Pfarrer, Juristen, "Abenteurer", Intellektuelle etc. Das große "Cogito ergo sum" war der Bekennerbrief dieser Gruppe weißer männlicher Aufsteiger. Sie rationalisierten ihre Lossagung von traditionellen sozialen Verpflichtungen als "Vernunft" und lernten durch Selbstdressur, durch Kontrolle ihres eigenen Empfindens und ihrer eigenen Körperlichkeit, zu bestehen.

Das Bekenntnis zum reinen Denksubjekt war ein Bekenntnis zur neuen Herrschaft durch umfassende Manipulation. Daß die eigene Person, fremde Völker, ausgegrenzte Minderheiten, unterworfenen Bevölkerung und das andere Geschlecht gleichermaßen zum Objekt wurden, war eine scheinbare Gleichheit: Denn der Machtzuwachs, den diese Konstruktion barg, war bei einer konkreten Gruppe angesiedelt, die davon profitieren konnte. Die "kartesianische Wende" war das Bekenntnis zum Willen zur Macht weißer gebildeter Männer in den verschiedenen Staatsfunktionen der abendländischen Zentren.

Kein/e gläubige/r oder nichtgläubige/r AraberIn, die sich heute in eine Talkshow der westlich kontrollierten Medien wagen, kann der peinlichen Vorhaltung "fehlender Aufklärung" entgehen. Mit seinen/ihren Leuten zuhause, so die Standardwendung, sei eigentlich gar keine Diskussion möglich, weil sie doch die "kartesianische Wende" nicht mitgemacht hätten. Die von uns besser Bezahlten unter ihnen sagen das sogar schon selbst.

Dabei hat die "Aufklärung", als politisch-soziale Bewegung in der Folge der Konstruktion des rationalen Subjekts, historisch hinlänglich klar gemacht, für wen sie da ist. Im Zeichen der "Auflärung" vertrat und organisierte männliche weiße Herrschaft die Ausübung von Macht auf einer antiklerikalen und antifeudalen Grundlage - durch die demokratische Organisation der öffentlichen Sphäre, an der keineswegs alle teil hatten. Die "TrittbrettfahrerInnen" der Gleichheit, die glaubten die Versprechen der

Französischen Revolution auch für sich in Anspruch nehmen zu können, wurden abgeschmettert: die Frauenrechtlerin Olympe des Gouges starb auf dem Schafott, der Anführer der "schwarzen Jakobiner" auf Saint Domingue, Toussaint L'Ouverture, in einem französischen Kerker.

Die patriarchal-weiße "multikulturelle Weltordnung" wurde in der Aufklärung aufrechterhalten, wie sie vorher mit dem "Siegeszug der Vernunft" entstanden war. Wenn heute über "multikulturelle Gesellschaft" und "multikulturelle Weltgesellschaft" positiv gesprochen wird, kann dies deshalb bedeuten, daß die vorhandene rassistische Unterdrückung und Ausgrenzung zum selbstverständlichen Ausgangspunkt, zur Normalität erklärt wird. Das Problem, so wird suggeriert, sind wieder einmal die "anderen". Die rassistische Struktur der Weltordnung wird in "operationalisierbare" Detailfragen beschönigt.

Wir müssen stattdessen uns selbst als Problem erkennen. Hinter multi-kultureller "Toleranz" befestigen wir die ideologische Gleichung: westliche "Aufklärung" = Emanzipation. Diese ideologische Gleichung ist die große Sackgasse heutigen emanzipatorischen Bestrebens, hier wie weltweit. Ihre Destruktion erfordert die Aufweisung der historischen Kontinuität dieser Ideologie, die historische Klärung "welche Emanzipation" sich mit der westlichen Zivilgesellschaft verbunden hat, und die (Rück-)Gewinnung einer emanzipatorischen Theorie und Praxis jenseits dieser "westlichen" Gleichung. Wir streichen die Sackgasse multikulturell neu, während andere sie bereits verlassen.

II. Aufklärung als Auslieferung: Die logische Einheit von Aufklärung und Unterdrückung

"Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferi. Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt. Ganze Jahrhunderte lang...hat es im Namen eines angeblichen 'geistigen Abenteuers' fast die gesamte Menschheit erstickt."²

So hieß es 1961 bei Frantz Fanon in den "Verdammten dieser Erde". 30 Jahre später triumphieren die Zumutungen an die Länder des Trikont. Das folgende Zitat ist typisch, gerade weil es sich eines fortschrittlichen Anspruchs sicher wähnt:

"Allen romantischen Vorstellungen zum Trotz sind die Länder der Dritten Welt dazu verdammt, die Herausforderungen der Industrialisierung anzunehmen, wodurch sie auf Dauer nicht umhinkommen, auch gewisse neue, für die Industrialisierung notwendige Überbauten zu entwickeln, wie zum Beispiel einen mit dem Arbeitsrhythmus einhergehenden Lebensrhyth-

² Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M. 1981. S. 263.

mus... Bei der Entwicklung von modern funktionierenden Industrienationen verwandeln sie sich (die traditionellen Überbauten) jedoch größtenteils in Hindernisse... kann der Einfluß, der über Film und Fernsehen auf die Entwicklung eines neuen Bildes der Frau transportiert wird, nicht nur negativ gesehen werden. Er fördert das anzustrebende Resultat zwar nicht auf direktem Wege, sondern eher über den Umweg von Konsumwünschen, in Bezug auf das Freizeitverhalten, Mode, Reisen usw. Diese Wünsche können jedoch viele junge Mädchen in die Welt der Arbeit führen."³

Man muß die einzelnen Bestandteile dieser Vorstellung analysieren, um den Zusammenhang zwischen westlicher "Aufklärung" und westlicher Zumutung an die "anderen" genau zu sehen, der darin beispielhaft zum Ausdruck kommt.

Da ist zunächst die Unausweichlichkeit einer Entwicklung hin zu "modern funktionierenden Industrienationen", die sich die Entwicklung der westlichen Staaten zur verbindlichen Zeitachse nimmt, auch wenn damit Katastrophen ("verdammte") impliziert werden. Soziale Gefährdung und Gewalt gelten dann als vertretbar, wenn sie gleichzeitig mit Industrialisierung auftreten - ganz im Sinne der Hegelschen Stufentheorie, mit der dieser den Fortbestand des europäischen Sklavenhandels rechtfertigte:

"daß der Naturzustand selbst der Zustand absoluten und durchgängigen Unrechts ist. Jede Zwischenstufe zwischen ihm und der Wirklichkeit des vernünftigen Staates hat ebenso noch Momente und Seiten der Ungerechtigkeit...So aber als im Staate vorhanden, ist sie (die Sklaverei) selbst ein Moment des Fortschreitens von der bloß vereinzelt, sinnlichen Existenz, ein Moment der Erziehung, eine Weise des Teilhaftigwerdens höherer Sittlichkeit und mit ihr zusammenhängender Bildung."⁴

Die Katastrophen der Industrialisierung werden als "Herausforderung" bezeichnet - d.h. als zu akzeptierende "Härten". Die Industrialisierung, inklusive der auf Massenproduktion hin mechanisierten Landwirtschaft, ist die Übersetzung der sozialen Technologie der Rationalisierung und der politischen Technologie der Aufklärung in eine maschinelle Technologie, die äußerste Festschreibung der Trennung von Produktion und Reproduktion. Ihr Wesen ist es, daß dem Menschen real alles genommen und potentiell alles wiedergegeben wird - abhängig von seiner sozialen Machtstellung und produktiven Position. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Wiederzuteilung über einen Markt oder über Zuteilung erfolgt. Die Entäußerung ist auf jeden Fall total - und die Gefährdung immer vorhanden.

Drittens sollen die Gesellschaft und der Mensch selbst sich in umfassendem Sinne ausliefern an die rationalen Erfordernisse des Industriesystems - störende Denkweisen und Sozialnormen ("traditionelle Überbauten") ha-

³ Sabine Kebir: "Die Internationalisierung der Zivilgesellschaft". SPW 57, Köln 1991.

⁴ G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke 12, Frankfurt/M. 1970, S. 129.

ben ebenso zu verschwinden wie ein dem erforderlichen "Arbeitsrhythmus" entgegenstehender "Lebensrhythmus". Der ideale Mensch ist, wie die Ressourcen, dem Prozeß der industriellen Wertschöpfung schrankenlos disponibel. Diese Idealperson ist eine männliche, die von einer weiblichen reproduziert wird, was erst ihre volle Disponibilität garantiert. "Junge Mädchen", als das größte und billigste "neuzugewinnende" Arbeitskräftereservoir, sind zu mobilisieren, bevor sie erwartungsgemäß in eine reproduktive Biographie fallen. Dieser Gesamtprozeß gilt als "vernünftig".

Wo steckt bei all dem die Vernunft? Sie steckt nicht in der Entscheidungskompetenz der einzelnen, die ja - durch Zerstörung unpassender Denkweisen und Verführung über "Konsumwünsche" - gezielt gebrochen werden soll. Der Gesamtprozeß selbst gilt als vernünftig, die Logik der Transformation in ein System, das die totale Disponibilität von Menschen und Ressourcen gewährleistet; "Entwicklung" selbst wird als das Fortschreiten dieser Verfügbarkeit definiert.

Dieser Bedeutungsgehalt der Auslieferung an einen zentralen Prozeß, der als "vernünftig" gesetzt wird, weil er die Kontrolle über die Welt der Objekte einschließlich der menschlichen Person maximiert, bestimmt tatsächlich das Wesen der westlichen "Aufklärung". Es handelt sich um eine spezifische Vernunft, die abstrakt, nicht personengebunden ist.

Es ist entscheidend, diese Spezifik zu sehen. Tendenzen rationaler Durchdringung von traditionellen Annahmen, von Beweisführung, naturwissenschaftlichen Methoden und Selbstreflexion kannte auch die islamische "Aufklärung" des Mittelalters. Demokratie im Sinne von allgemeiner, gleicher Partizipation an Entscheidungen ist ebenfalls keine abendländische Erfindung, sondern fand sich in afrikanischen "Dorfdemokratien" wie in vielen anderen frühen lokalen Strukturen. Was wir als die philosophischen, politischen und sozialen Errungenschaften der konkret-historischen westlichen "Aufklärung" apostrophieren, hat seine Spezifik durch das Modell der totalen gesellschaftlichen Neuorganisation unter der Führung zentraler Instanzen, und im Prinzip der totalen Disponibilität. Was wir als "Aufklärung" vorstellen, ist die Spezifik einer Vernunft der Auslieferung. Und wir hängen an ihr, weil sie unsere Vormacht befestigt.

Zivilisationstheorie, Rassismus und Sexismus sind in dieser westlichen "Aufklärung" genuin miteinander verbunden. Denn die Auslieferung an ein gesellschaftlich konstruiertes vernünftiges Subjekt und den von ihm initiierten Wandel kommt den Machthabern zugute. Sie kommt denen zugute, die erklärtermaßen "produktive" Arbeit leisten und nicht reproduktive - d.h. im gesamten Durchschnitt den Männern und nicht den Frauen, bzw. den Zentrumsländern und nicht den Ländern der Peripherie.

In den nicht-westlichen Ländern hat dieser Wandel nicht einfach katastrophale Nebenfolgen, sondern der Wandel ist die Katastrophe. Die Experimente der "nachholenden Entwicklung", am berühmtesten die "Grüne Revolution" Indiens und die "Weiße Revolution" in Persien, zerstörten

zunächst die ländliche Subsistenzwirtschaft, um sie zur "rationaleren" Massenproduktion von Lebensmitteln für Export und eine aufzubauende Industriearbeiterschaft zu zwingen bzw. Menschen in eben diese Industrie zu treiben; die solcherart in Stadt und Land geschaffenen reinen Arbeitskräfte waren dann den Schwankungen des (Welt-)Marktes ausgeliefert und Schüben von Verelendung ausgesetzt. Vom Wandel profitieren konnten diejenigen, die über viel Grund verfügten oder in "qualifizierten" Stellungen tätig waren. Neue Ungleichheit war die Folge, und der Verlust von Resten einer selbstkontrollierten Lebensweise.

Im Zentrum dagegen, in der unmittelbaren Nachbarschaft des Vernunftsubjekts "Garantie der weißen männlichen Vorherrschaft", fällt für die meisten doch etwas ab. Die Integration in die weiße heterosexistische Zwangsgesellschaft verspricht Teilhabe am Gewinn. Die Integration der weißen Arbeiterschaft und die ungleiche Integration weißer Frauen haben die Stabilität erhöht, den Großteil der Bevölkerung auf den Erfolg "ihrer" Staaten verpflichtet.

Selbst im Zentrum gilt aber: man kann gar nicht so viel verdienen, wie man gleichzeitig an Selbstbestimmung und unmittelbarer Kontrolle verliert. Trotz der privilegierten Stellung im Weltsystem gilt der Befund, daß der Einschränkung von Lebensmöglichkeiten auch in den Zentren nicht mit dem "westlichen Emanzipationskonzept" zu begegnen ist. Die "Unbewohnbarkeit" der Städte, die psychosomatischen Reaktionen auf Entfremdung und Vergiftung, die zerstörerischen Folgen einer komplett "ausgelieferten" Lebensweise und Selbstdisziplinierung, die Unerreichbarkeit realer Entscheidungspartizipation sind Streiflichter darauf.

Selbst wenn "multikultureller" Politik in den Zentrumsländern gewisse Verbesserungen der Situation von ImmigrantInnen gelingen sollten, kann die Partizipation deren Unterdrückung nicht aufheben: Sie stärkt die Grundlagen des Systems und damit die Voraussetzungen der Unterdrückungsverhältnisse, die einen selbst wieder treffen. Der "Erfolg" der westlichen Staaten erzeugt immer neue Katastrophen an der Peripherie, mit denen die ImmigrantInnen in rassistischer Weise identifiziert werden. "Angebote" ändern nichts daran, daß der Erfolg des Auslieferungssystems die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern immer weiter steigert.

Die Betrachtung heutiger emanzipatorischer Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Gewalt wehren, zeigt, daß der Ideenkatalog westlicher "Aufklärung" vermehrt auf Ablehnung stößt, ja daß diese Bewegungen sich gegen die Vernunft der ausliefernden "Aufklärung" direkt wenden. Die letzten Jahrzehnte sind voller Versuche, in andere Richtung davonzuschwimmen. Autonome "Basisprojekte" in den Trikont-Ländern; Befreiungsbewegungen und linke Trikontländer, die reale technisch-soziale Alternativen schufen oder suchen; weißer und nicht-weißer Feminismus; schwarze Emanzipation und Militanz; "Ecoresistance"; Flüchtlingsbewegung etc. folgen alle zu erheblichem Teil eigenständigen

Logiken von Emanzipation, die nicht mehr auf "Übernahme und Anwendung" der westlichen "Aufklärungsemanzipation" auf die eigene Gruppe abzielen.

III. Step across the border: Annäherung an einen emanzipatorischen Diskurs jenseits des westlichen Modells

Ich rede hier über "uns". Wir befinden uns in einer jener Detektivgeschichten, an deren Ende der Nachforschende sich selbst als den Täter erkennt. Autor und Lesende, sind wir vereint in unserer Täterschaft, wenngleich in unterschiedlichem Maße und Rolle in unserer heterosexistischen weißen Zwangsgesellschaft und ihrer Machtausübung nach "außen" und "innen".

Deshalb kann es nicht angehen, hier eine andere Emanzipationstheorie, eine Theorie der Unterdrückten, formulieren zu wollen. Diese Theorie und ihre Praxis formuliert sich gegen "uns", gegen die Herrschaft weißer nichtausgegrenzter Männer in den Zentralländern, mit ihrer "produktiven Rolle" und "westlichen Kultur". Diese Tatsache können weder ich noch "wir" (das heißt die weiße männliche Mehrzahl der LeserInnen dieser Zeilen) durch flotte Solidarität überspringen. Leute wie ich und mein aktueller "ideeller Gesamtleser" haben wenig vorzuweisen, was uns Teilhabe an einem alternativen Diskurs erlauben würde; auch wenn ich glaube, daß unsere eigene wirkliche Befreiung, wenn wir sie denn wagen sollten, von diesem Diskurs lernen müßte.

Aber es ist vielleicht möglich, Züge einer solchen anderen emanzipatorischen Begrifflichkeit zu erkennen. Um mit unserer selbstherrlichen theoretischen und praktischen Verhöhnung dieser anderen Emanzipation aufhören zu können, und besser zu begreifen, warum wir mit unserer Partizipation am System westlicher Aufklärungs- und Auslieferungsunterdrückung brechen müssen. Und sei es, daß es nur dazu nützt, den Feuerlöscher stehen zu lassen, wenn Teile des westlichen Hauses aus berechtigten Gründen angesteckt werden.

Meine These ist, daß sich in den alternativen Versuchen der erwähnten Emanzipationsbewegungen Annäherungen und Überschneidungen erkennen lassen, die ich hier unter drei Hauptbegriffe gruppieren; und daß diese alternativ-emanzipatorischen Begriffe sowohl über einen utopischen Gehalt, eine Andeutung eines möglichen anderen Lebens, verfügen, als auch Maßstäbe für konkrete Handlungsentscheidungen oder zumindest nicht-willkürliche Diskussionen darüber sind. Es sind keine Bausteine einer "Logik", die über den Subjekten und Bewegungen stünde und erlernt, quasi auch gegen sie verwendet werden könnte, sondern eher Verständigungsbegriffe. Um ein Beispiel zu geben:

Die Rolle von Lohnarbeit für die Emanzipation von Frauen in Trikont-Ländern ist umstritten und ständig in der Gefahr, prinzipielle Parteinahme

für subsistenzorientierte Entwicklung und unmittelbare Lebensinteressen der einzelnen Frauen selbst gegeneinander auszuspielen. Ich meine z. B., daß bezüglich der konkreten Situationen und konkreten Entscheidungen die Fragen: Was stärkt oder schwächt die Selbstbestimmung der einzelnen und der jeweiligen Gruppe von Frauen? Was trägt die eine oder andere Alternative bei zu den Möglichkeiten der einzelnen und der Gruppe, eigene Definitionsmacht zu gewinnen und Selbstbewußtsein zu erarbeiten? - eine klärende Funktion haben können, eine Basis der Diskussion nicht aufgrund einer Theorie, sondern einer Parteinahme und allgemeinen emanzipatorischen Haltung ermöglichen können.

Bestimmungen

(1) "Selbstbestimmung": Selbstbestimmung meint: Das eigene Leben, die eigene Körperlichkeit, die eigene Lebensführung und Gedanklichkeit, die eigene Biographie bestimmen, d.h. entscheiden und verwirklichen können. Sie ist nicht aufspaltbar in einzelne "Individualrechte", sondern meint tatsächliche, umfassende Kompetenz. Utopisch gesehen impliziert sie eine selbstverwaltete Ökonomie, die Formen der Subsistenzproduktion nicht via Zirkulation und Warenform von der Konsumtion trennt, und auch die Unterbindung von Eigentumsrechten jenseits der eigenen Reproduktions- und Lebenssphäre.

Strategisch gesehen impliziert sie die Verweigerung von Reproduktion anderer durch deren Aneignung kostenloser Arbeit. Hierzu sind natürlich analytische Prozesse nötig, die erkennbar machen, wo sich in Sozialbeziehungen und Warenkonsum "Sklavenarbeit" verbirgt, deren Leistung wie deren Konsumtion abgestellt werden sollen. (Damit ist natürlich nicht gemeint reproduktive Arbeit für diejenigen, die ihre eigene Reproduktionsarbeit aus physischen Gründen nicht vollständig leisten können - wohl aber die weibliche Arbeit, die sich Männer kostenlos aneignen, wenn sie die gemeinsam notwendige Reproduktionsarbeit für Kinder, Alte, Kranke auf Frauen abwälzen!)

Selbstbestimmung muß mit der spezifischen Zusatzbedeutung für Frauen gesehen werden, ihre Reproduktionsfähigkeit und ihren Anteil an der notwendigen Reproduktionsarbeit selbst vollständig kontrollieren zu können. - Auf "multikulturelle" Fragen bezogen, folgt aus der Aneignung des Gesichtspunktes "Selbstbestimmung" z. B., daß Migration aus elenden und unwürdigen Verhältnissen ein Element von Selbstbestimmung und nicht rechtmäßig zu verhindern ist.

(2) "Definitionsmacht": Der Begriff der Definitionsmacht bedeutet den Bruch mit der "Erziehungsfunktion" und dem "Fürspracherecht" über andere. Die Verteidigung unterdrückter Gruppen in ihrer Identität kann nicht an Mechanismen überpersönlicher Rechts- oder Argumentationslogik übertragen werden. Konkret gesagt: Was als Gewalt von den Betroffenen definiert wird, ist Gewalt - und impliziert ein Verweigerungsrecht

(auch Verweigerung von Information und Kooperation etc.). Es kann keinen rationalen Imperativ geben, der darüber geht, das wäre eine Herrschaftssprache.

Entsprechend gibt es in allen Entscheidungen ein Recht der Differenz - die Vermittlung kann nicht durch "logische" oder "gerechte" Gesetze erfolgen. Utopisch wie strategisch gesehen zielt der Gesichtspunkt der Definitionsmacht auf Strukturen freier Einigung zwischen Individuen bzw. Gruppen, die nicht in einem homogenen Körper nach Mehrheitsrecht zusammengefaßt sind. Zur Definitionsmacht gehört das Recht auf Zutrittsverweigerung anderer, auf temporären Abschluß der eigenen Gruppe.

(3) "Selbstbewußtsein": Selbstbewußtsein meint die selbstgelenkte Arbeit an der eigenen Identität, durch Aufklärung über sich selbst, die eigene Geschichte/Lage/Perspektive/Diskussion, etc. - und zwar nicht durch andere, sondern durch sich selbst, d.h. mit den eigenen Menschen und Kräften, der jeweiligen Gruppe. Selbstbewußtsein ist die Freiheit zur Ausübung der eigenen Definitionsmacht. Diese Freiheit hat unterstützt zu werden durch freien Zugang zu Wissen und notwendigen Arbeitsmitteln, und sie hat frei zu sein von Kontrolle.

Es geht nicht um einen über den Markt vermittelten Pluralismus, sondern um das Recht jeder sozialen Gruppe, das für sie notwendige und eigene Wissen und Denken kollektiv entwickeln zu können. Handlungen, die dazu nötig sind, dieses Selbstbewußtsein zu erlangen, haben ihre Rechtfertigung - auch Widerstand und symbolische Gewalt. - Ich meine, daß eine Konsequenz von "Selbstbewußtsein" z. B. ist, der Schaffung eigener universitärer Zusammenhänge und Einrichtungen (zusätzlich) für ethnische Gruppen den Vorzug vor Bemühungen auf "Integration" und Stellenanteile zu geben.

Die Ausgestaltung einer Praxis, die sich auf solche Bruchstücke einer alternativen emanzipatorischen Begrifflichkeit bezieht, wird auf den verschiedenen Ebenen des Weltsystems gekennzeichnet sein, eine Einheit von Selbstveränderung, eigener Selbstorganisation und Zerstörung der herrschenden Zwangsvergesellschaftung anzustreben.

Migration kann hier eine positive Rolle spielen, wenn wir nicht versuchen, die Auseinandersetzung über die Grenzen der Zentrumsländer hinaus, zwischen verschiedenen Kulturen und Bewegungen, durch "multikulturelle" Zimmerdialoge zu ersetzen, sondern zu ergänzen und zu vertiefen. Dabei geht es nicht mehr um Integration und soziale Befriedung. Es geht um einen interkulturellen, antirassistischen Diskussions- und Praxiszusammenhang über das Ende der "westlichen" Dominanzkultur.

Arturo A. Roig

Die Kategorien "Zivilisation" und "Barbarentum" in Argentinien im Laufe von eineinhalb Jahrhunderten

Übersetzung, Bearbeitung und Einführung von Hartwig Zander

Einführung

Kein Thema hat die intellektuelle und literarische Geschichte Argentiniens nachhaltiger geprägt wie die Dichotomie von "Zivilisation oder Barbarentum". Von den Jahrzehnte währenden Bürgerkriegen, die faktisch mit der Unabhängigkeit des Landes einsetzten, bis hin zu der grausamen Gewaltherrschaft, die das Land in der zweiten Hälfte der 70er Jahre unseres Jahrhunderts heimsuchte, zieht sich die blutige Spur dieser Polarisierung.

Seinen volkstümlichen Ausdruck erhielt das Thema in den beiden Nationalepen, die jeder Argentinier und jede Argentinierin aus ihrer Schulzeit nur allzu "schlecht", weil unter zivilisatorischer Optik zubereitet, kennen: in Sarmientos Roman "Facundo" und in Hernandez Poem "Martin Fierro". Der Protagonist, der in beiden literarischen Werken dieses Thema durch sein Handeln verkörpert, ist die mythische Gestalt des argentinischen "Barbaren", der "Gaucha". Der "Facundo" stellt den "primitiven" Gaucha der Epoche der Bürgerkriege dar, der es in den kriegerischen Wirren bis zum "Caudillo" bringt und dann als Diktator, Facundo Quiroga, in die Geschichte des Landes eingeht. "Martin Fierro" hingegen, bald zwei Generationen später, bleibt nur noch der nostalgische Rückblick: Zwangsrekrutiert zur Vernichtung der Indios im Süden, löst er sich von den Söldnerhaufen ab, handelt auf eigene Faust und endet in der Gesetzlosigkeit. Zwischen diesen beiden Extremen bewegt sich der Mythos.

Arturo A. Roig stellte diese Thematik im SS 1991 als Gastprofessor an der Frankfurter Universität vor. Roig, der bedeutendste unter den lebenden lateinamerikanischen Philosophen, ist Emeritus der Universitäten von Mexiko, Quito und Mendoza.

Er schrieb diesen Aufsatz auf meine Bitte für Z. Unter Zuhilfenahme von Texten aus anderen Arbeiten Roigs und von Elementen seiner Vorträge habe ich das Manuskript redaktionell überarbeitet.

Das Thema des "Barbarentums" zählt zu den konstanten Themen im lateinamerikanischen Denken und "im besonderen" im Denken Argentinien. Es ist im wesentlichen verbunden mit dem Prozess der Modernisierung und zählt in diesem Kontext zu dem, was dem "Fortschritt" entgegensteht, wobei "Fortschritt" im allgemeinen als "Zivilisation" verstanden wird. Hi-

storisch ist dieser Umstand durch den andauernden Konflikt zu erklären, in dem die hispanoamerikanischen Völker zwischen "Land" und "Stadt" standen. Die hegemoniale Kultur war seit der Invasion und der Kolonialisierung Amerikas eine "Stadtkultur"; eine Tatsache, die bis heute nichts an ihrer Kraft verlor. Zweifelsohne war diese gescheiterte Begegnung zwischen "Stadt" und "Land" unmittelbarer Ausdruck der sozialen Konflikte, die nicht so einfach schematisch wiederzugeben sind. Der Ausdruck "Landbevölkerung" und in gleicher Weise der der "Stadtbevölkerung" sind mehrdeutig; und in Wirklichkeit werfen wir ein deutlicheres Licht auf dieses Problem, wenn wir von "Eigentümern" und "Proletariern" sprechen würden (letztere in der unbedingten Bedeutung von Nicht-Eigentümern); denn die einen wie die anderen zählten ebenso zur "Landbevölkerung" wie zur "Stadtbevölkerung". Als die Stadtbewohner damit begannen, die Bewohner des flachen Landes (das "Feld") gattungsspezifisch als "Barbaren" zu bezeichnen, da vereinigten sie in ein und derselben Kategorie die Kuhhirten wie auch die früheren Patriarchen und Aristokraten des Landesinneren, die immer noch Bündnisse mit der "Landarbeiterschaft" aufrecht erhielten. Diese Tatsache zeigte sich in besonders krasser Form in der ersten Hälfte des 19. Jhd., wie dies Sarmiento in seinem Roman *Facundo* (1845) dargestellt hat. Daneben zeigt uns derselbe Sarmiento das "Land" als den Ort, in dem frühere Formen einer "Zivilisation", der Erbschaft der spanischen Kultur, überlebten, und er zeigte uns die "Stadt" als einen Umkreis, in dem eine fortdauernde Reproduktion - gewiß, illusorisch - dessen lebte, was man dort unter "Zivilisation" im eigentlichen Sinne des Wortes verstand, nämlich die europäische und im besonderen die französische der damaligen Epoche. Der politische und militärische Triumph der "Stadt" (im besonderen von Buenos Aires, einer atlantischen Stadt) trug dazu bei, daß sich in gewalttätiger Form auf dem "flachen Land" der Prozess der Modernisierung durchsetzte, der, vor allem in seinen Ursprüngen, grundlegend antispanisch und antiindianisch war.

Wenn wir den *Facundo* als ein "Poem des Barbarentums" betrachten können, so deshalb, weil in ihm eine im genauen Sinn "primitive" Welt beschrieben wird, so wie wir sie auf Grund ihrer Natur, ihrer Codes und bis hin zu ihren Zaubern beobachten können, ohne doch zugleich ihre schrecklichen und negativen Aspekte zu vergessen, die in der Gestaltung des Poems einverwoben sind. Nun trifft es aber auch zu, daß der *Facundo* als "Poem" nicht das gesamte Werk integriert, sondern im Grunde genommen nur jenen biographischen Teil, dessen Protagonist der General Facundo Quiroga ist, Chef der mythischen Prärie La Rioja, wie man weiß. In diesem Sinne schließt der "poematische" Teil des Buches mit dem Tod des Caudillo ab und das Kapitel, das den Titel trägt "Barranca Yaco", in dem uns sein Tod erzählt wird, bildet den Abschluß des deskriptiven Teils. Das was folgt, ist ohne Einschränkung das "zivilisatorische Projekt", eine Art Appendix, dessen literarischer Wert zweifelsohne niedriger ist. Auf diese Art und Weise stehen wir vor einer relativ interessanten Situation:

Der Teil, welcher der "sozialen Beschreibung" entspricht, der uns einen kühnen Versuch zeigt, ein realistisches Bild auf die Ereignisse zu werfen, trägt einen poematischen Charakter; währenddessen der zweite Teil, der gerade diese Züge entbehrt, eben jener ist, den wir als utopisch ansehen können. Die Begriffe dieses diskursiven traditionellen Modells haben sich verkehrt, - wenn wir zum Beispiel an die utopischen Erzählungen aus der Renaissance denken -, in welchen der "beschreibende" Teil (*Topia*) jedes literarischen Gewichts entbehrt, währenddessen die kühne Erzählung sich dem Projekt einer möglichen Welt widmete (*Utopia*). Dergestalt, daß selbst dort, wo das Werk den Anspruch erhebt, in letzter Instanz die Welt des Barbarentums zu verleugnen und sie gewaltförmig durch eine andere zu ersetzen, gleichwohl eben gerade diese Welt im Zentrum des Buches bleibt.

Die Kategorie des "Barbarentums" spielt darüber hinaus eine zentrale Rolle in einer Rhetorik, die ihre eigene Dialektik besitzt. Der *Facundo* ist eben nicht ein im engeren Sinne historisches Buch, selbst wenn es der biographischen Gattung zugehört und eine Periodisierung seiner Ereignisse erfordert, sondern ist zunächst nichts mehr als ein Text, in dem die literarische Arbeit offen als eine politische Praxis betrachtet wird. Hieraus resultieren dann auch die Schwierigkeiten, welchen der "Realismus" Sarmientos begegnet, der auf jedem Schritt durch die offene und bis hin zur skandalösen Tendenz hyperbolische Erzählung gebrochen erscheint. Dieser geistige Habitus, die Dinge zu vergrößern, hängt unmittelbar mit jener Dialektik zusammen und in Beziehung zu ihr entwickelt sich auf den Seiten des *Facundo* die Frage des "Feudalismus" als eine Art theoretischer Ergänzung zur Kategorie des "Barbarentums", wie wir noch sehen werden.

Die Kraft, die im *Facundo* sowohl die Kategorie des "Barbarentums" wie die des "Feudalismus" erhalten, leitet sich auch aus einer Dialektik her, vermittelt derer sich beide Kategorien einer Dritten, nämlich der der "Zivilisation", entgegenstellen; diese Dialektik ist nicht die der *Aufhebung*, sondern die der "Option", wie Noé Jitrik beobachtet hat. Es handelt sich in ihren härtesten Bestandteilen um Gegensätze, die einander konfrontieren, nicht um sich eine in beiden in irgendeiner Weise enthaltene Möglichkeit zu eröffnen, sondern um sich zu zerstören. Aus diesem Grunde konnten sich die Kategorie der "Zivilisation" ebenso wie die des "Barbarentums" allein mittels der Gewalt und eines Diskurses zur Geltung bringen, der scheinbar jene "Momente", von denen wir sprachen, vereint und sich uns gleichwohl darstellt als ein Diskurs, der sie auseinander dividiert und einander entgegengesetzt bis hin zu einem Punkt, an den er geradezu in manichäische Handlungsweise umschlägt. Es handelt sich hier offensichtlich um jenen Typus von Dialektik, der für die Konstruktion der Kategorien fehlte, die einen Typus von Text leiten sollten, dessen Klimax nichts weniger war als der "soziale Krieg", wie Sarmiento selbst dies erklärte.

Schließlich hätten wir noch hinzuzufügen, daß der Konstruktionsprozess der Kategorie des "Barbarentums" nicht verstanden werden könnte, wenn wir nicht den der Kategorien des "Feudalismus" in Rechnung ziehen würden. In der Tat war die Semantik dieses Gedankens desto weiter bis an ihre Extreme getrieben, umso mehr sie sich fühlbar von dem entfernte, was wir als das klassische Modell bezeichnen könnten, über das Sarmiento vermutlich gearbeitet hatte.

Vorgreifend haben wir nun festgestellt, daß die "feudale Diagnostik", die wir im *Facundo* erkennen können, eine theoretische Ergänzung des Begriffs des "Barbarentums" ist. Unserer Einsicht nach erfüllt sie die wichtige Funktion, das "Barbarentum" der gesellschaftlichen und politischen Kräfte auf sich zu nehmen, gegen die in diesem Moment der Geschichte der soziale Sektor, zu dem die intellektuelle Generation von 1837 zählte, ihren Kampf führten: Auf der anderen Seite die Macht einer bewaffneten Landarbeiterschaft, die hinter ihrem "natürlichen" Caudillo stand.

Zusammengefaßt: Der "Feudalismus" vereinigt bei Sarmiento als Kategorie den "Mediävalismus" der "ergotistischen Doktoren", die den alten "Despotismus" repräsentieren, mit dem "Barbarentum" der Landbevölkerung, beide ihrerseits verbunden im Kampf gegen die "Zivilisation".

Von den Kategorien der "Zivilisation" und des "Barbarentums" triumphtierte nun die erstere, eine Tatsache, die besonders stark das Programm der nationalen Identität beeinflusste, so wie das Modell des Landes, das sich aufzubauen wünschte. Freilich war es alles andere als gewiß, daß dieser so gewünschte Prozeß tatsächlich auch vonstatten ging; denn die ursprüngliche spanisch-koloniale Lage ging über in eine neue Form neo-kolonialer Abhängigkeit, die von den Handelsinteressen des britischen Imperiums beherrscht wurde. War erst einmal das "Barbarentum" zerstört, so charakterisierte sich das "zivilisatorische" Programm dadurch, daß es mit "modernem" Geist die alte Viehwirtschaft organisierte und das zukünftige landwirtschaftliche Argentinien schuf. In diesem Prozeß blieb die gesamte industrielle Produktion marginalisiert, und eine wichtige Manufakturtradition wurde zerstört, die noch aus der spanischen Kolonialzeit herrührte. Die Abhängigkeit von den Industrieprodukten war zu Beginn absolut; so lebten die Bewohner der Städte die raffiniertesten Formen der hohen europäischen Kultur, sowohl in ihrer Architektur wie in der Pflege der Künste und der Literatur. Buenos Aires wollte Paris sein. Die unzweifelhafte Bedeutung, die diese Erscheinungsformen erreichten, äußerte sich dann innerhalb der Grenzen einer neuen Abhängigkeit und wurde gestützt von der Unterdrückung der Bevölkerung, die in Elend und Vergessenheit lebte. Dies war die "Zivilisation", welche die sogenannte "argentinische Generation von 1880" durchlebte. Die im *Facundo* ausgedrückte Dichotomie zwischen "Barbarei" und "Zivilisation" besaß ihre Gültigkeit in besonders krasser Weise gegenüber einer anderen Diskursivität, die einen episodischen Charakter besaß und die jahrzehntelang hindurch systematisch von

der hegemonialen Kultur ignoriert wurde. Diese Diskursivität war Ausdruck der unterdrückten gesellschaftlichen Sektoren, zunächst des ehemaligen Landbewohners indo-hispanischer Herkunft, nämlich dem "Gauchito", und dann dem neuen Bewohner, der in das Land eingewandert war mit einer großen Masse europäischer Immigranten, die zusammengesetzt war aus Bauern, die von ihren Feldern in Europa gerissen waren, sowie Industriearbeitern. Aus beiden Gruppen entwickelte sich eine gegen-hegemoniale Kultur, die Kultur der frühen "Barbaren", die bereits von Sarmiento zurückgewiesen wurde, und die der neuen "Barbaren", der anarchistischen Arbeiter. José Hernández mit seinem Buch *Martin Fierro* (1872) und die Förderer der "sozialen Literatur" des Jahres 1900, unter ihnen Alberto Ghirardo, bildeten ihre wichtigsten Repräsentanten. Wenn das "Barbarentum" für sie einen präzisen Gehalt besaß, so bestand er in dem Manifest einer sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, ohne daß dem irgendwelche mythischen Inhalte, wie wir später sehen werden, hinzugefügt wurden.

Der Antagonismus zwischen "Zivilisation" und "Barbarei", so wie er seit dem *Facundo* sich entwickelt hatte, erhielt sich als Achse des offiziellen Diskurses bis zur großen Krise der Jahre 1929 und 1930. Eine der Wirkungen dieser Krise bestand darin, nachzuweisen, daß das Schema, auf dem das Programm der Nation organisiert worden war, falsch war, und daß es notwendig war, die Gründe zu suchen, derentwegen es gescheitert war, ebenso im "Barbarentum" (dem alten Programm hispanischen Ursprungs) wie in der "Zivilisation" (dem neuen Programm, das von dem "modernen" Europa inspiriert war).

Zwischenstück

Roig führt seine Darstellung dieses für die Geschichte Argentinens so zentralen Diskurses anfangs der 30er Jahre fort. Ich nutze seinen "Sprung", um an einem konkreten Ereignis die erste, nachhaltige Verlagerung dieser traditionellen Diskursivität zu dokumentieren: Nur wenige Wochen nach Ausbruch des ersten Weltkrieges erscheint in Buenos Aires ein Pamphlet: "*Der Selbstmord der Barbaren*". Sein Autor, der argentinische Philosoph und Sozialpsychologe José Ingenieros, hatte die europäischen Ereignisse aus seinem freiwilligen intellektuellem Exil an der Universität Heidelberg beobachtet. Das Pamphlet verkündet der Jugend der "neuen Völker", daß jener Kontinent, dessen abendländische Geschichte sie für die Zivilisation hielt, sich nun als das zeige, was er immer schon war, als die Wirklichkeit der Barbarei. Deren Begriff bilde sich nunmehr unmittelbar und mit nie zuvor gesehener Gewalt in den europäischen Vorgängen ab: der *Vernichtung als Selbstvernichtung*.

In scharfen Worten verkehrt José Ingenieros die Grundmerkmale der unter den argentinischen Intellektuellen herrschenden Diskurspraxis. Er destruiert das Kriterium, den Wert, an dem sich bislang noch jede Rede über die Beziehung zwischen

"Zivilisation" und "Barbarenum" zu messen hatte: die Zivilisation Europas. Er setzt die Hohlheit einer sich selbst vernichtenden Zivilisation frei, in die sich die anderen, die sich nun im positiven Verstande "Barbaren" nennen können, hineinfressen, um sie von innen zu zersetzen. "Barbarisch" tritt den Stellvertretern der Zivilisation jene zersetzende Destruktivität entgegen, welche die zivilisatorische Ornamentik zum Einstürzen bringt, die Linearität einer bislang durchgesetzten Überlieferung aufbricht, den Fortschritt als Schein enthüllt, der nun die Gegenwart verdunkelt, um schließlich, in grellem Licht, den aktuellen Moment freizusetzen, an dem das reine Tun der Konstrukteure eingreift: "Junge Menschen, neue Völker..., wünscht, daß die Katastrophe endgültig sei!"

Wenig später, in einem zweiten Pamphlet, greift Ingenieros die Universität als die Stätte an, an der sich die "Barbarei der Zivilisation" das Gewand der Lehrfreiheit umlegt: als die Stätte, an der sich die "Zivilisation" zu geistiger und moralischer Mediokrität verdichtet. Deren institutionellen, also akademischen Merkmale seien der Gehorsam gegenüber den Stereotypen, die freiwillige Bindung an Autoritäten, Unterwürfigkeit und abergläubische Verehrung des Überlieferten. Die Universität sei die Institution, durch die eine tradierte "Zivilisation" die Legitimation ihrer Macht erhält. Die Zerstörung dieser Macht wird von nun an zur Sache einer sich von der "Zivilisation" selbst befreienden Generation, der ersten Argentiniers, die sich als Konstrukteure einer neuen, anderen, amerikanischen Zivilisation sieht.

"Die Universitätsjugend von Córdoba an die freien Menschen Südamerikas": Unter diesem Titel erscheint am 21.6.1918 an der Universität von Córdoba, der ältesten Argentiniers (1613), ein Manifest des studentischen Unmuts. Das Manifest verkündet, daß die Universität eine Sache der studentischen Souveränität sei. Es klagt die intellektuelle Mediokrität und geistige Senilität des akademischen Lehrkörpers an, der seine Lehrfreiheit unter den Schutz einer Zivilisation stelle, die sich bereits selbst vernichtet habe. Das Manifest spricht die Sprache der "neuen Völker" und übersetzt deren Sprache in einen Aufruf zur institutionellen Selbstbefreiung. Es fordert das Grundrecht auf curriculare Freiheit gegen die Willkür der Belehrung und gegen das "archaische und barbarische Prinzip der Autorität" ein. Erst mit der Freiheit der Studenten, sich der Belehrung gegenüber zu verweigern, werde die Universität als eine Stätte gebrochen, an der die "Zivilisation" durch institutionelle Autorität und Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden soll.

Ich unterbreche hier meinen Eingriff. Wollte ich die Stärke dieser in jenen Jahren ausgelösten Diskursverlagerung demonstrieren, so könnte ich zum einen auf die in den nächsten Jahrzehnten sich anschließenden Universitätsreformen und -bewegungen in Lateinamerika verweisen; zum anderen auf die Tatsache, daß der - militärisch - geführte Konterkampf zuletzt zu den Mitteln der Ausrottung einer "neuen" Generation greifen mußte (1976).

Materialien:

- 1) La Juventud universitaria de Córdoba a los hombres libres de Sudamérica. In: A.Ciria/H.Sanguinetti, La Reforma Universitaria/1 (1918-1983). Centro Editor de

América Latina, Buenos Aires 1987, 49-54. - 2) José Ingenieros, El suicidio de los bárbaros. In: José Ingenieros, Antiimperialismo y Nación, hrsg. von Oscar Téran. Siglo XXI, Mexico 1979, 406-408. - 3) José Ingenieros, El hombre mediocre. In: l.c., 273-91. - 4) Arturo Andrés Roig, Deodore Roca y el "Manifiesto" de la Reforma de 1918, in: Universidades, Unión de Universidades de América Latina, Nr. 79, Mexico 1980, 88-115. - 5) Hartwig Zander, Die Nacht der Bleistifte, in: Z, 2/1990, 87-105.

Das Buch von Ezequiel Martínez Estrada "Radiographie der Pampa" (1933) gab darauf eine scharfe Antwort: "Barbarenum" und "Zivilisation" waren bei uns nichts anderes als der Ausdruck ein und derselben Sache, lediglich mit verschiedenen Bezeichnungen. Wir könnten vielleicht sagen, daß in einer fordauernden Situation, zunächst als Kolonie, dann als Neo-Kolonie das "Barbarenum" "zivilisiert" war, ebenso wie die "Zivilisation" "barbarisch" war. Irrtümlicherweise glaubte Martínez Estrada, daß diese Frage abhängig sei von der moralischen Unfähigkeit der Argentinier; was ihn dazu führte, sein ganzes Leben Enthüllungen zu widmen, ein Leben, das durch eine wahrhaft moralisierende Hysterie gekennzeichnet war. Zweifellos haben wir uns nicht alle Schuld daran vorzuhalten. Martínez Estrada wies gleichwohl auf einen anderen Aspekt hin, der bedeutsame Folgen zeitigen sollte. Er hatte in der Tat dem "Boden" eine teratologische (Mißbildungen hervorbringende) Macht zugeschrieben, deshalb sei es nicht nur eine Sache unserer moralischen Unfähigkeit, wenn sich unser Amerika als eine verwünschte Erde darstellte, welche das menschliche Sein auf seinen Primitivzustand zurückdrängte. Auf diese Weise machte sich nachhaltig die Frage des Tellurischen geltend, die von Martínez Estrada als eine Kraft gesehen wurde, welche die Bildung sozialer und nationaler Identität verhindern sollte. Dieser verhängnisvollen Macht sei es nun geschuldet, daß das "Barbarenum" und die "Zivilisation" bei uns von Anfang an ein und dieselbe Sache bildeten.

Hector A. Morena, ein Schüler Martínez Estradas und ein Angehöriger der gleichen intellektuellen Aristokratie, die sich heftigst der Massenbewegung widersetzte, die der Peronismus ins Leben rief, begann den Mythos dieser "deformierenden" Kraft zu akzeptieren, den angeblich die amerikanische Erde besaß, und die, so Morena, deutlich durch den Populismus bestätigt würde. Er nahm sich vor, die "Zivilisation" von dem verhängnisvollen Verdikt Martínez Estradas zu "retten". In seinem Buch "Die Erbsünde Amerikas" (1954) beschäftigt er sich mit dieser Angelegenheit und ohne Zweifel ist die "Zivilisation", von der er zu uns spricht, die europäische. Nun, um ein zivilisatorisches Prinzip zu entwickeln, das eine eigene Identität hervorbringt, ist es unerlässlich, von einer dialektischen Negation auszugehen. Deshalb schlug er als Methode den "Vatermord" vor: Es sei notwendig, "Europa zu ermorden". Absurderweise bewegte sich diese Dialektik von dem gleichen historischen Brachland aus, von dem bereits Martínez Estrada gesprochen hatte, nämlich jener "verwünschten" amerikanischen Erde. Eine schwierige Aufgabe; denn zweifelsohne enthielt der Gedanke etwas Positives, so zwang er ihn, auch dann, wenn er es nicht

wollte, die teratologische Kraft unserer Erde abzuschwächen. Um die "Zivilisation" möglich zu machen, mußte man irgendeine Positivität dem "Barbarentum" konzidieren.

So um 1945 herum und in Verbindung mit dem peronistischen Populismus öffnete sich eine neue Epoche. Das "Barbarentum" war zunächst als "negativ" (Sarmiento und die Generation von 1880) definiert und anschließend als ein Mythos negiert worden, der nicht mehr galt als der Mythos der "Zivilisation" (Martinez Estrada). Nun begann man, eben diese Kategorie des "Barbarentum" offen als "positive" Kategorie zu akzeptieren. Diese Tatsache ist im übrigen in Verbindung mit der Verbreitung des Tellurismus zu sehen und ging einher mit der Wiederauferstehung der für die nationale Kultur mythischen Figur des Gauchos, so wie man ihn auf den Seiten des Martin *Fierro* glaubte ausgedrückt zu sehen; hatte doch mehr als einer in Martin *Fierro* so etwas wie einen Anti-*Facundo* entdeckt. Darüber hinaus verband sich diese Tatsache mit einer Rückkehr zur Lektüre Herders, was eine Art Neo-Herderismus auslöste, wie sie von Carlos Astrada und anderen gepflegt wurde. Mit Astradas Buch, *Der Mythos des Gaucho (Martin Fierro und der argentinische Mensch)* (1948), und den Werken, die diesem Buch folgen sollten, wurde nun das Thema des "Barbarentums", das im Grunde genommen stets als eine soziale Frage behandelt worden war, als eine explikativ-mythische Kategorie angesehen, von der die bestimmenden Elemente des nationalen Seins zu gewinnen seien. Kurz: Das "Barbarentum" war etwas Wertvolles, wenngleich innerhalb eines irrationalen Verständnisses, das bestimmte Aspekte des semantischen Gehalts, die dieser Kategorie immer gegenwärtig waren, besonders hervorhob; Aspekte, die nur bislang niemals diese entscheidende Rolle gespielt haben, die sie enthielten. Den Tugenden der Landbevölkerung, der fiktiven Kultur der europäisierenden Städte fremd, wurden nun tellurische Kräfte zugeschrieben. Trotz Astrada und seiner Position als "Linker" blieb diese "Rückkehr auf das Land" eine reaktionäre Einstellung, insofern sie die gesellschaftliche Betrachtung der Probleme sowohl des "Landes" wie der "Stadt" verschob. Astrada dachte auf jeden Fall, daß die Stärkung der Kategorie des "Bodens" und nicht die des "Blutes" als identifizierendes Prinzip ihn davor bewahrte, den extremen Formen des Irrationalismus zu verfallen, wie es mit den Nazis in Hitler-Deutschland geschehen war.

Ein anderer Schüler Martinez Estradas, aber in einer politischen Linie, die von der Morenas abwich, war Günter Rodolfo Kusch, Sohn von Deutschen, der 1953 ein kleines Buch unter dem Titel *"Die Verführung durch das Barbarentum"* veröffentlichte. Diesem Autor zufolge habe Sarmiento in seinem *Facundo*, obgleich er das "Barbarentum" in letzter Instanz als etwas definiert hatte, was es zu vernichten galt, die "Verführung" tief empfunden, die von dieser Kategorie ausgeht. Das sollte heißen, daß er, obgleich er diese Werte nicht akzeptierte, die Werte, welche das "Barbarentum" als Prinzip kultureller Identität besaß, sehr wohl geahnt haben muß. Das Werk von Kusch gehört zu einer neuen Etappe der Frage des

"Barbarentums" in Argentinien (1945-1975), während der er die Formel des klassischen dichotomischen Diskurses axiologisch in ihr Gegenteil zu verkehren scheint: Das "Barbarentum", Ausdruck des Eingeborenen, ist nun die positive Kategorie, währenddessen die "Zivilisation" (europäisch) die negative Kategorie bildet. Doch es handelt sich nun nicht mehr darum, wie noch Morena vorschlug, einen "Vatermord" zu begehen, sondern alles von den wirksamen Werten des Tellurischen aus, das seine eigene Dialektik besitze, neu zu gestalten. Um seine Behauptungen zu stützen, nutzte Kusch Elemente, die er zum einen der Psychoanalyse entnahm, zum anderen dem Heideggerianismus. Die im Verhältnis zu Europa abhängige Stellung Amerikas, so will es scheinen, führt ihn dazu, von neuem Ideen ins Spiel zu bringen, die bereits das kolonialistische Europa des 18. und 19. Jahrhunderts bewegte hatten, nämlich die der "Maskulinität" des "Geistes" und die der "Feminität" Amerikas. Jeder Schritt auf dem dialektischen Gang dieses "Geistes" ist als ein Pakt der Durchdringung der Art und Weise verstanden, in der die Aufhebung den "phallischen Kontinent" zu seiner Vollendung führt, die die Entwicklung einer "femininen" Dialektik verhindert habe, wie sie unserer Natur eigentümlich sei, die als "Fagozitierung" oder "Invaginierung" wirksam werde. Diesem ganzen Unfug steht der Einfluß deutscher Schriftsteller in jener Epoche sehr nahe, u.a. Keyserling, die in dem "Amerikanisch-tellurischen" eine Art Lebensprinzip, eine "Ethik" gefunden hatten, die von der europäischen abwich.

Eben in Beziehung zu diesem Sachverhalt, und indem er sich auf eine kapriziöse Auslegung der Kultur und der Sprache der Quetchuas stützt, wird Kusch behaupten, daß das, was Europa charakterisiere, das "Sein" sei (obgleich es in den schweren Fehler verfallen sei, dies "vergessen" zu haben), währenddessen die amerikanische Kategorie das "Dasein" sei; eine Unterscheidung, die er, seinem Verständnis nach, einer von unserem Boden aus geführten Lektüre des Daseins Heideggers abgewonnen habe. Ebenso wie alle diese Telluriker predigt er eine Art Irrationalismus, die ihn, nicht zufällig, zu einer radikalen Entsozialisierung und Enthistorisierung der Kategorie des "Barbarentums" führen wird; ein Umstand, dem ebengerade Sarmiento, trotz der "Verführung", nicht unterlegen war.

Zwischen 1975 und 1985, einem wahrhaftig blutigen Jahrzehnt Argentiniens, entstand unter den bewaffneten Truppen, die Teil der Guerilla waren, ein Wiedererwachen der Kategorie des "Barbarentums" mit eindeutig positiven Wertzuweisungen. Diese hatten sich bereits im 19. Jahrhundert die "Montoneros" zugeschrieben und wurden nun von einer Bewegung beansprucht, die sich selbst eben "Montoneros" nannte. Hier handelte es sich um eine ideologische Position, die, unter diesem Gesichtspunkt, der der "Tupamaros" Uruguays verwandt war. Tupac Amaru war in der Tat ein Held seiner Erde und seines Volkes, und "Erde" und "Volk" bildeten grundlegende semantische Werte in den bewaffneten Gruppen. Im Gegensatz hierzu organisierten die machthabenden Militärs die Repression, während der sie auf die grausamsten Instrumente zurückgriffen, inmitten eines

von ihnen selbst erklärten "schmutzigen Krieges", in dem sie die Praktiken nazistischer Konzentrationslager wiederholten, unter der Anrufung der "christlichen und abendländischen Zivilisation".

Natürlich hatte die "Verführung des Barbarentums" von Rodolfo Kusch mit dem "Barbarentum" der neuen "Montoneros" nichts zu tun. Die Position von Kusch war in keinem Augenblick unverträglich mit der "christlichen und abendländischen Zivilisation", trotz seines Mißtrauens gegenüber dem "Logos" und seiner tellurischen Predigt. Vielmehr bildete eben jener "Tellurismus" den Ausgangspunkt, von dem her er beanspruchte, den gemeinsamen Punkt zu finden, den dieser Irrationalismus mit dem Lebensplan besaß, den die "Zivilisation" voraussetzte, gestützt durch einen Staat, der sich im Krieg gegen die Kräfte des "Bösen" befand. Der Ort dieser Koinzidenz befand sich in dem "Volksethos", das eine besondere "Weisheit" besaß und eine ihm eigene Sprachweise, die des "Daseins" und nicht die des "Seins". Grundlegend handelt es sich hierbei um eine "Weisheit" religiöser Art, wie sie sich im Mysterium der Symbole ausdrückt und die durch die schädlichen Auswirkungen der Säkularisierung noch unberührt geblieben war. Eben die Säkularisierung, die mehr als einen katholischen Priester dazu verleitet hatte, sich dem revolutionären Geist hinzugeben; eine Säkularisierung, die darüber hinaus in wundersamer Weise den Formen der Entfremdung äußerlich bleibt, zu der unweigerlich Elend und Beraubung hinführen. Kurz: der Mythos eines unbefleckten "Ethos". So also bildete das "Dasein" und nicht das "Sein", letzteres Ausdruck aller Übel der Modernität, die Kategorie, welche die militärischen Unterdrücker, auch dann, wenn sie von Philosophie wenig oder nichts verstanden, mit jenen Theoretikern der nationalen Wirklichkeit verband. Dieser Fall wiederholt sich heute, wo sich so etwas wie eine "Erneuerung" des Kuschismus ereignet, gestützt auf eben jene Kategorie des "Daseins", die dieser Bewegung eigen ist. Es hat in der Tat allen Anschein, als gäbe es für die aktuellen Befürworter einer "Volkswisheit" keinen Widerspruch zwischen dem Mythos, der diese in der irrational-tellurisch verwurzelten "Weisheit" voraussetzt, und dem "zivilisatorischen" Projekt, das der gegenwärtige Präsident der Nation verkündet hat. Diesem Projekt gemäß hätten wir nun die alte überlieferte Dichotomie zwischen "Barbarentum" und "Zivilisation" überwunden und würden nicht mehr in Zukunft Teil jener Welt der "Barbaren" sein, der "Dritten Welt", sondern würden vielmehr einen Bestandteil der "Ersten" bilden, die sich in eine Art "planetarischer Zivilisation" verwandelt hat. Und weder früher noch heute gab und gibt es einen Widerspruch, denn den "Barbaren", der in dieser Bewegung als Prinzip nationaler Identität auftritt, könnten wir als einen "integrierten Barbaren" charakterisieren. In ihm finden das herrschende System und seine organischen intellektuellen Werber genau das wieder, was sie ihren eigenen Werten gemäß in dem Hoffen und Wünschen der besitzlosen Sektoren zu entdecken glauben, jenen, die sie als Eigentümer

eines "geistigen Reichtums" betrachten, welche die Herren der Macht als politisches Werkzeug benötigen.

Dieses Thema ist sehr alt und hat seinen Ursprung in der Aufklärung, in der bereits Voltaire gesagt hat, wenn Gott nicht existiert, so müßte man ihn eben erfinden. Und wir wissen, daß nicht wenige Kirchenmänner, insbesondere innerhalb der früheren und der heutigen Hierarchie, mit Wohlwollen diesen Einfall Voltaires sich zu eigen gemacht haben.

Die Frage nach der "Identität", zum einen als "nationaler Identität", eine Frage, die durch die Bildung großer ökonomischer Weltblöcke hervorgehoben wurde, und zum anderen als "sozialer Identität" - ein Problem, das durch die Krise solcher Kategorien wie der des "Proletariats" und seiner "historischen Rolle" ausgelöst wurde - haben das Interesse für andere regulative Begriffe geweckt, die innerhalb des politischen Diskurses als Stütze dienen können. Einer dieser Begriffe ist eben der des "Barbarentums".

Nun, wir werden uns also der Frage stellen müssen, ob diese alte Kategorie innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftswissenschaften wiederbelebt werden kann. Die extreme semantische Komplexität, die diese Kategorie besitzt - wir haben dies hier gerade am argentinischen Fall gesehen -, ist eher ein Indiz für die Schwierigkeit solcher Wiederbelebung; gerechtfertigt werden könnte sie indessen, wenn es gelänge, mit hoher Genauigkeit die Strategien zu bestimmen, die dieser Kategorie zugeschrieben werden sollen. Einer der schwierigsten Aspekte dieses Vorgangs gründet möglicherweise in der beinahe spontan entstehenden Tendenz, diese Kategorie gemeinsam mit der ihr traditionell entgegengesetzten Kategorie (der "Zivilisation") noch einmal innerhalb der dichotomischen diskursiven Formen zu konstruieren, welche eine duale Sicht der Gesellschaft begründen, was leicht einen hypostatischen Charakter annehmen kann. Ein weiterer gefährlicher Aspekt der Wiederbelebung dieses Begriffs finden wir in dem Lichthof eines Irrationalismus, der die "positive" Bewertung des "Barbarentums" zu begleiten pflegt, wie wir selbst haben feststellen müssen. All dem wäre noch, in vielen Fällen, die Anwesenheit nicht einmal wahrgenommener manichäischer Positionen hinzuzufügen. Ohne jeden Zweifel bilden der soziale Dualismus, der Irrationalismus und die Moral der "Guten" und "Bösen" diskursive Formen ideologischen Charakters.

Nichtsdestoweniger könnte das Wort "Barbarentum" immer als Symbol für eine menschliche Gruppe gebildet werden (Klasse, Geschlecht, Ethnic, Nation usw.), die ihre Geltung aus ihrer eigenen sozialen und historischen Bedeutung erhält, die sie innerhalb der Struktur eines Befreiungsdiskurses besitzt. Folglich geht es nicht darum, mythische Stützen zu suchen für ein soziales Wissen, eine Philosophie oder eine Theologie im Kontext jenes "integrierten Barbarentums", auf das wir hingewiesen haben, sondern vielmehr geht es darum, mit dem Begriff "Barbarentum" ein theoretisches Gerüst zu konstruieren, mit dem sich soziale, unterdrückte Formen der *Mo-*

ralität ausdrücken lassen; diese gesellschaftlichen Formen sollten eine aufsteigende - aktuelle oder potentielle - Macht besitzen, um auf dem Feld der Ethik Veränderungen durchzusetzen.

Wenn die "Zivilisation" sich in eine repressive Macht verwandelt - in diesem Zusammenhang sollte man sich des berühmten Themas des "Unbehagens an der Kultur" erinnern -, dann könnten die gesellschaftlichen Kräfte, die auf ihre Veränderung hin drängen, die Funktion des Bruchs übernehmen. Diese Funktion des Bruchs, immer mit den zuvor genannten Einschränkungen, könnte dann sehr wohl als eine Art "positives Barbarentum" betrachtet werden. Im Rahmen dieser Begriffsbildung und mit der spezifischen Bedeutung, die wir dem Begriff "Positivität" zuschreiben, könnte man vielleicht noch einmal das Wort "Sozialismus oder Barbarei" aufgreifen; allerdings spräche es dann von einem neuen Sozialismus, den es unbedingt zu konstruieren gilt.

Materialien:

- Sarmiento, Doming Faustino, Facundo o Civilización y barbarie. Prólogo de Noé Jitrik, Biblioteca Ayacucho, Caracas 1977
- Hernandez, José, Martin Fierro y la vuelta de Martion Foerro. Prologo de Eleuterio F. Tiscornia, Editorial Losada, Buenos Aires 1939
- Martinez Estrada, Ezequiel, Radiografía de la pampa, Editorial Losada, Buenos Aires 1933
- Astrada, Carlos, El Mito gaucho (Martin Fierro y el hombre argentino), Cruz del Sur, Buenos Aires 1948
- Kusch, Rodolfo, La seducción de la barbarie. Análisis herético de un continente mestizo, Fundación Ross, Buenos Aires s.d.
- Murena, H.A., El pecado original de América, Editorial Sur, Buenos Aires 1954

*"Nie würden wir imstande sein,
... unsere Lage zu verändern,
so lange wir gefangen blieben
in unserer Halbheit und
Entfremdung..."*

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Herausgegeben
von
Persönlichkeiten
der
sozialdemokratischen
Linken

... Deswegen, so sieht auch spw das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht spw, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre. Das konkrete Augenmerk richtet spw derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

C spw-Probe-Abonnement

Ich bestelle ein spw-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

senden an: spw-Verlag

Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbel). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Ulrich Dolata/Jörg Huffschmid

Deterministische Phasentheorie und unterkomplexes Verflechtungsmodell?

Überlegungen zur weiteren Handhabung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*

1. Staatsmonopolistischer Kapitalismus: Kurze Rekapitulation und Durchsicht wichtiger Kritikpunkte

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus war in der Bundesrepublik nie sonderlich gut gelitten. Als Exportprodukt der DDR-Forschung abgekanzelt, wurde der Begriff 'Stamokap' vornehmlich als Schimpfwort im politischen Tagesgeschäft benutzt oder zu (häufig ebenso kategorischen wie oberflächlichen) Abgrenzungen im wissenschaftlichen Diskurs bemüht. Wenn auch wir uns in den folgenden Ausführungen mit eigenen und andernorts formulierten Einwänden gegen die staatsmonopolistische Interpretation des heutigen Kapitalismus auseinandersetzen, dann geschieht dies weniger in der Absicht, nun diesen theoretischen Ansatz pauschal zu Grabe zu tragen, als mit dem Ziel einer (selbst-)kritischen Überprüfung ihrer theoretischen Leitsätze und ihres Gebrauchswerts für die Analyse der einstweilen siegreichen Produktionsweise. Wir konzentrieren uns dabei auf eine kritische Durchsicht der deutschen Theorieentwicklung; andere Ansätze wie etwa die französische SMK-Diskussion bleiben hier ausgeklammert.

Kurze Rückblende: Mit der SMK-Theorie, die Ende der 60er Jahre in der DDR entwickelt wurde (Gündel/Heininger/Heß/Zieschang) und in der früheren Bundesrepublik vor allem im Umfeld des Frankfurter Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) eigenständige Ausprägungen erhalten hat, liegt eine Interpretation der entwickelten kapitalistischen Industrieländer vor, die die Verflechtungsstruktur Monopolkapital - Unternehmerverbände - Staat systematisch in das Zentrum einer politisch-ökonomischen Herrschafts- und Regulierungstheorie rückt. Deutlich wird dies am Beispiel einer Kurzformel, mit der das IMSF Anfang der

* Die Überlegungen sind Resultat von Diskussionen, die wir im Rahmen der Bremer "Arbeitsgruppe zur Vermessung des Abgrunds" geführt haben - eines kleinen Zirkels, der sich 1990/91 mit der Überprüfung theoretischer Kernelemente staatsmonopolistischer Kapitalismusanalyse beschäftigte. An den Debatten nahmen außer uns Hermann Bömer, Jörg Goldberg, Arno Gottschalk und Hans-Jürgen Michalski teil. Ein in diesem Zusammenhang entstandener weiterer Artikel von Jörg Goldberg "Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff?" ist in dieser Z-Ausgabe ebenfalls veröffentlicht.

80er Jahre zu bestimmen versuchte, was SMK ist: Staatsmonopolistischer Kapitalismus wird dort definiert als "jene Entwicklungsphase des Kapitalismus, die infolge ihres erreichten hohen Niveaus der Vergesellschaftung und der Monopolisierung die Einbeziehung des Staates in alle Bereiche, Phasen und Ebenen des ökonomischen und sozialen Reproduktionsprozesses der Gesellschaft erforderlich macht und dementsprechende Strukturen der Verflechtung der Institutionen und Apparate des bürgerlichen Staates mit jenen der monopolistisch beherrschten Wirtschaft und der Monopole unmittelbar herausbildet und damit einen diesen Strukturen gemäßen Herrschaftsmechanismus des SMK über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk installiert. In seinem Wesen ist der SMK entfalteter Monopolkapitalismus, der sich in vollem Umfang der politischen und ökonomischen Potenz des Staates bedient." (IMSF-Arbeitsmaterialien 12, 5) Die SMK-Theorie tritt damit als komplexe Struktur- und Entwicklungstheorie des heutigen Kapitalismus auf - und zwar mit einem bemerkenswert universellen Erklärungsanspruch: Sie versteht sich nicht nur als ökonomische Regulierungs- und historische Phasentheorie, sondern auch als gesellschaftliche Verflechtungs- und politische Herrschaftstheorie.

Wichtige Einwände drängen sich gegen diese Lesart der politisch-ökonomischen Grundzüge der entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften auf:

Erstens muß sich die SMK-Theorie als historische Stadientheorie mit dem Vorwurf auseinandersetzen, mit ihrer Vorstellung einer stufenförmigen, von objektiven Produktivkraftefordernissen und Vergesellschaftungszwängen getriebenen Höherentwicklung ökonomischer bzw. gesellschaftlicher Verkehrsformen einem vergleichsweise deterministischen Modell gesellschaftlicher Prozesse anzuhängen und überdies die kapitalistische Produktionsweise vornehmlich aus dem Blickwinkel ihres Zusammenbruchs (allgemeine Krise, sterbender Kapitalismus usw.) zu analysieren.

Zweitens läßt sich gegen die SMK-Theorie als wesentlich ökonomisch begründeter Regulierungs- und Herrschaftstheorie, die staatliche Politik in erster Linie als Reflex und Transmissionsriemen ökonomischer Dominanzen begreift, der Einwand der ökonomistischen Verengung gesellschaftlicher Entwicklungsmuster und der Vernachlässigung autonomer Entscheidungs- und Handlungsspielräume des Politischen vorbringen.

Drittens besteht gegen die SMK-Theorie als Verflechtungstheorie der Verdacht, mit ihrer Konzentration auf die Klammer Monopolkapital - Unternehmensverbände - Staat der realen Komplexität gesellschaftlicher Entscheidungsstrukturen nicht gerecht zu werden und den Einfluß anderer gesellschaftlicher Akteure auf Ökonomie und Politik nicht angemessen wahrzunehmen bzw. systematisch zu unterschätzen.

Viertens schließlich bleibt in der SMK-Theorie als wesentlich nationalstaatlich konzipiertem Interpretationsansatz ihr Verhältnis zur Inter-

nationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und politischer Regulierungsansätze vergleichsweise diffus und ungeklärt.

Deterministische Ablauflogik und Zusammenbruchstheorie, ökonomistische Verengung politischer Entscheidungsprozesse, unterkomplexes Verflechtungsmodell, nationalstaatliche Beschränktheit - wir wollen uns mit diesen vier zentralen Einsprüchen gegen die SMK-Theorie auseinandersetzen und einige methodologische Überlegungen zum weiteren Umgang mit ihr zur Diskussion stellen.

2. Zusammenbruchslogik und historischer Determinismus?

Zusammenbruch und sozialistische Transformation sind in der SMK-Theorie die Endpunkte einer als historisch-zwangsläufig unterstellten, objektiv notwendigen Vergesellschaftungszwängen und Produktivkraftefordernissen unterworfenen Ablauflogik der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die sich als periodisierbare Entwicklung vom Konkurrenz- über den Monopol- bis hin zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzieht. Problematisch ist daran nicht so sehr der Versuch selbst, historische Entwicklungen zu periodisieren und so entscheidende Strukturbrüche in der historischen Entwicklung der Produktionsweise herauszuarbeiten und zu begründen. Sowohl in der soziologischen und politologischen als auch in der technikhistorischen Forschung spielen entsprechende Systematisierungen gesellschaftlicher Entwicklungsabschnitte und also das Bemühen, hinter historischen Vorgängen mehr als nur das Wirken eher zufälliger und beliebig variierbarer gesellschaftlicher Konfigurationen zu entdecken, eine wichtige Rolle. Fragen ergeben sich eher aus der Art und Weise, wie dies hier in aller Regel geschieht: Wird mit der unterstellten, von Vergesellschaftungszwängen und Produktivkraftefordernissen getragenen Ablauflogik der Formation das Spannungsfeld von historischer Gesetzmäßigkeit und konkret-historischer Formenvielfalt nicht allzu schnell zugunsten des ersteren aufgelöst und damit der Blick für Entwicklungsvarianten, Entscheidungssituationen und Zufälligkeiten im historischen Prozeß getrübt? Blockiert die Analyse der Formation aus dem Blickwinkel ihres Zusammenbruchs (allgemeine Krise, sterbender Kapitalismus u.ä.) nicht systematisch das Aufspüren von Entwicklungsspielräumen und Anpassungsmöglichkeiten der Produktionsweise an neue ökonomische und politische Erfordernisse? Und: Greift das wesentlich ökonomisch begründete, gleichwohl mit universellem gesellschaftlichem Erklärungsanspruch auftretende Ablaufmodell der Formation nicht zu kurz?

Man könnte es sich einfach machen und aus der umfangreichen Literatur zum staatsmonopolistischen Kapitalismus haufenweise Zitate herausuchen, die eine umstandslose Bejahung der aufgeworfenen Fragen nahelegen. Die SMK-Arbeiten sind jedoch nicht so monolithisch und dekungs-gleich, wie dies in der Kritik immer wieder unterstellt wird. Vor allem aus Jungs Buch zur 'Deformierten Vergesellschaftung' ist die unter-

stellte deterministische Ablauflogik und die eine Formbestimmtheit kapitalistischer Entwicklung nicht so ohne weiteres herauslesbar; es enthält im Gegenteil in der Behandlung der Periodisierungsfrage, der Betrachtung des Vergesellschaftungsprozesses und mit der Theorie der Entwicklungsvarianten Hinweise, an die sich anknüpfen läßt.

Erstens: SMK als Zusammenbruchstheorie. Eine gravierende und in der vorliegenden Literatur nirgends relativierte Fehlleistung der SMK-Theorie ist die Behandlung der Frage nach der historischen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre im Grunde eher politisch konstruierte als theoretisch begründete Kernaussage ist die immer wieder vorgetragene Behauptung, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei die Entwicklungsphase der Formation "in ihrem historischen Abstiegsstadium" (Jung, 25) und die "vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe" (Klein u.a., 619). Diese Vermutung hat durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Gesellschaften nicht nur ihren visionären Reiz verloren; sie hat auch - dies ist ihr großer methodologischer Haken - die Analyse der Entwicklungsmöglichkeiten, Anpassungsfähigkeiten und Problemlösungskapazitäten der kapitalistischen Ökonomien und Gesellschaften in der Vergangenheit eher behindert als gefördert. Wir wollen demgegenüber dafür plädieren, die politisch fragwürdige und theoretisch kontraproduktive These vom historischen Niedergangsstadium, die in der Empirie der Arbeiten aus dem SMK-Umfeld im übrigen schon lange keine größere Rolle mehr spielt, zu den Akten zu legen und statt dessen den heutigen Kapitalismus als entfaltete Bewegungsform der Formation zu begreifen, deren weitere Entwicklungsmöglichkeiten vergleichsweise offen bleiben. Nur so scheint es möglich, theoretisch solide und unvoreingenommen Varianten, Möglichkeiten und Entfaltungsspielräume der Produktionsweise in ihrer Auseinandersetzung mit den großen Zukunftsproblemen - ökologischer Kollaps, Verelendung der dritten Welt, ökonomische Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Zentren - neu auszuloten.

Zweitens: Die Behandlung der Periodisierungsfrage. H. Jung bleibt in seinem Periodisierungsmodell zwar im Rahmen des SMK-Mainstreams und datiert die volle Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Nachkriegszeit nach 1945; er bemüht sich aber zugleich (in Anlehnung an die wirtschaftshistorischen Arbeiten von Nussbaum/Zumpe) um die Skizzierung eines schrittweisen, in der Form variablen und historisch langwierigen Übergangsprozesses, der bis in die Entstehungsphase des Monopolkapitalismus um die Jahrhundertwende zurückreicht. (Jung, 24ff) Er löst sich damit vorsichtig von einem allzu holzschnittartigen ökonomischen Periodisierungsschema und deutet überdies Spielräume und unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen historischer Formveränderungen der Produktionsweise zumindest an. Dieser Gedanke scheint uns ausbaufähig zu sein - und zwar in dem Sinne, bei allem Bemühen um die Herausarbeitung ökonomischer Strukturbrüche und darauf aufbauender Perio-

disierungsansätze die Formenvielfalt konkret-historischer Entwicklungen und ihre ganz unterschiedlichen nationalen Ausprägungen, die Möglichkeit alternativer Entwicklungspfade und die z.T. strukturbildende Kraft historischer Sonderfaktoren (wie z.B. die Weltkriege) systematisch zu berücksichtigen. Nur so, über eine Aufwertung historisch-empirischer Analysen im Vorfeld der Theoriebildung ist es möglich, beim Aufspüren von Brüchen, Logiken und Gesetzmäßigkeiten nicht die tatsächliche Komplexität, Widersprüchlichkeit und z.T. auch Uneindeutigkeit gesellschaftlicher Prozesse aus dem Blick zu verlieren und in eine Mystifizierung dessen, was sich historisch durchgesetzt hat, als dem dann wohl objektiv und alternativlos Notwendigen zu verfallen.

Drittens: Die Betrachtung des Vergesellschaftungsprozesses. Auch gegen eine allzu mechanistische Betrachtungsweise des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses nach dem Muster Vergesellschaftungsdruck - Verstaatlichung - Ausbau des staatsmonopolistischen Kapitalismus wendet sich Jung und betont (u.a. mit Verweis auf die wechselvolle Geschichte des Staatseigentums in Deutschland), daß es keine lineare Verlängerungen der Tendenz zur Untergrabung der Selbstregulierungsfähigkeit des Kapitals im SMK gebe. (Jung, 47) Auch dies ermöglicht Anknüpfungspunkte für eine Befreiung der SMK-Theorie aus ihrer Einbettung in starre, eindeutige Ablauflogiken, die ja nicht unmaßgeblich aus der immer wieder vorgetragenen Unterstellung eines objektiven Zwangs zu permanenter Vergesellschaftung resultieren, und schafft Raum für neue Elastizitäten in der Theoriebildung: Theoretisch einsortierbar werden damit nicht nur (empirisch ja vorfindbare) ganz unterschiedliche, von Sektor zu Sektor, Land zu Land verschiedene und nur historisch-konkret erklärbare Formen der Vergesellschaftung der Produktion, sondern überdies auch größere Rückstufungen des erreichten Vergesellschaftungsniveaus, wie sie etwa in den Privatisierungs- und Deregulierungspolitiken zum Ausdruck kommen. Die Absage an eine historisch zwingende Aufstiegslogik des Vergesellschaftungsprozesses in die Richtung einer fortschreitenden Staatsmonopolisierung trägt damit ebenfalls zur Zurückdrängung ökonomischer Determinismen bei und ermöglicht die theoretische Auffächerung der (empirisch ohnehin vorhandenen) Formenvielfalt und alternativen Möglichkeiten ökonomischer Bewegung im heutigen Kapitalismus.

Viertens: Die Theorie der Entwicklungsvarianten. Vor allem im Umfeld des IMSF ist die SMK-Theorie in den 80er Jahren auch auf der Ebene der politischen Strategiebildung und politisch-ökonomischen Regulierung geöffnet worden für unterschiedliche Entwicklungsvarianten und politische Alternativkonstellationen im Rahmen des staatsmonopolistischen Entwicklungstyps, die am Beispiel der Bundesrepublik als Gegenüber einer "antietatistischen und privatmonopolistischen Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik" unter konservativer Hegemonie und einer "gemäßigt etatistischen staatsmonopolistischen Reformentwicklung oder -variante", deren politisches Pendant sozialliberale oder rot-grüne Herrschaftskonstellatio-

nen wären, entwickelt wurden. (Jung, 42ff) Damit wurde der Versuch unternommen, die Vorstellung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus als einem im Grunde monolithischen Macht- und Herrschaftsblock aus Monopolkapital und Staat aufzulösen zugunsten eines flexibleren Modells, das je nach politischen Kräftekonstellationen und ökonomischen Erfordernissen variable, voneinander unterscheidbare politische Herrschafts- und wirtschaftspolitische Regulierungsmodelle innerhalb des SMK zuläßt. Dies scheint uns ein nach wie vor tragfähiger und auch über die SMK-Theorie hinaus innovativer Ansatz zur Auffächerung und Differenzierung praktizierter und denkbarer politischer Entwicklungskonstellationen und wirtschaftspolitischer Varianten zu sein.

Die (wohlwollende) Durchsicht der neueren SMK-Literatur zeigt unseres Erachtens, daß es allen deterministischen Verengungen zum Trotz doch Ansatzpunkte gibt, das Bemühen um das Herausfinden von Strukturbrüchen und Entwicklungsstadien der kapitalistischen Produktionsweise systematisch mit der konkret-historisch vorfindbaren Vielfalt ihrer Entwicklungsformen, -varianten und -alternativen zu verknüpfen und so eine Phasentheorie zu erarbeiten, die weder in Determinismen noch in historischen Voluntarismen zurückfällt. Dazu ist es allerdings notwendig, die SMK-Theorie als Periodisierungsangebot von ihrem universellen Erklärungsanspruch zu befreien: Ihre Versuche, die Entwicklung der Formation zu strukturieren, konzentrieren sich auf (zweifellos wichtige) ökonomische Formveränderungen - Herausbildung des Monopolkapitals, Systematisierung des ökonomischen Staatseingriffs, politische Varianten ökonomischer Herrschaft -; politische, gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Umbrüche werden dagegen relativ umstandslos in dies Raster integriert, obwohl sie eigenen und historisch z.T. andersartigen Zyklen folgen. Theoretisch solider und erkenntnisträchtiger dürfte es demgegenüber sein, die ökonomischen Grenzen der SMK-Periodisierung anzuerkennen und auf dieser Grundlage ihre komplexen Wechselwirkungen mit den ihre eigene Dynamik entfaltenden politisch-gesellschaftlichen oder technologischen Brüchen, zu denen es von anderer Seite sehr anregende Diskussionsangebote gibt (etwa die Arbeiten von Hirsch/Roth, Radkau, Hack oder Beck), neu zu untersuchen.

3. Ökonomistische Verengung politischer Entscheidungsprozesse und unterkomplexes Verflechtungsmodell?

Läßt sich der Determinismusvorwurf in der wohlwollenden Betrachtung noch entkräften und produktiv wenden, so scheint demgegenüber der immer wieder vorgetragene Vorbehalt, die SMK-Theorie kenne eine autonome Sphäre des Politischen im Grunde nicht, eher zu greifen. Zwar faßt die SMK-Theorie das Kernverhältnis Monopole - Staat als widersprüchliches Gesamtsystem mit relativen Selbständigkeiten (Jung/Schleifstein, 185), gleichzeitig wird jedoch immer wieder recht rigide betont, wer

schlußendlich das Sagen hat: Der Staat ist hier - vermittelt über ein weitverzweigtes Netz gesellschaftlicher Beziehungen - "konzentrierter Ausdruck der Macht der Monopole" (Jung/Schleifstein, 184), "die konkreten Formen des Regulierungsmechanismus (sind) den System- und Kapitalverwertungsinteressen der Monopolbourgeoisie untergeordnet", und "die Präferenz für diese oder jene Entwicklungsvariante des SMK (hängt) von den je konkreten Interessen des Monopolkapitals" ab. (Jung, 50) Kurzum: "Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht in der Weiterentwicklung des Monopols in Gestalt der Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einer einheitlichen Macht im Interesse höchster Monopolprofite, der imperialistischen Herrschaftssicherung, der Expansion und der Aggression." (Klein u.a., 627)

Der Staat ist in all diesen repräsentativen Zitaten nicht nur exklusives politisches Zentrum, er fungiert in seinen Äußerungen zugleich als verlängerter Arm und Transmissionsriemen des Kapitals ohne eigene autonome und verselbständigte Gestaltungsmacht; andere gesellschaftliche Akteure befinden sich im Grunde außerhalb dieses engen politischen Regulierungs- und Herrschaftsmodells. Nun steht u.E. die enge, systematische Verklammerung von Wirtschaft und Politik (über Verbände, Lobbys, soziale/personelle Beziehungen usw.) in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern ebenso außer Zweifel wie die häufig unmittelbare, direktive Beeinflussung staatlicher Entscheidungen durch privatwirtschaftliche Vorgaben oder die die politischen Handlungsspielräume auf vielfältige Weise tangierende Bewegung der Konkurrenz. Es sind dies wichtige ökonomische Vorstrukturierungen und Einflußfaktoren der Politik, die in soziologischen Politikmodellen - dies ist ihre Schwäche - in der Regel eher en passant behandelt werden. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die These autonomer und verselbständigter politischer Gestaltungsmacht des Staates und (weiter gefaßt) der Gesellschaft insgesamt derart rigide aus dem Politikmechanismus, wie ihn die SMK-Theorie vertritt, ausgegrenzt werden kann. Drei Beispiele:

1. Technikgenese. Ob bei der Entwicklung der Kerntechnik oder der Förderung der Raumfahrttechnik, bei der Entstehung der Mikroelektronik oder im Umgang mit der neuen Bio- und Gentechnik - in allen Fällen formieren sich neue wissenschaftlich-technische Realitäten nicht eindimensional über ökonomische Interessen und deren staatliche Vermittlung, sondern über ein erheblich komplexeres Geflecht konkreter technologischer, ökonomischer, politischer und militärischer Triebkräfte, denen wechselnde Konstellationen gesellschaftlicher Akteure, Interessenlagen und Kompetenzen zugrundeliegen. Nur schwer systematisier- und kaum verallgemeinerbar sind die bestimmenden Triebkräfte und Akteurskonstellationen in der Konstituierungsphase neuer Technologielinien, die keineswegs zwangsläufig und durchgängig etwa von großindustriellen Interessen und Aktivitäten geprägt wird: Häufig dominieren zunächst militärische Interessen, nicht selten kombiniert mit (groß-)machtpolitischen Am-

bitionen (Kerntechnik, Raumfahrt, Mikroelektronik); bisweilen erfolgt die Initialzündung auch über autonome technologische Grundsatzenentscheidungen und entsprechende staatliche Schwerpunktsetzungen oder über aus akademischen Forschungszusammenhängen entstehende innovative Kleinfirmen (wie in der Computer- und Halbleitertechnik oder in der Bio- und Gentechnik).

2. Wirtschaftspolitik. Die staatliche Wirtschaftspolitik ist immer wieder beschrieben worden als konzentrierter Ausdruck der Interessen der ansässigen Großunternehmen, die sich über z.T. spannungsreiche Vermittlungsprozesse im Zusammenspiel von Unternehmen und ihren Verbänden auf der einen, der staatlichen Administration auf der anderen Seite letztlich durchsetzen. Wirtschafts- und auch Technologiepolitik als Unterstützung der zunehmend international ausgerichteten Expansionspolitik der 'eigenen' Konzerne - dies ist sicherlich eine wichtige Staatsfunktion im heutigen Kapitalismus. Als Ausschließlichkeit greift sie u.E. gleichwohl zu kurz: Zum einen ist staatliche Politik jenseits der Exekution von Monopolinteressen gefordert, die Reproduktionsbedingungen des volkswirtschaftlich wichtigen klein- und mittelständischen Unternehmenssektors zu stützen und kann dies nur, wenn sie über autonome Handlungsspielräume verfügt. Zum anderen stellt sich die Frage, ob die Grundlinien der Wirtschaftspolitik nicht auch starken, jenseits dominierender Kapitalinteressen formulierten Eigeninteressen der staatlichen Bürokratie und Politik an einem Ausbau des heimischen Wirtschaftsstandortes unterliegen, dessen Stärke (oder Schwäche) ja nicht zu unterschätzende Wirkungen sowohl auf die nationale Stabilität als auch auf den internationalen politischen Einfluß des Staates und seiner politischen Klasse hat.

3. Bürgerbewegungen und gesellschaftliche Meinungenlagen. Das enge Politikmodell der SMK-Theorie wird schließlich auch infrage gestellt durch den Einfluß von Bürgerbewegungen und gesellschaftlichen Meinungenlagen auf das politische System und seine Äußerungen. Heute sind im Grunde alle Parteien gefordert, keineswegs immer von ihnen selbst entwickelte Forderungen etwa nach einem ökologischen Umbau aufzugreifen, also gesellschaftliche Bedürfnisse politisch zu verdichten und die Industrie damit zu konfrontieren. Obgleich in diesen politischen Filterungsprozessen gesellschaftlicher Forderungen in der Regel viel von ihrer ursprünglichen Radikalität auf der Strecke bleibt, haben sich die traditionellen politischen Entscheidungsinstanzen ebenso wie die ökonomischen Akteure doch auf eine zunehmend politisierte Gesellschaft einzustellen, deren Artikulationen sie nicht einfach übergehen können. Neben den traditionellen, zentralisierten und vermachteten Politikaushandlungen innerhalb der staatlichen Administration und in ihrer Auseinandersetzung mit der Wirtschaft bilden sich so quer zu den bestehenden Hierarchien Ansätze einer institutionell weitgehend ungebundenen gesellschaftlichen Bedürfnisartikulation aus, die auf das politische System zurückzuwirken beginnt. Diese neuen Formen einer Entgrenzung des Politischen in die Gesellschaft kann

die SMK-Theorie in ihrer bestehenden Form nicht erfassen, ist dies doch die exakte Umkehrung des Politikmechanismus, den sie als zwingend unterstellt.

Natürlich lassen sich all diese Hinweise auf autonome Handlungsspielräume des Politischen und der Gesellschaft gegenüber der Ökonomie mit einiger Raffinesse und dem Verweis auf "letzte Instanzen", die all dies im Monopolinteresse zu reintegrieren in der Lage sind, wieder zurückstufen. Sonderlich produktiv und erkenntnisträchtig wäre dies allerdings nicht: Man hätte damit zwar das Politikmodell der SMK-Theorie verteidigt, allerdings um den Preis seiner Reduzierung auf die Behauptung, nichts seien alle Katzen grau. Viel interessanter ist vor diesem Hintergrund die Überlegung, ob der Bestimmung staatlicher Politik und ihrer Handlungsspielräume nicht ein Modell zwar hierarchischer, gleichwohl jedoch pluraler Interesseneinwirkung zugrundegelegt werden sollte, das deutlich über die in der SMK-Theorie unterstellte Direktivstruktur Monopolinteressen - Staat hinausreicht. Hierzu würden neben den nach wie vor für die Politikfindung zentralen Interessen der ökonomischen Hauptakteure (Konzerne, Wirtschaftsverbände etc.) diejenigen des mittelständischen Unternehmenssektors, eigenständige Artikulationen der staatlichen Bürokratie sowie Partei- und Regierungsinteressen zählen. In dies Modell müßten aber eben auch systematisch die wachsende Rolle des Wissenschaftssektors in Politik und Gesellschaft, die traditionelle Gegenmacht gewerkschaftlicher Interessen und die politische Interventionsfähigkeit von Bürgerbewegungen, gesellschaftlichen Diskussionsprozessen und Meinungsumbrüchen einbezogen werden.

Nachholbedarf besteht u.E. vor allem auf drei Ebenen der so ausdifferenzierten gesellschaftlichen Regulierungsarchitektur:

- die ökonomische Rolle und politische Bedeutung kleiner Firmen, die im Diskussionszusammenhang der SMK-Theorie immer wieder unter den Tisch fällt, muß stärker in den Blickpunkt des analytischen Interesses rücken;
- der ökonomische und politische Einfluß des durch den wissenschaftlich-technischen Umbruch erheblich aufgewerteten, sich im Spannungsfeld von Autonomie und Kommerzialisierung bewegenden Forschungs- und Wissenschaftsapparats muß neu ausgelotet werden;
- die vorliegende soziologische und politologische Literatur zum Einfluß neuer gesellschaftlicher Themen, sozialer Bewegungen und einer insgesamt hochgradig politisierten Gesellschaft auf Inhalte und Formen der Politik muß zur Kenntnis genommen und für das politische Regulierungskonzept fruchtbar gemacht werden.

In der Konsequenz laufen die vorgetragenen Überlegungen darauf hinaus, staatliche Politik und gesellschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse gegen ökonomistische Verengungen in die Richtung einer erheblich plurale-

ren Interesseneinwirkung zu öffnen, ohne dabei auf Gewichtungen zu verzichten und die zentrale Politiksetzungsmacht der ökonomischen Hauptakteure zu negieren. Die Konzentration des politischen Regulierungsmodells der SMK-Theorie auf Ebenen, Etagen und Formen staatsmonopolistischer Verflechtung, die etwa bei Jung (373ff) sehr differenziert herausgearbeitet werden, erhellt zwar ganz entscheidende gesellschaftliche Interaktionsstrukturen, greift jedoch zur Erfassung des Gesamtkomplexes politisch-gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse zu kurz. Politik wird zu sehr mit staatlicher Politik gleichgesetzt, staatliche Politik wiederum zu ausschließlich als Ausfluß von Monopolinteressen begriffen. Demgegenüber scheint es uns sinnvoll, den staatsmonopolistischen Ansatz einzubetten in ein komplexeres gesellschaftliches Interaktions- und Regulierungsmodell, das zwar durch konzentrierte ökonomische Interessen und vermachtete politische Koordinationsmechanismen vorstrukturiert wird und nicht selten in der Lage ist, eine für die Gesellschaft nur noch nachvollziehbare Politik der vollendeten Tatsachen zu betreiben, das zugleich jedoch über eine kaum eingrenz- und nicht dirigistisch einfügbare Unternehmens-, Forschungs- und Politikperipherie verfügt, die ihrerseits in vielfältiger Weise auf die Formierung und Entwicklung von Politik zurückwirkt.

4. Internationalisierung - neue Stufe oder Ende des SMK ?

Die theoretischen Probleme, die sich angesichts des hohen Niveaus und des weiter zunehmenden Tempos der kapitalistischen Internationalisierung für die Theorie des SMK ergeben, sind offensichtlich. Sie lassen sich aber nicht durch die Relativierung zu harter bzw. die Öffnung zu enger Formulierungen des Konzeptes beheben; vielmehr scheint uns die Richtung und Reichweite der notwendigen Korrekturen oder Weiterentwicklungen selbst einigermaßen offen zu sein.

Die beiden Ausgangspunkte, deren Zusammenkommen die Probleme hervorruft, sind jeweils für sich weitgehend unstrittig:

Der erste Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß die kapitalistische Ökonomie seit dem 2. Weltkrieg und insbesondere in den 80er Jahren einen neuen Internationalisierungsschub erfährt. Er besteht nicht nur in höherem Außenhandel, auch nicht nur in mehr Kapitalex- und -import. Daneben gibt es einige neue Züge der kapitalistischen Internationalisierung: Erstens ergreift sie auch zunehmend den Dienstleistungsbereich, insbesondere den Finanzsektor; hier führt sie zu einem weltumspannenden Netz von Banken, Börsen und Brokerhäusern, die ohne Zeitverzug global kommunizieren und agieren können. Zweitens findet eine intensive internationale Verflechtung von Unternehmen aus verschiedenen Ländern statt, über Fusionen, Kapitalbeteiligungen, Personalverflechtungen oder "strategische Allianzen". Drittens findet Internationalisierung in erster Linie innerhalb bestimmter regionaler Blöcke und in zweiter Linie zwischen

diesen Blöcken statt, während die Dritte Welt weitgehend außen vor bleibt; auch das war bei früheren Internationalisierungswellen anders.

Der zweite Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß die Kapitalreproduktion heute nicht mehr ohne ein hohes Maß an staatlicher Regulierung und Intervention funktionsfähig und denkbar ist. Diese Tatsache hatte ja dazu geführt, daß die Theorie des Monopolkapitalismus zur Theorie des SMK weiterentwickelt wurde. Auch wenn wir diese in ihrer bescheidenen und offenen Variante (der Argumentation unter 2 und 3 folgend) zugrundelegen, stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Internationalisierung für die Rolle der historisch zunächst nationalstaatlichen Regulierung.

Auf diese Frage sind drei Antworten denkbar und in der Diskussion auch gegeben worden:

Erstens könnte man/frau vermuten, daß der Staat als Nationalstaat den dominanten Strukturen auf seinem Gebiet, also den jeweils nationalen Monopolen verpflichtet bleibt und in erster Linie diese für die Schlacht auf dem und um den Weltmarkt munitioniert. Derartiges gibt es zweifellos reichlich: In der Uruguay-Runde vertreten die Regierungen die Interessen "ihrer" Konzerne (und Bauern!); der amerikanische Außenminister interveniert - erfolgreich - in Italien, um AT&T eine Beteiligung an Italtel zu verschaffen; der französische Außenminister interveniert - erfolglos - in Prag, um den Verkauf von Skoda an VW zu verhindern. Die USA stürzen Regierungen in Teheran und Panama, um die Ölquellen und die Kanaldurchfahrtrechte für ihre Konzerne zu sichern usw. In dieser Sicht ist internationale kapitalistische Expansion in erster Linie kapitalistische Konkurrenz. Diese Position wurde in der ehemaligen DDR vor allem von den Fraktionstheoretikern in der Gossweiler-Schule vertreten. Auf einer anderen Ableitungsbasis kommt auch Bernhard Roth zu einer ähnlichen Einschätzung: Für ihn findet die Internationalisierung innerhalb des im übrigen nationalstaatlich konstituierten System des SMK statt, nicht als Internationalisierung des Systems des SMK, die dessen nationalstaatliche Basis unterminieren würde. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Konkurrenz der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und ihrer politischen Regulierung in letzter Zeit auch in der nicht-marxistischen Theorie in den Vordergrund getreten ist: "strategisches Handeln" als Erklärungsmuster und "strategische Handelspolitik" statt Freihandelsförderung als Politikempfehlung (Paul Krugman).

Allerdings stößt die Verallgemeinerung dieser Sichtweise zum Erklärungsmuster allen internationalen staatlichen Handelns schnell an Grenzen, jenseits derer tatsächliche internationale Aktivität kapitalistischer Regierungen nur noch mit Krampf als Exekution spezifischer Konzerninteressen oder auch nur des nationalen Gesamtinteresses der jeweiligen nationalen Monopolkapitals erklärt werden können. Das gilt für den Vietnamkrieg ebenso wie für den Golfkrieg, die Politik der USA gegenüber Osteuropa etc. In übermäßiger Verallgemeinerung wird ein produktiver

Ansatz zu einem reduktionistischen und daher unzureichenden Erklärungsmodell deformiert.

Eine zweite Sicht kann - ganz im Gegensatz zur ersten - Hinweise dafür anführen, daß mit der zunehmenden Internationalisierung der kapitalistischen Ökonomie eine abnehmende Rolle staatlicher Interventionen einhergeht. Die internationale kapitalistische Reproduktion, so läßt sich die These zuspitzen, erfolgt in höherem Maße durch private Konkurrenz, aber auch durch private außerkonkurrenzliche Regulierung und Kooperation als durch einzel- oder kollektivstaatliche Intervention. Auch innerhalb der einzelnen Länder findet ja eine Reprivatisierung ökonomischer Prozesse durch Deregulierung statt; während diese jedoch als schrittweise Zurücknahme früherer politischer Regulierungen erfolgt, werden solche in den neuen Formen der privaten Regulierungen gar nicht erst aufgebaut bzw. zugelassen. Internationale Überkreuzverflechtungen (Matra-Daimler-GEC) und strategische Allianzen (Siemens - IBM, Daimler - Mitsubishi) sind jedenfalls erstens wichtig für die Reproduktion des internationalen Kapitalismus und bringen zweitens neben der nach wie vor wirksamen Konkurrenz Momente von Kooperation und Abstimmung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Drittens kann man/frau die Position vertreten, daß der Internationalisierung der Marktbeziehungen zwangsläufig eine Internationalisierung der politischen Regulierung folgen müsse. Ein internationaler (staatsmonopolistischer) Kapitalismus sei zwar noch nicht voll ausgebildet, Ansätze dafür gäbe es aber reichlich, und die Tendenz gehe auf jeden Fall in Richtung auf ihren weiteren Ausbau. Dies ist die Ansicht, die in der früheren DDR vorherrschend war und mit großer Differenziertheit von Horst Heininger und Lutz Maier vorgetragen wurde. Sie haben u.a. den Begriff der "regulierten Rivalität" in die Diskussion eingeführt; den Heininger kürzlich (Z 6) noch einmal etwas in Richtung Rivalität verschoben hat. Auch für diese kooperative internationale Regulierung gibt es reichlich Belege auf verschiedenen Ebenen: Die niedrigste ist das ad-hoc-Krisenmanagement, wie etwa anlässlich der Schuldenkrise 1982 oder des Börsenkrachs 1987. Eine Stufe höher steht das regelmäßige, Krisen- und Regulierungsmanagement, wie es bei den jährlichen G7-Treffen praktiziert wird. Noch einen Schritt weiter geht die Einrichtung permanenter Institutionen und Organisationen zur internationalen Wirtschaftsregulierung (IMF und Weltbank, OECD, EFTA, EG und die kontinentbezogenen Unterorganisationen der UNO). Zu beachten ist dabei allerdings der ganz unterschiedliche Grad an Regulierungskompetenz der einzelnen Institutionen. Sie dürfte nirgends so hoch sein wie bei IMF und in der EG und nirgends so niedrig wie bei den UNO-Regionalorganisationen.

Auslöser für die empirisch beobachtbare internationale kooperative Regulierung sind einerseits akute Funktionskrisen (Börsenkrach), ferner Dominanzprobleme (Golfkrieg) und schließlich Existenzbedrohungen etwa

durch Umweltzerstörung oder Atomkriege (Antarktisvertrag, Abrüstungsverträge).

Für die politische Praxis bedeutet die zunehmende politische Regulierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen prinzipiell nichts anderes als bei der innergesellschaftlichen Regulierung: Da es unterschiedliche Varianten der internationalen Regulierung - etwa des Schuldenproblems oder der Beeinflussung Osteuropas - gibt, kommt es darauf an, Argumente und Kräfte für die jeweils fortschrittlichste Variante zu mobilisieren. Dabei wird die Identifikation dessen, was jeweils fortschrittlich ist, in dem Maße schwieriger, wie das theoretische Modell für eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen jenseits des Klassengegensatzes geöffnet wird.

Eine theoretische Momentaufnahme des Verhältnisses von staatlicher Regulierung und Internationalisierung des Kapitals müßte wohl alle drei Sichtweisen als der Realität angemessen berücksichtigen: den Staat als Agenten "seiner" Monopole, das Zurücktreten des Staates gegenüber der privaten außermarktlichen Regulierung und die zwischenstaatliche oder gar supranationale Kooperation als Begleitung, Folge und weitere Förderung der privaten Internationalisierung. Wir sehen gegenwärtig keine empirisch erkennbaren Tendenzen, daß eines der drei Muster in absehbarer Zeit die beiden anderen verdrängen und zum ausschlaggebenden Verhältnis werden würde. Es gibt aber auch keine theoretischen Gründe dafür, daß eine solche Festlegung letztlich erfolgen müsse. Dies zu vermuten, führt theoretisch wahrscheinlich zu Verengungen und Verzerrungen bei der Verarbeitung realer Prozesse. Weiterführen dürfte es demgegenüber, auf der Basis des theoretischen Vorverständnisses, daß es (mindestens) die drei skizzierten Ausprägungen des Verhältnisses von staatlicher Politik und Privatkapital im Prozess der Internationalisierung gibt, am empirischen Material zu untersuchen, wie diese Muster konkret auftreten, sich verändern und welche Relevanz sie haben. Dabei mag sich letztlich eines in den Vordergrund schieben und mit der Zeit die beiden anderen verdrängen. Das ist aber weder theoretisch zwingend noch gegenwärtig empirisch der Fall oder absehbar.

5. Vorläufige Schlußfolgerungen

Ist es angesichts der vorangegangenen Rücknahmen, Relativierungen und Öffnungen des theoretischen Konzeptes - alles Entwicklungen, die entgegen den landläufigen Meinungen in einer relativ intensiven SMK-Debatte während der letzten 15 Jahre bereits in Gang gekommen waren - noch sinnvoll, am Begriff des SMK festzuhalten? Drei Einwände lassen sich dagegen vorbringen:

Erstens sei es nicht sinnvoll, ein (durch die Berücksichtigung der unter 1 - 4 vorgetragenen Argumentationen) erheblich verbessertes Konzept unter dem Namen eines - aus welchen Gründen auch immer - politisch landauf landab diskreditierten zu verkaufen. Diesen pragmatischen Einwand halten

wir dann nicht für überzeugend und für eine neue Form von Opportunismus, wenn das Konzept tatsächlich so weit verbessert wurde, daß es tragfähig ist.

Zweitens seien die Revisionen so gravierend, daß von der alten Theorie des SMK nicht mehr viel übrig bleibe und eine ganz andere Theorie - mit sehr viel geringerem Geltungsanspruch und sehr viel vorsichtigeren Aussagen - herausgekommen sei. An diesem Einwand ist viel dran. Dennoch geben wir zu bedenken: Bei allen Revisionen gehört zum Kernbestand der "alten" wie der "neuen" Konzeption erstens die relativ große Bedeutung der führenden Kapitale und Kapitalgruppen für die ökonomische Struktur und die Entwicklung des Kapitalismus der Gegenwart, zweitens die zunehmende Politisierung ökonomischer Prozesse und drittens ein anderen Interessengruppen und Kräften oftmals überlegener - wenn auch nicht allein entscheidender - Einfluß der führenden Kapitalgruppen auf (wirtschafts)politische Entscheidungen. Frühere Versionen der SMK-Theorien hatten diese Konstellationen zum eindimensionalen Erklärungsmodell für letztendlich alle gesellschaftlichen Prozesse gemacht und müssen in dieser Hinsicht revidiert werden (was teilweise schon geschehen ist). Diese Kritik muß die allein ausschlaggebende Rolle der Monopole für den ökonomischen Reproduktionsprozess und die politischen Interventionen des Staates zurücknehmen, aber nicht soweit, daß diese Rolle in einem Sammelsurium beliebig zahlreicher ungewichteter Einflußgrößen verlorenginge. Manche wesentliche Struktur und mancher wesentliche Prozess in der modernen Gesellschaft lassen sich nicht durch die Rolle der Monopole erklären (z.B. Umweltverschmutzung und Frauenunterdrückung), manche andere aber sehr wohl (z.B. warum die Kernkraftwerke nicht abgeschaltet werden, der "Jäger 90" nicht schon längst abgestellt ist oder es immer noch kein Tempolimit auf den Autobahnen gibt). Wenn der Begriff SMK suggeriert, es handle sich um die theoretische Schlüsselkategorie zur umfassenden Erklärung der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus, dann sollte man/frau ihn lieber fallenlassen. Läßt er sich aber in dem Sinn zurechtstutzen, daß er einen in vieler Hinsicht produktiven Ansatz zur Untersuchung und Erklärung von Einflüssen und Dominanzpositionen in der Wirtschaft und der Politik meint, dann sollten wir an ihm festhalten.

Drittens kann gegen das Konzept eingewandt werden, daß es historisch zutreffend gewesen sein mag - jedenfalls in einer relativierten Form - mittlerweile aber einfach überholt sei. Mit dem Umbruch der wesentlichen innergesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse seien auch neue Bestimmungsfaktoren der sozialökonomischen Reproduktion und ihrer Steuerung entstanden (Neue Individualisierung, Nationalismus, Fundamentalismus, die Rolle des informellen Sektors, der Spekulation, Mafia, Korruption und des Paternalismus etc.) Demgegenüber falle die Rolle der Monopole und ihr Einfluß auf die Politik deutlich zurück, werde in der Tat zu einem Faktor unter ferner liefen, wie auch das traditionale Politikverständnis zunehmend irrelevant zur Erklärung realer geschichtlicher

Prozesse werde. Das muß nicht heißen, daß diese Prozesse theoretisch nicht erklärbar sind. Es kann auch heißen, daß wir die Erklärung einfach (noch) nicht wissen und uns gelegentlich selbst im Wege stehen bei dem Versuch, neue Zugänge zur verworrenen Realität zu finden. Ein solcher Einwand - der natürlich auch nicht mehr als eine Vermutung ist - fordert nicht mehr zu Relativierungen und Verfeinerungen, sondern zum großen Abschied auf. Dieser besteht weder im schlichten Vergessen oder Verdrängen dessen, was wir früher - in der Regel ja nicht unter Stasi-Fuchtel und am Tropf der DDR-Mark, sondern unter Einsatz unseres Wahrnehmungsvermögens und Verstandes - entwickelt und für richtig gehalten haben. Er besteht schon gar nicht im lautstarken Behaupten des Gegenteils. Die gerade für Menschen unserer Couleur verständlichen Widerstände gegen ein versuchsweises Ablassen von unseren theoretischen Bezugssystemen führen vielfach zu nicht mehr als krausen Gedanken, wenn es um theoretische Alternativen geht.

Vielleicht lohnt es sich aber doch, hierüber intensiver nachzudenken und nicht jedes Angebot in erster Linie darauf abzuklopfen, ob es - via Verfeinerung oder Weiterentwicklung - in die eigene Konzeption integrierbar ist.

Literatur

- U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986
- R. Gündel/H. Heininge/P. Heß/K. Zieschang, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967
- L. Hack, Vor Vollendung der Tatsachen. Die Rolle von Wissenschaft und Technologie in der dritten Phase der Industriellen Revolution, Frankfurt/M. 1988
- H. Heininge/Lutz Maier, Internationaler Kapitalismus, Berlin 1987
- H. Heininge, Neue Entwicklungstendenzen im internationalen Kapitalismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 6, Juni 1991,
- J. Hirsch/R. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986
- IMSF (Hg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten (Arbeitsmaterialien 12), Frankfurt/M. 1981
- H. Jung, Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Frankfurt/M. 1986
- H. Jung/J. Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1979
- D. Klein u. a. (Hg.), Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch, Berlin 1986
- P. Krugman, Strategic Trade Policy, New York u. a. 1985
- H. Nussbaum/L. Zumpe (Hg.), Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschafts-geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, 3 Bd., Berlin 1978ff.
- J. Radkau, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1989
- B. Roth, Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11 II/1986, S. 199-211

Podium Progressiv

Weichold/Dietzel/Schwenk
Die europäische Linke

Vergleichende Studie
204 S., DM 16.80

Thomas Friedrich
**"Welch eine Kraft es gab,
als Stalin sprach"**

Personenkult und SED
104 S., DM 9.-

Jens Becker
**Der Widerstand der
KPD-O im Faschismus**

112 S., DM 9.-

Michelle Grégoire (Hrsg.)
Neofaschismus

Dokumente aus dem Bundestag
104 S., DM 9.-

Bergmann/Keßler (Hrsg.)
**Aufstieg und Zerfall
der Komintern**

Studien zur Geschichte ihrer
Transformation
ca. 250 S., DM 19.80

Harald Werner
**Mythos und Realität
der Erwerbsarbeit**

ca. 100 S., DM 9.-

Michelle Grégoire
Eine Archäologie der West-PDS

ca. 60 S., DM 5.-

Malycha/Hedeler
Die Stalinisierung der SED

100 S., DM 9.-

Peter Bierl
**Rosa Luxemburg -
Die rote Demokratie**

112 S., DM 9.-

Richard Schwarz
**Aspekte einer neuen Macht-
theorie. Michel Foucault**

44 S., DM 4.-

Sebastian Reinfeldt
**Rassismus:
die unsichtbare Gewalt**

3. erweiterte Auflage
128 S., DM 9.-

*Manon Tuckfeld/
Jens Christian Müller*
**Kritik der Theorie eines
ökologischen Kapitalismus**

2. Auflage
72 S., DM 5.-

Neuerscheinungen Juni/Juli 1992 zu den Themen:

- * *Sicherheitsgesetze*
- * *Rassismus in Europa*
- * *Stasi-Unterlagengesetz*
- * *Strafvollzugsrealitäten*

Bestellungen an:
PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

Jörg Goldberg

Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff?

Die Leninsche Imperialismustheorie und die auf ihrer Grundlage entwickelte Epochendefinition hat bis vor kurzer Zeit als zentraler Bezugspunkt kommunistischer Politik gedient - sie stellte damit in gewissem Sinne die Grundlage des kommunistischen Selbstverständnisses und eine Legitimationsbasis kommunistischer Politik dar. Die große legitimatorische Bedeutung des Leninschen Imperialismusbegriffs wurde auch nicht durch die inzwischen geänderten strategischen Optionen beeinträchtigt. Mit dem Begriff der "Allgemeinen Krise" war es erfolgreich gelungen, die faktisch betriebene Reform- und Bündnispolitik der kommunistischen Parteien mit dem Bild des sterbenden Kapitalismus zu versöhnen.

1. Imperialismustheorie und Revolution

Die Tatsache, daß Lenins Aussagen zum Imperialismus viele auch heute noch treffende Aspekte umfaßt (Vgl. Heininger/Hess 1970; Deppe 1991) kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nichts anderes als die Begründung einer offensiven Politik der Arbeiterbewegung in der Periode der Weltkriege waren und die Aufgabe hatten, die Revolution als Tagesaufgabe anzugeben. Lenins Broschüre "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" war eine Kampfschrift gegen den sozialdemokratischen Reformismus, die den Nachweis führen wollte, daß der Kapitalismus seine historisch progressive Funktion weltweit eingebüßt habe, daß seine Ablösung das einzige Mittel sei, um die Menschheit im allgemeinen und das Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder im besonderen vor dem weiteren Abstieg in Elend, Krieg und Vernichtung zu bewahren.

Nur noch der Sozialismus konnte demnach verhindern, daß der Kapitalismus die Welt in eine "fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen" stürzt. (Luxemburg 1913, S. 445) Weder im nationalen Rahmen noch in den internationalen Beziehungen bestehen noch Spielräume für Reformen - jede Bemühung um eine Reformierung des Kapitalismus muß daher zum Scheitern verurteilt sein. "Aus der Notwendigkeit des Imperialismus folgern die Linken die Notwendigkeit revolutionärer Aktionen." (LW 21, S. 219). Die Imperialismustheorien von Luxemburg, Bucharin und Lenin bildeten - bei allen Unterschieden in den Argumenten - eine "Revolutionstheorie" (Neusüss 1972, S. 15). Die Leninsche Broschüre war die Begründung für die Orientierung auf die Revolution in den Metropolen und damit eine Kampfschrift gegen die II. Internationale. Die Heraus-

lösung ihrer Kernaussagen aus dem revolutionären Kontext, wie sie in der Theorie der "Allgemeinen Krise" und ihrer Etappenbestimmungen erfolgte (Autorenkollektiv 1976), führte zur Kanonisierung von Lenins Schrift und zu Widersprüchen und Inkonsistenzen bei der Analyse des modernen Kapitalismus. Indem sie Lenin so gegen Kritik immunisierte machte sie seine Theorie faktisch unbrauchbar.

2. Hauptaussagen

Angesichts dieser eindeutigen politischen Intention von Lenins Arbeit, ihrer wenig analytischen Vorgehensweise und der eher illustrativen Verwendung des reichen empirischen Materials erstaunt es eher, daß diese "im ganzen teils beschreibend, teils recht freizügig deutende" Darstellung (Hofmann 1971, S. 172) solche Furore gemacht hat und bis heute als Leninsche Imperialismustheorie ein wichtiger Bezugspunkt für die Analyse internationaler Beziehungen geblieben ist.

Dies umso mehr, als die theoretischen Ableitungen gemessen am Anspruch recht cursorisch und ungenau ausfallen und Lenin sich nicht die Mühe macht, an den Marxschen Bestimmungen der historischen Begrenztheit der kapitalistischen Produktionsweise explizit anzuknüpfen. Die Begründung der schließlich außerordentlich weitgehenden Feststellung: "Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus" (Lenin 1970, S. 135)¹ fällt oberflächlich und theoretisch z.T. widersprüchlich aus. Vieles muß vom heutigen Standpunkt aus auch als schlicht unzutreffend bezeichnet werden. Aber trotz der unübersehbaren theoretischen Schwächen dieser eher tagespolitisch gemeinten Kampfschrift ("Gemeinverständlicher Abriß") ist der Begriff "Imperialismus" heute immer noch von Lenin besetzt. Es sind im wesentlichen drei Ebenen, auf denen Lenin die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus in seiner dritten, imperialistischen Phase und die Notwendigkeit der Revolution als Tagesaufgabe begründet:

- freie Konkurrenz und Monopol
- Nationalstaat und internationale Beziehungen
- Repression und Opportunismus

2.1 "Das ökonomische Monopol - das ist der Kern der ganzen Sache." (LW, Bd. 23, S. 34)

Daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist, daß das Monopol auf einem bestimmten Entwicklungsstand dazu tendiert, "Staatsmonopol" zu werden (LW 24, S. 229), wird in den einschlägigen Arbeiten Lenins vielfach betont. Daher ist es nicht unberechtigt, die Leninsche Imperialismustheorie mit der Theorie des staatsmonopolistischen

Kapitalismus in enge Beziehung zu setzen. Dem wird an dieser Stelle aus zwei Gründen nicht nachgegangen:

- Im Mittelpunkt der Imperialismustheorie steht m.E. eine Theorie der Internationalisierung, ein Aspekt, der in der zeitgenössischen SMK-Theorie eher unterbelichtet war;

- Die SMK-Theorie der Nachkriegszeit analysiert die Lebendigkeit des Kapitalismus; Lenins Imperialismustheorie dagegen bemüht sich um den Nachweis des Gegenteils. Daß die der SMK-Theorie verbundenen Autoren diesen Widerspruch nicht auflösen konnten, stellt eine Schwäche der SMK-Theorie dar (Vgl. den Beitrag von Dolata/Huffschild).

Trotz der ökonomischen Ableitung des Imperialismus aus dem Monopol findet sich in Lenins Arbeiten zum Imperialismus keine eigentliche Monopoltheorie, weder was die Entstehung der Monopole noch was ihre Wirkungsweise im Rahmen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses betrifft. Die Ablösung der freien Konkurrenz als "Grundeigenschaft des Kapitalismus" (Lenin 1970, S. 93) durch das Monopol wird auf der Grundlage von Konzentrationsstatistiken und anderem empirischem Material konstatiert. Sie führt zu einer Verschärfung von Krisen, zum partiellen Ersatz von ökonomischen Gesetzen durch Macht, zur Zerrüttung der Reproduktionskreisläufe. Es entsteht die "ökonomische Möglichkeit", den technischen Fortschritt ("und folglich auch jeden anderen Fortschritt") "künstlich aufzuhalten" (ebd. S. 105/06) und Realloohnerhöhungen oder andere Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiterklasse zu verhindern

Extraprofiten können im nationalen Rahmen über Monopolpreisbildung dauerhaft gesichert werden, die kapitalistische Konkurrenz in ihrer monopolistischen Phase tendiert nicht mehr zu ihrer Aufhebung auf dem Wege der Produktivkraftentwicklung. Obwohl eingeräumt wird, daß der Kapitalismus "im großen und ganzen ...bedeutend schneller als früher" wächst, begründet die "künstliche" Behinderung des technischen Fortschritts, also die "Tendenz (Hervorhebung Lenin) zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist" (ebd. S. 106), einen qualitativ neuen Charakter des Kapitalismus: Seine Fähigkeit, durch Gewalt, durch außerökonomische Machtentfaltung Profite zu sichern, denen keine ökonomische Funktion mehr entspricht. Der "Rentner" und der "Rentnerstaat" lösen den produktiven Kapitalisten in den dominierenden imperialistischen Staaten ab und begründen die Fäulniserscheinungen.

Lenin konzentriert sich empirisch auf den Nachweis des hohen Vermachtungsgrads der Wirtschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern und verzichtet fast völlig auf Überlegungen, die die von ihm behaupteten negativen Rückwirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß theoretisch nachvollziehbar machen könnten. Vor dem Hintergrund der manifesten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen der Kriegszeit erscheint dies im übrigen verständlich.

Die zeitweilig gegen den Druck der Konkurrenz machtpolitisch abgesicherten Extraprofite finden im nationalen Rahmen keine rentablen Anlagesphären mehr - u.a. weil der Spielraum für die Durchsetzung sozialer Verbesserungen, für Lohnerhöhungen und Sozialpolitik nicht mehr vorhanden ist. Das Kapital drängt anlagesuchend nach außen: "Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus 'überreif' geworden ist, und dem Kapital (unter der Voraussetzung der Unentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für 'rentable' Betätigung fehlt". (ebd. S. 67) Das Kapital strömt in die "rückständigen Länder", wo "der Profit gewöhnlich hoch" ist. (ebd.). Es handelt sich dabei sowohl um Kolonien wie um schwächer entwickelte kapitalistische Länder - Länder also, die "bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen" sind. Die verkehrmäßige Erschließung durch den Eisenbahnbau ist dabei ein zentrales Kriterium.

Die Erschöpfung der Anlagesphären in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern, die Profitratenunterschiede zu den "rückständigen" Ländern, werden werttheoretisch nicht weiter begründet, z.B. durch eine Ableitung aus dem "tendenziellen Fall der Profitrate" oder aus der erwähnten Behinderung des technischen Fortschritts in einigen Ländern und Bereichen - was im Zusammenhang einer politischen Kampfschrift wohl auch nicht notwendig erschien, da dies eine auch in der bürgerlichen Ökonomie allgemein akzeptierte Position war. Der Kapitalexport hemmt die Weiterentwicklung der Industrie in den entwickelten Ländern "bis zu einem gewissen Grade" und beschleunigt die kapitalistische Entwicklung in den Kapitalimportländern "außerordentlich" - die Folge also ist "eine Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt". (ebd. S. 69)

Es könnte erstaunen, daß eine solche Dynamik der kapitalistischen Entwicklung als Ausdruck von Fäulnis und Stagnation gewertet wird - in der Tat eine der nicht wenigen widersprüchlichen Aussagen in der Broschüre (Hofmann 1971, S. 172). Vom heutigen Standpunkt muß dies als eine der Hauptschwächen des Begründungszusammenhangs gewertet werden: Die inneren Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus in den entwickelten Ländern sind keineswegs erschöpft, die kapitalistisch entfaltete Produktivkraftentwicklung erzeugt einen ständig wachsenden Kapitalbedarf in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst, während die Kapitalexporte in die wenig entwickelten Länder eine abnehmende Rolle spielen und dort keineswegs zu einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung führen. Wo solche nachholenden Prozesse zu beobachten sind, wie in einigen asiatischen Ländern, spielt der Kapitalexport nicht die zentrale Rolle (Menzel 1985). Derzeit steht die Befürchtung im Vordergrund, daß die Mehrheit der Länder der "Dritten Welt" einer einseitigen Abkoppelung vom Weltmarkt unterliegen. Eine nachholende Industrialisierung der "Dritten Welt" im Gefolge von Kapitalstrategien multinationaler Konzerne - der These

von der "Neuen internationalen Arbeitsteilung" entsprechend - scheint derzeit kaum eine aktuelle Perspektive zu sein (Boris 1991). Im Zuge der Herausbildung von internationalen Handels- und Wirtschaftsblöcken kann sich dies in einigen wenigen Ländern vollziehen (dabei wird derzeit vor allem an die ASEAN-Staaten und Mexiko gedacht), während den übrigen Staaten verstärkt weltwirtschaftliche Marginalisierungsprozesse drohen (Memorandum '92).

Der Leninsche Fehlschluß in diesem Punkt berührt aber die ihn interessierenden Aspekte kaum: Es geht - wie gesagt - um die Begründung einer revolutionären Strategie in den Metropolen aus den sich zuspitzenden äußeren Gegensätzen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern, deren Grundlage der Expansionsdrang der Monopole ist. Die Herstellung des Weltmarktes unter monopolistischen Bedingungen erfolgt nicht im Rahmen der ökonomischen Gesetze der freien Konkurrenz, sondern in Form von machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Nationalstaaten. Der nationale Rahmen wird den Monopolen zu eng, er wird gesprengt. Dies kann Lenin zufolge nur die Form von politischen Expansionsbestrebungen der Nationalstaaten selbst annehmen (wobei Lenin vor allem an die Kolonien dachte). Der Kampf um Hegemonie zwischen den entwickelten Nationen ist demnach das notwendige Ergebnis der Internationalisierung.

2.2 "... der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie..." (Lenin 1970, S. 97)

In der Tat besteht in der Ausbeutung der Dritten Welt für Lenin nicht das Wesen des Imperialismus. Mit Hohn und Spott fällt er über Kautsky her, der definiert: "Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches (hervorgehoben von Kautsky) Gebiet zu unterwerfen ...". (zit. bei Lenin 1970, S. 96) Diese Definition sei völlig einseitig, wendet Lenin u.a. ein, denn einmal wollten die Großmächte nicht nur agrarische Gebiete annektieren (sie annektieren alles was zu kriegen ist) sondern machten sich gegenseitig auch hochentwickelte Ländereien streitig. Wichtiger noch als die Richtung des Expansionsstrebens aber ist ihr Streben nach Hegemonie. Da die Aufteilung der Erde beendet sei, könnten die Expansionsbedürfnisse der Monopole immer nur im Wettkampf mit bzw. auf Kosten anderer entwickelter Länder durchgesetzt werden. Es ist also der Kampf der Großmächte um Hegemonie, resultierend aus dem Expansionszwang des monopolistischen Kapitals, der das Wesen imperialistischer Politik ausmacht. Lenins heftige Kritik an Kautskys "Ultraimperialismus"-Theorie - die eigentlich nur in sehr vorsichtigen Formulierungen die Möglichkeit eines Ausbeutungskartells der entwickelten Länder gegen den Rest der Welt zu Debatte stellt - betrifft

tatsächlich den Kern der revolutionären Imperialismustheorie; eben weil es dabei nicht primär um die Ausbeutung der Dritten Welt geht, sondern um die Hegemonie der entwickelten kapitalistischen Länder.

Eine solches Herrschaftskartell, sei es im Weltmaßstab, sei es auch nur in Form der "Vereinigten Staaten von Europa", so Lenin, könne immer nur ein friedliches Zwischenspiel zwischen den kriegerischen Auseinandersetzungen sein, da die führenden imperialistischen Länder sich ungleichmäßig entwickeln. In dem Maße, wie die stärksten Staaten und ihre Kapitalgruppen Monopolpositionen erringen und diese durch Anwendung politischer Gewalt erhalten, untergraben sie ihre industrielle Grundlage, werden zu Wucherstaaten und gehen in Fäulnis über. Dies ruft dynamischere Konkurrenten auf den Plan, die auf dem Wege imperialistischer Konkurrenz solche durch politische Macht und nicht mehr durch industrielle Überlegenheit gesicherte Hegemoniepositionen untergraben. Beseitigt werden können diese aber letzten Endes nur durch außerökonomische Gewalt, in letzter Instanz durch Krieg. Die Internationalisierung der Wirtschaft unter monopolistischen Bedingungen führt mit Notwendigkeit zum Auf- und Abstieg von Nationalstaaten auf dem Weltmarkt. "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus." (LW 21, S. 345) Solche Verschiebungen müßten notwendig gewaltsam verlaufen, da der ökonomische Regelmechanismus der freien Konkurrenz durchbrochen, die Konkurrenz also zum Gegenstand der außenpolitischen Machtbestrebungen von Staaten geworden sei.

Angesichts der heute zu beobachtenden Konflikte um Regeln für den Welthandel, um Importquoten und Handelsblöcke scheint dies immer noch die Realität des Weltmarktes besser zu beschreiben als z.B. die Theorie der komparativen Kostenvorteile.

Der Kampf um Hegemoniepositionen auf den kapitalistischen Weltmärkten, der Zusammenhang zwischen den Kräfteverhältnissen der Nationen, ihrer weltpolitischen Rolle einerseits und der Rangskala der jeweiligen führenden Konzerne andererseits, der Wechsel dieser Kräfteverhältnisse und die Indienstellung nationaler Politik zur Erhaltung von errungenen Vormachtstellungen: Dies macht den - zweifellos immer noch aktuellen - Kern der Leninschen Imperialismustheorie aus. Die Weltwirtschaft erscheint bei Lenin als labile hegemoniale Struktur von Nationalkapitalen und damit von Nationalstaaten - eine auch heute noch kaum in Frage gestellte Charakterisierung der Weltlage. Eine "ultraimperialistische" Weltordnung in Kautskys Sinn (die als reine Ausbeutungsordnung ja keineswegs attraktiv gemeint war) erscheint auch heute noch wenig realistisch - jedenfalls wenn man sie sich als ein stabiles Hegemonialgeflecht vorstellt. Dieser Kernbestand von Lenins Aussagen hat also immer noch beträchtliche Relevanz - zumindest insofern, als er Hauptfragen der internationalen Beziehungen berührt. Diskussionswürdig erscheinen heute vor allem folgende Aspekte:

- Ist die vorausgesetzte Identität zwischen den Interessen nationaler Monopolgruppen und den jeweiligen Nationalstaaten noch gegeben? Erst wenn es im Rahmen der Entwicklung transnationaler Konzerne zu einer Entkoppelung von Nationalstaat und Konzerninteressen kommt (Deppe 1991, S. 117ff), entfällt ein zentraler Leninscher Begründungszusammenhang, die Gleichsetzung von Monopolkonzurrenz, ungleichmäßiger ökonomischer Entwicklung der Einzelkapitale und dem Kampf um nationalstaatliche Hegemonie. Angesichts der intensiven gegenseitigen kapitalmäßigen Durchdringung der führenden ökonomischen Mächte ist die Problematisierung dieser Gleichsetzung heute notwendig: Ist der japanische Kapitalexport in die USA Ausdruck einer Schwäche oder einer Stärke des Nationalstaats USA? Inwieweit sind weltweit operierende Konzerne mit transnationalen Eigentümerstrukturen noch gebunden an die Rolle eines bestimmten Nationalstaats in den internationalen Beziehungen?

- Lenin ging davon aus, daß ein Wechsel von Hegemoniepositionen notwendig gewaltsame, d.h. kriegerische Formen annehmen müsse. Im Zeichen der Systemkonzurrenz konnte argumentiert werden, daß die Bedrohung durch den gemeinsamen Feind Sozialismus militärische Auseinandersetzungen im Gefolge imperialistischer Gegensätze verhindere. Nach dem Verschwinden des Ost-West-Konflikts stellt sich die Frage der Austragungsformen zwischenimperialistischer Widersprüche also in neuer Weise. Vor dem Hintergrund der existierenden Waffentechnologien kann sie zudem auf andere destruktive Auseinandersetzungsformen wie Wirtschaftskriege erweitert werden. Selbst wenn direkte militärische Konflikte wegen der destruktiven Wirkungen auf alle an einem Konflikt beteiligten Parteien heute ausgeschlossen werden können, gilt dies auch für Formen ruinöser Wirtschaftskriege? Zwingt die erreichte Interdependenz der Gesellschaften den Nationalstaaten nicht ein internationales Regelsystem auf, welches ruinöse Praktiken im Kampf um die Hegemonie ausschließt, also nach Maßgabe gemeinsamer Sicherheitsinteressen bestimmte Austragungsformen ächtet? Dabei sind ständige Veränderungen dieses Regelsystems selbst, seine Umgestaltung entsprechend den wechselnden Kräfteverhältnisse nicht ausgeschlossen. Die Behauptung, eine solche Einigung auf 'zivilisierte' Konfliktaustragungsformen zwischen den Großmächten - und auch so kann man den "Ultraimperialismus" Kautskys verstehen - sei unmöglich, ist bei Lenin wenig begründet und er setzt sich mit diesem Gedanken auch kaum auseinander - mitten im Krieg vielleicht auch nicht ganz unverständlich. Der Kautskyanische Einwand: "Diese Ausdehnungsbestrebungen" (des Kapitals) "werden am besten nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern durch die friedliche Demokratie gefördert" (Lenin 1970, S. 120) wird mit Verweis auf den unwiderruflich monopolistischen Charakter des Kapitalismus entkräftet. Der eigentlich naheliegende Gedanke, daß es gerade dieser monopolistische Charakter ist, der eine Einigung der Kapitalistenverbände auf die Ausklammerung allgemein destruktiver Konfliktaustragungsformen ermöglicht, wird von

Lenin nicht diskutiert. Im Vordergrund standen damals der profitable Charakter von militärischen Konflikten und nicht dessen global destruktiven Wirkungen auch auf die Siegerpartei. Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise haben aber deutlich gemacht, daß auch auf ökonomischem Gebiet Vernichtungsfeldzüge gegen den Gegner im Hegemonialkonflikt für alle Parteien negative Wirkungen haben.

- Heute liegt es nahe, unter Verweis auf den hohen Grad der Interdependenz im Zeichen "globaler" Probleme das Moment der Zusammenarbeit der führenden Nationalstaaten in den Vordergrund zu stellen. Dies beinhaltet Momente supranationaler Regulierungen, Fragestellungen, wie sie zuletzt im Zusammenhang mit der Internationalisierung des SMK andiskutiert worden sind. Kommt es zu einer wirklichen Übertragung von Regulierungskompetenzen an supranationale Institutionen, die gegenüber den Nationalstaaten ein eigenständiges Gewicht erlangen, so wäre ein Grundgedanke der Imperialismustheorie hinfällig. Solche supranationale Kooperationsformen zu bejahen, heißt übrigens nicht, den ausbeuterischen Charakter der entwickelten Industrieländer im Verhältnis zur Dritten Welt in Abrede zu stellen.

2.3 "...die Reaktion auf der ganzen Linie..." (Lenin 1970, S. 118)

Die Imperialismustheorie als Revolutionstheorie erhebt den Anspruch, den Reformismus in der Arbeiterbewegung zu erklären und gleichzeitig dessen Aussichtslosigkeit zu begründen. Dies gehört zur schwächsten und widersprüchlichsten Seite in Lenins Broschüre und den damit verbundenen Arbeiten.

Unter Verweis sowohl auf Engels Beschreibung der englischen Arbeiterbewegung als auch unter Hinzuziehung bürgerlicher Verfechter der Kolonialpolitik wird geschildert, wie die gewaltsame Aneignung fremder Mehrarbeit es einem führenden imperialistischen Land prinzipiell möglich macht, 'seine' Arbeiterklasse über die durch die nationale Produktivkraftentwicklung gesetzten Grenzen hinaus an den Früchten der Ausbeutung zu beteiligen und diese damit zu Verfechtern der imperialistischen Politik zu machen. Der Imperialismus schafft also in den Metropolen - und darum geht es Lenin - erweiterte Spielräume im Verteilungskampf und damit eigentlich auch für Sozialreformen. Es wird dabei Bezug genommen auf Hobsons Formulierungen, der das Horrorbild einer reichen Weltregion zeichnet, in der eine kleine Gruppe von Reichen die Masse der Bevölkerung mit Dienstleistungen beschäftigt und diese unproduktive Arbeiterklasse mit Tributen aus Asien und Afrika finanziert. Industrielle Schwäche ("Fäulnis") und politische Stärke charakterisieren die führenden Staaten und binden deren Arbeiterklassen an imperialistische Ausbeutungspraktiken.

Daß eine solche im England des 19. Jahrhunderts mögliche reformistische Integration der gesamten Arbeiterklasse nach dem Fall des englischen Industriemonopols nicht mehr möglich sei, wird von Lenin nur sehr oberflächlich begründet: Heute, d.h. am Beginn des 20. Jahrhunderts, kämpften mehrere Mächte um die kolonialen Extraprofite, die daher nur noch zur Bestechung von kleineren Teilen des Proletariats, und zwar dem organisierten, ausreichen (LW 23, S. 110). Der Imperialismus "schafft" (nur noch, möchte man ergänzen) "die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung von Oberschichten des Proletariats". (Lenin 1970, S. 111)

Mit der Beseitigung der freien Konkurrenz durch die Herrschaft des monopolistischen Finanzkapitals, mit der Deformation der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus durch die Einführung der Macht in die Ökonomie geht die Beseitigung demokratischer Rechte einher, verstärkt sich der Druck auf die Arbeiterklasse. "Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion." (LW 23, S. 34) Dies wird weniger theoretisch abgeleitet als durch den Verweis auf die Wirklichkeit des Kriegskapitalismus belegt.

Die Negation der Demokratie im Imperialismus schließt die Aussonderung besonderer Arbeiterkategorien und ihre Privilegierung ein. Auch die Verteilungsrelationen werden zunehmend geprägt durch politische Gewalt. Reformpolitik kann unter diesen Bedingungen ehrlicherweise nicht mehr betrieben werden, sie führt notwendig zur Korruption der Reformkräfte und zur Spaltung der Arbeiterbewegung in brutal unterdrückte, unorganisierte Massen einerseits und in kleinere Teile, denen Privilegien eingeräumt werden, andererseits. Das "Wesen der marxistischen Taktik" ist die Orientierung "zu den untersten, zu den wirklichen Massen" (LW 23, S. 117).

Diese durch die politische Taktik der damaligen Zeit bedingte Positionnahme gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung ergibt sich aus einem Begründungszusammenhang, in dem die entwickelten kapitalistischen Länder keine inneren Entwicklungsmöglichkeiten haben - ein heute als "fordistisch" bezeichnetes Entwicklungsmodell aus rascher industrieller Produktivkraftentwicklung, steigenden Reallöhnen und Massenkonsum war aus dem Blickwinkel der Realität des beginnenden 20. Jahrhunderts wohl auch keine realistische Perspektive.

3. Was bleibt

Die meisten von Lenin beschriebenen Erscheinungen sind offensichtlich für den Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zutreffend. Das Monopol und das Staatsmonopol haben ihm neue Spielräume der Produktivkraftentwicklung eröffnet. Die Vergesellschaftung der Produktion hat nicht zur Sprengung oder Überwindung der kapitalistischen Form geführt. Konnte man in der Zeit zwischen den Kriegen noch davon ausgehen, daß der Kapitalismus als Weltsystem sich - verglichen mit der Zeit bis

zum Ersten Weltkrieg - in einer Periode des "Niedergangs" befand, so erwies sich diese Annahme in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als mit der Realität unvereinbar.

Dies vor allem, weil es gelungen ist, dem bei Lenin grundlegenden Expansionsdrang der Monopole einen adäquaten Rahmen zu schaffen. Der Nationalstaat, der "bürgerlich-nationale Rahmen", so war angenommen worden, sei in der imperialistischen "dritten" Epoche "zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden". (LW 21, S. 135) Der in den revolutionären Imperialismustheorien beschriebene Zusammenhang zwischen monopolistischem Expansionsdrang, nationaler Politik und dem Ringen um internationale Hegemoniepositionen prägte und prägt sicherlich auch heute noch in hohem Grade die internationale Politik. Es ist aber gelungen, den damit verbundenen Widersprüchen einen systemkonformen Bewegungsspielraum zu verschaffen. Lenins Annahme, daß dies nicht gelingen könne, daß der monopolistische Expansionsdrang mit geradezu naturgesetzlicher Notwendigkeit zur Selbstdestruktion des Kapitalismus führen müsse, hat sich nicht bewahrheitet. Dies u.a. deshalb, weil die Dynamik des Kapitalismus auch in seinem monopolistischen Stadium nicht zentral vom Zugriff auf unterkapitalisierte Gebiete der Dritten Welt oder von der Verdrängung anderer Kapitale abhängt. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte in den hochentwickelten Staaten selbst, ihre ständige Umwälzung sind die Basis der Lebensfähigkeit des Kapitalismus.

Was bleibt ist die große Bedeutung der von Lenin untersuchten Problemfelder für das Verständnis des modernen Kapitalismus, vor allem:

- Monopole, ökonomische Interessen und die Rolle nationalstaatlicher Politik;
- internationale Politik als Ringen um Hegemonie von Nationalstaaten;
- die Instabilität von internationalen Kräfteverhältnissen als Folge ungleichmäßiger ökonomischer Entwicklungen

Die von Lenin aufgeworfenen Fragen müssen heute anders beantwortet werden - sie gehören aber immer noch zu den Kernfragen des modernen Kapitalismus.

Literatur

- W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1917/1970, Berlin/DDR
- Ders., Unter fremder Flagge, Lenin Werke (LW) 21, S. 123ff. Ders.; Der Zusammenbruch der II. Internationale, LW 21, S. 197ff
- Ders., Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa, LW 21, S. 342ff. Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den "imperialistischen Ökonomismus", LW 23, S. 18ff
- Ders., Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23, S. 102ff

Ders., Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B), LW 24, S. 213ff
Autorenkollektiv, Allgemeine Krise des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1976

Dieter Boris, Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt, in: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 6/1991 Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, Marburg 1991

H. Heininger/P. Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Berlin/DDR 1970

Horst Heininger, Neue Entwicklungstendenzen im internationalen Kapitalismus, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 6/1991

Peter Hess, Zur Aktualität der Imperialismustheorie, in: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 4/1990

Werner Hofmann, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin 1971

Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, 1913/1965, Berlin/Frankfurt-M
Memorandum '92, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln 1992

U. Menzel, In der Nachfolge Europas, München 1985

Christel Neusüss, Imperialismus und Weltmarktbevægung des Kapitals, Erlangen 1972

Vorschau

Z - Nr. 11

erscheint Anfang September 1992
mit dem Schwerpunktthema

Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik

Beiträge zu

Gesellschaftspolitische Herausforderungen:

Individualisierung, neue techno-ökonomische Strukturen,
lean production, Zusammenbruch des Sozialismus
Strategiedebatte: DGB, politisches Mandat, authentische
Interessenvertretung, Organisationsreform, Tarifrunde '92
Veränderte Realitäten: Ostdeutschland, EG-Binnenmarkt,
Ökologie, Müll, Autolawine, "Unternehmenskultur",
Bankenstreiks, Ostseewerften

Das Neue Denken

Rückblick auf ein historisches Intermezzo

1. Das Neue Denken nicht vom Ende her beurteilen

Um das noch vor wenigen Jahren als sensationell empfundene Neue Denken ist es still geworden. Betrachtungen dazu sind heute, nach dem Scheitern der Perestroika, dem Verschwinden der KPdSU und der Auflösung der Sowjetunion nur noch historisch-kritische Rückblicke auf etwas unwiderruflich Vergangenes, das außerdem innerhalb der Epoche von 1917 bis heute nur als eine Episode erscheint. Das Neue Denken und die davon inspirierte politische Praxis der sowjetischen Führung unter Gorbatschow waren Elemente des letzten großen Versuchs einer radikalen Erneuerung des sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystems und der gesamten marxistisch-kommunistischen Theorie- und Politiktradition und fanden in den Jahren 1985 bis 1991 weltweite Aufmerksamkeit, wurden mit Faszination und teilweise mit großen Hoffnungen und Erwartungen verfolgt. Heute ist die Diskussion verstummt. Es existiert kein Subjekt eines Neuen Denkens und Handelns mehr, auch nicht in den Nachfolgestaaten der UdSSR.

Die Versuchung liegt nahe, das Neue Denken heute, wie die Perestroika überhaupt, ausschließlich vom Ende, von ihrem Scheitern her zu beurteilen. Beide müssen aber in der Hauptsache aus der Situation ihrer Entstehung, aus den Bedingungen der achtziger Jahre heraus gesehen werden. Als die Perestroika 1985 ausgerufen wurde und in den darauffolgenden Jahren als Reformprojekt Gestalt annahm, löste sie bei vielen sozialistischen Linken und auch bei Teilen der kommunistischen Bewegung, so auch beim Verfasser, die große Hoffnung, ja die geradezu euphorische Erwartung aus, nach Jahren zunehmend qualvoller empfundener Stagnation und Agonie könne es nun zu einer kühnen Erneuerung der kommunistischen Bewegung einschließlich der Länder des realen Sozialismus und der marxistisch-kommunistischen Denkrichtung kommen. Diese Hoffnungen waren, so weit sie in der damaligen kommunistischen Bewegung bestanden, in ihrem zeitweilig kritiklosen Enthusiasmus oft selbst noch geprägt von dogmatischen Traditionen. Sie erwiesen sich schließlich als trügerisch; die kommunistische Bewegung in ihrer bisherigen Form war ebensowenig erneuerungsfähig wie die realsozialistischen Gesellschaften. Die unvermeidliche Ernüchterung verbindet sich heute mit dem Versuch, aus dem gescheiterten Erneuerungsprojekt des Neuen Denkens Hinweise zu gewinnen für die erst beginnende Bilanzierungs- und Neuorientierungsdebatte der sozialistischen Linken.

Beträchtliche Teile der kommunistischen Bewegung vollzogen den Erneuerungsversuch der Perestroika und des Neuen Denkens allerdings nicht mit, waren blind für die von Gorbatschow aufgezeigten Probleme und verharrten, wie ein großer Teil der sowjetischen Partei- und Staatsbürokratie auch, auf überholten dogmatischen und traditionalistischen Positionen, von denen her manche heute mit erstaunlicher Selbstsicherheit die Perestroika schon immer als ein dubioses Unternehmen und schließlich als den Anfang vom Ende des Sozialismus gesehen haben wollen.¹ Es sei dahingestellt, ob dahinter nur nostalgische Sehnsucht nach der trügerischen Gemütlichkeit der Breschnewschen und Honeckerschen Sozialismuskonzepte steht. Auf jeden Fall ist es eine Kritik vom Standpunkt einer Vergangenheit, die so oder so nicht in die Gegenwart hinüberzuretten gewesen wäre und die der Verfasser nicht teilt.

Zwei methodische Vorbemerkungen sind noch erforderlich. Erstens: Neues Denken war keine stringente, in sich widerspruchsfreie und "geschlossene" Konzeption, sondern ein heterogenes, pluralistisches, unsystematisches und in Veränderung begriffenes Projekt, aus dem hier nur einige grob verallgemeinernde Essentials herausgefiltert werden können. Zweitens: Neues Denken war (auch im Selbstverständnis seiner Wortführer) nicht identisch mit Marxismus. Ein erneuerter Marxismus sollte vielmehr zur Entwicklung des viel breiteren Neuen Denkens beitragen, und wesentliche Elemente des Neuen Denkens sollten in diesen erneuerten Marxismus eingehen.

2. Hintergründe und Essentials des Neuen Denkens

Der Begriff Neues Denken bezeichnete den Versuch eines radikalen Neuentwurfs für das Herangehen an die internationalen Beziehungen durch die Weltmacht Sowjetunion, einschließlich aller theoretischen Implikationen.² Ausgangspunkt der Überlegungen war die konstatierte Überlebenskrise der Menschheit, die Herausbildung klar definierbarer Menschheitsinteressen in einer antagonistischen und widersprüchlichen, aber interdependenten Welt.³ Aus dieser als qualitativ neu erachteten Situation

¹ Vgl. z.B. Gerd Deumlich: Ein Lehrstück bleibt es allemal, in: Marxistische Blätter, 1992, H. 1, S. 9 - 12.

² Wichtige Quellen des Neuen Denkens sind die seit 1985 veröffentlichten Texte Gorbatschows, vor allem sein Buch: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987. Die große Breite der sowjetischen Beiträge zum Neuen Denken bis Anfang 1989 ist im Zusammenhang verarbeitet und belegt bei Wolfgang Fritz Haug: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg 1989. Versuche, das Neue Denken für die marxistisch-kommunistische Diskussion in der alten BRD zu rezipieren, sind breit dokumentiert im letzten Jahrbuch des IMSF: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 15, Frankfurt/Main 1989.

³ Gorbatschow: Perestroika, a.a.O., S. 171 ff.; ähnlich auch Jewegenij M. Primakow: Eine neue Philosophie der Außenpolitik, in: Jürgen Reusch (Hrsg.): Abschied von der Abschreckung. Die sowjetische Diskussion, Köln 1989, S. 44 - 53. Diese

versuchte das Neue Denken Schlußfolgerungen zu ziehen. "Bei Anerkennung der Systemunterschiede und Konflikte suchte es nach einem kooperativen Verhältnis und einem gesunden Wettstreit der Systeme (vor allem der beiden Hegemonialmächte Sowjetunion und USA), nach Wegen und Mitteln ausschließlich friedlicher, also politischer Konfliktlösungen, die gemeinsame Sicherheit und den Zivilisationsfortschritt nicht gefährden, sondern ihnen dienen."⁴ Neues Denken war somit "ein Programm für die Neugestaltung der internationalen Beziehungen. Diese sollte sich vor allem auf die Lösung der gattungsbedrohenden, globalen Risiken (...) konzentrieren. Es zielte darauf, Strukturen der Interdependenz (Sicherheitspartnerschaft) und der ökonomischen Kooperation zu etablieren, die wechselseitige Sicherheit erzeugen und damit die Konflikt- und Kriegsrisiken minimieren".⁵

Die Initiatoren des Neuen Denkens und der Perestroika hatten für diese Herangehensweise höchst praktische Gründe. Die sowjetische Führung stand, als Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, mit dem Rücken an der Wand. Das extensive, staatlich-administrative Planwirtschaftssystem war an seine Grenzen gestoßen. Zuerst zögernd, dann immer deutlicher mußten jahrelange wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation eingeräumt werden. Alle früheren Reformversuche waren versandet; herkömmliche Gegenmaßnahmen zeigten keine Wirkung mehr. Der rasche Modernisierungs- und Intensivierungsschub in den kapitalistischen Hauptländern vergrößerte die Kluft zwischen diesen und den realsozialistischen Ländern noch. Auch der Versuch der UdSSR, im Wettrennen mit den USA als gleichberechtigte Weltmacht mitzuhalten, hatte die Wirtschaft erschöpft und deformiert und das Land an den Rand des Ruins gebracht. Mehr denn je war die UdSSR sowohl auf durchgreifende gesellschaftliche Reformen im Innern als auch auf wirtschaftliche Kooperation mit den entwickelten kapitalistischen Ländern angewiesen. Ihre bisherige Weltmachtrolle war nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die traditionelle Mischung aus friedlicher Koexistenz und Blockkonfrontation, Aufrüstung und Rüstungskontrolle genügte als Grundlage für einen neuen Kurs nicht mehr.

Daß die kapitalistische Modernisierung und die imperialistische Politik der Stärke nicht geeignet waren, die Überlebensprobleme der Menschheit zu lösen, sondern sie noch verschärften, war der sowjetischen Führung nicht neu. Neu war für sie allerdings nun die Einsicht, daß ihre traditionelle Politik dazu kein adäquates Gegenmodell darstellte, sondern daß es einer ra-

Dokumentensammlung enthält wichtige Texte zur außenpolitischen Neuorientierung der UdSSR bis 1989.

⁴ Harald Neubert: War das Neue Denken ein Hirngespinnst?, in: Neues Deutschland, 23./24. 2. 1991, S. 10.

⁵ Frank Deppe: Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991, S. 143.

dikal anderen Politik bedurfte, die die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft wirksam modernisierte und deren Ziel auch darin bestand, den imperialistischen Antagonisten durch eine Mischung aus Gegenmacht und Kooperationsangeboten wirkungsvoller als bisher zum Einschwenken auf realistischere Positionen zu bewegen.

In den für das Neue Denken programmatischen Dokumenten standen der Hinweis auf Interdependenz und die globalen Probleme an vorrangiger Stelle. Schon in der Breschnew-Ära breit geführte wissenschaftliche Diskussionen über die globalen Probleme und verschiedene Versuche, analoge westliche Denkrichtungen zu rezipieren, erhielten nun offiziellen Rang und konnten die Politik unmittelbar beeinflussen.⁶ Parallelen zu den Diskussionen in den USA und Westeuropa sind offenkundig: Auch dort war in den theoretischen Diskussionen und Denkrichtungen in den achtziger Jahren die Hoffnung auf einen kooperativen Wandel der internationalen Beziehungen stärker artikuliert worden. Die westliche Interdependenz-Schule, in Westeuropa politisch besonders in der Sozialdemokratie wirksam, wurde so zu einer wichtigen geistigen Quelle für die Herausbildung des Neuen Denkens in der Sowjetunion (was dessen sowjetische Initiatoren allerdings häufig nicht explizit auswiesen). Was im Westen aber im Bereich der theoretischen Diskussion verblieb, wurde hier offizielle Staatspolitik. Gorbatschow und die UdSSR errangen auf diese Weise, z.B. mit der Vision einer atomwaffenfreien Welt bis zum Jahr 2000, mit ihren revolutionären Abrüstungsinitiativen und ihren Maßnahmen zur politischen Lösung regionaler militärischer Konflikte für die zweite Hälfte der achtziger Jahre eine enorme geistige Ausstrahlungskraft weit über die sozialistische Welt hinaus. Für eine kapitalistische Welt, die sich an eine bürokratisch-schwerfällige, defensiv und phantasielos agierende und reagierende UdSSR gewöhnt hatte, stellte das Neue Denken eine unerwartete und geradezu sensationelle Herausforderung dar. Die sowjetische Kritik an der imperialistischen Politik erhielt auf diese Weise noch einmal für kurze Zeit eine Glaubwürdigkeit, die sie schon seit vielen Jahren nicht mehr besessen hatte.

Die Anerkennung der Priorität von Menschheitsinteressen durch die Vertreter des Neuen Denkens bedeutete zunächst noch keineswegs, schon gar nicht automatisch die Geringschätzung von Klasseninteressen, wohl aber "verabschiedete die sowjetische Politik sich von der seit Lenin gültigen imperialismustheoretischen Begründung internationaler Politik".⁷ Das Neue Denken sollte aus den Dilemmata und Sackgassen herausführen, in die die ML-förmige Verballhornung der Leninschen Imperialismusanalyse die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung gebracht hatte. Aus einer

⁶ Hier ist besonders auf die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zu verweisen.

⁷ Deppe, a.a.O., S. 143.

schematischen Definition unserer Epoche und des "weltrevolutionären Prozesses" wurde folgerichtig, aber falsch abgeleitet, daß die 'friedliche Koexistenz' der entgegengesetzten Systeme das wichtigste Feld des 'Klassenkampfes' in der Welt sei. Im Maße der Klassenkampfrolle würden alle anderen Probleme in der Welt mitgelöst. Daraus ergab sich die verhängnisvolle Logik, derzufolge in der Weltpolitik jeder Erfolg einer Seite als ein Verlust bzw. eine Niederlage der anderen und umgekehrt bewertet wurde, was ein kooperatives Miteinander von vornherein ausschloß. Aus diesem Dilemma sollte das Neue Denken herausführen.⁸ Dies schloß die Verabschiedung von klassenmäßigen Gesichtspunkten allerdings nicht zwangsläufig ein, im Gegenteil: Es wurde versucht, Menschheits- und Klasseninteressen auf eine neue, angemessene Art zusammenzudenken. "Wir sind Realisten", sagte Gorbatschow 1986 auf dem 27. Parteitag der KPdSU, "und uns durchaus darüber im klaren, daß sehr vieles beide Welten voneinander trennt, und zwar tief trennt. Doch sehen wir auch etwas anderes klar: Das Bedürfnis, die vordringlichsten allgemeinschlichen Aufgaben zu lösen, muß sie zum Zusammenwirken bewegen und bisher ungeahnte Kräfte des Selbsterhaltungswillens der Menschheit wecken."⁹ Damit wurde erstmals aus marxistischer Sicht der ernstzunehmende Versuch begonnen, Bipolarität und Interdependenz als reale Seiten der heutigen Welt in einem theoretischen Konzept aufeinander zu beziehen.

Dieser Ansatz bedeutete auch das Abrücken von einem ökonomistisch verengten Begriff der Klasseninteressen der Arbeiterklasse.¹⁰ Die Klasseninteressen der Arbeiterklasse wurden nicht allein aus ihrem unmittelbaren Verhältnis gegenüber dem Kapital entwickelt, sondern aus ihrer geschichtlichen Lage. Allgemeinmenschliche Interessen waren für Marx - was später manchmal vergessen wurde - durchaus in die Klasseninteressen der Arbeiterklasse eingeschlossen gewesen, sie brauchten nun auch im Neuen Denken nicht auf einmal zusätzlich hinzuaddiert zu werden. Bei den qualitativ neuen Menschheits- und Überlebensinteressen in der Umbruchperiode ging es aber darum, daß sie nicht erst, wie herkömmlicherweise angenommen, im Ergebnis eines erfolgreichen Klassenkampfes um den Sozialismus/Kommunismus verwirklicht werden sollten, sondern schon vorher und unabhängig davon. Daraus ergab sich die Einsicht, daß ein zeitgemäßes Arbeiterklassenbewußtsein das Bewußtsein der globalen Probleme

⁸ Neubert, a.a.O.

⁹ Sowjetunion zu neuen Ufern? 27. Parteitag der KPdSU, März 1986, Düsseldorf o.J. (1986), S. 48. Auf das gleiche Zitat verweist auch Steffen Lehndorff: Nach der Befreiung vom Gorbatschowistischen Internationalismus. Einige Gedanken zum Aufsatz von Heinz Jung, in: Sozialistisches Forum (SOFO), 1991, H. 12, S. 9. S. a. Gorbatschow: Perestroika, a.a.O., S. 171, 173.

¹⁰ S. zum folgenden ausführlicher Jürgen Reusch: Neues Denken und die marxistische Wissenschaft vom Frieden, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 15, a.a.O., S. 11 ff.

notwendig mit einschließen mußte. Auch die Interessen des Sozialismus wurden aus dieser Perspektive bestimmt.

3. Entideologisierung der internationalen Beziehungen?

Das Neue Denken verzichtete von diesem Ansatz her darauf, die Gestaltung der internationalen Beziehungen primär unter dem Aspekt des internationalen Klassenkampfes zu definieren. Die Betonung lag nun auf der Interdependenz, die ja auch tatsächlich ein wichtiges Kennzeichen der globalen Entwicklungen war. Es ging zunächst recht eindeutig um die Entmilitarisierung des Antagonismus zugunsten überlebenswichtiger Kooperation und nicht um die Illusion des Ausstiegs aus dem Antagonismus; allerdings zeigten manche sowjetischen Äußerungen schon frühzeitig diesbezügliche Unklarheiten.¹¹ Auch Fragen, ob und in welchem Maße der Kapitalismus ohne Rüstung und Krieg existieren könne, waren zunächst durchaus ernstzunehmen und berechtigt.¹²

Sorgfältigere und konkretere Analysen hätten die sowjetischen Theoretiker und Politiker allerdings davor warnen müssen, von der fortschreitenden ökonomischen Internationalisierung auf eine quasi automatische Entwertung nationalstaatlicher Macht zu schließen.¹³ So blieb unter der zunächst durchaus begründeten Losung von der Entideologisierung der internationalen Beziehungen schließlich die real existierende Bipolarität der Welt außerhalb des Blickwinkels. Da die Nationalstaaten, und insbesondere die großen imperialistischen Hauptländer, die entscheidenden, dem realen Sozialismus entgegengesetzten Subjekte der internationalen Beziehungen blieben und sich objektive Interdependenz in ihren politischen Entscheidungen dauerhaft nicht von selbst, sondern nur unter Druck niederschlagen konnte, hätte es einer außenpolitischen Konzeption und Praxis bedurft, die Antikapitalismus und globale Kooperation miteinander verband. Es ging um Demokratisierung und die Mobilisierung von Fortschrittspotentialen in beiden gesellschaftlichen Systemen. Der Kampf gegen die Bedrohung der menschlichen Zivilisation konnte sich nicht mehr, wie im kommunistischen Traditionalismus, in einem fundamentalistischen Antikapitalismus erschöpfen. Er konnte aber auch nicht ohne Antikapitalismus auskommen, denn freiwillige Leistungen des Monopolkapitals und der imperialistischen Länder in dieser Richtung waren kaum zu erwarten.¹⁴ Genau dieser schwierige Balanceakt gelang weder in der Theorie noch in der Politik der Sowjetunion.

¹¹ S. dazu Haug: Gorbatschow..., a.a.O., S. 71 f.

¹² S. dazu Jürgen Reusch: Krieg und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Z), 1991, H. 8, S. 90 - 92; s.a. Haug, a.a.O., 52 - 63.

¹³ Wichtige Hinweise dazu bei Deppe, a.a.O., S. 85 f.

¹⁴ Peter Hess: Zur Aktualität der Imperialismustheorie, in: Z, 1990, H. 4, S. 75.

Auch das Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modernisierungsprogramm der Perestroika kam über unsystematische und dilettantische Einzelmaßnahmen nicht hinaus. Die Lage wurde immer aussichtsloser, und etwa seit 1990 mußten alle umfassenden Reformversuche als gescheitert angesehen werden.¹⁵ Nicht anders war es mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Das Neue Denken als außenpolitische Konzeption zeigte sich in seinen Wirkungen zunächst erfolgreicher. Ihm fehlten aber in zunehmendem Maße die innergesellschaftlichen Grundlagen. Hinzu kam eine offenbar aus dem jahrzehntelangen Dogmatismus einer geschlossenen Gesellschaft erwachsende politische Naivität der sowjetischen Führungselite, die sich von der plötzlichen positiven Resonanz und den Anfangserfolgen ihrer neuen Politik täuschen ließ, zumal die kapitalistischen Länder und Regierungen sich bald auf das Neue Denken einstellten und der mit zunehmenden gesellschaftspolitischen Desintegrationsprozessen konfrontierten sowjetischen Führung immer neue Zugeständnisse als Beweis für die Seriosität ihrer neuen Politik abverlangten.

Eine mangelhafte Kapitalismustheorie tat ihr übriges. Der fälligen Zerschlagung überholter Dogmen folgten keine oder keine ausreichenden tragfähigen neuen Ansätze zu einer zeitgemäßen Theorie des internationalen Kapitalismus.¹⁶ So kam es in Theorie und Politik des Neuen Denkens eben doch zu einer Unterschätzung und teilweise auch einer Verharmlosung der kapitalistischen Gegenseite¹⁷ - was ursprünglich nicht intendiert war. Zu Neuem Denken und Handeln gehören in einer bipolaren Welt beide Seiten - und in dem Maße, wie der Imperialismus sich dem vorgeschlagenen kooperativen Herangehen an die Überlebensprobleme der Menschheit entzog und auf seine antisozialistischen Positionen nicht nur nicht verzichtete, sondern die sowjetische Politik sogar zu deren Intensivierung nutzte, hätte der ursprüngliche Politikansatz überprüft und entwickelt werden müssen. Das geschah nicht, und so wurde die Rolle der UdSSR im Golf-Krieg zu Beginn des Jahres 1991 zu einer Art Nagelprobe. Während auf westlicher Seite von der Sowjetunion verlangt wurde, Neues Denken durch kritiklose Anpassung an den Kriegskurs der USA nachzu-

¹⁵ S. hierzu Hansgeorg Conert: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow, Münster 1990; ders.: Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft, in: Eberhard Fehrmann/Frank Neumann (Hrsg.): Gorbatschow und die Folgen, Hamburg 1992, S. 53 - 69.

¹⁶ Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist der Artikel von Georgij W. Schachnasarow: Ost-West. Zur Frage der Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, der in der Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik", 1989, H. 4, S. 495 - 506 gekürzt und unter dem Titel "Ost - West. Der 'Gegensatz der Systeme' als fixe Idee" veröffentlicht wurde. Dieser Titel gibt die Intention des Verfassers durchaus zutreffend wieder. Hier können die o.g. Ausstiegssillusionen nun beim besten Willen nicht mehr übersehen werden.

¹⁷ Hier ist m.E. Heinz Jung gegenüber Steffen Lehndorff Recht zu geben. Vgl. Jung: Gorbatschowismus, "neues Denken" und die Realität. Kritische Erörterungen, in Z, 1991, H. 5., S. 113 und Steffen Lehndorff: Nach der Befreiung vom Gorbatschowistischen Internationalismus, a.a.O., S. 9.

weisen¹⁸, wurde aus der antikapitalistisch-antiimperialistischen Sicht des Verfassers die Rolle der UdSSR im Golf-Krieg gerade zum traurigen Beweis dafür, daß das Neue Denken in der konkreten politischen Praxis gescheitert war. Eine ähnlich negative Bilanz ergibt sich z.B. auch in der Deutschland- und Europa-Politik der UdSSR.

Rossana Rossanda kritisierte daher zu Recht: "Der Niedergang der UdSSR, ihr weltweit begrüßtes Abdanken als Militärmacht mit eigenen Interessen, hat sie nicht zu einem unübergehbaren Friedensgaranten werden lassen. Gorbatschow und Schewardnadse haben ihre Trumpfkarte in der Golfkrise nicht ausgespielt (...) - dabei hätten sie es tun können, denn ohne ihr Mitwirken hätte die Farce von der 'Weltordnung' gegen den absoluten Feind nicht inszeniert werden können. Die UdSSR war nicht in der Lage, die US-Intervention zu verhindern, wohl aber, sie nicht zu decken und auf der Priorität der Palästinenser-Frage und auf einem Beginn der Verhandlungen mit den Arabern zu bestehen, bei gleichzeitiger Garantie für ein Israel, das in seine Grenzen zurückkehrt. Das ist ... nicht geschehen, die UdSSR hat den Nahen Osten der US-Intervention überlassen."¹⁹

Es wird hier wohlgerne nicht dafür plädiert, die UdSSR habe in den genannten Konfliktfällen im Sinne der traditionellen, militärisch abgestützten Weltmachtrolle agieren sollen - dazu war sie spätestens seit 1990 auch außerhalb Europas gar nicht mehr in der Lage. Sie war aber auch nicht in der Lage, die selbstformulierten Maßstäbe des Neuen Denkens in politische Praxis umzusetzen und zu einem Katalysator für intersystemare kooperative Konfliktlösungen zu werden. Übrig blieb schließlich ein schlichter Anpassungskurs an die kapitalistischen Hauptmächte.

4. Ein neuer Internationalismus?

Ähnlich verhielt es sich mit einem anderen zentralen Aspekt des Neuen Denkens, dem Verzicht auf den "proletarischen Internationalismus" gegenüber anderen revolutionären Bewegungen, vor allem gegenüber den antiimperialistischen Bewegungen in der Dritten Welt. Das schloß den Verzicht auf jeglichen (wie auch immer kaschierten und umschriebenen) Hegemonialanspruch der KPdSU im Spektrum der revolutionären Bewegungen ein. Nach dem für die KPdSU seit Jahrzehnten handlungsleitenden Konzept war die Dritte Welt Schauplatz von Kämpfen, in denen der dritte der drei revolutionären Hauptströme in der Welt mit der Unterstützung der UdSSR und anderer sozialistischer Länder dazu beitrug, dort antiimperialistische und nichtkapitalistische Entwicklungsperspektiven zu eröffnen, das internationale Kräfteverhältnis zu verändern und die allgemeine

¹⁸ So etwa Christian Zänker: Zwischen alten Interessen und "neuem Denken": Die Haltung der Sowjetunion, in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hrsg.): Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt/Main 1991, S. 111 - 119.

¹⁹ Rossana Rossanda: Das kurze Leben der Utopien von '89, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, H. 3, S. 374.

Krise des Kapitalismus zu vertiefen. In dieser Optik fungierte die Dritte Welt im wesentlichen als Verfügungsmasse für die weltrevolutionären Kämpfe des Sozialismus gegen den Systemantagonisten.

Diese Konzeption war von der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach 1945 und vom Zerfall des Kolonialsystems geprägt und mochte bis in die sechziger Jahre hinein reale Grundlagen gehabt haben. Die Realität der siebziger und achtziger Jahre widerspiegelte sie nur noch verzerrt und gebrochen. Die praktischen Resultate entsprachen dem. Die Bilanz des sowjetischen proletarischen Internationalismus in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war verheerend. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg und die sozialistische Orientierung vieler Entwicklungsländer mit ihrer Präferenz für dem realen Sozialismus entlehnte autoritäre Verstaatlichungskonzepte war praktisch nirgendwo erfolgreich gewesen und mußte als gescheitert betrachtet werden. Dieses etatistische Industrialisierungsmodell hatte sich als nicht schlechter, aber auch als nicht besser als alle anderen gescheiterten Modernisierungskonzepte erwiesen. Es hatte sowohl die - sehr differenzierten - inneren Entwicklungshemmnisse in vielen Dritte-Welt-Ländern als auch ihre irreversible Weltmarkteinbindung nicht genügend berücksichtigt.²⁰ Die Wirtschaftskraft der Sowjetunion und der RGW-Länder bei der Unterstützung sozialistisch orientierter Gesellschaftsmodelle in der Dritten Welt war völlig überfordert. Militärisches Engagement der UdSSR in diesem Bereich trug in einer ganzen Reihe von Fällen noch immer durchaus antiimperialistische Züge, doch hatte es häufig auch zur Militarisierung der Dritten Welt beigetragen (vgl. die Rüstungsexportpolitik der Sowjetunion), hatte z. T. sozialen Fortschritt mit militärischen Mitteln voranzutreiben versucht, wo gesellschaftliche und politische Grundlagen fehlten, hatte militärische Konflikte verlängert, in denen es keine Sieger geben konnte, statt unvermeidliche politische Lösungen zu suchen. Das Afghanistan-Debakel hatte dies allerspätestens öffentlich sichtbar gemacht. In einigen Fällen hatte es sich auch nur um die Unterstützung korrupter Regimes gehandelt, die sich marxistisch oder wenigstens antiamerikanisch gebärdeten.

Der proletarische Internationalismus wurde von Gorbatschow nicht abgeschafft - er war längst zerrüttet und eine hohle Phrase geworden. Dieser Fakt wurde zunächst einfach schlicht anerkannt; die Konsequenz war ein neues Herangehen an internationale und regionale Konflikte, das von politischer und militärischer Selbstbeschränkung und von der Forcierung politischer Lösungen geprägt war. Es wurde konzediert, daß traditionelle antiimperialistische Politik nicht mehr ausreichte, sondern daß es alternativer Entwicklungskonzepte bedurfte, die auf eine Reform der Weltmarktstrukturen abzielten. Es gelang der Sowjetunion allerdings nicht, zu einer solchen Entwicklung wirksam beizutragen. Das Ausbleiben prakti-

²⁰ S. dazu Jörg Goldberg: Über die Unzulänglichkeit des "Fundamentalismus", in: SOFO, 1992, H. 15, Januar/Februar, S. 41 - 42.

scher Hilfe für antiimperialistische Bewegungen und Staaten (z. B. für Kuba) stellte sich als schmerzhafter Rückschlag und Rückschritt dar, auch für die Linke hierzulande. An die Stelle des maroden alten Internationalismus trat kein neuer.

Das Neue Denken war nach und nach zu einer "Sozialphilosophie" hochstilisiert worden, "die es natürlich nicht sein konnte. ... Da wurden dann oft, insofern hat Heinz Jung Recht, die realen Interessengegensätze in der Welt zugedeckt, wurden illusorische, abstrakt-ethische, von Interessen und Bedürfnissen 'freie' Auffassungen verbreitet, wurde die äußerst komplizierte Dialektik sich gegenseitig durchdringender und überlagernder Menschheits- und Klassengegensätze künstlich harmonisiert..."²¹ So kam es dazu, daß vor allem seit 1989 in Äußerungen von Schewardnadse, Jakowlew, Schachnasarow, Daschitschew u.v.a. der Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften, der Verzicht der Sowjetunion auf jede US-kritische Position²² und schließlich sogar der Jelzin-Gegenputsch vom August 1991 mit seinen Schritten zur Errichtung eines autoritär-populistischen Regimes als sozusagen gesetzmäßiges und notwendiges Ergebnis des Neuen Denkens gefeiert wurden.²³ Wenn der Privatmann Gorbatschow wenige Monate nach seinem Rücktritt ausgerechnet bei einem Besuch in Westdeutschland erklärte, ihm und Schewardnadse hätten zum Zeitpunkt des August-Putsches nur noch wenige Monate zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei gefehlt, und in Deutschland gebe es ohnehin mehr Sozialismus als es in der früheren UdSSR der Fall gewesen sei,²⁴ mag das viele linke Kritiken im Nachhinein bestätigen und verdient auch Kritik. Trotzdem entwertet es nicht die ursprünglich positiven Ansätze des Neuen Denkens, dessen Ende 1985 noch niemand, auch nicht seine Kritiker vorausgesehen hatten.

Im Rückblick auf die Vielfalt der Beiträge zum Neuen Denken kann heute durchaus für viele davon konstatiert werden, daß sie mit der Zeit deutlicher werdende inadäquate Verarbeitungsmuster auf die Krise des Sozialismus und die neuen Zukunftsfragen darstellten²⁵ - bis hin zu unsinnigen Behauptungen, die Vereinnahmung der zusammenbrechenden sozialistischen Gesellschaften durch die imperialistischen Hauptländer sei ein gewolltes und notwendiges Ergebnis des Neuen Denkens und der Perestroika. "Es gibt keine Idee oder Konzeption, vor allem, wenn sie Brei-

²¹ Josef Schleifstein: Der "Gorbatschowismus": Wie weiter mit dem "Ende des Sozialismus" Kritische Anmerkungen zur Aburteilung Gorbis durch Heinz Jung - nach dem Leitsatz: Im Zweifel für den Angeklagten, in: Z, 1991, H. 6, S. 178.

²² S. dazu Neubert, a.a.O.

²³ So Eduard Schewardnadse: Eine Verschwörung der Verlierer, in: ders. u.a. (Hrsg.): Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion, Reinbek 1991, S. 35.

²⁴ Frankfurter Rundschau, 5. und 6. 3. 1992.

²⁵ S. dazu Heinz Jung: Gorbatschowismus, a.a.O.

tenwirkung suchen muß, die gegen Banalisierung und Mißbrauch aller Art geschützt wäre.²⁶

Dennoch wäre es nach Meinung des Verfassers eine zu grobe Vereinfachung, im Neuen Denken von Anfang an und hauptsächlich einen "inadäquate(n) Versuch zur Begründung einer neuen progressiven internationalen Rolle der UdSSR und des Sozialismus und zur Lösung der Probleme dieser Welt" sehen zu wollen.²⁷ Auch der unterstellte und kritisierte Paradigmenwechsel "vom Denken in Kategorien der Klassen und des Klassenkampfes zur Anerkennung einer Priorität der allgemeinmenschlichen Interessen"²⁸ ist aus der Sicht des Verfassers nicht das entscheidende Problem. Dieser Paradigmenwechsel ist nicht zu bestreiten. Negativ zu bewerten aber wäre er doch vor allem dann, wenn er eine im wesentlichen intakte Klassenkampfkonzepktion verdrängt hätte. Aber war denn die mit Abschreckung, Blocklogik und Wettrüsten im Namen des Gleichgewichts verbundene Breschnewsche Koexistenz- und Klassenkampfkonzepktion zu ihrer Zeit ein adäquater und angemessener Ausdruck der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Menschheit? Diese Frage muß doch wohl verneint werden.²⁹ Das jahrzehntelange Festhalten an einer starren Zwei-Lager-Theorie und der sich daraus ergebenden Überschätzung des militärischen Faktors, das Sich-Einlassen auf die Block- und Abschreckungslogik hatte trotz zahlreicher vordergründiger Erfolge die sozialistischen Länder in eine historische Sackgasse geführt und ihre Existenzkrise wesentlich mitverursacht.

5. Neues Denken - gescheitert, aber nicht falsch

Wenn gesagt wurde, zum Neuen Denken (und Handeln) gehören beide Seiten, muß auch die andere Seite gesehen werden: Die Konzepktion des Neuen Denkens hatte ihre erhoffte Wirksamkeit selbstverständlich auf die Reformierbarkeit der sowjetischen Gesellschaft gesetzt, auf ihre Fähigkeit, zu wirtschaftlicher Effizienz und neuer Hegemoniefähigkeit durch Demokratisierung zurückzufinden, auch auf ihre ungebrochene Fähigkeit, dem Imperialismus militärisch ein defensives, abhaltendes Element entgegenzusetzen. Dies alles mißlang gründlich, wie heute allgemein ersichtlich, und das heute zu konstatieren, ist wahrlich kein Kunststück. Aber 1985 wurde das selbst von den schärfsten Kritikern des Sowjetunion nicht vorausgesehen. Die Hoffnung, die Erneuerung der Sowjetunion könne gelingen, war vielleicht die größte Illusion des Neuen Denkens.³⁰ Jedenfalls entfiel mit der Stabilität und schließlich auch der Existenz der sozialistischen Gesell-

²⁶ Schleifstein: Der "Gorbatschowismus" ..., a.a.O., S. 175.

²⁷ So Heinz Jung: Gorbatschowismus, a.a.O. S. 122.

²⁸ Ebd., S. 110.

²⁹ S. dazu ausführlicher meine Einleitung zu dem von mir hrsg. Dokumentenband: Abschied von der Abschreckung. Die sowjetische Diskussion, a.a.O.

³⁰ Lehdorff, a.a.O.

schaften, vor allem der Sowjetunion, die entscheidende und elementare Bedingung für die Verwirklichung des Neuen Denkens.³¹ Es mag sein, daß es außerhalb der Macht der Gorbatschow-Richtung lag, das zu verhindern - schließlich war sie selbst ein Produkt der schon viel weiter zurückreichenden Verfallserscheinungen der sowjetischen Gesellschaft, und der Reformversuch der Perestroika kam, wie heute leichter ersichtlich als in den achtziger Jahren, um ein beträchtliches zu spät. Trotzdem wäre es ein unfruchtbarer Geschichtsfatalismus, jeden konkreten politischen Schritt Gorbatschows und seiner Richtung nur als unausweichliches Ergebnis einer tieferliegenden, strukturbedingten, langfristig wirkenden Krisen- und Zerfallskonstellation zu interpretieren. Stattdessen wäre zu analysieren, wo die komplexen und konkreten Ursachen dafür lagen, daß eine zunächst vielversprechende neue außenpolitische Konzepktion nicht zu internationaler Wirksamkeit im Sinne ihrer eigenen Zielstellungen und Kriterien gelangen konnte. Diese Kritik spricht nicht grundsätzlich gegen das Neue Denken. Der Versuch, die bankrotten Breschnewschen Konzepte von proletarischem Internationalismus und friedlicher Koexistenz zu erhalten oder gar zu ihnen zurückzukehren, wäre völlig unsinnig gewesen.

Die Bedrohung der Menschheit durch die globalen Probleme dauert fort, und die Chancen zu ihrer Lösung sind noch schlechter geworden, als sie bisher schon waren. Glaubhafte sozialistische Alternativen sind wieder in den Bereich der Utopie gerückt. Kapitalistische Marktlogik wird auf Dauer nicht die Alternative sein können. In der neuen imperialistisch dominierten Weltordnung sind die Weichen eher auf Zuspitzung der Probleme gestellt. Das klägliche Ende der Sowjetunion nimmt dem im Neuen Denken enthaltenen alternativen Ansatz nicht nachträglich seinen Sinn; der sowjetischen Führung um Gorbatschow bleibt das Verdienst, die verfahrenere Lage des realen Sozialismus endlich offen bilanziert und alternative Reformkonzepte gesucht zu haben. Es geht in den internationalen Beziehungen tatsächlich um eine Verknüpfung von Antikapitalismus und Konzepten der Demokratisierung und globalen Kooperation zur Bewahrung der menschlichen Zivilisation. Vielleicht werden sich neue Subjekte finden, die den abgebrochenen Neuorientierungsversuch fortsetzen, und vielleicht kann ein sich erneuernder Marxismus dazu beitragen.

³¹ Neubert: War das Neue Denken nur ein Hirngespinnst, a.a.O.

Information und Einladung: MARX-ENGELS-STIFTUNG

Seit 1970 befaßt sich die Stiftung mit der Erforschung des wissenschaftlichen Werkes von Karl Marx und Friedrich Engels sowie seiner geschichtlichen Wirksamkeit. Die Stiftung, eine anerkannte Forschungseinrichtung mit gemeinnützigem Charakter, beschäftigt sich auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiterhin in dieser spezifischen Art mit der Marx-Engels-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Stiftung ist parteiunabhängig. Sie legt Wert auf eine pluralistische Wissenschaftsforschung und bemüht sich um Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Stiftungen und Vereinigungen.

Im Rahmen Tagungszyklus 1991/92: "Marxismus in einer sich verändernden Welt" fand am 16./17. Mai 1992 das Symposium: "Analysen und Kritiken des modernen Kapitalismus - Ist eine linke Wirtschaftspolitik möglich? Aktuelle Fragen zur Kritik der politischen Ökonomie im Werk von Karl Marx" statt.

Die Stiftung publiziert die angebotenen Vorträge: Prof. Dr. Wolfgang Jahn, Halle, "Ist die marxische ökonomische Theorie für eine linke Wirtschaftspolitik aktuell?"; Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin, "Probleme linker Wirtschaftspolitik beim Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern"; Dr. Fred Schmidt, München, "Internationalisierung des Kapitals"; Dr. Fritz Schumann, (MdB, Bonn), "Probleme des Übergangs der ostdeutschen Landwirtschaft in die EG-Agrarwirtschaft - Ansätze einer alternativen Agrarpolitik"; Dr. Heinz Jung, Weilrod, "Linke Wirtschaftspolitik und verunsicherte sozialistische Perspektive"; Dr. Joachim Bischoff, Hamburg, "Wachstumsschwäche und Überakkumulation in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern" und Prof. Dr. Peter Hess, Berlin, "Werttheorie und Arbeiterklasse".

Für den 17. und 18. Oktober 1992 ist ein Kolloquium "Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?" vorgesehen. Inwiefern ist die marxistische Theorie vom Menschen ein konsistenter Bestandteil des Marxismus und welches sind Stand und Probleme ihrer Ausarbeitung? Welches sind Bedingungen und Möglichkeiten menschlicher Emanzipation in Gegenwart und Zukunft? Worin bestanden und bestehen Illusionen und Chancen der Erziehung?

Am 12. und 13. Dezember 1992 findet eine Forschungstagung statt, die sich mit der Thematik "Zwei deutsche Staaten im Zusammenhang mit internationalen Kräfteverhältnissen. Untersuchungen zur Periode des kalten Krieges" befassen wird.

Für die AG GESCHICHTSFORSCHUNG bereiten die Tagung u.a. vor: Prof. Dr. Helmut Bock, Berlin; Manfred Grieger, Bochum; Dr. Richard Kumpf, Wuppertal; Dr. Herbert Burmeister, Schulzendorf; Manfred Kapluck, Essen; Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg; Günter Judick, Velbert und Prof. Dr. Gerd Pawelzig, Berlin.

Herzlich eingeladen wenden sich InteressentInnen bitte:

An die MARX-ENGELS-STIFTUNG, Gathe 55/57, 5600 Wuppertal 1

Tel. 0202-45 65 04, Spenden: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto: 1010325900, BLZ: 330 101 11

Heinz Jung

Der Realsozialismus - die unterlegene Moderne

Sturz und Restaurationsperspektiven

Erst sukzessive wird erkennbar, daß der Zusammenbruch des Realsozialismus wahrscheinlich als größte soziale Katastrophe der Moderne eingestuft werden muß. Nicht nur, daß die Zerschlagung der alten Wirtschaftsstrukturen zu einer Entwertung akkumulierter Ressourcen in gewaltigen Dimensionen geführt und die Lebensgrundlagen von zig Millionen Menschen zerstört oder negativ beeinträchtigt hat, auf die Verliererstraße gedrängt wurden weltweit fürs erste auch die Anhänger des antikapitalistischen Versuchs. Dies gilt besonders für die Entwicklungsländer, die nun auf Gedeih und Verderb den imperialistischen Metropolen ausgeliefert sind. Die Möglichkeit des alternativen Entwicklungsweges in die Moderne hat sich zerschlagen. Zu den Ausläufern des Sturzes zählt auch die blutige Machtergreifung durch die Kräfte finsterster CIA-gesteuerter Reaktion in Kabul. Aber auch die Metropolen des Kapitals bleiben nicht ungeschoren. Gesichert erscheinende demokratische und soziale Standards stehen zunehmend zur Disposition. Die Linke ist geschwächt. Die Welt ist wieder uneingeschränkt imperialistisch-kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung ausgeliefert, ohne daß derzeit neue Ausbruchsmöglichkeiten in Sicht wären.

Dabei erschien doch den Protagonisten der erste Akt des Dramas vor den abgedunkelt düsteren Kulissen des alten Sozialismus als Aufbruch in eine Moderne der westlichen High-Tech-Zivilisation mit ihren vermeintlichen und tatsächlichen Errungenschaften. Aber schon der zweite Akt wird durch eine trübe Ungewißheit über die Zukunft der Transformation zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bestimmt.¹ Waren die neuen Eliten erst vor kurzem durch die Adaption der leitenden ideologischen Handelsartikel des Westens in die Rolle der Ablösungsalternative aufgestiegen, so müssen sie nun als neue Machthaber die subalterne Unterstellung ihrer Länder in den Weltmarkt und das treibhausmäßige Wachstum eines neuen Kapitalismus vorantreiben. Die Zerschlagung der binnenwirtschaftlichen und auf die einstigen RGW-Partner ausgerichteten Strukturen mit den bekannten Folgen der Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, regionalen Polarisierung usw. ist in das Restaurationszenario eingeschrieben. Wahr-

¹ Wir halten zur Benennung dieses Prozesses den Begriff Restauration, Wiederherstellung des Kapitalismus für zutreffend. Dies ist Inhalt und Ziel des gegenwärtigen Transformations- und Übergangsprozesses. Nach den anfänglichen Camouflagen mit Begriffen wie Marktwirtschaft, Pluralismus, Zivilgesellschaft usw. gilt nun auch bei den Protagonisten und Akteuren, daß es um die Aufrichtung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nach westlichem Vorbild geht. Dies betrifft in der Konsequenz auch die Wiederherstellung der alten Eigentums-, Besitz- und Rechtstitel.

scheinlich wird das Bewußtwerden der neuen Realitäten einschließlich der internationalen Abstufungen und der Fiktionen des alten und neuen nationalen Selbstwertgefühls die Szenen des kommenden dritten Aktes des Zusammenbruchsdramas bestimmen.

Wenn angesichts des Verlaufs und Charakters des Zusammenbruchs seit 1989 auch nur wenig für eine Renaissance des alten Sozialismus spricht, so kann doch angenommen werden, daß sich gegenüber dem schwarzen Sturz des ersten Aktes nun das Urteil über die vergangene Gesellschaft wieder stärker an den Tatsachen orientieren wird. Freilich wird es dabei nicht nur um einen diskursiven Erkenntnisprozeß gehen, sondern auch um eine interessenbestimmte Auseinandersetzung. Dabei haben die ehemaligen Organe und Institutionen von Glasnost längst die Metamorphose zu den Abgrenzungs- und Ausgrenzungsinstrumenten der neuen Ordnung vollzogen. Das Interesse der kapitalistischen Restauration dürfte für absehbare Zeit auch das ideologisch herrschende sein und bleiben. Trotz der sozialen und ökonomischen Misere wird sich deshalb im Massenbewußtsein die Orientierung an den Tatsachen des alten Sozialismus fürs erste in Grenzen halten.

Der geschichtlich beispiellose Zusammenbruch einer bis dato funktionierenden sozialökonomischen und politisch-ideologischen Ordnung mit über 400 Millionen Menschen zwischen Pazifik und Elbe im Verlauf von nur zwei Jahren ist mit inneren Ursachen und Entwicklungen allein kaum zu erklären. Offenkundig muß jene methodische Prämisse aktiviert werden, die an der Wechselwirkung innerer und äußerer Ursachen und Faktoren ansetzt und damit dem Totalitätscharakter der Welt und den Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Realsozialismus Rechnung trägt. Sie ist wohl auch bedeutsam für die Klärung der Beziehung von Moderne und Realsozialismus aus der Genese der Moderne schlechthin und könnte auch davor bewahren, die strukturellen Deformations- und Degenerationserscheinungen der Zerfallsperiode für das Ganze des Realsozialismus zu nehmen. Die Erklärungsansätze vom prämodernen, feudalabsolutistischen oder asiatisch-despotischen Charakter dieser Ordnung können zwar empirische Erscheinungen für sich reklamieren, stoßen bei der Erklärung der Gesamtgesellschaft aber doch sehr schnell an ihre kognitiven Grenzen. Demgegenüber wird hier die These vom Realsozialismus als einer unbewältigten neuen Stufe der Moderne vertreten, der gerade daran gescheitert ist.

Diese These könnte sogar noch die Beispiellosigkeit des Zusammenbruchs für sich in Anspruch nehmen. Diesem geht ja die Niederlage im Systemwettbewerb und die Freisetzung der Zusammenbruchmechanik durch die mit den Leitsätzen des "neuen Denkens" kaschierte Kapitulation der sowjetischen Führung vor den USA, der NATO und dem Westen voraus und stellt eine seiner entscheidenden subjektiven Bedingungen dar. Der Grad der Selbsttäuschung und theoretisch-analytischen Reflexionsunfähigkeit

der sowjetischen Führung mag dabei ein noch ungeklärtes Kapitel darstellen.

Wider alle Erwartungen formiert sich in diesen Gesellschaften, abgesehen von Episoden, kein Widerstand gegen den Zusammenbruch, der auch nur auf- oder hinausschiebende Wirkung hätte entfalten können. Soziale Partialinteressen, die für jede antagonistische Klassengesellschaft konstitutiv sind, spielten im Realsozialismus offenkundig keine vergleichbare Rolle bzw. kamen nicht als Verteidigungspotentiale zur Geltung. Das gilt selbst für die ja wahrhaftig nicht gering dimensionierten Macht- und Repressionsorgane. Sie fügten sich nahezu bruchlos in das Zusammenbruchsszenario ein. Dies kann m.E. nicht allein aus dem hohen Grad innerer Zersetzung unten und oben erklärt werden, sondern bedarf des Rückverweises auf den Charakter des Realsozialismus als politisch formierter Gesellschaft.² Eine solche Gesellschaft repräsentiert offenkundig gegenüber einer Gesellschaft kapitalistischer Warenproduktion mit ihren Imperativen ökonomischer Partialinteressen eine fortgeschrittene Stufe der Moderne. Sie weist jedoch bei inneren ideologischen und politischen Krisen eine ungemein größere Labilität auf.

Schon nach der kurzen Frist von ein bis zwei Jahren müßten sich die Akteure und Souffleure des Systemwechsels, wären sie ehrlich, der Täuschung und Selbsttäuschung bezichtigen. Das gilt selbst für die mit Sonderbedingungen ausgestatteten Territorien der früheren DDR. Ein jährlicher Transfer von 200 Milliarden DM, also pro Kopf von über 13.000 DM (das Volumen der DM-Transfusion bei der Eingliederung per Währungsunion im Juni 1990 ist immer noch Verschlusssache), stützt hier sozialpolitisch die Zerschlagung der Industriestandorte und die Massenarbeitslosigkeit ab und hält das frühere DDR-Volk bei Vereinigungslaune. Hochgerechnet auf die 400 Millionen des ehemaligen Realsozialismus in toto ergäbe das die Phantasie-Summe von 50 bis 60 Billionen. Aber es gibt auch die reale Summe von 23 Billionen DM, der Gegenwert eines jährlichen Bruttosozialproduktes aller OECD-Staaten, die für den geschätzten investiven Nachholebedarf der früheren RGW-Staaten aufgewendet werden müßte, sollten sie den Anschluß an Westeuropa erreichen.³ Zum Vergleich: Das gegenwärtige jährliche BSP der BRD beträgt 2,2 Billionen DM.

Das Versprechen vom schnellen Anschluß an den westlichen Lebensstandard stellt sich so als eine der dreisten Lügen der Restauration zur Gefügigmachung der Völker des Ostens heraus. Um das ökonomische Durchschnittsniveau Westeuropas zu erreichen, brauchen die entwickeltsten früheren RGW-Länder 10 bis 20 Jahre, wobei der binnenwirtschaftliche Kahlschlag beim derzeitigen Kurs der Weltmarktorientierung unter dem Kom-

² Mit Prägnanz herausgearbeitet bei: Karl Hermann Tjaden, *Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre*, Marburg/Lahn 1990, S. 141ff.

³ Angaben bei: Lutz Maier, in: *IPW-Berichte*, Nr. 10/1991, S. 13ff.

mando des IWF und der G 7 - Staaten kaum genau abgeschätzt werden kann. Und um das Niveau der führenden westeuropäischen Länder zu erreichen, sind 30 bis 40 Jahre in Anschlag gebracht.⁴ Diese Annahmen sind jedoch noch sehr optimistisch, beruhen sie doch auf den Statistiken des Standes vor 1989. Heute ist für diese Länder offenkundig das Hauptproblem, den Einbruch seit 1989 in Grenzen zu halten und bis zum Ende des Jahrzehnts wieder das Niveau von vor 1989 zu erlangen. Schon dies wird von den meisten Ökonomen als unrealistisch eingeschätzt.

Freilich hat die im Osten ablaufende Restauration sehr schnell den Raffgerigen und Skrupellosen das Feld geebnet und den Aufstieg der informellen und der Schattenwirtschaft, einschließlich der kriminell erworbenen Vermögen und ihrer Besitzer, in den gefeierten Rang des neuen Unternehmertums legalisiert. Im Unterschied zu ihren Völkern dürften diese Schichten, einschließlich bestimmter Gruppen der Intelligenz mit Auslandskontakten, sehr bald den Standard der westlichen Halbwelt erreichen. Die ursprüngliche Akkumulation besonderer Art, die sich aus der Aneignung von Staatseigentum speist, macht rapide Fortschritte. Das gilt auch für die Reproduktion der doppelt freien Lohnarbeiter des Kapitals und die Inangasetzung des Mechanismus von relativer Überbevölkerung, industrieller Reservearmee und beschäftigten Lohnarbeitern.

Vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Abstufung des werktätigen Volkes kann erst heute die Alltagsrealität sozialer Sicherheit als Errungenschaft erkannt werden. In niedrigen Mieten wirkt sie noch heute nach. Und angesichts der heute weltweit einigen hundert Millionen Arbeitslosen stellt sich die faktische Vollbeschäftigung der damaligen Zeit als epochale Errungenschaft einer nichtkapitalistischen Gesellschaft dar. Einst hatte die alte bürgerliche Aufklärung angesichts der klerikalen Beherrschung der Volksmassen und der Diskrepanz zwischen Bewußtsein und Vernunft das Problem ideologischer Verblendungszusammenhänge aufgeworfen. Zweifellos kann die Fixierung der Defizite und unbewältigten Probleme der realsozialistischen Moderne in einer fiktiven westlichen Gegenwart als ein derartiger Mystifizierungszusammenhang thematisiert werden. Massenwirksamkeit konnte er freilich erst mit einer neuen Stufe internationaler Kommunikation und innerer Zersetzung erlangen und er kann auch erst wieder mit neuen sozialen Massenerfahrungen aufgelöst werden.

Wenn von den Errungenschaften die Rede ist, die von den meisten Angehörigen dieser Völker nicht mehr als solche wahrgenommen werden wollten, dann gehören dazu unbedingt auch die Stellung der Frau, die Befreiung der zwischenmenschlichen Beziehungen von der Herrschaft des Geldes, das Bildungs- und Erziehungswesen und die Sektoren von Kultur

⁴ ebenda; Erstaunlich ist allerdings die optimistische Beurteilung der kapitalistischen Perspektive des Ostens durch Lutz Maier: "Die Hauptreserven der osteuropäischen Länder liegen dabei zweifellos in den Effekten der marktwirtschaftlichen Transformation."
(ebenda)

und Wissenschaft, die mit einer Quote an Hoch- und Fachschulabsolventen gekoppelt waren, die dem Vergleich mit den reichsten kapitalistischen Ländern Stand hält oder ihn gar noch übertrifft. Das unbewältigte Problem war jedoch die geringere ökonomische Effizienz.

Diese Dinge sollen hier nicht nachträglich verklärt werden, war ihre reale Ausformung doch auch durch den geringeren Reichtum dieser Länder bestimmt. Aber gerade dies verweist darauf, daß sie nicht das Abfallprodukt einer guten Konjunktur oder Ergebnis nachträglicher Korrekturen des Sozialstaates waren, sondern den Grundantrieben einer neuen Stufe der Moderne entsprangen, die die Lösung der sozialen Frage des 19. und 20. Jahrhunderts zu ihrem Anliegen gemacht hatte. Und das auf dem, nach heutigen Maßstäben, Produktivkraftniveau von Entwicklungsländern!

Im Rahmen der Prioritäten der angestrebten kapitalistischen Marktwirtschaft können diese sozialen Errungenschaften nicht mehr gehalten werden, da nun die Verwendung des Mehrproduktes den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation unterworfen wird. Privatisierung, Vermarktung, Verpreisung sind die Schritte in diese Richtung. Die Herrschaft des Geldes hatte sich schon in der Zerfallsperiode über die Etablierung der Devisen als eigentlicher Währung wieder aufgerichtet und vollendet sich nun mit dem Anschluß an den kapitalistischen Weltmarkt und der Konvertibilität der Währungen. Nachdem die machtpolitischen Bedingungen der Restauration geschaffen sind, ist der Abbruch der alten Ordnung unaufhaltsam und erscheint den dortigen Zeitgenossen als alternativlos.

Unaufhaltsam erscheint auch der restlose Zerfall der früheren sozialistischen Nationalitätenstaaten (Sowjetunion, Jugoslawien), die sich bis vor kurzem auf dem Weg zu multinationalen und multikulturellen Gesellschaften gewähnt hatten. Unter der anstachelnden Beihilfe des Westens, und nicht zuletzt Deutschlands, werden dort nun entfesselte Nationalismen und religiöser Fundamentalismus freigesetzt - und das nicht nur bei den Moslems -, die einen Rückfall in die Prämoderne und vielfach den Tribalismus offenkundig machen. Die derzeit unter der Regie des Westens stattfindende einseitige Entwaffnung dieser Länder bedeutet außerdem, daß sie in den internationalen Beziehungen der nächsten Jahrzehnte als Machtfaktor ausfallen werden.

Alternativen zur Transformation zum Kapitalismus ?

Das oben Skizzierte ist jedem kritischen Beobachter inzwischen geläufig. Daß allerdings nun selbst bis in die Reihen der marxistischen Linken die Neigung besteht, die "regressive Teleologie" des Übergangs vom Realsozialismus zum Realkapitalismus als Fatum der Geschichte zu akzeptieren, ist für die Gesamtsituation aufschlußreich. Dies verweist auf den desolaten Zustand jenes subjektiven Faktors, der Träger antikapitalistischer und sozialistischer Alternativen sein müßte. Erklärlich ist dies nur aus der Sackgassensituation des alten Sozialismus, der Erstarrung der kommunisti-

schen Parteien und dem Überraschungseffekt des Zusammenbruchs. Nimmt man heute den Übergang früherer kommunistischer Führungsschichten auf prokapitalistische Positionen zu Kenntnis, so verweist dies auf die politisch-moralische Degeneration nachrevolutionärer Generationen - Ausdruck der Deformation von Partei und Gesellschaft. M. E. muß zur Erklärung auch die Okkupation des Raumes sozialistischer Alternativen durch den Gorbatschowismus herangezogen werden, der in der Folge sozialistische Widerständigkeit eliminierte und die Kräfte sozialistischer Erneuerung auf die Straße der Anpassung an die kapitalistische Restauration dirigierte. Wo es dann darauf angekommen wäre, sich realistisch auf die Niederlage einzustellen, die sozialistischen Kräfte umzugruppieren und Widerstand gegen die absehbaren sozialen Grausamkeiten zu organisieren, wurde der Kampf nach wie vor gegen die "Konservativen" geführt und die faktische Zerstörung der alten Ordnung mit Phrasen des "neuen Denkens" garniert. Neue sozialistische Alternativen und ihre Träger konnten sich unter diesen Bedingungen als relevante Strömung offenkundig nicht mehr formieren. Und nach dem Zusammenbruch in Moskau werden auch solche Länder, in denen wie in Bulgarien und Rumänien eine solche Umgruppierung als gelungen erschien, in den Sog der Restauration hineingezogen.

Nicht nur in den früheren RGW-Staaten kam die marxistische Linke in eine eigentümliche Querlage. In diesen war sie, soweit "reform-kommunistisch" oder "gorbatschowistisch" orientiert, in einen Prozeß involviert, der mit dem Abbruch des Realsozialismus endete, an dessen Stelle jedoch kein erneuerter demokratischer Sozialismus trat, sondern die antisozialistische und nationalistische kapitalistische Restauration. In gewissem Sinne kam sie nun in die Situation der einstigen linken Thermidorianer, die aus vielen guten Gründen die revolutionäre französische Republik von der revolutionären robespierristischen Despotie befreien wollten, dabei aber deren Grundlagen zerbrachen. Soweit sie nicht zu "Wendehälsen" wurden, bedurfte die Verarbeitung der Konstellation und der eigenen Rolle einiger Zeit.

In Bezug auf die aktuelle Entwicklung im Osten ergibt sich für die marxistische Linke ebenfalls eine Konstellation, die an jene der russischen Sozialisten vor 1917 erinnert. Sollen sie die Durchsetzung des Kapitalismus unterstützen oder nicht? Muß sich zuerst ein entwickelter Kapitalismus mit demokratischem Überbau durchsetzen, bevor man eine sozialistische Revolution ansteuern soll oder nicht? Der Unterschied zwischen heute und damals besteht allerdings in unterschiedlichen realen Ausgangspunkten und in der Tatsache, daß für die alten Sozialisten das Fernziel intakt sein konnte, die heutigen aber angesichts der Erfahrungen zu einem Prozeß selbstkritischer Aufarbeitung veranlaßt sein müssen. Für sie steht gleichwohl die Frage: Kann sich ihre Haltung darauf reduzieren, diese oder jene Variante kapitalistischer Entwicklung, die dem entwickelten Kapitalismus des Westens mit demokratischem Überbau am nächsten kommt, zu unter-

stützen oder ist es für sie nach wie vor unumgänglich, aktuelle tages- und reformpolitische Alternativen mit neu zu gewinnenden und zu definierenden sozialistischen Perspektiven zu verknüpfen?

M. E. erwächst nur aus letzterem die Notwendigkeit einer eigenständigen sozialistischen Rolle. Die Relevanz zeigt sich immer auch in Einzelfragen wie etwa in der Haltung zur Privatisierung usw. Eine solche Haltung wird sich wahrscheinlich auch zunehmend auf jene Stimmungen stützen können, die mit der Ernüchterung über die wundertätige Wirkung der Marktkräfte und die Unterstützung des Westens Raum gewinnen werden.

So sehr es verständlich ist, daß in der Phase des Sturzes und Zusammenbruchs der Blick zuerst auf die überlegene ökonomische Effizienz und "Modernequalität" des Metropolenkapitalismus fiel, so muß heute doch wieder die Aufmerksamkeit dem Prozeß des kapitalistischen Weltsystems und den entsprechenden aktuellen und historischen Erfahrungen gelten. Dabei zeigt sich, daß der marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklungsweg für schwächer entwickelte Länder nur ausnahmsweise den im Osten erwarteten Produktivitäts-, Modernisierungs- und Wohlstandsschub freisetzte. Die 80er Jahre, das "verlorene Jahrzehnt" Lateinamerikas, sprechen dazu Bände. Die IWF-erzwungene Weltmarkt- und Exportorientierung führte überall zur Zerschlagung der Binnenwirtschaften und zur Einbeziehung in den subtilen Ausbeutungsmechanismus von Kredit und Devisenabhängigkeit. Dies brachte zwar überall die Angleichung der Lebensweise der Reichen an das Metropoleniveau, aber gleichzeitig die Verarmung der Völker. Freilich bleibt den einzelnen Ländern angesichts des technologischen Vorsprungs der Metropolen aus der derzeitigen Perspektive keine andere Wahl, wollen sie nicht völlig an die Peripherie gedrängt werden. Deshalb steht für die Mehrzahl der früheren RGW-Länder die Perspektive eines subalternen Kapitalismus mit 3. Welt-Niveau auf der Tagesordnung. Dies wird sich als Tauschartikel für den Realsozialismus herausstellen.

Erst schleppend kommt die Diskussion darüber in Gang, welche Überwindungsmöglichkeiten des Kapitalismus in Sicht sind. Darauf soll hier nicht Bezug genommen werden. Unterstrichen werden soll nur, daß ohne dies für Sozialistinnen und Sozialisten keine realistische Einstellung auf die aktuellen Prozesse möglich sein wird. Auch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist der Sozialismus die andere Möglichkeit und Herausforderung der Moderne geblieben.

Gegenüber den anderen RGW-Ländern vollzieht sich die Entwicklung in der ehemaligen DDR unter Sonderbedingungen. Hier erfolgt die politisch-administrative und sozialökonomische Eingliederung in ein System des entwickelten Kapitalismus unter dem Motto der Lösung der nationalen Frage. Die staatliche Eigenständigkeit wurde ausgelöscht. Der Metamorphose der alten Leitungs- und Intelligenzschichten sind hier engere Grenzen als anderswo gezogen. Das Wort von der neu entstehenden

"Kolonialgesellschaft"⁵ entbehrt nicht des Realitätsgehaltes. Dabei drängt sich ein Vergleich der früheren Beziehung von England und Irland auf. Freilich ist bisher der antikoniale Widerstand noch nicht in Sicht. Wie auch immer, es entsteht auf diesen Territorien eine Gesellschaft eigener Art, in der sich bedingungslose Anpassungsbereitschaft und Selbstbehauptungswille überlagern.

Dies gilt auch für jene Gruppen gesellschaftswissenschaftlicher Intelligenz, die in der letzten Phase der DDR in eine reformsozialistische Richtung aufgebrochen waren, nun der Abwicklung unterworfen sind und einen Ort progressiver Wirkungsmöglichkeit in der Transformationsgesellschaft suchen. Dabei sind sie auf die subtilen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen des Rechtsstaates der fdGO schlecht vorbereitet. Ihre frühere oppositionelle Haltung war aus anderen Verhältnissen erwachsen und mit anders gearteten Machtstrukturen zusammengestoßen. Noch steht auch die marxistische Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit und der gegenwärtigen Realität aus. Emotionale Verdammungsurteile und illusionäre Optionen behaupten noch den Platz. Solange der Durchbruch der kapitalistischen Restauration und die Unterstellung unter den deutschen Imperialismus als Aufbruch und Chance der Moderne gesehen wird, kann von einer eigenständigen marxistischen Verarbeitung im Kontext marxistischer Gesellschaftsanalyse und Geschichtstheorie keine Rede sein. Eine Fixierung auf die sogenannten Modernequalitäten (Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Sphären und ihre relative Autonomie, Wettbewerbsmechanismen als Triebkräfte sogenannter Modernisierungspotentiale, Rolle von Diskursverfahren usw.) unter Negierung des Konzepts der Gesellschaftsformationen hebt von den Realitäten einer Klassen- und Profitgesellschaft ab und führt zu entsprechenden Fehleinstellungen in der Politik. Auch das Konzept des "Doppelsprungs" der Moderne, wonach der "nachholenden Modernisierung" im Osten der Übergang zu einer reflexiven Stufe der Moderne im Osten und Westen folgen müsse, entspringt einer unrealistischen Beurteilung der kapitalistischen Restauration und der mit ihr auch für den Westen freigesetzten Kräfte und Tendenzen, verweist aber auch auf das theoretisch unbewältigte Verhältnis von Realsozialismus und Moderne.⁶

Freilich besteht hier ein meilenweiter Abstand zu den Verlautbarungen der inzwischen zur fdGO konvertierten Repräsentanten der früheren Bürgerbewegung. Die einst im Herbst mit der Parole vom "besseren Sozialis-

⁵ Diesen Ausdruck verwendet Jürgen Kuczynski, *Asche für Phönix. Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen*, Köln 1992, S. 100.

⁶ Vgl. für diese Positionen: Michael Brie, Dieter Klein (Hrg.), *Umbruch zur Moderne*, Hamburg 1991. Die Positionen werden wiederholt in: Michael Brie, Dieter Klein (Hrg.), *Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich*, Hamburg 1992.

Zur Kritik dieser Positionen vgl.: Heinz Jung, *Die Moderne - eine durch die kapitalistische Realität überwältigte Verheißung*, in: Dieter Boris, Willi Gerns, Heinz Jung (Hrg.): *Die Zukunft marxistisch denken*, Bonn (Mai) 1992.

mus" und der "Erneuerung der DDR" angetreten waren, stellen dies längst als taktisch notwendige Finte dar, um die Kommunisten loszuwerden und die Tür zur Wiedervereinigung und zur pluralistischen Marktwirtschaft zu öffnen. Ihre politische Verwendungsfähigkeit im neuen Deutschland suchen sie besonders mit dem Anheizen der Stasi-Kampagne unter Beweis zu stellen - untermalt mit Äußerungen, wonach schon die Idee des Sozialismus "dämonisch" gewesen und der Leninismus als "Polizeistaat" und "Tschechismus" aufzufassen sei.⁷ In diesem Kontext hat sich auch der anmaßende Bundestagsausschuß am 12. 3. 1992 konstituiert, der dem DDR-Sozialismus ein "faires Verfahren" zu machen beabsichtigt.⁸ Schützenhilfe wird von jener ebenfalls im März in Leipzig gebildeten Vereinigung erwartet, die sich heuchlerisch als Tribunal bzw. Forum zur Vergangenheitsbewältigung der DDR bezeichnet und eine Kampagne zur Auslöschung positiver DDR- und Sozialismus-Identität intendiert.

Nach Lage der Dinge werden Sozialistinnen und Sozialisten daran wenig ändern können. Aber von ihrer Beteiligung oder Verweigerung hängt die Glaubwürdigkeit dieser Veranstaltung mit ab. Sicher würde man ihnen für einen Beglaubigung oder "Kronzeugenaussage" zum kriminellen Charakter des Sozialismus und der DDR auch Absolution erteilen - wie es bei der neuerlichen Kronzeugenregelung üblich ist. Dies könnten sie aber nur um den Preis der Wahrheit und Wahrhaftigkeit tun. Um so wichtiger ist es aber, daß sie um Klarheit darüber ringen, was der Sozialismus tatsächlich war.

Möglichkeit der Moderne

Der Sozialismus als Gesellschaft des Gemeineigentums und der Solidarität begleitet die Gesellschaften des Privateigentums seit Anbeginn als Utopie. Mit der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird er zur alternativen Möglichkeit. Folgt man dem Sozialphilosophen Jürgen Habermas⁹, dann ist die französische Revolution die eigentliche Geburtsstunde der Moderne. Mit G.F.W. Hegel kommt sie zur philosophischen Thematisierung. Ihre Inkubationszeit beginnt aber schon mit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, dem Zeitalter der Renaissance, der Reformation und der frühbürgerlichen Revolutionen. Ware-Geldwirt-

⁷ So Pastor Schorlemmer (nach: Stern, Nr. 12/92, S. 48), der wohl nun in die negativen Fußstapfen seines großen Wittenberger Vorpredigers Luther zu steigen gedenkt, den darob, d. h. weil er zur Hetz- und Vernichtungskampagne wider die aufrührerischen Bauern rief, Thomas Müntzer als das "feiste Fleisch zu Wittenberg" verhöhnte.

⁸ Vorsitzender: Rainer Eppelmann, CDU, einst Bürgerrechtler in der DDR, Abrüstungsminister in der letzten DDR-Regierung, Erstaussatter der slowenischen und kroatischen und vieler anderen antikommunistischen und Sezessionsarmeen mit NVA-Gerät, Pfarrer und Waffenschieber.

⁹ Vgl. Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/Main 1989; ders., *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*, Leipzig 1990; ders., *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/Main 1990. Die Einsicht in die philosophische Moderne-Problematik verdankt der Verfasser dieses Artikels im wesentlichen der Lektüre dieser Titel.

schaft, ursprüngliche Akkumulation, kapitalistischer Handel und Manufaktur werden zur Basis und Erzeugerin dessen, was Max Weber den okzidental Rationalismus, ohne den die Moderne nicht denkbar ist, genannt hat. Als gesellschaftliche und geistige Bewegung ist Moderne immer mehr als eine bestimmte Gesellschaft oder Gesellschaftsformation. Sie ist auch nicht identisch mit der Durchsetzung von Partialrationalität in Teilbereichen, die ja auch hierzulande seit den 50er Jahren unter dem Motto der Modernisierung für den Weltmarkt zum Schlachtruf des Kapitals geworden war. Moderne bezieht sich immer auf die Totalität der Gesellschaft und schließt immer auch deren Negation, transitorische Tendenz und Veränderungspotentiale ein. Insofern sind Sozialismus, Marxismus und Leninismus legitime Kinder der Moderne, in denen sich die Ablösungsmöglichkeit und dann die reale Alternative zu der bis dahin einzigen Erscheinungsform der Moderne, eben der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verdichtete und verkörperte.

In der französischen Revolution waren, vorbereitet durch eine radikale antifeudale Aufklärungsbewegung, die Tendenzen einer ganzen Übergangsepoche vom Feudalsystem zum Kapitalismus, der Ablösung einer traditionellen durch eine moderne Gesellschaft in die Wirklichkeit getreten. Damit wurde ein neuer Reproduktions- und Vergesellschaftungsmodus wirksam, der zu einer bis dato kaum erahnten Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung und zur Freisetzung entsprechender Veränderungspotentiale führte. Marx und Engels sollten dem 50 Jahre später im "Manifest der kommunistischen Partei" eine gültige Charakterisierung geben, in der nun auch die Entzweiung als großes Thema des Moderne-Diskurses auf die klassentheoretischen und sozialökonomischen Begriffe gebracht wurde.¹⁰ Denn gegenüber der traditionellen und integralen Ständegesellschaft fallen in der Moderne Staat und Gesellschaft, Homme, Citoyen und Bourgeois, industrieller Produzent und Ancien, Kapital und Arbeit auseinander. Die Religion als großer Integrator ist außer Gefecht gesetzt bzw. an die Peripherie verwiesen. So erwies sich denn auch in der französischen Revolution das durch die Gleichheitsoptionen Rousseaus unterfütterte antike Staats- und Gesellschaftsideal der Akteure als heroische Illusion, die an der Realität der eben durch die Revolution ins Leben gesetzten bürgerlichen Gesellschaft zerschellte. Die Moderne muß sich deshalb auf sich selbst beziehen, reflexiv werden und das Subjekt(in der Realität das bürgerliche Individuum) als Ausgangs- und Endpunkt setzen.

In der Tradition der Aufklärung und des Rationalismus wird der Diskurs der Moderne mit Hegel ein Diskurs der Vernunft - unlösbar verknüpft mit Veränderung, Entwicklung, Fortschritt-, über den sich aus dieser Sicht allein die verloren gegangene sittliche Totalität wieder herstellen kann. Indes lösen sich schon die Junghegelianer vom Meister, indem sie gegenüber der

¹⁰ Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 4, S. 464.

geistigen Reflexion der sinnlichen Existenz zu ihrem Recht verhalten und damit der kopernikanischen Wende durch die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftstheorie den Boden bereiteten. Denn von der sinnlichen Existenz ist es nur noch ein Schritt bis zum auf produktiver Arbeit begründeten Praxisbegriff, der zum Angelpunkt der neuen auf Weltveränderung gerichteten Philosophie wurde. Die Aufhebung der Entzweiung ist nunmehr an die Veränderung der sozialökonomischen Verhältnisse gebunden und eine Gesellschaft sozialistisch-kommunistischen Typs ist in erster Linie befreit von der Konstituierung durch Partialinteressen und der Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Sie ist im eigentlichen Sinne erst reflexive Stufe und damit dem Begriff der Moderne gemäße Gesellschaft, weil sie sich über Erkenntnis, Bewußtheit, Planung konstituiert und gesellschaftlicher Praxis nicht mehr blind wirkenden Gesetzen unterworfen bleibt. An die Stelle der ökonomisch formierten Gesellschaft tritt nun die politisch formierte Gesellschaft, wobei politisch im Sinne gesellschaftlicher Planung und Regulierung aufzufassen ist. Ungelöst bleibt damit allerdings noch, wie und durch wen sich der politische Gesamtwille definiert und durchsetzt.

Die Gesellschaft als Totalität erscheint nun als mit Bewußtsein kontrollierter und gestalteter Prozeß, in dem Spaltungen, Entzweiungen, Trennungen überwunden und aufgehoben werden und die Menschen zu sich selbst kommen können. Die Vernunft kehrt aus dem Himmel der Philosophen auf die Erde zurück. Daß ein praktisch gewendetes Vernunftkonzept den Terror und in den aktuelleren Versionen den Archipel Gulag, das Reich der Arbeitslager in der UdSSR, oder das Pol-Pot-Regime gebären müsse, gehört seit der französischen Revolution zum Standard-Repertoire der konservativ-reaktionären Vernunft- und Fortschrittskritik. Sie hat jedoch von Anfang an geflissentlich übersehen, ganz wie auch ihre heutigen Nachfahren, daß Terror, Massaker, Grausamkeiten von gang und gäben bürgerlich-kapitalistischen Regimen oder ihren Ablegern ohne jegliche Utopie- oder Vernunftsansprüche immer wieder aus nacktem Kolonial-, Geschäfts- und Herrschaftsinteresse praktiziert wurden und daß deshalb zur Erklärung dieser Phänomene offenkundig andere Ursachen angeführt werden müssen, die freilich auch in die Kritik des Realsozialismus einzugehen haben. Schließlich müßte der Wahrheit halber auch konstatiert werden, daß terroristische Repression den Entstehungs- und Frühphasen realsozialistischer Gesellschaften angehörte, sich seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 jedoch Herrschaftsformen etabliert hatten, die kaum von jenen der durch "zivilisierte" bürgerliche Regime praktizierten abwichen.

Wer heute den Schrecken und Rigorismus der Revolution, die auch der terroristischen Mittel der Selbstbehauptung nicht scheute, beschwören und denunzieren zu müssen glaubt, sollte nicht vergessen, daß sie aus Katastrophen erwachsen waren, in die die zivilisierten bürgerlichen Regime und ihre altetablierten herrschenden Klassen die Völker getrieben hatten, wie z. B. in den 1. Weltkrieg, und daß dann auch der Hitlerfaschismus mit

Auschwitz die Ausgeburt eines der damals im Selbstverständnis zivilisierten Länder der Welt war.

Deshalb konnten dem Projekt des revolutionären sozialistischen Aufbruchs auch jene Energien zuwachsen, die die Kritik an der bürgerlichen Moderne freigesetzt hatte. Der "utopische Überschuß" der Epoche wird Antriebskraft des Umbruchs - ganz im Unterschied zur jüngsten Vergangenheit, wo die totalen Utopiedefizite Moment des Zusammenklappens des Realsozialismus wurden. Es kommt nicht von ungefähr, daß sich in jener Phase beachtliche Teile der künstlerischen Avantgarde und generell der "kulturellen Moderne" dem bolschewistischen Modernisierungsprojekt verbündeten. Ohne das reinigende Feuer einer radikalen Revolution schien ihnen die Selbstzeugung einer neuen Welt nicht möglich. Die Revolution war somit ein Aufbruch in die Moderne schlechthin. Das gilt auch dann, wenn große Bauernmassen durch einen antimodernistischen Protest angetrieben wurden. Aber was heißt hier antimodernistisch? Die Erhaltung gemeinschaftlicher Produktions- und Lebensgrundlagen der Dorfgemeinschaft gegen die soziale Zersetzung durch die kapitalistische Warenproduktion. Konnte dies nicht mit Rückgriff auf die Rußland-Korrespondenz von Marx als Möglichkeit der Vermeidung der kapitalistischen Durchgangsstufe angesehen werden, deren Linien dann später zur Kollektivierung führten?

Die russische Revolution war mit ihren Konsequenzen der bis dato schärfste und nachhaltigste Bruch mit der Tradition und der bürgerlichen Form der Moderne. Sie stellte sich aber von vornherein unter den Reflexionszwang der Moderne-Paradigmen, um es mit den Begriffen des hier abzuhandelnden Themas auszudrücken. Sozialismus wurde als Zukunft der Menschheit und als Möglichkeit angesehen, auf schnellstem Weg und auf den Grundlagen einer neuen sozialökonomischen und politischen Organisation der Gesellschaft das Produktions- und Zivilisationsniveau der fortgeschrittensten kapitalistischen Staaten des Westens zu erreichen und überflügeln zu können. Solange dies als durch die Tatsachen und die innere Dynamik gedeckt erschien, war der Realsozialismus, trotz aller sonstigen Gebrechen und Defizite, eine aufsteigende Gesellschaft. Erst als sich herausstellte, daß dies auf dem bisherigen Weg eines etatistischen und administrativen Sozialismus nicht zu erreichen war und sich sogar eine neue Kluft zum Westen und zum Osten (Japan, ostasiatische Schwellenländer) auftat, schlug die Stunde der Legitimationskrise und dann nach dem Unvermögen, die Zwischenkrise des inneren Umbruchs systemkonform zu bewältigen, die Stunde der allgemeinen Systemkrise, die mit dem Zusammenbruch endete.

Züge der neuen Moderne

Hatte der klassische Marxismus die allgemeinen Grundlagen und Konturen einer sozialistisch-kommunistischen Moderne, die als Möglichkeit und Alternative aus der kapitalistischen Moderne hervorgewachsen war, er-

kundet und definiert, so formulierte der Bolschewismus bzw. Leninismus das Konzept der Instrumente und Strategien des Umbruchs für das Stadium des kapitalistischen Imperialismus. Auch hierzu muß der Zusammenhang mit dem Diskurs der Moderne und dem ökonomischen Rationalismus unterstrichen werden, selbst wenn in der Folgezeit die Verschiebung nach dem Osten, d. h. in die Zone der schwächer entwickelten Ländern, für die reale Deformation der marxistischen und leninistischen Theorie nicht folgenlos blieb.

Das Konzept der revolutionären Avantgardepartei formte sich in der Praxis der Diktatur des Proletariats in Rußland und ihrer inneren Widersprüche zum Konzept des Einparteiensstaates um. Der KP wurde die Rolle des Organisators der Hegemonie und der Zustimmung der Massen ebenso zugemessen wie des Staatsapparates, der sozialistischen Wirtschaft und neuer sozialer Beziehungen. Sie sollte ebenso zum Kontrolleur wie zum Integrator der Gesellschaft werden. Auch dabei lag die Vorstellung von der Rolle der Partei als eines neuen Integrators nicht außerhalb der Modernevorstellungen, erschien dies doch als Möglichkeit, dem Rückfall in die Vesselbständigung staatlicher Herrschaft zu entgehen. Viele literarische Zeugnisse jener Periode sprechen von der Faszination dieses Konzeptes. Erst später mit der Degeneration der Partei zu einem Apparat der Führungsdiktatur und dann zu einem abgehobenen bürokratisierten Machtapparat ohne Bindung an das Volk zeigte sich die essentielle Bedeutung demokratischer Institutionen und Korrekturmechanismen. In diesem Kontext stehen dann auch die Züge kastenmäßiger Abkapselung und der Privilegienwirtschaft des Führungspersonals, die Analogien zum absolutistischen Feudalsystem nahelegen. Solange die Partei als lebendiger, mit dem Volk verbundener Organismus im Rahmen einer dynamischen Gesellschaft und diese befördernd agiert, kann sie als Verkörperung der Vernunft der Epoche - wie es in den Elogen der Dichter hieß - in Erscheinung treten. Verliert sie aber diese Fähigkeiten und Eigenschaften, kehrt sie Züge eines repressiven und bürokratischen Machtapparates hervor und mit ihr zerbricht dann, wie im August 1991 in Rußland, die realsozialistische Gesellschaft, die Union und der Sowjetstaat.

Am Anfang des revolutionären Umbruchs berechnete gerade das Sowjetsystem zu den größten Hoffnungen. Mit ihm schien die Aufhebung einer entfremdeten Staatsmacht mit abgehobenem Beamtenapparat und dem Gestrüpp der Gewaltenteilung und eines immer wieder den herrschenden Privatinteressen unterwürfigen Rechtsstaates in einem großen Sprung möglich. Marx' Lehren aus der Pariser Kommune von 1871 schienen realisierbar. Die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft schien auf dem Wege. Dies erwies sich als eine der nicht nur heroischen, sondern auch verhängnisvollen Illusionen des revolutionären Überschlags. Denn unter dem Druck der realen Probleme zeigte sich die gesellschaftliche Basis als für ein solches Konzept nicht tragfähig. Hinter der Fassade des Sowjetsystems erstand faktisch eine neue entfremdete Staatsgewalt mit einem

selbsttätig wuchernden bürokratischen Apparat - bekanntlich das Trauma von Lenins letzten Lebensjahren. Aber wo sich nun aus der nüchternen Anerkennung der realen Bedingungen die Notwendigkeit für ein Konzept der demokratischen Kontrolle und der Demokratisierung dieser neu erstehenden Macht hätte ergeben müssen, wurde dies zuerst durch die illusionären Orientierungen und dann auch durch reale Machtinteressen blockiert.¹¹ In der letzten Phase des Realsozialismus erwies es sich dann m. E. als verhängnisvoll, daß die Reformkonzepte nicht mehr am Sowjetkonzept in seinen ursprünglichen Intentionen anknüpften, das ja nun unter veränderten Basisbedingungen erstmals reale Chancen auf Dauer gehabt hätte, sondern vom Abkupfern der Staats- und Verfassungssysteme der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft lebten, die ja aus völlig anderen Bedingungen und mit anderen Aufgaben und Funktionen entstanden waren. Gerade damit fungierten sie als Türöffner der kapitalistischen Restauration.

Zu den grundlegenden Zügen des Realsozialismus gehörte zweifellos die Konstituierung der Gesellschaft auf der Basis und zentriert um die produktive Arbeit, die Arbeiterklasse und den Betrieb. Dies entsprach dem Arbeits-, Produktions- und Praxisparadigma des Marxismus, erwies sich aber in der traditionellen Fassung des 19. Jahrhunderts angesichts eines sich ausdifferenzierenden Produktionsprozesses und besonders angesichts der Anforderungen für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution als zu eng und als Hemmnis. Trotzdem und trotz der Erscheinungen von Entfremdung und Lethargie in den Sphären der gesellschaftlichen Arbeit, kann konstatiert werden, daß der Realsozialismus Betrieb und Arbeitsstelle in hohem Maße als lebensweltlichen Kommunikationsbereich zurückgewonnen hatte. Unbestreitbar ist auch die gegenüber dem Kapitalismus unvergleichlich starke Stellung von Arbeitskollektiven und Arbeitskräften gegenüber dem Management.¹² Dies ging freilich auch auf Kosten der Produktivität, Effektivität und der Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeitenden in ihrer Rolle als Konsumenten. In diesem Bereich wird es vielleicht am deutlichsten, daß mit dem Realsozialismus gegenüber der kapitalistischen Warenproduktion eine neue Stufe der Moderne durchgesetzt war, die ihre Probleme aber nicht im Sinne einer dem modernen Kapitalismus überlegenen Produktions- und Gesellschaftsorganisation zu lösen vermochte. Die sozialistische Gesellschaft setzte Bedürfnisse, Anspruchshaltungen und Erwartungen der Individuen frei, ohne sie als Antriebsaggregate der Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft hinreichend nutzen zu können.

¹¹ Diese Problematik entwickelte bzw. deckte auf: Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Baden-Baden u. Berlin/DDR 1989.

¹² Vgl. die Besprechung neuerer soziologischer Untersuchungen durch Thomas Gensicke in: Rolf Reißig, Gert-Joachim Glaßner (Hrg.), *Das Ende eines Experiments*, Berlin 1991, S. 282ff.

Zum Schluß unserer eher selektiven Betrachtung möchten wir die Frage aufwerfen, ob der Sicherheitskomplex im Realsozialismus gegen dessen Fassung als moderne Gesellschaft spricht. Sie kann nicht auf der Ebene polizei- und überwachungstechnischer Maßnahmen geklärt werden, sondern ist in den Gesamtkomplex Integration und Kontrolle in der Moderne einzuordnen. Hier gilt offenkundig die Regel: Je mehr sich die Institutionen traditioneller Sozialisation und Kontrolle auflösen, umso stärker werden sie durch gesellschaftliche und staatliche Apparate ersetzt.

Entsprechend der Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft sind die Apparate hier zersplittert und nur im Verbundsystem, das sich zunehmend der informationellen Vernetzung bedient, zusammengefaßt. Im Realsozialismus handelte es sich demgegenüber entsprechend seiner etatistischen Struktur um einen zentralen staatlichen Apparat, in der DDR die "Stasi". Das Loyalitätsproblem hat in beiden Gesellschaftstypen unterschiedliche Grundlagen und Schwerpunkte. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft bedarf im Normalfall nicht des aktiven und akklamierenden Staatsbürgers. Sie fordert den für die Produktion funktionierenden Lohnarbeiter, den die Regeln beachtenden Steuerzahler, Kreditnehmer, Sparer, Käufer, Konsumenten, Sozialeinkommensbezieher usw. Und genau auf der Überwachung der Funktionalität dieser Bereiche liegt der Schwerpunkt ihrer Sicherheitsapparate.¹³ Ohne dies würde das System der ökonomischen und sozialen Belohnung und Bestrafung, dh. die sozialpsychologische und politische Disziplinierung nicht funktionieren. Hinzu kommen die Apparate der geheimdienstlichen und politischen Überwachung. Der Gesamtapparat der Überwachung dürfte kaum geringer dimensioniert sein, als es der analoge im Realsozialismus war. Weder die "pluralistische" Struktur, noch die Möglichkeit rechtsstaatlicher Kontrolle heben den repressiven Charakter dieser Apparate auf. Exekutiert wird die durch das politisch-ideologische System definierte Ausgrenzung und Ausschaltung der entsprechenden Gruppen. Dazu zählt immer auch, aber nicht nur die politisch-ideologische Systemopposition.

Der Sicherheitskomplex im Realsozialismus war von vornherein breiter definiert sowohl im Bezug auf die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben, als auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Integration und Sozialisation. Man wird sich z. B. daran erinnern, daß die Jugenddörfer und Erziehungsanstalten Anton Makarenkos Einrichtungen der Tscheka waren. Rehabilitation und Sozialisation durch Teilnahme an produktiver Arbeit gehörte in den dynamischen Perioden zu den Grunddogmen des Sozialismus. Aber neben der sozialen Einrollierung forderte das realsozialistische System, entsprechend seinem Charakter als politisch formierter Gesellschaft, auch die politische Aktivität und Akklamation seiner Bürger. In Wahrnehmung seiner ökonomischen und sozialen Interessen und unter dem

¹³ Dies wird sehr anschaulich und griffig vorgeführt von Ebermann/Trampert in: *Konkret*, Nr. 4/1992.

Druck seiner generellen Infragstellung (Staatsbürgerschaft) durch die westdeutsche Konkurrenz sah sich der DDR-Staat veranlaßt, die politische Loyalität seiner Bürger der ständigen Überwachung zu unterziehen. Aber nicht darin unterschied er sich von seinen westlichen Gegenstücken, sondern in der Nutzung der Informationen zur Genehmigung oder Ablehnung von Auslandsreisen. Dies entwickelte sich in der Nach-Helsinki-Ära zum flächendeckenden System mit immenser Aktenproduktion und zeugte davon, daß die politisch-strategische Verarbeitung der neuen Situation durch die Ausweitung der Sicherheitsapparate ersetzt wurde. Dies war der Hauptbereich der Stasi-Aktivitäten. Was die Einkreisung und Manipulation der Systemopposition betrifft, so dürften die Unterschiede zum Westen eher graduell gewesen sein. Darüber hinaus gehörte zu den Aufgaben der Stasi auch die Verhütung und Aufdeckung von Korruption, Amtsanmaßung usw. in Wirtschaft und Verwaltung, die Überprüfung von Beschwerden gegen Vorgesetzte und Behörden, die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit für die Bürger auf Straßen, Plätzen, in U-Bahnen usw. Wahrscheinlich wird man in ruhigeren Zeiten festhalten können, daß die DDR bis zum Schluß eine der saubersten Verwaltungen der Welt hatte. Die öffentliche Sicherheit fällt schon jetzt äußerst negativ von jener der Vergangenheit ab. In den Gesellschaften des Realsozialismus wäre es auch infolge ihres Selbstverständnisses undenkbar gewesen, daß sie Gruppen entgleister junger Gesellschaftsmitglieder unter dem voyeuristischen Blick der Öffentlichkeit und in aller Legalität an der Spritze hätten verrecken lassen, wie es tagtäglich in Städten wie Frankfurt am Main geschieht. Gleichwohl muß der Sicherheitskomplex im Sozialismus als Fehlentwicklung beurteilt werden, weil Aufgaben der Gesellschaft durch abgehobene staatliche Apparate übernommen wurden.

Gegenwärtig wird der Stasi- und Sicherheitskomplex dazu benutzt, um die DDR und den Realsozialismus als kriminelles Unrechtssystem zu stempeln. Bei Anwendung gleicher Maßstäbe müßte dies dann gleichermaßen aber auch für die BRD, die Schweiz, die USA ohnehin und alle anderen Staaten der Welt gelten, von denen bisher ja keiner auf derartige Einrichtungen und Dienste verzichtet hat. Man kann sich auch darüber streiten, ob Waldheim oder Stammheim Jeremy Benthams Panopticon, dem Symbol für den Überwachungscharakter der Moderne, näher gekommen ist. Ganz sicher war Stammheim technisch "moderner". Aber unsympathisch sind sie beide. Sie, wie der ganze Sicherheitskomplex, zeugen davon, daß die Moderne von ihren eigenen Verheißungen des Humanismus und der Vernunft noch weit, und heute sicher weiter als vor 1989 entfernt ist. Aber selbst diese Seiten verweisen in jeder Hinsicht darauf, daß der Realsozialismus als Variante der Moderne anzusehen ist.

Letztlich ist m. E. der Realsozialismus daran gescheitert, daß er Grundprobleme einer politisch formierten Gesellschaft nicht zu lösen vermochte. Sie betreffen in erster Linie den Demokratisierungsaspekt und darin eingeschlossen den überzogenen Etatismus, das Einparteiensystem,

die überforderte und monopolistische Rolle der KP, die zu wenig differenzierten sozialökonomischen Grundlagen u. a. Deshalb blieben Versuche der kapitalistischen Moderne vergleichbare Flexibilitäts- und Veränderungspotentiale freizusetzen, blockiert. Neben systemimmanenten spielen dabei auch historische Ursachen eine bedeutsame Rolle.

Zu den systemimmanenten Ursachen gehört m. E., daß sich eine Steigerung der Produktivität und Effektivität nicht auf die kapitalistischen Mechanismen der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur und die Externalisierung faktischer Produktionskosten auf Dritte stützen kann. Früher war die Ansicht verbreitet, daß sozialistische Planwirtschaft deshalb überlegen sei, weil sie die für den Kapitalismus typischen Vergeudungen und Vernichtungen vermeiden könne und dies langfristig zu Buche schlagen müsse. Vielleicht reifen die Bedingungen, unter denen sich dies bewahrheiten könnte, erst heute mit den neuen und globalen Produktivkraftsystemen heran. Unbeantwortet sind die Fragen, welcher Maßregeln und Potentiale die Lösung der dringendsten ökologischen Fragen bedürfen, um eine Stabilisierung der Biosphäre zu erreichen.¹⁴ Daß dies ohne eine einschneidende Änderung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit sowie der Lebens- und Konsumtionsweise der heute herrschenden Moderne nicht geht, liegt auf der Hand.

Eine sozialistische Alternative bleibt somit mit neuen und alten Gründen die notwendige Antwort auf die Moderne und ihre innergesellschaftlichen und globalen Probleme. Man sagt, der Sozialismus sei nun wieder auf die Stufe der Utopie zurückgefallen. Aber wie auch immer, 74 Jahre realsozialistischer Erfahrung haben viele Sätze, wie den folgenden, hinterlassen, denen nicht mehr widersprochen werden kann: "Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit sind Fragen der gesellschaftlichen Organisation und kein naturgegebenes Schicksal."

¹⁴ Die Dramatik der Situation veranlaßt den Club of Rome sogar, zur "globalen Revolution" aufzurufen, was diejenigen, die meinen, Revolutionen im Westen seien passé, nachdenklich machen müßte. Vgl. A. King, B. Schneider, Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome (1991), in: Der Spiegel. Spezial, 2/1991. Vgl. auch Kommentar und Bewertung von: Wolfgang Harich, Weltrevolution jetzt, in: Z 8 (Dez. 1991), S. 63ff.

Johannes Henrich von Heiseler

Subjektive Vergesellschaftung

Die Individualisierung als gesellschaftlicher Prozeß der Herausbildung des Individuums, der im Zusammenhang mit der Durchbrechung traditioneller Gesellungsformen in der Renaissance und dann in der industriellen Revolution neue Schübe erfährt, ist keineswegs abgeschlossen. Er ist aber merkwürdigerweise nicht zum zentralen Gegenstand marxistischer Soziologie geworden. Dabei liegen gerade bei Marx Ansätze vor, die Ulrich Beck veranlassen, ihn als einen der entschiedensten "Individualisierungstheoretiker"¹ zu bezeichnen.

In der traditionelleren Fassung der marxistischen Theorie wurden dagegen die Fragen einer soziologischen Theorie des Subjekts als Fragen der Psychologie gefaßt - wobei es gar nicht darum gehen kann, an der Stelle von Reflexionen zum Gegenstand Reflexionen über die tatsächlichen oder vermeintlichen Grenzen von Wissenschaftsgebieten zu stellen. Denn unter der Überschrift "psychologischer" Fragestellungen sind bekanntlich besonders in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von *genuin* gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellungen entwickelt worden.²

Die Frage der subjektiven Vergesellschaftung hat nicht zuletzt auch deshalb an Interesse gewonnen, weil es offensichtlich eine Reihe von Problemen der politischen Praxis der mit dem Marxismus verbundenen Bewegung gab, die mit theoretisch schwach bearbeiteten Feldern, unter anderem auch gerade bei der Subjekttheorie zusammenhängen.

Geht man auf die Überlegungen von Marx zurück, so zeigt sich, daß es hier zwei unterschiedliche Ansatzpunkte zur Entwicklung einer Theorie der subjektiven Vergesellschaftung gibt. Einerseits gibt es den Ansatz, die Entwicklung des Subjekts auf die Entwicklung von Fähigkeiten des Genusses, auf die Zunahme der von der Arbeit freien Zeit zurückzuführen, andererseits finden sich bei Marx Überlegungen, die die Entwicklung des Subjekts auf die sich verändernde Form der Arbeit selbst gründen.

Der zweite Ansatz geht aus von den berühmten Prognosen, daß die Arbeit nicht mehr so sehr in den Produktionsprozeß eingeschlossen erscheint wird, sondern der Mensch sich mehr und mehr wie ein Regulator diesem Prozeß gegenüber verhält, wodurch er neben den Produktionsprozeß tritt,

¹ Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986, S. 131

² Unter diesem Blickwinkel lohnt es sich den 1986 vom IMSF herausgegebenen Band zur marxistischen Persönlichkeitstheorie neu zu lesen: Marxistische Persönlichkeitstheorie. Hrsg. v. Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Red. Heike Fleißner u.a. Jahrbuch des IMSF 10 I/1986.

statt wie bisher sein Hauptagent zu sein³. Durch diese Veränderung der Arbeit wird die Entwicklung des Individuums zur entscheidenden Grundlage der Produktion. "In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die er verrichtet, noch die Zeit die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und der Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint."⁴ Von diesem Ansatz aus lassen sich Beziehungen herstellen zwischen den neuen Tendenzen der gesellschaftlichen Arbeit, und den neuen Problemen und Erwartungen in Bezug auf die Möglichkeiten des Subjekts. Die neue Arbeit, die sich seit vielen Jahrzehnten schon immer wieder bruchstückhaft und widersprüchlich unter der Decke alter Arbeitsformen hervordrängt, setzt eine lange angelegte Entwicklung fort, die so schnell ihren Abschluß nicht erreicht haben wird, zumal sie unter kapitalistischen Strukturen in immer wieder neue Widerspruchsformen zur herrschaftsmäßig organisierten Tätigkeit gerät.

Der Marxsche Versuch, ausgehend von den Formen der Arbeit die Struktur der gesamten Gesellschaft zu entwickeln, ist offensichtlich, wenn man den Arbeitsbegriff selbst nicht unnötig eng faßt, geeignet, Interpretationen für Erscheinungen zu anzubieten, die zu Marxens Zeiten noch längst nicht in Sicht waren. Neue Formen der Kooperation erweisen sich von den heutigen Produktivkraftsystemen her als notwendig, und auf diese Notwendigkeit reagiert die gesellschaftliche Seite der Produktion höchst widersprüchlich: Keineswegs nur Verhinderung der gegebenen Möglichkeiten, sondern zugleich der Versuch ihrer Nutzung und Einbindung in die gegebene Herrschaftsstruktur.

Es ist bemerkenswert, daß dieser Ansatz, bei dem Marx in der Tradition der deutschen klassischen Philosophie zugleich eine radikale Wendung vornimmt, nicht nur bei seinen Nachfolgern, sondern auch bei ihm selbst nur unvollständig und widersprüchlich durchgehalten wird. Er geht verloren in den politischen Auseinandersetzungen, vor allem in der berühmten Debatte Marx - Bakunin, wo Marx auf dem Boden seiner Zeit wohl in allen Fragen recht behielt, aber es unterließ, die Bakuninsche Fragestellung als bedeutsam für die Perspektive der menschlichen Gesellschaft wahrzunehmen. Letzten Endes leiden viele Argumentationen vor allem der späteren marxistischen Theoretiker, aber auch bei Marx selbst, daran, daß Arbeit in diesen Passagen immer als Kolonnenarbeit verstanden wird, womit diese historische Form unter der Hand gleichsam natürlichen und ewigen Charakter erhält.

³ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857-1858. Berlin 1953. S. 592 f.

⁴ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857-1858. Berlin 1953. S. 593

In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die politischen Strukturen von sozialistischen Parteien und von einem sozialistischen Staat zu sehen. In der Ableitung des Leninschen Parteimodells ist ja ausdrücklich von der damals modernen Form der Arbeit als Vorbild für die Struktur der Kämpfer gegen die Herrschaftshierarchie in Fabrik und Gesellschaft die Rede. Das Leninsche Vorbild, die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie, war zwar aus Organisationsformen entstanden, in denen zunächst Handwerker und nicht Fabrikarbeiter die treibenden Agitatoren und Aktivistinnen waren; dennoch stand auch hier das Modell der Kolonnenarbeit als nicht historisiertes Modell Pate. Im Zusammenhang mit der Theorie subjektiver Vergesellschaftung kann man nicht eine billige Polemik gegen "undemokratische" Vorstellungen bei Lenin entwickeln, wie das heutzutage gerne gemacht wird. Wohl aber ist eine Historisierung und damit in vielen Punkten auch historische Überwindung von zentralen Gedanken Lenins angesagt.

Im Gegensatz zu dem Ansatz, der die Entwicklung des Individuums auf den Wandel der Arbeit gründet, scheint der andere Ansatz zu stehen, der sich bei Marxens Überlegungen räumlich nicht weit davon entfernt findet. Hier prognostiziert Marx eine langfristige Tendenz der Einsparung von Arbeitszeit, aus der die Zunahme der freien Zeit sich ergibt. Die Entwicklung von Reichtum steht nicht im Zusammenhang mit asketischem Verzicht; die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft ist vielmehr umgekehrt "Entwickeln von power, von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten, wie der Mittel des Genusses."⁵

Hier ist es also nicht die Arbeitswelt, sondern die von der Arbeit freie Welt, die die Entwicklung des Individuums vorantreibt. Es scheint zunächst so, als ob in diesen Passagen Marx diejenigen Theorien vorbereitet, die von einem Bedeutungsverlust der Arbeit in der Gegenwart ausgehen.

Richtig daran ist, daß sich nicht einfach die Arbeit selbst stofflich und gesellschaftlich wandelt, sondern daß das gesamte Verhältnis von Arbeit zu Nicht-Arbeit, von Arbeit zu Konsum, von Arbeit zu Reproduktion davon betroffen wird. Muße wird tendenziell zu einem praktischen Begriff und einer Erfordernis nicht nur für die an der Herrschaft mittelbar und unmittelbar beteiligten oder sie ermöglichenden Gruppen, sondern für alle Mitglieder der Gesellschaft.⁶ "Die freie Zeit," reflektiert Marx "- die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist - hat ihren Besitzer

⁵ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857-1858. Berlin 1953. S. 599

⁶ In diesem Zusammenhang muß man den Diskussionen um die Einordnung der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung eine weit über die gewerkschaftsstrategische Diskussion hinausgehende Bedeutung zusprechen.

natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dieses andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß."⁷

Über das Verhältnis der beiden Ansätze zueinander gibt es bei Marx wenig Hinweise. Mir scheint es sinnvoll, die beiden Ansätze nicht als parallele Interpretationsangebote zu sehen, obwohl auch das schon die Diskussion der Fragen der subjektiven Vergesellschaftung entscheidend weiter treiben kann. Es scheint mir vielmehr möglich und erfolversprechend, beide Ansätze als aufeinander zu beziehende Aspekte der Analyse des gleichen Gesamtprozesses zu fassen.

So ist etwa deutlich zu machen, daß die neuen Wertmuster, die sich auf Kosten traditioneller Tugenden gesellschaftlich verbreiten, in vieler Hinsicht den neuen Handlungsanforderungen im Arbeitsprozeß entsprechen: Selbständiges Eingreifen, Bereitschaft zu horizontaler Kooperation, eigenständige und teilweise autonome Verarbeitung relevanter Informationen, selbstverantwortliches Handeln, Bereitschaft zum Denken in Gesamtzusammenhängen sind gefragt. Der wichtigste Einwand, der gegen diese auch von mir vertretene⁸ Interpretation der Herkunft des Wandels des Wertsystems erhoben werden kann, ist, daß der Wertwandel zunächst und am schnellsten in solchen Gruppen vor sich gegangen ist, die von den möglichen Zentren der Strukturwandlungen der Arbeit relativ weit entfernt sind.

Nimmt man dagegen die beiden Ansätze zur Theorie der subjektiven Vergesellschaftung nicht als parallele Diskussionsangebote, sondern als gedankliche Werkzeuge für die Erfassung von komplementären Aspekten, so läßt sich gerade der Einwand produktiv verwerten.

Eine entwickelte Theorie der subjektiven Vergesellschaftung wäre in der Lage, die Geschichte des Subjekts in seinen historischen Gestalten zu erfassen und die vorwärtstreibenden Momente zu bestimmen. Aber darüber hinaus wäre auf ihrer Grundlage nachzuweisen, daß der letzte Satz des zweiten Abschnitts des Kommunistischen Manifests keine "politische Lyrik" enthält, sondern mit dem wissenschaftlich-kritischen gesellschaftstheoretischen Vorgehen seiner Autoren begründbar ist: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

⁷ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857-1858. Berlin 1953. S. 599

⁸ Johannes Henrich von Heiseler: Wandel des Wertsystems? In: Marxistische Studien 5, Jahrbuch des IMSF 1982. S. 72 ff.

Krise des Marxismus und subjektive Vergesellschaftung

1. Krise des Marxismus

Die Krise des Marxismus ist offensichtlich. Sie umfaßt Theorie und Praxis - und sicher auch das Verhältnis beider zueinander. Es handelt sich um eine schon länger beschworene Krise des Marxismus im Kapitalismus und um eine jetzt dramatisch offenbar gewordene Krise des Sozialismus.

Deutlich zeigt sich die mangelnde Fähigkeit des Historischen Materialismus, wesentliche Seiten von sozialen Prozessen begrifflich fassen, und des Wissenschaftlichen Sozialismus, humane und stabile gesellschaftliche Verhältnisse praktisch einrichten und steuern zu können. (Dabei sollten wir für einen Moment außer Acht lassen, daß dies im Kapitalismus auch nicht gelingt und von dort alles getan wurde, es im Sozialismus ebenfalls zu verhindern).

Es fehlt also wohl eine adäquate theoretische Fassung der Wirklichkeit. Sie wird von dem bisherigen Theoriegerüst noch nicht zureichend abgebildet. Es kann daher nicht mehr nur darum gehen, eine falsche Anwendung einer an sich richtigen Theorie zu kritisieren. Dies bleibt natürlich nach wie vor erforderlich. Das Theoriegerüst des Historischen Materialismus selbst muß einer strengen Prüfung unterzogen werden.

Es handelt sich dabei u.a., wie schon häufig angemerkt, um die Probleme der *Subjektivität* im gesellschaftlichen Zusammenhang. An dieser Stelle soll nun danach gefragt werden, ob nicht in dieser Hinsicht Leerstellen im Theoriegerüst existieren, die andere, für sich richtige Aussagen im Zusammenhang falsch werden lassen.

2. Probleme mit dem subjektiven Faktor

Thesenhaft lassen sich die praktischen Probleme in der Krise des Marxismus wie folgt benennen:

* Die Arbeiterklasse will im Kapitalismus nicht so, wie die Programme der Kommunisten es erwarten.

* Die Werktätigen im Sozialismus verhalten sich nicht so, wie Theorie, Programm und Plan es vorsehen.

* Die Arbeiterklasse als historisches Subjekt läßt sich durch die berufenen Agenten der Geschichte, die Parteien des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht mehr bewegen.

Theoretische Erklärungen für die Mißlichkeiten wurden u.a. mit den folgenden Positionen versucht:

* Die Arbeiterklasse selber ist anders geworden.

* Die Verhältnisse im Kapitalismus sind anders geworden.

* Die Begriffe von Kapitalismus und Arbeiterklasse sind unzureichend geworden oder waren es immer schon.

* Der Begriff von Sozialismus und die Vorstellungen über seine Werktagen sind ebenfalls unzureichend geworden oder waren es schon immer.

Es würde sich lohnen, die praktischen Probleme und die theoretischen Erklärungsversuche genauer darzustellen und zu untersuchen. Dabei ist auch über das hier diskutierte Thema sehr viel zu lernen. Leider muß dies aus Platzgründen unterbleiben.

Bei der genaueren Untersuchung zeigt sich, daß die zentrale Kategorie des *Historischen Materialismus* für die Vermittlung von Verhältnissen mit Verhalten das *objektive Interesse* - für Theorie und Praxis gesellschaftlicher Veränderung wohl nicht hinreichend ist.

Um diesen Mangel zu überbrücken ist die Redeweise vom *subjektiven Faktor* entstanden, der offensichtlich zuviel oder zu wenig, richtiges oder falsches bewirkt, wenn das objektive Interesse sich nicht ins empirische Bewußtsein der Klassen übersetzt.

Die Redeweise vom subjektiven Faktor erweist sich einerseits als Konzession der Kommunisten an die Realität, an ihre Erfahrungen in der praktischen politischen Arbeit.

Andererseits fungiert diese Redeweise als theoretischer Joker für einen notwendigen aber nicht vorhandenen Begriff im Historischen Materialismus. Der subjektive Faktor erklärt rein gar nichts, sondern dient nur als Krücke zum Überspringen einer theoretischen Leerstelle:

Der theoretischen Vermittlung von Verhältnissen mit dem Verhalten der Personen als Einzelnen oder als Gruppen.

Wir sollten daher von dieser irreführenden Hilfskonstruktion Abschied nehmen.

Freilich scheint der für den Historischen Materialismus wesentliche Begriff der *gesellschaftlichen Verhältnisse* den Marxisten für eine adäquate Fassung des *Subjektiven* im sozialen Handeln und damit für einen genaueren Zugang zur sozialen Wirklichkeit eher hinderlich zu sein, da er falsch, weil verdinglicht, verstanden wird.

Es muß daher geprüft werden, ob diese Wirkung dem Begriff notwendig innewohnt. So ist wohl zunächst eine Vergegenwärtigung der Entstehung des Begriffs der sozialen Verhältnisse bei Marx und Engels angebracht.

3. Der Begriff der Verhältnisse bei Marx/Engels

Marx und Engels haben den Begriff der sozialen Verhältnisse entwickelt, um das soziale Verhalten der Individuen in gesellschaftlichen Konflikten erklären, also die Vermittlung von Verhältnissen und Verhalten begreifen zu können. (vor allem in der "Deutschen Ideologie", MEW Bd 3; unten nur mit Seitenzahl zitiert)

Bei genauem Studium zeigt sich (was hier aus Raumgründen nicht belegt werden kann) bei Marx/Engels vor allem in der "Deutschen Ideologie" eine viel weiter reichendes Verständnis des vorliegenden Problems, als es in der Tradition des Marxismus und des Leninismus (anders bei Lenin selbst) aufgegriffen wurde.

Die begriffliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus dem Verhalten der Menschen hat *Erich Hahn* in seinem Buch von 1968 (!) über *Historischen Materialismus und marxistische Soziologie* präzise rekonstruiert und philosophisch genau ausgeleuchtet.

Das für unseren Zusammenhang wesentliche Ergebnis seiner Untersuchung läßt sich im folgenden (kombinierten) Zitat zusammenfassen:

"In der Realität existieren die materiellen ökonomischen Verhältnisse nicht anders als im Verhalten der wirklichen Menschen. Sie existieren nicht in einer selbständigen, abgesonderten sinnlichen Gestalt neben dem wirklichen tagtäglichen Verhalten der Individuen. Im Gegenteil, Marx' Genialität bestand gerade darin, die sich in den vielfältigen ökonomischen Kategorien begrifflich-theoretisch widerspiegelnden ökonomischen Beziehungen, Verhältnisse, Prozesse und Erscheinungen als gesellschaftliches Verhältnis, als <Weise ihres gegenseitigen Verhaltens> aufgedeckt und entschleiert zu haben. <...die Verhältnisse der Individuen können unter allen Umständen nichts anderes als ihr wechselseitiges Verhalten> sein." Hahn, S. 70/71; MEW 3, S. 35,423.

Marx/Engels unterscheiden einige grundlegende Seiten der sozialen Verhältnisse, die zugleich deren Entwicklungsdeterminanten sind. Ausgehend von der körperlichen Organisation der menschlichen Individuen und ihrem damit gegebenen Verhältnis zur Natur unterscheiden sie:

1) die Produktion der Lebensmittel und des materiellen Lebens selbst, 2) die Produktion anderer Menschen im Verhältnis von Mann und Weib, die Fortpflanzung in der Familie, 3) damit das erste soziale Verhältnis, die Produktion weiterer gesellschaftlicher Verhältnisse, 4) die Produktion neuer Bedürfnisse in der Arbeit, der Konsumtion und dem gesellschaftlichen Verkehr, 5) die Produktion von Bewußtsein in und mittels der Sprache im sozialen Verkehr. So sehen sie die Produktion des eigenen Lebens

in der Arbeit und des fremden in der Zeugung als natürliches und gesellschaftliches, als doppeltes Verhältnis. (nach MEW 3, S. 20/29/30)

Von diesen fünf Momenten wurden späterhin vor allem die 1. Seite, als Entwicklung der Produktivkräfte, und die 3. Seite, als Produktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, besonders des Kapitalismus, empirisch und theoretisch weiter untersucht. Als Theorie- und Ideologie-Kritik wird auch die 5. Seite, die Produktion des Bewußtseins bearbeitet, jedoch nicht systematisch entwickelt.

Von Marx und Engels selbst wurde (über die Arbeitsteilung, die entstehende gesellschaftliche Differenzierung und die sich herausbildenden Klassen) die Verselbständigung des gesellschaftlichen Zusammenhanges in Ökonomie und Staat und, dem folgend, die Versachlichung dieser Verhältnisse (über Ware, Geld und Kapital) bis zum entwickelten Kapitalismus untersucht.

Dagegen blieben die 2. Seite, die Produktion der anderen Menschen und die Produktion der psychischen Verhältnisse, vor allem die entsprechenden sozialen Formen, wie auch die 4. und 5. Seite, Produktion von Bedürfnissen und Bewußtsein, lange Zeit wenig beachtet und wurden daher im Historischen Materialismus nicht systematisch entwickelt.

Die Herausarbeitung des Problems der sozialen Wirkung der historisch und sozial bestimmten Produktion der (biologisch fundierten) inneren, psychischen Verhältnisse der Individuen unterblieb. Stattdessen wurde mit den Kategorien des objektiven Interesses und des Klassenbewußtseins versucht, vor allem die politischen Bewegungen zu verstehen.

4. Das objektive Interesse als Vermittlung von Verhalten und Verhältnissen ?

Anders als das Wort vom subjektiven Faktor, hat der Begriff der *objektiven Interessen* im Marxismus durchaus theoretischen Stellenwert. In dieser Kategorie wurde die eigentliche Vermittlung von Verhältnissen und Verhalten gesehen. Allerdings zeigt das jedesmalige Scheitern bei der Erörterung der vorfindlichen Differenzen von objektiven Interessen, Bewußtsein und Verhalten, daß die Kategorie diese Vermittlung allein noch nicht leisten kann.

Die Gründe für die begrenzte Tauglichkeit können hier nur angedeutet werden: Die geläufige Verwendung des Begriffs der objektiven Interessen im Marxismus beruht auf einer Ungenauigkeit oder schlichten Verwechslung. Der Begriff ist eine Abstraktion und drückt ein reales, sehr mitteltes gesellschaftliches Verhältnis aus.

Verwendet wird er allerdings fast synonym mit Worten wie *Einsicht* und daraus entspringendem *Motiv des Handelns*.

Üblich ist auch eine Verwendung, die eine kurzgeschlossene Entstehung von Einsichten und Motiven aus den objektiven Interessen unterstellt, wenn von mangelndem, oder verstelltem *Klassenbewußtsein*, als Einheit von Einsicht und Motiv gedacht, gesprochen wird.

Mit diesen laxen Verwendungen wird dem Begriff gerade dasjenige abgefordert, was er nicht leisten kann und soll:

Die Erklärung des Übergangs von gesellschaftlichen Verhältnisbestimmungen zu Bestimmungen auf der Ebene der Psyche der Individuen.

Umgekehrt kann der Begriff verständlich machen, wie bestimmte Handlungen und Bewußtseinsinhalte sich mit objektiven Interessen erklären lassen, aber der diskutierte Vorgang muß schon geschehen sein, da mit dem Begriff keine Ursache-Wirkungsbestimmung für die Zukunft möglich ist. Weil das so ist, wurde ja die Redeweise von *subjektiven Faktor* erfunden, der genau diese Übergänge vermitteln soll, aber leider theoretisch nicht bestimmbar ist.

Der andere Grund liegt darin, daß die Gegenstände, denen der Begriff angemessen ist, historisch sind.

Gesellschaftliche Verhältnisse, für die er Erklärungskraft gewinnt, müssen schon in der Richtung von Verselbständigung und Versachlichung vorangekommen sein. D.h., es geht allemal um Verhältnisse, in denen kalkuliertes Verhalten von Individuen gefordert und auch möglich ist. Neben der Kriegführung, der Errichtung öffentlicher Bauten und der Bürokratie, sind dies vor allem die ökonomischen Verhältnisse der beginnenden Warenproduktion und Warenzirkulation. Mit ihrer Ausbreitung über die Gesellschaften und die Erde, sowie der Vertiefung im Kapitalverhältnis gewinnt der Begriff zunehmende analytische Kraft - und er entsteht dann dort auch sprachlich im praktischen ökonomischen Leben und der ökonomischen Wissenschaft: Interest als Zins, Interessen als Investition.

Das vorliegende Problem besteht nun aber gerade darin, daß offenbar im Kapitalismus auf Seiten der Arbeiterklasse massenhaft Bewußtseinszustände, Motive und Verhaltensweisen vorkommen, die sich den im Marxismus bestimmten objektiven Interessen nicht anbequemen.

Es zeigt sich also, daß zwar die *Verhältnisse* und die *objektiven Interessen* aus dem Verhalten der Individuen in Verhältnissen heraus zu entwickeln sind, damit jedoch keineswegs umgekehrt das *Verhalten* unvermittelt durch die Verhältnisse oder die objektiven Interessen bestimmbar wird.

Was im Alltag das Verhalten der individuellen Menschen ist (durchs Bewußtsein gesteuert) und in den Wissenschaften der Gegenstand von Psychologie und Sozialpsychologie, muß im *Historischen Materialismus* erst seinen systematischen Platz finden. Es geht dabei um die subjektive Seite der Vergesellschaftung der Individuen - die *Subjektive Vergesellschaftung*.

5. Vergesellschaftung der Subjekte

Zwei Seiten der Vergesellschaftung der Individuen lassen sich unterscheiden.

Die Organisation der Gesellschaften zur Produktion und Reproduktion der Lebensmittel (im weitesten Sinn) und zur leiblichen Produktion und Reproduktion der Individuen und der Gattung soll hier als *Objektive Vergesellschaftung* verstanden werden. Es handelt sich dabei um eine objektive Struktur, die sich aus dem durchschnittlichen und wiederholten Verhalten der Subjekte einer Gesellschaft ergibt.

Diese Struktur schließt verschiedene Positionen und entsprechende Rollen, sowie verschiedene Bereiche und Sektoren mit Bedeutungs- und Funktionswechsel der Positionen, sowie eventuell verschiedene Schichtungen mit unterschiedenem Status der Positionen ein.

Daraus entsteht die Notwendigkeit, daß es für jede Gesellschaft Formen (Regeln und Institutionen) geben muß, die den Individuen die Schichten und den Status, die Positionen und Rollen der gesellschaftlichen Organisation zuweisen, und deren mögliche Wechsel in Übergängen organisieren.

Daher gehört auch die Struktur der Zuordnung der Individuen im Lauf ihres jeweiligen Lebens zu diesen Verhältnissen zur *Objektiven Vergesellschaftung*.

Zur Objektivität der Vergesellschaftung gehören damit auch gesellschaftliche Muster von Alltagsverhältnissen und von biographischen Möglichkeiten, sowie die Tatsache, daß es für die Individuen in der Regel keinen gesellschaftlichen Ort außerhalb dieser Formen gibt.

Die *Sozialisation* der Säuglinge, Kinder und Jugendlichen gehört inzwischen, nach den allgemein akzeptierten Erkenntnissen aus Psychologie und Soziologie und, für den Historischen Materialismus nach den Arbeiten der materialistisch orientierten Psychologie zu den unbestrittenen Seiten der *Subjektiven Vergesellschaftung* der Individuen.

Die unterschiedlichen historischen Gesellschaften haben für diese notwendigen Prozesse unterschiedliche gesellschaftliche Einrichtungen, Institutionen, Regelungen und Normen entwickelt, die diese Aufgabe mehr oder weniger gut bewerkstelligen.

Die leibliche, psychische und soziale Reproduktion der erwachsenen Individuen wurde meist nur in den je verschiedenen Hinsichten behandelt und dabei jeweils höchstens zwei dieser Ebenen zueinander in Beziehung gesetzt.

Der Grund liegt u.a. darin, daß die scheinbaren Zusammenhänge der Wirklichkeit erst begrifflich aufgegliedert werden müssen.

Gesellschaft wie Subjekte sind sich gegenseitig sowohl Voraussetzung wie Ergebnis. Die vermittelnden Prozesse sind die Tätigkeiten der Menschen.

Jedoch ist auch das Verhalten wiederum nur als Voraussetzung und Ergebnis von Gesellschaft und Subjekten zu verstehen.

Damit das Verhalten der Menschen diese vermittelnde Rolle spielen kann, muß es den beiden Polen, zwischen denen es vermittelt, angemessen sein, es muß den Umständen entsprechen.

Zur Aufrechterhaltung, d.h. Reproduktion von Gesellschaften müssen also auch die Verhältnisse dem Verhalten und den Verhaltensmöglichkeiten der Menschen angemessen sein. Ebenso, bei gleichbleibender biologischer Grundlage, müssen die Subjekte ihrem Verhalten, das als Vermittlung erfordert ist, angemessen sein: Was nur heißen kann, daß die inneren Verhältnisse der Individuen, ihre psychische Struktur, also ihre konkrete Subjektivität dem Verhalten angemessen sein muß.

Wie über die Herstellung der Subjektivität in der Sozialisation hinaus angemessenes Verhalten und angemessene innere Verhältnisse hergestellt, aufrechterhalten und verändert werden, das ist nach der *Sozialisation* die zweite Ebene der *Subjektiven Vergesellschaftung* und schafft das Problem ihres Verständnisses.

5.1. Die Zuordnung von Individuen zur Struktur der Gesellschaft

Aus der Geschichte und Gegenwart der Gesellschaften sind uns vor allem folgende grundlegende Strukturen der Zuordnung von Individuen zu Gesellschaften und ihren inneren Gliederungen bekannt: * Verwandtschaft, * Alter, * Geschlecht, * Gewalt, * Vererbung, * territoriale Zuordnung, * Eigentum, * kollektive Wahl, * Mitgliedschaft, * Warentausch, * Kauf, Markt, * Vertrag, * persönliche Wahl.

Deren genetische und strukturelle Zusammenhänge und ihre historische Entwicklung sind ein wesentliches Moment der tatsächlichen Geschichte der Gesellschaften.

Mit den Weisen der Zuordnung von Individuen zu den gesellschaftlichen Strukturen sind die Weisen der Herstellung von angemessenem Verhalten in den Gesellschaften eng verbunden.

5.2. Angemessenes Verhalten als Vermittlung

Man kann angemessenes Verhalten nun nicht nur als Vermittlung zwischen Gesellschaft und Subjekten auffassen, sondern auch als Vermittlung zwischen Objektiver und Subjektiver Vergesellschaftung der Individuen.

Dann läßt sich, entsprechend dem jeweils hauptsächlichen Gegenstand des Verhaltens - stofflich, sozial, leiblich und psychisch (eigen und fremd) - angemessenes Verhalten unterscheiden.

Alle vier Gegenstandsbezüge angemessenen Verhaltens lassen sich jeweils in den zwei zentralen Feldern gesellschaftlichen Lebens - Arbeit und Produktion sowie Reproduktion von Individuum und Gattung - finden.

5.3. Weitergabe und Aneignung angemessenen Verhaltens

Für die verschiedenen Lebensphasen, Positionen, Schichten und Sektoren müssen die Individuen mit dem angemessenen Verhalten bekannt gemacht werden. Sie müssen es kennenlernen, seine Bedeutung verstehen lernen, und eventuell üben.

Zuordnungsorganisationen, Übergangsinstitutionen und Vermittlungsweisen des Verhaltens haben im Verlauf der Geschichte der Gesellschaften unterschiedliche Entwicklungen und Zusammenhänge.

Für die *Sozialisation* gibt es dabei andere Entwicklungen als für die Arbeitssphäre und die Geschlechterverhältnisse, um nur die wichtigsten zu nennen.

Entsprechend der bis heute dauernden Dominanz der als Haushalt organisierten Kleinfamilie für die Reproduktion der Individuen und die Kindererziehung, geschieht der grundlegende Teil der Sozialisation dort. Dadurch ist die vorherrschende Art des Lernens die spielende Form des Übens und die Bedeutungsübernahme durch Praxis des geselligen Verkehrs in Haushalt und Familie.

Andere gesellschaftliche Einrichtungen mit anderen Verfahren des Lernens, wie Krippen, Kindergärten und Schulen treten erst unter besonderen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen neben die Familie, ohne sie bis heute abzulösen. Damit ist bis heute die untergeordnete Stellung der Frauen und die dominante Rolle der Männer im Geschlechterverhältnis gegeben.

5.4. Regulierung des Verhaltens

Da es keine notwendige Übereinstimmung von individuellen Verhaltensabsichten, von Verhalten und gesellschaftlichen Erfordernissen gibt, das der Gesellschaft angemessene Verhalten sich also nicht ausschließlich spontan durchsetzt, haben die Gesellschaften für grobe Abweichungen des Verhaltens institutionelle *Regulierungen* entwickelt.

Dabei ist es keineswegs so, daß scharfe Definitionen von Abweichung und Zwangsmaßnahmen erst mit den Klassengesellschaften entstanden wären. Auch die Urgesellschaften vom Jäger- und Sammlertypus haben offensichtlich daran erheblichen Bedarf und insofern deutliche innere Widersprüche.

Geschichtlich erzeugen die Menschen mit den Produktivkräften, den entsprechenden Produktionsverhältnissen und den staatlichen Verhältnissen die Differenzierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Vergrößerung der Einheiten, Formalisierungen der Verhaltensanforderungen, sowie deren Widersprüchlichkeiten.

Daher ergaben sich aufgrund der o.g. Entwicklung Interessen und die Notwendigkeit einer Formalisierungen der Regulierungsweisen.

Soziale Kontrolle wird für wesentliche Teilbereiche zu einer gesonderten Institution, die sich wiederum eines gesonderten Katalogs und gesonderter Verfahren zur Bestrafung bedient.

Recht und Gerichte kamen daher nach den Galgen, Schwertern und Kerkern in die Welt. Die vorherige Sphäre der familiären und dörflichen Regulierungen blieb nicht unbehelligt. Soweit sich ein strukturelles Interesse ergab, wurde aus der Sphäre des Staates auch in diese Regulierungen eingegriffen: Familien, Eigentums- und Erbrecht sind deutliche Zeichen dafür.

Mit der Trennung von Strafrecht und Zivilrecht, das sich vor allem auf die Sphäre von Markt, Vertrag und mobilem Privateigentum bezieht, wurde zwar eine weitere Formalisierung in Gang gesetzt, jedoch gleichzeitig eine Quasi-Rücknahme in die Sphäre der Gesellschaft vollzogen.

5.5. Produktion und Reproduktion der psychischen Verhältnisse

Die Notwendigkeit der Produktion der psychischen Verhältnisse bei den Säuglingen und deren Reproduktion auch bei den Erwachsenen ergibt sich aus der biologischen Konstitution und dem Subjektcharakter der Menschen. Dieser hat seine physiologische Basis in der Leiblichkeit von Körper und Zentralnervensystem, seinen biologisch-ökologischen Grund in der arbeitenden Existenzweise der Gattung bei ihrer Menschwerdung und hat sein funktionelles Fundament in der spezifisch menschlichen Psyche.

Die menschliche *Subjektivität* ist daher übergreifendes Moment bei der Vermittlung von objektiver und subjektiver Vergesellschaftung der Individuen durch angemessenes Verhalten.

Verhalten von Menschen kommt dauerhaft nur durch die Vermittlung von Bedürfnissen mit Motiven und Befriedigungen der Bedürfnisse zustande. Die Bedürfnisse und ihre Befriedigungen müssen im Durchschnitt und auf Dauer vor allem auch den physiologischen Bedarf der leiblichen Existenzweise der Menschen ausdrücken und abdecken. Daher ist die Notwendigkeit des gesellschaftlich vermittelten Stoffwechsels und der Produktion von Individuen und Subjekten in doppeltem Sinn die Grundlage des Verhaltens und der inneren Verhältnisse der Menschen

Die Produktion und Reproduktion der *psychischen Verhältnisse* ist, als Prozess und Ergebnis, gleichsam die individuelle Seite der *Subjektiven Vergesellschaftung*.

Die Produktion der inneren, psychischen Verhältnisse in der kindlichen Entwicklung, und damit die Entstehung der menschlichen Individuen in ihrer Individualität, erfolgt über Stufen und erreicht dabei je höhere Ebenen der inneren Verarbeitung. Dieser Selbstentwicklungsprozeß erzeugt bleibende Strukturen, entwickelt und bedient sich bestimmter Funktionszusammenhänge und schafft die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach Betätigung und Reproduktion dieser inneren Verhältnisse.

Für die weiteren Überlegungen greife ich besonders die Kategorien der Emotion, des Abbilds, des persönlichen Sinns, der gesellschaftlichen Bedeutungen und des reflexiven Ich auf. Sie werden hier in Anlehnung ihrer Ausarbeitung durch Jantzen in der Tätigkeitspsychologie verwendet.

Das reflexive *Ich* hat die Funktion der zeitlich überdauernden Vermittlung von inneren mit äußeren Verhältnissen in den zeitlich diskreten Tätigkeiten des Individuums in der Welt. Damit ist ein Feld innerer Tätigkeiten als Notwendigkeit und Möglichkeit eröffnet, das spezifisch menschlich ist, und als Selbstbewußtsein erfahren wird.

Das Ich kann sich allerdings als dauerhafte Vermittlung nur bewähren, wenn auch die Pole von Innen und Außen eine gewisse Dauerhaftigkeit zeigen.

Die erste Voraussetzung ergibt sich mit der Zusammenfassung der einzelnen Emotionen in einer Gesamtbefindlichkeit (vielleicht als Stimmung zu verdeutlichen). Aber auch die Stimmungen sind noch situationell gebunden, ebenso wie die damit verbundenen Abbilder. Dauer können beide nur in der Form des Gedächtnisses gewinnen.

Die Gedächtnisform der Emotionen und der Stimmungen in ihrem Handlungskontext ist der *persönliche Sinn*. Die Bildung und Reproduktion des individuellen Sinns ist also ein lebenslanger ontogenetischer Prozeß.

Die Dauerhaftigkeit der *Abbilder* erfordert Auswahl und Ordnung. Der persönliche Sinn liefert dafür die persönlichen, die Sprache mit den gesellschaftlich vorgearbeiteten *Bedeutungen* die gesellschaftlichen Relevanzkriterien und das Ordnungsschema.

Dadurch werden diese spezifisch individuellen inneren Strukturen gesellschaftlich kommunizierbar, d.h. durch ihre Verbindung mit der Sprache werden sie verkehrsfähig.

5.6. Der persönliche Beitrag zur Subjektiven Vergesellschaftung

Das Individuum muß sich einerseits im Hinblick auf die äußeren Verhältnisse angemessen verhalten, eine *Entsprechung* von Verhalten und Verhältnissen zustande bringen, damit es gezielt wirken und seine Bedürfnisse zur Geltung bringen kann. Andererseits muß es sein Verhalten den eigenen inneren Verhältnissen gegenüber angemessen ausrichten. Soweit sich dies nicht durch eine Veränderung des Verhaltens selbst im Rahmen der gesellschaftlichen Spielräume herstellen läßt, muß dies durch die Arbeit an der eigenen Innenwelt erfolgen.

Dabei müssen die Individuen ihren *persönlichen Sinn* mit den *gesellschaftlichen Bedeutungen* koordinieren und beides ins angemessene Verhältnis zu den eigenen *Tätigkeiten* setzen. Das Ergebnis wäre dann eine *Adäquanz* von Sinn, Bedeutung und Verhalten - mit dem Ziel der *Handlungsfähigkeit* und des *Wohlbefindens*. Innere Instanz für diese Arbeit ist das Ich. Ergebnis ist die *Persönlichkeit*.

5.7. Der gesellschaftliche Beitrag zur Subjektiven Vergesellschaftung

Nicht nur bei der Produktion der Subjekte ist die Gesellschaft in Gestalt der sozialen Eltern und ihres gesellschaftlichen Umfeldes und mittels der Sprache allgegenwärtig. Auch bei der psychischen Reproduktion der erwachsenen Subjekte bleiben diese nicht allein.

So gibt es für die *Koordinierung* von Sinn und Bedeutung, wie auch beider mit dem Verhalten, der Herstellung der *inneren Adäquanz* vielfältige gesellschaftliche Hilfen und Einmischungen.

Gegen die Anwandlungen von Verstimmung und Sinnverlust oder zur Bekräftigung der positiven Befindlichkeiten gibt es unmittelbare gesellschaftliche Verfahren oder gar Einrichtungen, neben den sehr individuellen Techniken (die sich aber gerade heute zunehmend gesellschaftlicher Produktionen bedienen: Musik, Medien zur Übermittlung von Geschichten, Drogen, Therapien, usw.).

Alle Formen von Geselligkeit, aber auch solche Feste und Feiern, die mit der Befriedigung anderer Bedürfnisse einhergehen, wie dem Essen und Trinken, haben diese Funktion, ebenso auch der Konsum der gesellschaftlich gebilligten Rauschmittel, eingenommen meist bei den gleichen Gelegenheiten. Auch die verschiedensten Rituale und religiöse Praktiken haben diesen Sinn.

An der Musikindustrie ist die neue Verwobenheit von schlichtem Genuß und Funktion der Herstellung und Reproduktion von persönlichem Sinn besonders deutlich. An der Konjunktur von Psycho-Therapien, Gruppen-

scenen, Kur- und Heilwesen sowie der Urlaubsindustrie zeigt sich die gegenläufige Tendenz der funktionellen Besonderung solcher gesellschaftlicher Bereiche.

Dem entspricht in diesen Gesellschaften der Bedeutungsverlust von Religionen, Kirchen und Familien.

Versuche der politischen Einflußgewinnung, die diesen Bereich der Sinnproduktion, Sinnfindung und Sinnbestätigung in und aus den gegebenen Verhältnissen ignorieren, werden vergeblich bleiben.

Nicht nur für die Kinder bildet die Sprache einen wesentlichen Zusammenhang von sozialen Bedeutungen. Mit ihrer Hilfe strukturieren sich *Weltbilder* bei den Individuen, die eine spezifische Verknüpfung von individuellen Sinn- und Abbildstrukturen mit den gesellschaftlichen Bedeutungen darstellen.

Ob sich diese in Form von Riten, Mythen, heiligen Büchern, Alltagsphilosophien oder philosophischen Systemen darstellen, macht insoweit keinen wesentlichen Unterschied.

Mit den gesellschaftlichen Differenzierungen im Verlaufe der Geschichte entstehen sogar arbeitsteilige Strukturen, die mit der Produktion und Vermittlung solcher Bedeutungsstrukturen in Form von *Weltbildern* beschäftigt sind. Und in der Form von rituellen Handlungen ist zudem die individuelle Aneignung und Reproduktion dieser Weltbilder institutionalisiert.

Bei linken Gesellschaftstheoretikern und Historikern ist der Zusammenhang solcher gesellschaftlicher Erscheinungen mit den Macht- und Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen vielfältig angesprochen und belegt. Die Deutung dieser Erscheinungen als Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse und Notwendigkeiten überläßt man jedoch den Konservativen.

Erst die Zusammenschau beider Aspekte und die Klärung der Entstehung von Bedürfnis und Notwendigkeit kann die Verhältnisse verständlich machen, und über ihr Veränderungspotential Auskunft geben.

An der Wirksamkeit von Moral, die in solchen Weltbildern transportiert wird, und am inneren Leiden der Menschen in Form von Schuldgefühlen und schlechtem Gewissen zeigt sich, daß es nicht nur um Weltbilder geht, die die Ebene des Verhaltens und der Verhältnisse zum Gegenstand haben. Sondern in ihnen steckt zumeist auch der Versuch, Muster oder gar Vorschriften für den individuellen Sinn der Subjekte vorzugeben: Geschlechtsrollen wie männlich und weiblich, Reproduktionsfunktion von Mutter und Vater, Verhaltensmaximen wie Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, wie Feigheit oder Tapferkeit werden in dieser Weise vorgegeben.

Der *Alltag* als Strukturierung des Alltagslebens (in der Verwendung durch Kuckherrman und Wigger-Kösters) ist zwar keine spezifische Einrichtung zur Herstellung des angemessenen Verhaltens, der Entsprechung von

Verhalten und Umständen, und auch nicht zur Herstellung der inneren Adäquanz von persönlichem Sinn und gesellschaftlichen Bedeutungen. Er hat aber für beide notwendigen Seiten der *Subjektiven Vergesellschaftung* herausragende Bedeutung.

Wie Studien über Arbeitslose häufig zeigen, ist der Verlust der Gliederung des Tages durch die Erfordernisse der Berufstätigkeit nicht nur die praktische Demonstration der Überflüssigkeit, sondern bewirkt auch den Verlust des persönlichen Sinns.

Das durch den gesellschaftlich vorgegebenen Alltag strukturierte Alltagsleben der Individuen vermittelt auf nachdrückliche aber unausgesprochene Weise die Tätigkeiten mit den gesellschaftlichen Bedeutungen und den angelegten Mustern persönlichen Sinns.

Der die Kinderkarre schiebende jüngere Mann zur Arbeitszeit beim Einkaufen deutet zugleich auf die im Moment nicht mehr gelebte Geschlechtsrolle von Berufstätigkeit, Familienernährer und Distanz zur Kinderbetreuung, wie auch die beginnende Auflösung dieses Zusammenhangs und die Entstehung neuer Möglichkeiten, von denen eine mit dem Wort Hausmann schon eine verkürzte Etikettierung erhalten hat.

Mit der Konstatierung von Individualisierung, oder Pluralität der Lebensstile ist eine Seite dieses Vorgangs richtig beschrieben. Der Versuch, solche Entwicklungen mit den Begriffen des objektiven Interesses und von Klassenstrukturen zu fassen, scheitert. Wirklich begreifen läßt sich dies nur, wenn die *Pluralität der Lebensstile* als neues Moment der sich weiter entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse von *Warenförmigkeit der Arbeitskraft* und *Kapitalverwertung* verstanden wird - und nicht als Indiz für deren Irrelevanz.

5.8. Historische Entwicklung der Gesellschaften

Die historische Entwicklung der Gesellschaften, vom Historischen Materialismus vor allem unter den Gesichtspunkten der Herausbildung und Ablösung von Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen behandelt, zeigt eine Differenzierung der Gesellschaften in mehreren Dimensionen.

Wie oben angedeutet, eröffnen dörfliche und städtische Lebensweise mit Handwerken, Transport, Handel, Staat und Dienstleistungen, und später Industrie, für zunehmend mehr Individuen zunehmend verschiedene Felder von Tätigkeiten. Diese müssen sich ebenfalls differenzieren.

Aufgabe von alten und Herausbildung von neuen Zuordnungsmechanismen und damit Übermittlungsweisen angemessenen Verhaltens sowie der dazu nötigen Kenntnisse haben sich ergeben.

Das Ergebnis ist in den Gesellschaften mit entwickelter industrieller Produktionsweise u.a. ein differenziertes gesellschaftliches System von Schu-

len, Prüfungen, Zugangsberechtigungen, Laufbahnen und Auswahlverfahren, mit denen Zuordnung und Training der Angemessenheit des Verhaltens gegenüber den äußeren Verhältnissen bewirkt wird.

Dies alles neben der weiter bestehenden familialen Sozialisation für fast alle und der weiter bestehenden familialen Weitergabe von Eigentumstiteln und Verfügungen für wenige in den kapitalistischen Gesellschaften.

Mit den Differenzierungen haben sich aber auch Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse ergeben. Die Widersprüche in den Verhältnissen und zwischen den Sphären der Tätigkeiten haben sich entfaltet und differenziert. Dabei haben sich die produktiven und die über den Wert organisierten Teile der gesellschaftlichen Verhältnisse auch objektiviert, d.h. versachlicht und verselbständigt, sowie in ihren Wirkungen gegen die Interessen der Produzenten der Werte gewandt (dies der Kern der Kritik von Marx).

Neben verschiedenen Veranstaltungen zur größeren Regulierung des Verhaltens der Menschen, unter anderem durch Gewalt und deren Institutionalisierung als zivile Dauereinrichtung im staatlichen Gewaltmonopol, mußten weitere Mechanismen treten.

Die Vervielfältigung von Vertragsbeziehungen, und der individuell privaten Zusammenhänge, mit der gleichzeitigen Rücknahme von Korporationen und Familien als quasi-öffentlichen Instituten der Regulierung ergaben neue Notwendigkeiten. Wie oben schon angedeutet, wurde das Rechtswesen mit den Zweigen Zivilrecht und Strafrecht als Antwort auf diese Erfordernisse entwickelt.

Mit der Durchsetzung der *Warenförmigkeit der Arbeitskraft* ergab sich eine neue allgemeine Form der *Regulierung*, die sich über die Subjekte selbst vollzieht. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, die Konkurrenz der Arbeitskräfte und der Kapitalien setzt *objektive Interessen*, die sich als *Sorge* um den Arbeitsplatz und um seine Sicherheit oder um den Aufstieg und um das nur durch Erweiterung garantierte Überleben des Kapitals subjektive Geltung verschaffen.

Dieser äußere, aber stumme Zwang der Verhältnisse zur Entwicklung von inneren Mechanismen von *Selbstzwang* ist der theoretische Ausgangspunkt von Marx und Engels in der Deutschen Ideologie.

Er wurde als geschichtlicher Trend zur *Rationalität* etwa von Max Weber ausführlich thematisiert. Als Veränderung der inneren Verhältnisse der Menschen, ihrer psychischen Strukturen ist dies in vielerlei Arbeiten untersucht worden, so unter anderem exemplarisch bei Norbert Elias in seinem *Prozeß der Zivilisation*, und, wie schon erwähnt, bei Kuckherman/Wigger-Kösters in *Die Waren laufen nicht allein zum Markt* und vielen anderen von ihnen herangezogenen Autoren. Als Veränderungen der *Lebensweisen* sind diese Prozesse in vielen Arbeiten der Soziologie ebenfalls für verschiedene Felder umfassend beschrieben worden.

Was bisher fehlt, ist eine theoretische Rekonstruktion der Veränderungen der *Lebensweise* als Zusammenhang der Veränderungen von *Objektiver* und *Subjektiver Vergesellschaftung*.

6. Das Politische

Die inzwischen wohlfeile Feststellung einer praktischen und theoretischen Krise des Marxismus stand am Anfang dieser Überlegungen. Politisches soll auch am Schluß stehen.

Das *Politische* ist eine historisch entstandene gesellschaftliche Sphäre. Klassengesellschaft und Staat scheinen an ihrem Beginn zu stehen und bestimmen sie noch und wieder.

Im *Historischen Materialismus* wurde das *Politische* traditionell dem Überbau zugerechnet. Für differenziertere Analysen der Herrschaft und Hegemonie der Bourgeoisie reicht diese Kategorie nicht aus, wie vor allem aus Gramscis Überlegungen zur Zivilgesellschaft deutlich geworden ist. Aber auch aus dem Feld der Ökonomie hat uns die Analyse der staatsmonopolistischen Zusammenhänge gezeigt, daß viele neue Prozesse im entwickelten Kapitalismus nur als Phänomene der Grenzüberschreitung zwischen Basis und Überbau zu verstehen sind. Für *Sozialismus* als politisch organisierte Vergesellschaftung ist dies sogar die Grundlage - und das Grundproblem.

Auf den ersten Blick allerdings zeigt sich das *Politische* anders. Es ist eine Sphäre der Gesellschaft, die auf der Grundlage von Produktionsweise und Klassenverhältnissen sehr unterschiedlich und variabel strukturiert sein kann. Die Objektivität von Vergesellschaftungsformen der Basis, als notwendige und anonym verselbständigte Verhältnisse, ist dort nicht zu finden. Und das Verhalten der Menschen zum Politischen zeigt, zumal in der bürgerlichen repräsentativen Mediendemokratie, vollends große Belieblichkeit gegenüber den wirklichen Verhältnissen.

Daß sich diese vorgebliche Belieblichkeit nicht in Chaos und Unberechenbarkeit äußert, sondern daß sich relativ stabile, wenn auch etwas verrückte politische Meinungen und Mehrheiten bilden, verweist auf zugrundeliegende geordnete Zusammenhänge.

Zu untersuchen wäre, inwieweit nicht die Erfordernisse, die Strukturen und Ergebnisse der *Subjektiven Vergesellschaftung* für die je einzelnen Individuen regelhafte Bezüge und Möglichkeiten ihres Verhältnisses zum Politischen ergeben.

Sollte es sich zeigen, daß die individuellen Ergebnisse der subjektiven Vergesellschaftung nicht beliebig und unübersehbar zahlreich wären, sondern durchaus regelhafte Zusammenhänge mit der sozialen Lage zeigen, dann könnten daraus sicher auch regelhafte Zusammenhänge des tatsächlichen oder möglichen Verhaltens zum Politischen entwickelt werden.

Erst daraus könnten sich dann Antworten auf die Frage ergeben, inwieweit die Menschen sich der Strukturen und Probleme der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt bewußt werden können, die von ihnen mit hergestellt und getragen werden. Inwieweit nicht die subjektive Perspektive der Notwendigkeit angemessenen Verhaltens und angemessener innerer Verhältnisse, d.h. Herstellung von Entsprechung und Adäquanz, ihnen diese Möglichkeit verwehrt oder bis zur Unerkennbarkeit verstellt.

Und erst daraus könnten sich die Perspektiven für eine Strategie der gesellschaftlichen Veränderung durch vertiefte Einsicht der Menschen in ihre je eigenen Interessenlagen ergeben.

Denn das *Politische* ist ja tatsächlich das organisierte, aber für die Mehrheit unbegriffene Verhalten der Individuen und der Gesellschaft zu ihrer Vergesellschaftung, zu ihrer Produktionsweise, zu ihrer *Selbsterstellung* und zu deren Ergebnissen.

Literatur

Elias, Norbert, Der Prozeß der Zivilisation, Bde 1 und 2, Basel, 1939

Jantzen, Wolfgang, Allgemeine Behindertenpädagogik, Bde 1 und 2, Weinheim u. Basel, 1987; 1990

Kuckherrman, Ralf; Wigger-Kösters, Karin, Die Waren laufen nicht allein zum Markt, Pahl-Rugenstein, Hochschulschriften, Köln, 1985

Marx, Karl; Engels, Friedrich, Die Deutsche Ideologie, MEW Bd 3, Berlin, 1969

Hans Heinz Holz Guiseppe Prestipino (Hg.) **Antonio Gramsci heute**



**Aktuelle Perspektiven
seiner Philosophie**

PAHL-RUGENSTEIN

"Wir müssen überzeugt sein, daß das Wahre die Natur hat, durchzudringen, wenn seine Zeit gekommen, und daß es nur erscheint, wenn diese gekommen, und deswegen nie zu früh erscheint noch ein unreifes Publikum findet ..." Hegel

Hans Heinz Holz: Philosophische Reflexion und politische Strategie bei Antonio Gramsci

Alberto Burgio: Gramsci und die theoretische und politische Frage des Klassenbewußtseins

Andrea Catone: Gramsci, die passive Revolution, unsere Zeit

Guiseppe Prestipino: Vom altmarxistischen Ökonomismus zu Gramscis Staatlichkeitsdenken

Nicolas Tertulian: Gramsci, der Anti-Croce und die Philosophie von Georg Lukacs

András Gedö: Der Marxismus als geschichtliche Philosophie. Gramscis Denkwege im Spannungsfeld von "absolutem Historismus" und materialistischer Dialektik

188 Seiten, fadengebunden, 28,- DM
1992, ISBN 3-89144-118-5

Pahl-Rugenstein Verlag Nachf.
Breite Str. 47 5300 Bonn 1

Thomas Collmer

Das 'falsche Ganze' und die Totalisierung der Wertform.

Zur Aktualität Adornos und Sohn-Rethels

Totalitäre Züge des Kapitalismus

Immer wieder sprachen 1991 bürgerliche Kommentatoren vom 'Ende des Totalitarismus'. Gemeint war die erklärte Hinwendung nun auch der Sowjetunion zu einer 'bürgerlich-demokratischen' Gesellschaftsform. Was dabei allzu leicht in den Blick gerät, sind die totalitären Züge des Kapitalismus selbst. Zwar gilt es, zwischen methodischem Totalitätsbezug und 'Totalitarismus' sorgfältig zu unterscheiden. Doch das Weltmarktprinzip erfordert ja nicht nur methodisch ständig jenen Totalitätsbezug, den Positivisten an dialektischer Argumentation gern als 'unwissenschaftlich' oder 'unverständlich' monierten.¹ Sondern diese die 'one world' sowohl konstituierende als auch regulierende Totalität wird gesichert durch sehr reale Unterdrückungsmechanismen, im Makrobereich etwa durch IWF und Weltbank, die Börsen und jenen monetaristischen Ausgleich internationaler Bilanzen, den Marx mit ironischer Hegel-Anspielung als negative Einheit von Begriff und Wirklichkeit expliziert: "Erst auf dem Weltmarkt funktioniert das Geld in vollem Umfang als die Ware, deren Naturalform zugleich unmittelbar gesellschaftliche Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit in abstracto ist. Seine Daseinsweise wird seinem Begriff adäquat."² Und die Totalisierung der Wertform, als grundlegendes Vermittlungsprinzip der warenproduzierenden Gesellschaft, infiltriert zugleich den Mikrobereich; ihr Geist scheidet sich auch nicht ohne weiteres an 'Wert'-Äquivokationen, sie affiziert die narzißtischen Identifikationsmechanismen, das Selbstwertgefühl, die Massenlebenswerte. Der zum absolutem Selbstbezug sich dynamisierende Tauschwert wird 'Internem' wie 'Externem' oktroyiert, der auf 'res extensa' reduzierten Natur ebenso wie jener Psyche, die Faust dem Teufel überschrieben hat, und jener Menschenwürde, deren Verteidigung die führenden westlichen Industrienationen als ihr Monopol ausgeben, wobei sie zugleich ihre Einwohner dazu zwingen, auf Kosten der Dritten Welt zu leben, mithin alle Menschen entmündigen. Das z.B. der Imperialismus auf Dauer nicht auf die 'friedliche Eroberung' eines Landes verzichten kann, das über ein Viertel der Weltenergieserven verfügt, wird durch das Sprachspiel zu leistender 'Hilfe'

kaschiert. Die von Marx herausgearbeitete strukturelle Maßlosigkeit³, der imperialistische Grundzug und die von Nietzsche konstatierte Entwertung aller Werte, die er als zynischen Nihilismus diagnostizierte, aber nicht der indifferent verwertenden kapitalistischen Gesellschaftsform zurechnete, erweisen sich als drei Seiten derselben aufklappbaren Medaille.

Bezeichnet man als 'totalitär' eine Gesellschaftsform, bei der das Prinzip eines verfestigten, partikulär beherrschten Ganzen sich gewaltsam allen Momenten aufprägt und sich durch die Momente hindurch autopoietisch auf sich selbst bezieht, muß man konzedieren, daß dies auf den Kapitalismus exemplarisch zutrifft⁴: Was Theodor W. Adorno als 'falsches Ganzes' apostrophiert, unter dem ein 'richtiges Leben' nicht möglich sei, muß man heute mehr denn je auf die kapitalistisch sich totalisierende 'one world' beziehen.

Freilich würden heute längst nicht mehr alle Apologeten so weit gehen, die autokatalytisch sich aufspreizende Wertform als Substanzialisierung des Vernünftigen zu erklären: "Dem System fehlt die Vernunft", wie Luhmann ganz sachlich feststellt.⁵ Das zur Selbstgesetzgebung befähigte Subjekt (Sartre), oder Klasse der Lohnarbeiter, droht aufgrund struktureller Infektion und interner Zerfallsprozesse abzudanken. Mit Marx bleibt dem arbeitenden Menschen indessen auch weiterhin die Aufgabe gestellt, eine Versöhnung zwischen entfremdeter Natur und entfremdetem Geist herzustellen - als Selbstversöhnung des Menschen, der ebenso voll und ganz Naturwesen ist wie er auch voll und ganz aus der Natur herausfällt, indem er als gesellschaftliches Wesen einen Gebrauchswert verselbständigt: den Tauschwert. Auf eine vernünftig-fortschreitende (Quasi-)Naturgesetzlichkeit von Geschichte läßt sich dabei nur noch insofern bauen, als Natur mehr und mehr gegen menschliche Machenschaften 'zurückschlägt' und im Antagonismus gegen das Kapital, ebenso paradox

³ Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist "Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos" (Das Kapital I, MEW 23, 167). In Hegels Logik erfolgt der Schritt zur Erscheinung des 'Wesens' dadurch, daß das qualitative Quantum, das Maß, in der Maßlosigkeit sich selbst als Maß findet und zugleich herabsetzt (vgl. Enzyklopädie I, § 109; Werke ed. Moldenhauer/Michel (suhrk.) Bd. 8, 227 f.); ganz analog bestimmt sich bei Marx der sich selbst verwertende Wert, das Kapital - im Durchgang durch die "absolute Indifferenz" (Hegel; vgl. Wissenschaft der Logik I, Werke Bd. 5, 445 f.) - als das in sich reflektierte Sein, wodurch das eigentlich Bestimmende, also die ausgebeutete Natur und die zur Mehrwertproduktion und als Abstraktionsbasis vereinnahmte gesellschaftliche Arbeit, usurpiert und fremdbestimmt werden, womit aber zugleich die seine Anhängigkeit nicht einbekennende, sich schlecht-unendlich auf sich selbst fixierende (d.h. mit Hegel: 'wahrhafte' Unendlichkeit nur vortäuschende) Reflexionsstruktur des Kapitals in einen dialektischen Widerspruch gerät, der zumindest in den genannten zwei Hinsichten - also hinsichtlich der geknechteten Natur und hinsichtlich der geknechteten Arbeit(er) - einen unversöhnlichen Antagonismus darstellt.

⁴ Damit soll nicht bestritten werden, daß umgangssprachlich der Ausdruck 'totalitär' oft spezifisch zur Charakterisierung bestimmter Rechtssysteme verwendet wird, und daß diesbezüglich der Kapitalismus historisch eine große Bandbreite von Formen entwickelt hat (vom Liberalismus bis hin zum Faschismus).

⁵ Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie (1984), Frankfurt a.M. 1987, 134

¹ Vgl. Theodor W. Adorno u.a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt & Neuwied 1969, wo insbes. Hans Albert sein Unverständnis äußert.

² Das Kapital Bd.I, MEW 23, 156

wie plausibel, denjenigen Antagonismus aufgreift und weiterführt, auf dem die Eskalation des Unvernünftigen auch weiterhin basiert: den von Lohnarbeit und Kapital.

Wenn in einer Relation ein Relat die Maßlosigkeit als sein Maß setzt und über diese Selbstfixierung als Wesen nicht bloß das andere Relat, sondern tendenziell alle Sinnhorizonte der Relation zu sich einholt, geschieht das, was Hegels Wesenslogik keineswegs bloß metaphorisch lehrt: In dieser abstrakten Identität bricht der verdrängte Widerspruch wieder auf, und das zum Unwesen sich aufspreizende Wesen 'geht zu Grunde', reißt dabei wohl noch diverse der vereinnahmten Relate und Sinnhorizonte mit. Wo Menschen sich, 'funktionierend', hinter sich selbst propellierenden Sachzwängen verstecken und, vermittelt durch das falsche Ganze, einander wechselseitig dahin bringen, daß der nicht mehr verwertbare Gesamtschaden, den niemand wollen kann, eintritt, hat die mit sich selbst zerfallene, gesellschaftlich deformierte, in der Selbstkritik und internen Überschreitung von Deformation und Entfremdung sich unausweichlich überfordernde menschliche Natur und Vernunft einen schweren Stand. Der Modeausdruck 'Postmoderne' hat insofern einen rationalen Sinn, als gegenwärtig niemand sagen kann, ob es noch immer 'fünf vor zwölf' oder nicht vielleicht schon 12.15 Uhr ist: Klar ist jedenfalls, daß die Welt nicht mehr ewig auf die Abschaffung des Kapitalismus warten kann.

"Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward", so beginnt Adornos *Negative Dialektik*. Hat es aber 'den' Moment je gegeben, die Abzweigung aus dem Kontinuum, nach der Marx, Lenin oder Che Guevara gesucht haben? War die Erfindung der Geldwirtschaft vielleicht doch ein allzu kräftiger Anstoß für das aus sich selbst rollende Rad? Ist nicht mit der ursprünglichen Differenzierung von Gebrauchswert und Tauschwert, nützlicher Arbeit und abstrakter Arbeit, Naturalform und Wertform der Ware die dialektische Entwicklung des Wertausdrucks schon vorprogrammiert, von der einfachen Wertform über die entfaltete Wertform und Geldform, über den sich auf sich beziehenden Wert (eben das sich selbst verwertende Kapital) bis hin zum Ausgleich internationaler Bilanzen? Es ist nie wirklich gelungen, dieser sich entfaltenden 'Anarchie' eine vernünftige, bewußte gesellschaftliche Planung entgegenzusetzen, die jenen 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' hervorgebracht hätte, der auch heute noch das Ziel des offenen Projektes 'Moderne' bleiben muß. Die Suche nach der möglichen Abzweigung gehört unabdingbar zu diesem Projekt, die Verpflichtung, zu ihrer Herstellung beizutragen, besteht auch in Zeiten, wo es um die Realmöglichkeit ihrer Verwirklichung schlecht bestellt ist.

Erfolgsversprechender Übergang zum Sozialismus wird künftig sicherlich nur noch auf 'one world'-Ebene möglich sein⁶, d.h. über eine wesentlich

⁶ Vgl. Friedrich Tomberg, Auf dem Weg zur demokratischen Weltgesellschaft. Die Sackgasse des Sozialismus in einem Land, in: Z Nr.4/Dez.1990, 113-120. Dabei schwebt Tom-

modifizierte UNO-Struktur, von oben und von unten zugleich - nämlich dann, wenn sich noch deutlicher als heute zeigt, daß der Kapitalismus die zentralen Probleme der Gegenwart nicht lösen kann. Entweder alle zusammen, oder es funktioniert nicht - wie realistisch dieser scheinbare Utopismus war, den Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* vertraten⁷, sieht man spätestens jetzt. Schon immer galt es, die kapitalistische Weltmarkttotalität durch eine andere Globalstruktur zu ersetzen - das meinte der vielbeargwöhnte Ausdruck 'kommunistische Weltrevolution'. Insofern war jener 'Totalitarismus', den die bürgerliche Seite dem Marxismus-Leninismus stets vorhielt, nie etwas anderes als der Versuch einer Antwort auf den bereits bestehenden Totalitarismus des Kapitalismus. Reduzierte Strategien - Sozialismus in einem Land, Revolutionsexport, friedliche Koexistenz, 'Zweite Welt'- brachten keine Globalstruktur zustande, und so ist auch der Gorbatschowismus an dem Dilemma gescheitert, die Weltmarkt-Vorgaben des Kapitalismus sowohl zugrundelegen als auch intern negieren zu müssen.

Die Aktualität der Dialektik

Ist das Maß aller Dinge, die nicht ihr eigenes Maß sind, sein eigenes Maß, oder nicht? Offenbar wird es nur dann sein eigenes Maß sein, wenn es nicht sein eigenes Maß ist. Und in der Tat ist ja die strukturelle Maßlosigkeit des Kapitals auf Sand gebaut: Naturbasis und lebendige Arbeit als jener Sand im Getriebe, der unter Umständen zum Treibsand werden kann. Man kann somit das totalisierende Oktroyieren der negativ-selbstbezüglichen Wertform bzw. den Rücklauf des Kapitals über das Vereinnahmte in sich selbst als eine echte Antinomie formulieren, analog der Russellschen 'Menge aller Mengen, die sich nicht selbst enthalten', und unzähliger ähnlicher Strukturen, von denen bereits Hegel mit Recht meinte, sie ließen sich in jedem Grundbegriff aufweisen.⁸ Eine andere wichtige Antinomie erhält man, wenn man das 'Nichtidentische' im Sinne Adornos strikt fundamentalisiert: Da man dieses als Anti-Struktur-Moment stets Offenzuhaltende über alle erdenklichen Strukturen und Anti-Strukturen totalisieren und also eine Selbstanwendung vornehmen muß, stellt man fest, daß

berg jedoch, so scheint es, lediglich ein modifizierter Weltkapitalismus, mit Sozialbindung und ohne den Druck des hemmungslos funktionierenden Weltmarktes, vor.

⁷ "Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker 'auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt" (MEW 3,35; vgl. auch ebd., 68). Ähnlich heißt es bei Engels in den Grundsätzen des Kommunismus: "Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem anderen geschieht" (MEW, 4,374).

⁸ Vgl. Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie III, Werke Bd. 20, 356.

das Nichtidentische genau dann mit sich selbst identisch sein wird, wenn es *nicht* mit sich identisch ist.

Mit A. Kulenkampff⁹ muß die Antinomie als ein Kernmoment von Dialektik begriffen werden, und eben hier, wo der abstrakte Verstand in ein zirkelhaftes Ineinanderübergehen kontradiktorischer Bestimmungen hineingerissen wird, zeigt sich, inwiefern er schon immer zu dialektischer Selbstkritik im Sinne Hegels genötigt ist. Hegelsche 'Negativität' ist Überschreiten und Rückkehr-in-sich als basale Selbstreferenz, d.h. die Struktur von Grenzziehung selbst ist antinomisch (die zweite Negation, oder Negation der Negation, ist insofern der ersten Negation (= Grenze/Schranke) vorgeordnet); und dieser Mikrostruktur entspricht im Makrobereich die Antinomie eines Unbedingten, das genau alles das bedingt, was sich nicht selbst bedingt - d.h., das 'System aller Systeme' oder der 'Horizont aller Horizonte' bleiben immanent widersprüchlich.

Es läßt sich zeigen, daß man bei einer Antinomie oder Paradoxie immer nur von einem mehr oder weniger geglückten *Versuch* einer vollständigen Internalisierung des Bedingungs Zusammenhangs sprechen kann; entsprechend hat sich laut Hegel der Widerspruch, wenn er abstrakt diagnostiziert wird, implizit auch schon spekulativ aufgelöst, und es kommt nun darauf an, dies zu explizieren durch zeigendes Einholen von Relevanzrelationen, auf die, als etwas bereits Zugrundeliegendes, je schon vorgegriffen wurde - nur dadurch kann, über kreative Regelanwendung, Anschlußfähigkeit gesichert werden, so daß es nicht beim statischen Oszillieren einer sich immer von neuem herstellenden Äquivalenz zwischen einer Aussage und ihrer Negation (eben einer Antinomie) bleibt. Ein grundlegendes Problem ist nun, daß es nicht immer *eine* bestimmte Negation gibt, also auch kein Patentrezept dafür, blockierende Widersprüche generell in eine *produktive* Dialektik aufzulösen. Daran scheitert jeder Versuch, Dialektik als *geschlossenes* System zu konstruieren, wie es nach Hegel vor allem der 'orthodoxe' Diamat wollte¹⁰; es ist dann auch nicht mehr möglich, historischen, ontologischen und methodischen Primat ohne weiteres in einen Topf zu werfen und Methodologie mit Objektivismus *unmittelbar* zu verquicken.

⁹ Vgl. Antinomie und Dialektik. Zur Funktion des Widerspruchs in der Philosophie, Stuttgart 1970. An diese noch unter dem Eindruck des Positivismusstreits entstandene, in ihrer Bedeutung oft unterschätzte Arbeit Kulenkampffs wurde mittlerweile mehrfach angeknüpft: Siehe Thomas Kesselring, Die Produktivität der Antinomie, Frankfurt a.M. 1984; Herbert Schnädelbach, Dialektik und Diskurs, in: ders., Vernunft und Geschichte, Frankfurt a.M. 1987, 152-76; Thomas Collmer, Aktuelle Perspektiven einer immanenten Hegel-Kritik. Negative Totalisierung als Prinzip offener Dialektik, Gießen 1992 (die Arbeit erscheint im Herbst beim Focus Verlag).

¹⁰ Vgl. z.B. P.V. Kopyn, Dialektik - Logik - Erkenntnistheorie. Lenins philosophisches Denken, Erbe und Aktualität (orig. 1969), Berlin 1970.

Ich kann das alles hier nicht näher erläutern, sondern behandle den Dialektikbegriff an anderer Stelle ausführlich.¹¹ Hinweisen möchte ich darauf, daß es ohne eine differenzierte Widerspruchslogik m.E. überhaupt nicht möglich ist, zu begreifen, wie unter dem verzehrenden Schirmdach des Kapitalismus Vereinheitlichung und Zerfall, Beschleunigung und Regression, Überkomplexität und Ultravereinfachung, Verfestigung und Implosion so bemerkenswerte Fusionen eingehen.

- Stichworte zur 'Vereinheitlichung' sind: 'one world'; die Ware als ökonomische Zelle; Konzentrationsprozesse (bei Lenin wird bekanntlich der Imperialismus vom Begriff des Monopols aus expliziert¹²); die personale 'Identität' des identifikations- und wertformgepöppelten Lebensläufers, der sich auf Märkten zu bewähren hat.

- 'Zerfall' manifestiert sich am auffallendsten im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, in der Aushöhlung und Verschiebung von Werten/Wertausdrücken, in der Zersplitterung an sich bestehender Klassen zu Pseudo-Integrierten und disparaten Randgruppen, im konstitutiv gespaltenen Narzißmus¹³ der ohnmächtig Vereinzelten.

- Mit 'Beschleunigung' meine ich eine 'dromokratische' (Virilio¹⁴) Politik des Zeitdrucks und der vollendeten Tatsachen, wie im Falle des Zusammenzimmerns der deutschen Einheit¹⁵ oder des den Putsch der Allzu-Konservativen beantwortenden Jelzin-Putsches; ich meine aber auch die elektronische Revolution, die Fetischisierung schnellschußorientierter kommunikativer Selbstdarstellung etc.

- Bei 'Regression' denke man an die zu beobachtenden Rückfälle in Nationalismus und Volkstümelei, als Kehrseite des Drucks der 'one world'; an die überall grassierenden primitiven kollektiv-narzißtischen Regressionsformen, als Ausländerhaß, Sektiererei, Idolkult, im Konsumverhalten, bei Sportveranstaltungen, in instabilen Größenphantasien und psychosozialen Störungen aller Art.

- 'Verfestigung' besagt u.a. die von Adorno betonte Tatsache, daß die Sprengkraft der Produktivkräfte von den sie fest an sich bindenden Produktionsverhältnissen lahmgelegt und zu deren Selbststabilisierung umgebogen wird.

¹¹ Siehe dazu meine in Anm. 9 genannte Arbeit, die u.a. die wohl erste diskurstheoretische Explikation Hegelscher Dialektik enthält.

¹² Siehe dazu Fritz Kumpf, Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismus-Analyse. Eine Studie zur dialektischen Logik, Berlin 1968.

¹³ Narzißmustheoretisch orientiere ich mich vor allem an Jacques Lacan, Schriften (Ecrits, 1966) Bd. I-III, wiederveröff. Weinheim & Berlin 1986.

¹⁴ Vgl. Paul Virilio, Geschwindigkeit und Politik. Ein Essay zur Dromologie (Vitesse et Politique. Essai de Dromologie, 1977), Berlin 1980.

¹⁵ Siehe dazu Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990, insbes. 138-88.

- 'Implosion' meint in erster Linie den Umstand, daß Überakkumulation, Überschuldung (vgl. die US-Rezession), Vergeudung und destruktive Fehleinsätze von Kapazitäten das 'Zusammenbruchsgesetz' (Marx) dennoch bestätigen, nur daß sich dessen Vollzugssubjekt insgesamt vom Proletariat zur Natur selbst hin verschiebt; zu denken ist aber auch daran, daß leerlaufender Individualismus bei scharfer indirekter Verwaltung und Wertform-Steuerung die Fragilität aller zwischenmenschlichen Beziehungen befördert.

- Kurz: die von bürgerlichen Wissenschaftlern oft beargwöhnte Verbindung von methodischem Totalitätsbezug und 'Logik des Zerfalls' (Adorno) kann sich gerade heute auf ein hohes Maß von Plausibilität und Aktualität berufen. Hegels vorweggenommener Abgesang auf die bürgerliche Epoche¹⁶; noch immer nicht von der Realität eingeholt und überholt. Denn im siegreichen System, das nun die Splitter des anderen heimsucht, kaschiert sich, wie Hegels Logik es lehrt, Negativität als abstrakte Identität und biegt sich schlecht-unendlich auf sich selbst zurück, fixiert sich. Daß die zu Unrecht populäre Formel These/Antithese/Synthese schon immer bloß vulgärdialektisch war (Hegel nannte sie das "geistlose Schema der Triplizität"¹⁷), wird einmal mehr illustriert durch die gegenwärtig im Weltmaßstab relevante Struktur: Primäre Totalität, interne Negation des bestimmten Gegensatzes, der hereingeholt wird in die wieder mit sich selbst sich zusammenschließende Totalität - und im Zuge dieser Heimholung abstrakt ausgeschlossen bleibt, denn offensichtlich hat man es nicht nötig, die Errungenschaften des Anderen zu einer neuen Synthese zu verarbeiten: das Beispiel DDR hat es gezeigt. Hinweise auf sozialstaatliche Errungenschaften, die dem Kapitalismus von der Arbeiterbewegung aufgenötigt wurden, ändern daran wenig: Nicht die Konvergenztheoretiker können sich bestätigt fühlen, sondern allein diejenigen, die stets den Antagonismus betont haben.

Konzeption der 'Zentralreferenz'. Tauschprinzip und Wertgesetz

Die klassische Dialektik von Wesen und Erscheinung greift man wohl am besten im Sinne des von J. Ritsert und W. Bonß skizzierten 'Indizienparadigmas'¹⁸ auf: Ritsert schlägt vor, auf Adornos 'Strukturgesetz'¹⁹ als eine "Basisrelation"²⁰ zurückzugreifen und sie mit ei-

¹⁶ Vgl. Shlomo Avineri, Hegels Theorie des modernen Staates (Hegel's Theory of the Modern State, 1972), Frankfurt a.M. 1976.

¹⁷ Vgl. Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie III, Werke Bd. 20, 385.

¹⁸ Vgl. W. Bonß, Empirie und Dechiffrierung von Wirklichkeit. Zur Methodologie bei Adorno, in: v. Friedeburg/Habermas (Hrsg.), Adorno-Konferenz 1983, Frankfurt a.M. 1983, 201-25; J. Ritsert, Indizienparadigma und Totalitätsempirie, ebd., 226-33.

¹⁹ Vgl. Th. W. Adorno, Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? (1968), in: ders., Soziologische Schriften I (text- u. seitenidentisch mit Gesammelte Schriften Bd. 8), Frankfurt a.M. 1979, 356.

nem Typus von Kontext- oder Konnexerklärung zu verbinden. Thematisierung von Einzelfällen und -aspekten erfolgt so unter totalisierendem Rekurs auf eine "Zentralreferenz"²¹, d.h. bestimmte Grundannahmen über das systemkonstitutive Vermittlungsprinzip einer Gesellschaftsform. Es gilt nun, den Zusammenhang zwischen einem theoretischen und einem empirischen Verweisungsnexus möglichst analog der Hegelschen 'Begriffsbewegung' als selbstexplikatives und selbstabstraktives Vermittlungsverhältnis zwischen Allgemeinem, Besonderem und Einzelem zu konstruieren. Die Thematisierung erfolgt basal-reflexiv aus einer Teilnehmerperspektive heraus, d.h. der Subjekt-Objekt-Gegensatz ist in eine historisch-dialektische Perspektive interiorisierter Exteriorität und exteriorisierter Interiorität aufgehoben, weder ohne überschüssigen Rest noch unter Nivellierung erkenntnisleitender Interessen.

Entscheidende Bedeutung kommt der sachgerechten Inansatzbringung der Zentralreferenz zu. Nun hat bekanntlich Adorno immer vom 'Tauschprinzip' als einer ebenso konstitutiven als regulativen Basisrelation gesprochen. Damit wird auf die Verselbständigung des Tauschwertes gegenüber dem Gebrauchswert, der abstrakten Arbeit gegenüber der unmittelbar nützlichen hingewiesen, vielleicht auch noch auf die relative Verselbständigung der Zirkulation gegenüber der Produktionssphäre im modernen Kapitalismus. Dennoch bleibt diese Redeweise irreführend und unzureichend. Sie verweist korrekt auf die Tatsache, daß die Relation des *Aquivalententauschs* von allen Mitgliedern der warenproduzierenden Gesellschaft zugrundegelegt wird, macht aber nicht sichtbar, daß dies im Kapitalismus zum Zwecke einer systematisch-strategischen *Verletzung* dieses Prinzips geschieht, durch Abpressung unbezahlter Mehrarbeit, Preis- und Zinsspekulation usw. Erst damit erhält die Relation die Form einer spezifischen Variante des dialektischen Widerspruchs, nämlich die einer Sinnrelation, auf die beide Relate grundlegend bezogen sind, so daß sie ihren Sinn (wie ihre Verwendung bzw. die Praxis offenbart) nur aus dieser Relation gewinnen, gegen die sie aber zugleich verselbständigt sind und die sie intern negieren, indem sie als Relate gegeneinander in ein Verhältnis wechselseitigen Sichausschließens bei gegenseitigem Aufeinanderbezogen-sein eintreten.

Einen *spezifischen* Charakter erhält die Form des Widerspruchs dadurch, daß ein Relat (Kapital) den Primat über das andere (Lohnarbeit) usurpiert und dadurch einen allseitig verschobenen Bezug auf die Basisrelation er-

²⁰ Indizienparadigma und Totalitätsempirie, a.a.O., 232.

²¹ Jürgen Ritsert, Praktische Implikationen in Theorien, in: ders. (Hrsg.), Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie, Frankfurt a.M. 1976, 65. Neben diesem Band siehe vor allem: J. Ritsert/II. Brunkhorst, Theorie - Interesse - Forschungsstrategien. Probleme kritischer Sozialforschung, Frankfurt a.M. & New York 1978. Des weiteren von Ritsert: Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie, Frankfurt a.M. & New York 1988; ders., Das Bellen des toten Hundes. Über Hegelsche Argumentationsfiguren im sozialwissenschaftlichen Kontext, Frankfurt a.M. & New York 1988.

zwingt (eine Art Kettenreaktion, i.S. eines aus sich selbst heraus reicher werdenden Logos). Bezogen auf die Totalität Weltmarkt: Indem der kapitalistische Block, als Partikulares, sich zur Totalität aufspreizte und anderen Elementen gegenüber das supponierte Äquivalenzprinzip systematisch verletzte, geriet der sich konstituierende sozialistische Block in die Situation, die veränderte Relation (Weltmarkt) für sich zugrundelegen und seinerseits eine Form ungleichen Austauschs (Subventionismus) betreiben zu müssen, d.h. der Weltmarkt, von dem man real abhängig blieb, wurde präsupponiert und unter bestimmter Negation der 'Ersten Welt' zugleich intern negiert durch Schaffung eines sozialistischen Gegenmarktes (RGW, 'Abschottung'); dabei blieb man auf Devisengeschäfte mit dem Kapitalismus angewiesen und wurde durch seine Sperrlisten und Kreditzinsentilgungsdiktate real getroffen, um so mehr, als sich im eigenen Sektor vielfältige Formen herausbildeten (Privilegiensystem, Schattenwirtschaft), die selbst wieder das Äquivalenzprinzip nur zugrundelegten, um es strategisch zu verletzen. So entstand eine vielfältig verschachtelte und in sich gespaltene, doch in ihrer Totalität durch jene 'erste' Verletzung (Kapital versus Lohnarbeit) intern infizierte Struktur. Man 'konnte' fortan das Äquivalenzprinzip nur noch befolgen, indem man es *nicht* befolgte. Eine durch Selbstverschleierung noch gesteigerte Form der Lebenslüge ist die kapitalistische 'Entwicklungshilfe': Man heuchelt humanen Ausgleich des durch den 'harten Weltmarkt' geschaffenen Drucks und raffiniert/perfektioniert dabei nur die gelegnete Ausbeutung. Das Induzieren praktischer Dilemmata gehört zu den auffallendsten Überlebenskünsten des Kapitalismus; darum kann das 'falsche Ganze' nur als Ganzes beseitigt werden.

Mit Recht haben C. Daniel²² und auch Ritsert darauf bestanden, Adornos 'Tauschprinzip' sei im Sinne des Marxschen Wertgesetzes zu präzisieren. Nun ist allerdings nicht ohne weiteres klar, wie eng und spezifisch man die Bezeichnung 'Wertgesetz' am besten fassen soll. Die Rede von 'dem' Wertgesetz ist wohl gerade mit Blick auf Marx einigermaßen diffus, denn hier wären mehrere unabdingbare Aspekte zu nennen: Die "Substanz" des Wertes ist die Arbeit, sein Größenmaß die Arbeitszeit. "Waren, worin gleich große Quanta Arbeit enthalten sind oder die in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, haben (...) dieselbe Wertgröße."²³

Der Begriff 'abstrakte Arbeit' verweist aber gerade auf ein Problem, nämlich auf die Schwierigkeit, reinen Zeitaufwand, Produktivkräfte, Intensität, gesellschaftliche 'Nützlichkeit' usw. quasi miteinander zu verrechnen. Nur bedingt läßt sich hier generalisieren: "Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner die in ihm kristallisierte Arbeitsmasse, desto kleiner sein

²² Vgl. Hegel verstehen. Eine Einführung in sein Denken, Frankfurt a.M. & New York 1983, 234 f.

²³ Das Kapital Bd. I, MEW 23,54

Wert"²⁴ usw. Man muß Sohn-Rethel darin zustimmen, daß die Wertform *in gewisser Weise* "für die Arbeit blind" ist²⁵, geradeso wie sie das zu verwertende Konkrete vergleichgültigt. Weiter: Die Form, die den Wert zum Tauschwert stempelt, kann nicht ohne jene Verselbständigung des Tauschwertes, die durch die Geldform wesentlich dynamisiert wird, analysiert werden, denn Tauschwert ist in nuce bereits sich auf sich selbst beziehender Wert, Kapital. Was in Adornos Rede vom 'Tauschprinzip' nicht zum Ausdruck kommt und jedenfalls mitgemeint ist, wenn, oft leider ähnlich plakativ, vom 'Wertgesetz' gesprochen wird, ist jener Zwang zur Selbstverwertung und Mehrwertproduktion, ohne dessen explizite Berücksichtigung nie und nimmer das Strukturgesetz des Kapitalismus erfaßt wäre. Wer Wert sagt, sagt auch Mehrwert, d.h. Exploitation; wer Selbstverwertungszwang sagt, sagt strukturelle Maßlosigkeit und relative Verselbständigung der Zirkulation; und wer Akkumulationszwang sagt, hat implizit bereits das Zusammenbruchsgesetz im Visier (in welcher Form auch immer: sei es, daß der Kapitalismus an sich selbst erstickt). Was unter 'Wertgesetz' figuriert, muß als ein Ensemble von Gesetzeshypothesen, Grund- und Hintergrundannahmen, Regeln und Explikationen angesehen werden, bildet mithin selbst einen 'theoretischen Verweisungszusammenhang'.²⁶

Nun war Adornos These bekanntlich die, daß das 'Tauschprinzip' alle Beziehungen der Menschen untereinander usurpiere und damit auch den Selbstbezug jedes einzelnen, sein Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl, seine Idealfunktion. Diese Aspekte sind mitimpliziert, wenn ich vorschlage, von einer systemkonstitutiven *Totalisierung der Wertform* zu sprechen. Wie das zu verstehen ist, bedarf freilich weiterer Untersuchung, und dabei ist die Auseinandersetzung mit Alfred Sohn-Rethel, der in bestimmtem Sinne zur Kritischen Theorie gerechnet werden muß, ebenso wichtig wie die mit Adorno.

'Realabstraktion'. Grenzen der Sohn-Rethelschen Ableitung

Sohn-Rethel hat plausibel gemacht, daß Warenabstraktion und Tauschabstraktion - als 'Realabstraktionen', wie er sagt - das abendländische Denken in entscheidendem Maße mithervorgebracht und befördert haben

²⁴ Ebd., 55

²⁵ Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis (1970), Frankfurt a.M. 2. Aufl. 1971, 191

²⁶ Das ist übrigens keineswegs ein Einwand, ebensowenig wie es als Einwand, sondern vielmehr als eine innere Konsequenz eines jeden dialektischen Theorietypus angesehen werden sollte, daß er im Sinne der Hegelschen Reflexionslogik selbstimplikativ und selbstexplikativ, selbstabstraktiv und selbstkonstitutiv strukturiert ist. Ein Einwand ist nur dann gegeben, wenn die Konzeption, statt grundlegende Offenheit zu wahren, einen Selbstabschluß produziert, der jenen selbstkritischen Grundzug, um dessentwillen der 'abstrakte Verstand' überhaupt immanent genötigt ist, zur Dialektik überzugehen, immanent ver-
letzt.

dürften.²⁷ Allerdings läßt sich das interne Spannungsverhältnis von historisch-materialistischer 'formgenetischer' Erklärung und transzendentallogisch-kritischer Möglichkeits- und Geltungsreflexion, die Sohn-Rethel skizziert, methodologisch nicht überzeugend auflösen. Unbestreitbar verbirgt sich in dem, was Kant für ahistorisch hielt, gesellschaftliche Arbeit, wie Adorno im Einklang mit Sohn-Rethel meint; insofern stellt sich die Aufgabe einer 'Umwendung der subjektiven Reduktion'.²⁸ Doch gerade wenn man die historische Dimension bewußt einbezieht, läßt sich kein mögliches (und was heißt hier "funktionsverwandtes"?²⁹) Substitut für die methodisch sowieso unhaltbare 'transzendente Deduktion' finden, wo Kant eine - auch noch lückenhafte! - Urteilstafel zur Erkenntnisbasis überhöht und auf das transzendente 'ich denke' zurückbezieht.

Sohn-Rethel hätte den Transzendentalismus lieber eindeutig verwerfen sollen, anstatt (wie heute K.O. Apels Transzendentalpragmatik und in ihrem Gefolge der Rechtshegelianer V. Höhle) uneinlösbare Hoffnungen zu wecken. Denn zu viele Fragen bleiben offen: Wenn z.B. die Tauschabstraktion, welche die 'reinen Verstandesbegriffe' hervorbringt, "insgesamt aus einem gesellschaftlichen Postulat" entspringen soll³⁰ - dem Postulat, "daß die Waren in ihrer Tauschrelation einander gleich gelten sollen ungeachtet ihrer faktischen Verschiedenheit"³¹ - dann sind hier Reflexionsbegriffe wie 'Einerleiheit und Verschiedenheit' (Kant), welche die Aufstellung eines solchen Postulates erst ermöglichen, offensichtlich schon vorausgesetzt. (Indessen war es ja auch Kant nicht gelungen, den systematischen Zusammenhang zwischen Reflexionsbegriffen und Kategorien deutlich herauszuarbeiten; ein Manko, das Hegel nur um den Preis einer gewissen Nivellierung von Denken und Erkennen zu beheben vermochte).

Wie sollte Sohn-Rethel übersehen haben, daß man implizit bereits Gebrauch von Kategorien wie Einheit, Vielheit, Negation, Begrenzung, Möglichkeit usw. und von Reflexionsbegriffen wie 'Einstimmung und Widerstreit' machen muß, um die Elementarform der Ware und das Prinzip des Äquivalentenstausches überhaupt konzipieren zu können, aus denen also jene nicht einfach 'deduziert' werden können? Wenn es bei Sohn-Rethel heißt: "Der Austausch *abstraktifiziert* diese Elemente zu reinen Formen, er

²⁷ Siehe die in Anm. 25 genannte Arbeit, sowie ebenfalls von Alfred Sohn-Rethel: Technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus (1971), in: R. Vahrenkamp (Hrsg.), Technologie und Kapital, Frankfurt a.M. 1973, 11-38; Das Geld, die bare Münze des Apriori (1976), wiederveröff. Berlin 1990

²⁸ Vgl. Negative Dialektik (1966), Frankfurt a.M. 2. Auflage 1980 (text- und seitenidentisch mit Gesammelte Schriften Bd. 6), 178 f.; siehe ebenfalls von Adorno: Zu Subjekt und Objekt, in: ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, 151-68 (dazu Sohn-Rethel, Geistige und körperliche Arbeit, 68 ff. Anm. 24).

²⁹ Geistige und körperliche Arbeit, 19

³⁰ Ebd., 80

³¹ Ebd., 81

schaft sie aber nicht"³², so wäre dies wohl auch auf die dispositionellen Begriffsmomente zu beziehen. Der Tausch drückt der Totalität aller Geldbesitzer sein 'Identitätsprinzip' (Adorno) auf. In der geprägten Münze, als sichtbar gemachter Geldform, ist die Logik der Anreizung enthalten. Diese ist für Sohn-Rethel stärker von ihrer Rückgebundenheit an Gebrauchswert und lebendige Arbeit abgelöst als für Marx. Es gilt, Wertform und Arbeit *auch* auseinanderzuhalten - dieses 'auch' darf aber nicht entfallen³³, denn Arbeit bleibt ja unabdingbar Basis von Wertschöpfung und Mehrwertproduktion. Dabei wäre jeweils Hegels Dialektik von Konkrektion und Abstraktion sinnvoll heranzuziehen, die nicht einfach als 'idealistisch' abgetan werden kann. Obzwar die Scheidung von Kopf- und Handarbeit "den Dichotomien der Philosophie"³⁴ - also auch der damit selbst aufgestellten! - zugrundeliegen mag, ist es doch unsinnig, dialektische Methodologie pauschal in die 'Geschichte falschen Bewußtseins' abschieben zu wollen und gleichwohl die eigene, explizit nur 'zeitbedingte' Erkenntniswahrheit zur Möglichkeitsbedingung der realen Aufhebung jener Trennung von Hand und Kopf zu bestimmen, die es ermöglichen soll, die Rede von 'Wahrheits- und Erkenntniswerten' zu desavouieren.

Trotz gebotener Vorbehalte bleibt es Sohn-Rethels Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, in welchem hohem Maße in Fetischisierungen von 'reinem Denken' oder 'Bewußtsein überhaupt' eine undurchschaute Fetischisierung der Wertform tätig sein mag. Einschränkend muß, auch gegen Adorno, betont werden: die 'synthetische Einheit der Apperzeption' weist bei Kant zwar die fundamentale Ambiguität eines transzendentallogischen Prinzips mit wesentlich explikativer Bedeutung und zugleich eines quasi-physiologischen Verstandesvermögens auf (mitunter sogar noch den Status eines psychologischen Faktums), sichert aber (so Kant ausdrücklich!) nicht die Einheit der Person und präjudiziert auch nicht ethisch-praktisches Selbstbewußtsein, hat keineswegs sogleich etwas mit dem ominösen 'intelligiblen Ich' zu tun. Richtig ist, daß bei Kant, ob gewollt oder nicht, mit der Rückgebundenheit des transzendentalen an empirisches Selbstbewußtsein die Gesellschaft Einzug hält. Nun, für derartige Vergrößerungen entschädigt der von Sohn-Rethels Konzeption zugrundegelegte Totalitätsbezug: Dem Weltmarkt entspricht die "funktionelle Einheit aller kommunizierenden Tauschgesellschaften".³⁵

Damit ist potentiell eine Ebene erreicht, die das heute vielfach überschätzte Kommunikationsparadigma auf sein historisch-materialistisches Substrat zurückverweist: Wertform und Tauschprinzip werden als konstitutiv für *beides* in den Blick genommen, Selbstbewußtsein (mentalistsches Paradigma) und Kommunikation. Damit ist zugleich eine Dimension auf-

³² Geistige und körperliche Arbeit, 77 (Hervorhebungen von Sohn-Rethel)

³³ Vgl. ebd., 192

³⁴ Ebd., 93

³⁵ Ebd., 53

gewiesen, die eine Erklärung und Kritik der - von Luhmanns Systemtheorie im Grunde affirmativ konstatierten - funktionalen Entmündigung menschlicher Handlungssubjekte ermöglicht. In einer Dialektik von Personalisierung und Depersonalisierung werden Menschen darauf konditioniert, sich gemäß Warenschema und Wertform für Kommunikation und Konkurrenz zurechtzustilisieren: Narzißtische Selbstfetischisierung soll sie für die Folgelasten der verordneten Selbstkontrolle entschädigen und Konformität sichern. "Der Tausch sorgt selbst für seine Blindheit als gesellschaftlich-synthetische Verkehrsform"³⁶, durch ihn organisiert sich jener 'Verblendungszusammenhang' (Adorno), von dem Habermas und Apel den Kern von Kommunikation freisprechen möchten. Das oktroyierte Tauschprinzip wird zum Kristallisationsgefäß von Klassenherrschaft; entsprechend hat Adorno das 'Identitätsprinzip' nicht zuletzt herrschaftskritisch formuliert.

Ideologie und Reflexion. Status des Gesamtarbeiters ?

Bei Sohn-Rethels Hervorhebung der "wechselseitigen Eigentumsexclusion"³⁷ darf man m.E. durchaus an die von Quine nachgewiesene Möglichkeit denken, mit der Wahrheitsfunktion der Exclusion alle anderen Wahrheitsfunktionen auszudrücken - auch wenn es hier um eine strenge Deduktion der Urteilsfunktionen und Kategorien nicht gehen kann. Eine 'Ontologie des falschen Zustandes' läßt sich auf diese Weise nicht gewinnen. Indessen bedarf ja die neue Kernfrage "Wie ist gesellschaftliche Synthesis durch Warenaustausch möglich?" im Grunde keiner mit Kant konkurrierenden Ableitung, sie zielt eher auf die Erklärung einer bestimmten herrschaftsbezogenen *Anwendung* von Kategorien, Schlußfiguren und Anschauungsformen, die eine lebensweltlich-hermeneutische Analyse im Logos der Hegelschen Dialektik von Setzen und Voraussetzen explizieren könnte. Eine solche dialektische Hermeneutik kann kritisch aufzeigen, wie unter dem ideologischen Schleier, mit dem strukturgesetzliche Synthesis sich selbst verhüllt, die Reflexionsformen einen gesellschaftlich verzerrten Gebrauch finden: Worin der konstitutive Widerstreit entgegen der scheinbaren Einstimmung besteht; daß Differenz den Primat führt und nicht Identität; wie fundamental Inneres und Äußeres durcheinander vermittelt sind; wie Form sich Inhalten totalisierend aufprägt; und (von Kant als Reflexionsbegriffspaar nicht aufgeführt) welches Ganze es im Blick zu behalten gilt gegenüber den Teilen - zumal wenn es der Selbstreproduktion und -stabilisierung dieses Ganzen dienlich ist, daß fast niemand mehr es zu denken und zu hinterfragen wagt. Alles Grundfiguren, die Adorno ideologiekritisch anwandte, stets davon ausgehend, daß der Verblendungszusammenhang "fast" (aber eben nur fast!) unwiderstehlich sei, daß die

³⁶ Ebd., 52

³⁷ Ebd., 50

"Kraft des Bewußtseins" dennoch "an seinen eigenen Trug" heranreiche"³⁸ (diese basale Selbstreferenz von Vernunft bewahrt die Kantische Aufklärungstradition, obschon sie die ihr immanente Dialektik radikal zu Ende denkt).

Generell sieht sich die Analyse gesellschaftlich verzerrter Reflexion auf die Marxsche Warenfetischismus-Analyse zurückverwiesen. Daß Sohn-Rethel den transzendentalen Ansatz Kants ebenso unterläuft wie mit Marx zusammenführt, ist Schwäche und Stärke zugleich. Und der legitime Sinn des Kantischen 'Dinges an sich', den Sohn-Rethel wohl ebensowenig versteht wie etwa Engels, ist und bleibt der, daß im Erkenntnisprozeß stets etwas offen bleibt, dem gleichwohl fundamentale Relevanz zugesprochen werden muß, und das auch 'funktionierende' Praxis niemals eskamotieren kann: Etwas, das an der 'Sache selbst' immer schon mitgemeint ist, und woran der Erkenntnisprozeß, das intendierte Konkrete als relativ eigenständig anerkennend, sich rückkoppelt, korrigiert und sich selbst begrenzt. Adorno spricht, glücklicher als der Mißverständnisse provozierende Kant, vom 'Nichtidentischen'.

Je mehr die manuelle Arbeit der formellen Subsumtion unter den verselbständigten Automatismus des Kapitals verfällt, desto mehr unterliegen Handarbeit und Kopfarbeit einer Spaltung. Diese Trennung von Hand und Kopf - in der handwerklichen Arbeitsweise noch vereint - ist genetisch auf die bürgerliche Klassenspaltung zu beziehen: Das Industrieproletariat leistet entfremdete Handarbeit, der Naturwissenschaftler oder Ingenieur entfremdete Kopfarbeit, ebenso der Kapitalist. Indem Sohn-Rethel Entwicklungen der Naturwissenschaften als Überbauphänomene exemplarisch auf politisch-ökonomische Basisstrukturen zurückbezieht, vermag er zu zeigen, daß die Erkenntnis-kategorien der einseitig intellektualisierten Naturwissenschaft die fundamentale Naturentfremdung des Kapitalverhältnisses, als Konsequenz der die Tauschabstraktion ausgestaltenden Geldform, kaschiert widerspiegeln.³⁹ Indem er das Ziel vorzeichnet, zugleich mit der Klassenspaltung die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, d.h. von geknechteter Naturbasis und kapitalisiertem Intellekt, aufzuheben, bringt er den 'jungen' und den 'späten' Marx auf erhellende Weise zusammen. Die Realmöglichkeit einer Beseitigung abstrakter Arbeit vermag Sohn-Rethel allerdings nicht aufzuzeigen. Er muß sich auch die u.a. A. Gorz beschäftigende Frage gefallen lassen, wie ohne eine bis zu einem gewissen Grade verselbständigte staatliche Planungsbürokratie die Überkomplexität der zu organisierenden Funktionen zu bewältigen sein soll.⁴⁰

³⁸ Zu Subjekt und Objekt, a.a.O., 159; Negative Dialektik, 152

³⁹ Vgl. Das Geld, die bare Münze des Apriori

⁴⁰ Vgl. André Gorz, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus (Adieux au Proletariat. Au delà du Socialisme, 1980), Frankfurt a.M. 1980

Wie konkret kann Sohn-Rethels 'gesellschaftlicher Gesamtarbeiter' tatsächlich werden?⁴¹ Bleibt er nicht eine bloße Idee im Sinne Kants?

Ungelöst ist bis heute auch die Frage geblieben, inwieweit man in einer sozialistischen Gesellschaft das Wertgesetz zugrundelegen/modifizieren/'entwickeln' muß, soll oder kann. Che Guevara hat während seiner Tätigkeit als Industrieminister in Kuba die totale Geltung des Wertgesetzes mit ungewöhnlicher Radikalität bestritten und bekämpft.⁴² Die Art und Weise, wie sein Experiment nicht bloß am ökonomischen Komplexitätsproblem und an der sich ergebenden Abhängigkeit von der UdSSR (mithin am Weltmarktproblem) scheiterte, sondern auch am subjektiven Faktor, auf dessen avantgardegeleitete Emanzipation Guevara so große Hoffnungen gesetzt hatte, bleibt lehrreich und stimmt zugleich ratlos. Ich kann darauf hier nicht näher eingehen. Die mutmaßliche Aussichtslosigkeit des Unterfangens, "das Gewinnstreben als psychologische Motivation aus der Welt zu schaffen"⁴³, verweist aber auf eine Perspektive, an der es die Totalisierung der Wertform 'in den Köpfen' weiterzuverfolgen gilt: Gehören doch Adornos Ansätze zu einer sozialpsychologischen Analyse kollektiv-narzisstischer Regressionsformen zu seinen wegweisendsten Leistungen.⁴⁴

Dialektik als 'Ontologie des falschen Zustandes'?

Nur noch ein knapper Ausblick kann hier erneut dem Thema Dialektik gewidmet werden. Leitende Totalität, als 'falsches Ganzes', ist bei Adorno ein historisches System, das sich und seine Momente nur entwickeln und erhalten kann, indem es sie und sich selbst zerstört - das ist als *systemische Strukturhypothese* für die kapitalistische 'one world' in der Tat völlig angemessen, kann aber nicht zum *methodologischen Fundament* schlechthin erhoben werden, da sonst die Rationalitätskonzeption selbst von der 'Logik des Zerfalls' schon im Ansatz untergraben wird. Diese Nuance ist sehr wichtig: Wer das immanent ontologiekritische, logikkritische und selbstkritische Moment von 'Negativität', das sich an der Hegelschen Basisoperation nachweisen läßt, methodologisch als *autodestruktives* Moment formuliert, droht jede Möglichkeit operationsfähiger Theorie schon im Ansatz zu

⁴¹ Vgl. Sohn-Rethel, Technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, a.a.O.

⁴² Vgl. Ernesto Che Guevara, Über das haushaltsmäßige Finanzierungssystem (orig. 1964), in: ders., Politische Schriften. Eine Auswahl, Berlin 1976, 41-77; Aurelio Alonso/Sergio de Santis, Bewußtsein und Produktion. Eine Kontroverse zwischen Ernesto Che Guevara, Charles Bettelheim und Ernest Mandel über die sozialistische Organisation in der Ökonomie, Gravenhage 1973 (rotdruck, Sozialökonomische Studententexte Heft 11).

⁴³ Che Guevara, zitiert nach Alonso/de Santis, 31

⁴⁴ Siehe dazu insbes. von Adorno: Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie (1955, mit einem Postscriptum 1966), in: Soziologische Schriften I, 42-92. Zwecks Weiterentwicklung dieser Ansätze läßt sich heute meiner Meinung nach besonders effektiv auf Jacques Lacan zurückgreifen, siehe dazu: Uwe Rosenfeld, Der Mangel an Sein. Identität als ideologischer Effekt, Gießen 1984; Thomas Collmer, Strukturgesetze des Kapitalismus heute, in: Marxistische Blätter Nr. 5/Okt. 1991, 73-78

zerstören.⁴⁵ Das 'falsche Ganze' hätte dann auch die mögliche Gesellschaftskritik so sehr infiziert, daß sie zum Irrationalismus verurteilt wäre. Um die Maßstäbe totalisierender Kritik sichern und ausweisen zu können, muß man ihr - wie Hegel, Marx und im Grunde auch Adorno dies taten - ein 'transhistorisches' Moment von Rationalität vindizieren, das nicht mit dem Hinweis auf die totale Bedingtheit durch das zu Kritisierende selbst abgeschmettert, sondern normativ gegen das Bestehende vorgebracht werden kann.

Als Versuch, Bedingungen, Bedingtes und Unbedingtes zu synthetisieren, bleibt Dialektik verwiesen auf die oben erwähnte Hegelsche Antinomie der Grenze: Hegelsche Selbstkonstitutivität ist ein Über-die-Grenze-hinaus-Sein als Vor-der-Grenze-sich-Situieren (Internalisierung eines Sinnhorizontes, der 'mitwandert'). Damit ist nicht gesagt, daß man das 'Jenseits' der Grenze bereits *erkannt* hätte (Konfusion von Denken und Erkennen!), wohl aber, daß es ohne eine selbstkritisch-transzendierendes Moment gar nicht erst zur Konstitution eines 'Diesseits' der Grenze käme (m.a.W.: Die erste Negation, als Grenze, Schranke, ist je schon zweite Negation, Negation der Negation, Negativität, und nur dadurch selbstkonstitutiv).

Adornos Überkonsequenz wird zur Inkonsequenz, wenn bei ihm der utopische Standort von Dialektik auf einen nicht-dialektischen Standpunkt zurückfällt, der das Ende von Dialektik fordert: "Angesichts der konkreten Möglichkeit von Utopie ist Dialektik die Ontologie des falschen Zustandes. Von ihr wäre ein richtiger befreit ..."⁴⁶ Eine solche *unmittelbare* Verknüpfung ist nicht möglich, weil man damit auf jene grundlegende Möglichkeit radikaler Rationalitätskritik und Selbstkritik verzichten würde, die den Hegelschen 'Diskurs aller Diskurse', wenn man ihn konsequent zu Ende denkt (d.h. nicht am Ende absolute Negativität in abstrakte Identität und einfache Unmittelbarkeit zurücknimmt), auszeichnet: Paradoxerweise setzt Adorno durch diese unmittelbare Verknüpfung mit der 'Ontologie des falschen Zustandes' das immanent-ontologiekritische (= basisontologisch-selbstkritische) Moment von Dialektik gerade dogmatisch-ontologisch ein, noch dazu so, daß eine *Selbstkritik* an der *Selbstzerstörung* zwar dialektisch erfordert ist, aber nur als undialektische bzw. geradezu antidialektische ins Spiel kommen soll.

Diese vertrackte Situation läßt sich aber auflösen, wenn man darauf besteht, daß die methodisch-methodologische Fundamentalisierung des Ne-

⁴⁵ Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns Bd. I, Frankfurt a.M. 1981, 453 ff.; ders., Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M. 1985, 130 ff.; Herbert Schnädelbach, Dialektik als Vernunftkritik. Zur Konstruktion des Rationalen bei Adorno, in: v. Friedeburg/Habermas (Hrsg.), Adorno-Konferenz 1983, 66-93. Habermas sieht bei Horkheimer/Adorno eine Totalisierung der Kritik, die sich gegen Vernunft als die Grundlage ihrer eigenen Geltung wende und sich dadurch in Aporien verstricke. Es sind aber gerade die von Habermas verschmähten dialektischen Grundzüge, die es Adorno ermöglichen, wesentliche systemische Dilemmata rücksichtslos aufzudecken, ohne bloß resignativ vor ihnen kapitulieren zu müssen.

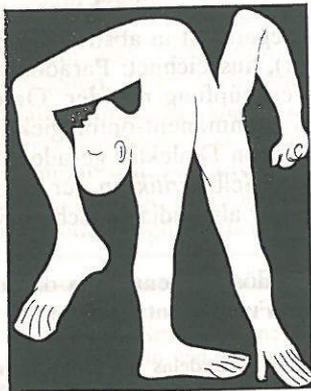
⁴⁶ Negative Dialektik, 22

gativitätsprinzips (die natürlich auf Selbstanwendung hinausläuft) *relativ unabhängig* von allen spezifisch leitenden Totalitätsbegriffen, Paradigmen und Strukturhypothesen erfolgen und diskurstheoretisch ausgewiesen werden muß. Erst dann kann der 'falsche Zustand' überzeugend attackiert werden, und dazu gibt es in der Tat keine sinnvolle Alternative: Daß es heute im wahrsten Sinne des Wortes not-wendig ist, die bestimmte Gesellschaftsform des warenproduzierenden Weltsystems, unter begründeter Wahl entsprechender Strukturhypothesen (Totalisierung der Wertform, Maßlosigkeit der Verwertung!) und unter Inbezugsetzung von theoretischem und empirischem Verweisungszusammenhang (Material ist reichlich vorhanden und wird in den kommenden Jahren, gerade nach dem Zerfall des real-existierenden Sozialismus, noch weiter anwachsen!), als ein falsches Ganzes und ihre Verwertungslogik als eine Logik des Zerfalls aufzudecken, macht die Aktualität von Autoren wie Adorno und Sohn-Rethel aus.

EINE MARXISTISCHE ZEITSCHRIFT ZUM KENNENLERNEN

**WEG
UND ZIEL**

Nummer 2/1992
50. JAHRGANG



Menschenbilder

Aus dem Inhalt:

THEMA: MENSCHENBILDER

Monika Wammer: Menschliche Subjektivität
Margit Pohl: Frauenbilder
Ludwig Elm: Die skeptische Sicht der Konservativen
Stephan Ganglbauer: Humanbiologie und Biologismus
Wolfgang Priglinger: Der vereinzelte Nutzen-Optimierer

ÖSTERREICH

Fritz Hof und Erwin Fleger: Wohnen
Leo Furtlner, Ernst Kalenberger: Wohnungsmisere in Linz und in Graz
Otto Bruckner: Pensionsreform
Dokumente zum Niederlassungsgesetz

EUROPA UND EG

Susanne Schunter-Kleemann: Frauengleichbehandlung in der EG?
Stella Jegher: Grenzenlose Frauenpolitik?

KAPITALISMUSKRITIK

Ute Osterkamp: Alltäglicher Rassismus
Maria Wöllingseder: Werbung: Vermarktung von der Nabelschnur an

BUCHBESPRECHUNGEN

Probeheft gratis. Ein Jahresabonnement für sechs Nummern von WEG und ZIEL kostet 180 (DM 35), das Einzelheft 40 ÖS. Bestellungen richten Sie bitte an die Redaktion: A-1200 Wien, Höchstädtplatz 3

Karl Hermann Tjaden

Produktives Potential und reale Kosten und Effekte kapitalistischer Ökonomie

Bericht über zwei Forschungsberichte¹

Die Untersuchung von Hermann Behrens geht von den "erkenntnisleitenden Thesen" aus, (1) daß sich die Marxsche These von der Untergrabung der "Springquellen alles Reichtums", der "Erde" und des "Arbeiters", als richtig erwiesen hat; (2) daß der Marxismus jedoch das Auftreten "gleichartiger Umweltprobleme" in "kapitalistischen und sozialistischen Ländern" bislang nicht zufriedenstellend erklärt hat; und (3) daß die Gesellschaft ein "reproduktives Verhältnis" zur Natur nur durch eine "gegen die ökonomischen Gesetze des Marktes gerichtete Entwicklung" erreichen könne. (1-7)

In Kapitel 1 (11 - 131) werden unter dem Titel "Formationslogik von Umweltproblemen" zentrale Kategorien der Untersuchung (insbesondere "Produktives Potential", "Produktivkraft" und "Formationslogik") erörtert und historische Skizzen des gesellschaftlichen Umgangs mit der natürlichen Umwelt von den Anfängen der Gesellschaftsgeschichte bis zum "real existierenden Sozialismus" einschließlich ausgewählter theoretischer Interpretationen dargestellt. Schwerpunkt bilden hier die spezifisch kapitalistischen (und die ihnen gleichgestellten sozialistischen) Umweltprobleme. Die kapitalistische Produktionstechnik (unter dem Titel "neuer Produktivkrafttyp"), das kapitalistische Verhältnis zum ("Arbeitsvermögen" und "Naturraumangebot [u./o.] Naturraumpotential" umfassenden) "produktiven Potential" eines Gebietes sowie zwei "Naturschranken der kapitalistischen Produktionsweise", nämlich die Verringerung des genetischen Potentials und die "Entsorgungsschranke", finden besondere Erwähnung, letztgenannte allerdings äußerst knapp. Kapitel 2 (133 - 285) stellt - im wesentlichen am kapitalistischen Fall und am Beispiel Deutschlands - die "Formationslogik von Umweltproblemen der Landwirtschaft" dar. Hier gibt es einen historischen Teil, in dem die Kapitalisierung der Landwirtschaft in der BRD und die Herausbildung des "Agrar-Industrie-Komplexes" den Schwerpunkt bildet, und einen systematischen Teil, in dem ökologisch relevante Grundverhältnisse dargestellt werden, insbesondere die

¹ Hermann Behrens, Marktwirtschaft und Umwelt, Zur Formationslogik von Umweltproblemen - Beispiel Landwirtschaft, Peter Lang Verlag, Frankfurt-M. [etc.] 1991, 421 S., DM 99.- (freier Preis)

Dietmar Düe, Kaliwirtschaft und Kalipolitik, Ein Beitrag zum Problem der Evaluierung gesamtwirtschaftlicher Effekte einzelwirtschaftlicher Produktionstätigkeit, Verlag Junfermann & Pressler, Kassel 1992, 239 S., DM 36.-.

"Entkoppelung der Produktion von der Landschaft" und die "Nivellierung der Standortbedingungen und des Nutzartenspektrums". Letztere werden an einem regionalen Fallbeispiel (Massentierhaltung in Süddoldenburg) kenntnisreich veranschaulicht. Es schließt sich ein umfangreicher Exkurs über die Bedeutung dieser Entwicklung für die Grundrentenarten an. Kapitel 3 (287 - 382) entwickelt "Ziele und Ansätze für eine zukünftige Umweltnutzung in der Landwirtschaft", wobei zunächst verschiedene Kategorien (insbesondere "Ökologisierung der Produktivkräfte") und sodann Aufgaben und Gehalte landwirtschaftlicher Arbeit "im Rahmen einer reproduktiven räumlichen Gesamtstrategie" erörtert werden. Bei letzterer geht es um die "Zurückdrängung und Konversion der Marktproduktionslandwirtschaft" zugunsten einer "Reproduktionslandwirtschaft". Eine nützliche Zusammenfassung schließt die Arbeit ab.

Der große Wert der sehr reichhaltigen Untersuchung liegt m. E. darin, daß sie Inhalt und Reichweite ökonomischer und nicht-ökonomischer Kategorien einer materialistischen Theorie am *historisch-geographisch konkreten Beispiel*, hier der Landwirtschaft, zu überprüfen sucht. Das gilt zwar nicht für die kurze Behandlung der gesellschaftlichen Vorgeschichte des Kapitalismus, die letztlich in ein Stufenschema "Jäger-Sammler-Gesellschaft", "Agrargesellschaft" und "Industriegesellschaft" eingeordnet wird (bes. 384), wobei verschiedene theoretische Probleme ungelöst erscheinen (z. B. die übernommene traditionelle These, daß die Entwicklung der Arbeitsmittel das "dynamische Element" gesellschaftlicher Veränderungen sei [24]) und einige historische Probleme unzulässig verkürzt werden (z. B. der Zusammenhang von altsteinzeitlicher Feuerbeherrschung und neusteinzeitlichem Übergang zur Pflanzen- und Tierproduktion sowie dieser Übergang selber [40]). Von desto größerem Interesse sind dagegen die theoretischen Konzepte und historischen Fakten, mit denen das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zur Natur in der kapitalistischen Produktionsweise und in der kapitalisierten Landwirtschaft gefasst wird. Das gilt etwa für den Begriff des räumlich bezogenen produktiven Potentials einer Volkswirtschaft oder ihrer Teilräume, das - eigenartigerweise hier unter Ausklammerung des Sachvermögens - das menschliche und natürliche Substrat von Ökonomie bezeichnet, insoweit dieses sich in gesellschaftliche Produktivkraft umsetzen ließe. Diese Konzeption erfährt - Folge der intensiven Diskussion der Probleme kapitalistischer Agrikultur - durch die ausführliche Behandlung des genetischen Potentials eine im Vergleich zu früheren Ansätzen wesentliche Konkretisierung, die sich besonders auch hinsichtlich des Entwurfs einer antimarktwirtschaftlichen Strategie der Raum- und Landwirtschaftsentwicklung als sehr sinnvoll erweist. (14ff, 105ff, 362ff). (Einschränkend möchte ich bemerken, daß das Verhältnis von produktivem Potential und gesellschaftlicher Produktivkraft der Arbeit, auch wegen einer gewissen Unklarheit der Begriffe Produktivkraft/Produktivkräfte, mir nicht als hinreichend genau bestimmt erscheint, und daß Produktivkraft als Wirkungsgrad gesellschaftlicher *Arbeit* keineswegs, wie Hermann

Behrens mit Bucharin meint, eine "ganze 'Bilanz' zwischen Gesellschaft und Natur" ausdrücken kann [21]). Sehr wichtig sind auch die Bestimmungen dessen, was Hermann Behrens "industrielle Formationslogik" nennt, nämlich vor allem die zunehmende Einbeziehung von Arbeitsvermögen und Natur(raum)potential in Ware-Geld-Beziehungen, "Entkoppelung" der Warenproduktion von lokalen und regionalen Potentialmomenten dieser Art und deren "Nivellierung".(34) Nicht zuletzt die erwähnte Regionalanalyse zeigt die Tauglichkeit dieses Denkansatzes. Die progressive Subsumtion von Mensch und Natur unter die kapitalverwertende und lohnabhängige Warenproduktion mit ihren destruktiven Konsequenzen für produktive Potentiale wird von Hermann Behrens meist als fortschreitende "*Marktintegration*" gefaßt, was bei ihm ein mehrdeutiger Begriff ist, der z. B. auch "Vergesellschaftung zunehmend über den Markt" (88) und "Zwang zur Reproduktion der Individuen über den Markt" (130) bedeutet, so daß er vermeintlich auch dazu taugt, die Produktionsweise des "real existierenden Sozialismus" zu beschreiben. (109ff) Hier habe ich erhebliche Zweifel; zwar weniger, was die Dominierung von gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion durch Warenfetischismus betrifft, aber um so mehr, was die sogenannte Vergesellschaftung angeht, bei der wohl die Staatsgewalt über Mensch, Natur und Produktionsmittel eine ungleich größere Rolle als der Tausch von Geld gegen Ware gespielt hat. - Jene Entfremdung der Ökonomie von ihrem eigenen produktiven Potential, so wird überzeugend dargestellt, erscheint nun *erstens* im rapiden Gewichtsverlust der Landwirtschaft in der hochentwickelten kapitalistischen Gesamtwirtschaft bei ihrer gleichlaufenden Kapitalisierung und einer Entkopplung von Bodenbewirtschaftung und Bodeneigentum im Rahmen eines diesen Zweig übergreifenden Agrar-Industrie-Komplexes und *zweitens* in der spezifisch agrarischen Entkoppelung der Produktion von der Landschaft und Nivellierung der Standortbedingungen und des Nutzartenspektrums (149ff). Diese Gleichmacherei durch "Aufwertung industrieller Arbeit und künstlich hergestellter Arbeitsmittel und -gegenstände" in der Landwirtschaft hat auch Folgen für die verschiedenen Arten der Grundrente, insbesondere der Differentialrenten, deren Bedeutung abnimmt, wie in dem erwähnten theoretischen Exkurs eindrucksvoll erklärt wird. (234ff) - Auf die sehr differenzierten Analysen des zweiten Kapitels bauen die Elemente einer agrar- und regionalpolitischen Strategie im letzten Kapitel auf, die die anzustrebende Entwicklung der Landwirtschaft im Rahmen einer ökologisierten Gesamtwirtschaftsentwicklung begreift. In dieser soll die dominierende Linearität der Produktion einer Orientierung weichen, "die der (einfachen und erweiteren) Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft und gleichzeitig der nichtmenschlichen natürlichen (verfügbaren und potentiellen) Ressourcen dient. Die Verausgabung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die Nutzung des Naturraumpotentials müssen dann nach diesen reproduktiven Maßstäben ausgerichtet werden." (303). Sehr wichtig erscheint mir, daß die dargestellten und erörterten Umbauvor-

schläge für die Landwirtschaft an die Idee einer - unter anderem aus der Kritik laufender Flächenstillegungen gewonnenen - "reproduktionsorientierten räumlichen Gesamtstrategie" gebunden sind. In dieser sollen die "langfristige Sicherung von Nutzungs- und Haltungszielen solcher Landwirte, die als 'Reproduktionslandwirte' bezeichnet werden können", sowie eine "Veränderung bisheriger und Förderung neuer Nutzungsziele vor allem der existenzgefährdeten 'Marktproduktionslandwirte'" zwei Eckpfeiler darstellen, im Sinne einer "gemischten Strategie", deren Inhalte auch Erfahrungen vorkapitalistischer Landwirtschaft heute unterentwickelter Länder aktivieren will. (358ff) Dabei geht es in der "Reproduktionslandwirtschaft" um die Wiederankoppelung der Bewirtschaftung an das lokale und regionale produktive Potential, darunter das Nutzenspektrum und die Wissenstradition und um dessen Reproduktion im Rahmen einer generellen Optimierung der Nutzungen und Belastungen kleinräumlicher Arbeits- und Naturvermögen.

Die Untersuchung von Dietmar Düe über die Kaliindustrie im deutschen Kapitalismus geht von der Annahme aus, daß die Entwicklung eines solchen Wirtschaftszweiges nur im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen ist, deren Kern die von Marx dargestellte politische Ökonomie des Kapitalismus ausmacht. Über diese greift er mit der Absicht hinaus, auch die menschlichen, sächlichen und natürlichen Grundlagen der kapitalistischen Gesamt-, Branchen- und Regionalwirtschaft sowie deren Wirkungen auf diese Grundlagen, soweit im gegebenen Rahmen möglich, zu untersuchen und zu bewerten. Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, (1) die Geschichte der Kaliindustrie in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung technisch-organisatorischer Veränderungen und sozialer und ökologischer Wirkungen als Entwicklung im Rahmen der gegebenen gesamtwirtschaftlichen Ordnung zu untersuchen; darüber hinaus (2) ausgewählte regionale Bedingungen und Auswirkungen zumal der neueren Entwicklung der Kaliproduktion am Beispiel des nordosthessischen Kaligebiets darzustellen; und schließlich (3) diesen "zeitlichen und räumlichen Entwicklungszusammenhang" theoretisch [zu] interpretier[en]. Insgesamt "versucht" die Untersuchung dazu "beizutragen", historisch-geographische Sachverhalte "mit Hilfe von Kategorien bzw. Kriterien einer kritischen politischen Ökonomie darzustellen und zu deuten" (11).

Nach einem knappen Abriß des theoretischen Rahmens der Arbeit in Teil 1 (11 - 18), der der Explikation zentraler Kategorien der Politischen Ökonomie des Bergbaus und Primärgüterverarbeitung gilt, werden in Teil 2 (19 - 58) Entstehung und Entwicklung der deutschen Kaliindustrie bis Ende des Ersten Weltkriegs unter den Bedingungen des nationalen Kalimonopols sowie in Teil 3 und in einem kurzen Exkurs zum Faschismus (59 - 144) die weitere Geschichte dieser Kaliindustrie bis in die unmittelbare Gegenwart untersucht, wobei es im wesentlichen um die Branchenverhältnisse unter weltmarktlichen Konkurrenzbedingungen geht. Zudem werden

hier Grundzüge der weltwirtschaftlichen Einbindung, Ressourcenlage und Produktnutzung der (west-)deutschen Kaliindustrie als für deren Gesamtschätzung wesentliche Bedingungen herausgearbeitet. Dem folgt in Teil 4 (145 - 203) die Untersuchung eines von der Kaliindustrie geprägten Teilraums im nördlichen Osthessen, wobei es auf der Grundlage einer kurzen Darstellung geographischer Verhältnisse und historischer Entwicklungen vor allem um die Untersuchung von Nutzungen und Belastungen des bevölkerungsmäßigen, naturräumlichen und sächlichen Potentials dieser Region geht. Dieses geschieht am Beispiel einer Region, die für nur eines (wenngleich das heute bedeutendste) der für die Kaliproduktion in Deutschland charakteristischen Reviere typisch ist, nämlich für eines der Fördergebiete mit flacher Lagerung der Kalivorkommen, weshalb die Verarbeitung der regionalen Analysen dieses Teils in den nachfolgenden ökologisch-sozialen Bewertungen nur exemplarischen Charakter tragen kann. Im abschliessenden Teil (5) der Untersuchung (204 - 224) geht es um die politisch-ökonomische Bewertung bestimmter Bedingungen und Wirkungen der in den vorstehenden Teilen untersuchten Entwicklungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und in regionalwissenschaftlicher Hinsicht. Diese Evaluierungen erfolgen anhand bestimmter, in diesem Teil explizierter Kriterien, die durch bestimmte Effektivitäts- und Effizienzkonzepte definiert werden.

In der Untersuchung Dietmar Dües sind die Grundzüge der Gesamtentwicklung der Kaliindustrie im kapitalistischen Deutschland, die ihrer Unternehmen und Unternehmensverbindungen, ihrer Betriebe und der mit ihnen verbundenen organisatorisch-technischen Aktivitäten erstmals in ihrem Zusammenhang dargestellt. (19 - 144) Hierbei verbindet sich die genaue Untersuchung der Entwicklung der sich zentralisierenden und konzentrierenden *Kaliwirtschaft* mit der Untersuchung der sich verändernden Rolle des Staates - als Gründer, als Regler oder als Steuerer der Branche - und somit der Entfaltung einer staatlichen (neben der unternehmerischen) *Kalipolitik*. Ebenso werden der Wandel der Abbau- und Verarbeitungsverfahren als des materiell-praktischen Kerns der Kaliökonomie sowie die Veränderungen ihrer territorialen Struktur herausgearbeitet. Hierbei handelt es sich nicht lediglich um eine materialintensive Rekonstruktion der Branchenhistorie, sondern darum, diese *zugleich* vor dem Hintergrund der (historisch variierenden) weltwirtschaftlichen Situation (insbesondere: Wechsel vom Kalimonopol zur internationalen Konkurrenz) schlüssig zu deuten; denn es ist der Weltmarkt, der den für die Entwicklung einer Branche samt ihrer Technik entscheidenden Bedingungs-zusammenhang darbietet, zumindest dann, wenn es sich um Branchen im Kontext kapitalistischer Ökonomien handelt. Es ist schon beeindruckend zu lesen, wie beispielsweise (59ff, 131ff) die in der Folge des Drucks der Weltmarktkonkurrenz vollzogenen Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Kaliindustrie seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bis in die Gegenwart beschrieben werden; Maßnahmen, die nicht

nur vielfach von betriebswirtschaftlichen Irrationalitäten begleitet waren, sondern - nicht zuletzt aufgrund regionaler Konzentrationsprozesse - immer wieder auch von der Generierung unternehmensexterner Probleme sozialer und ökologischer Art, so daß den sicherlich nicht gering zu schätzenden Produktivitätseffekten eben auch bestimmte, oft genug unterschätzte soziale Kosten im Sinne Kapps entgegenstanden. Schließlich ist darüber hinaus besonders hervorzuheben, daß die Beachtung des internationalen ökonomischen Kontextes der deutschen Kaliindustrie zu einer globalen Betrachtung der Branche selbst fortschreitet (108ff), die sich zudem nicht ökonomistisch auf die Angebot-Nachfrage-Verhältnisse beschränkt, sondern die stofflichen Vorrats- und Verwendungsverhältnisse der Kaliressourcen bzw. -produkte in die Betrachtung einbezieht, was für volkswirtschaftliche und ökologische Bewertungen der Kaliindustrie überhaupt unverzichtbar ist. Hierbei waren insbesondere hinsichtlich der globalen Verwendung von Kalidüngern und ihrer jeweiligen regionalen Nutzeffekte zum Teil äußerst differenzierte Überlegungen anzustellen bzw. nachzuvollziehen, bei denen sich agrarökologische, -ökonomische und -politische Gesichtspunkte miteinander verschränken, wodurch beispielsweise undifferenzierte Thesen hinsichtlich des K-Düngemittelbedarfs in der BRD anhand neuerer Untersuchungsergebnisse zurückgewiesen werden mußten.

Bei der exemplarischen Analyse ausgewählter regionaler Bedingungen und Wirkungen der Entwicklung der Kaliindustrie (123ff) geht es nicht um die Geographie und Historie des nordosthessischen Kalireviers an sich, sondern, entsprechend der spezifischen theoretischen Intention der Arbeit, um die Nutzung und Belastung der Potentiale der Bevölkerung, des Naturhaushalts und der Sachvermögen in dieser Region durch die Kaliindustrie sowie um deren weitere Effekte auf diese Gebietsausstattung. Dazu waren gezielte Beispielsbeschreibungen anhand eines Kategorienapparats erforderlich, der die Lücke zwischen theoretisch gerichteter politisch-ökonomischer Analyse und empirisch gerichteter Regionalanalyse überbrücken helfen konnte. Man weiß, welche methodologischen Probleme die Konstruktion des theoretischen Rahmens einer *raumbewußten und ihrer eigenen Sache gerecht werdenden konkreten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Analyse* mit sich bringt. Dietmar Düe greift hier auf Vorarbeiten der Kasseler Forschungsgruppe FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung zurück (insbesondere: ESSEK-Studie), an denen er in hohem Maße beteiligt war. Er gelangt in der vorliegenden Arbeit zu einer weiterführenden eigenständigen Darstellung des - ursprünglich an Neef und an Roos/Streibel anknüpfenden - Begriffs des produktiven Potentials einer Region (166ff). Eine nach Vollständigkeit strebende Ausfüllung dieses Modells, insbesondere der kaliindustriell vermittelten Nutzungen und Belastungen jenes Potentials, hätte eine besondere, breit angelegte und weit ausgreifende empirische Regionalstudie erfordert, die hier nicht zu leisten war. Gewählt wird stattdessen das Verfahren einer *systematischen*

Beschreibung *exemplarischer* Brachlegungen, Nutzungen und Belastungen des regionalen Potentials (183 - 203) anhand vorliegender Informationen oder auch Hypothesen. Dabei gibt es allerdings einige Lücken. Der Sinn dieses Teils der Arbeit liegt freilich nicht in einer - nicht angestrebten - Vollständigkeit von Beschreibungen, sondern in der meines Erachtens erfolgreichen Erprobung einer raumwissenschaftlichen Begrifflichkeit mittels beispielhafter Darstellungen, welche allerdings im Ansatz auf eine flächendeckende Betrachtung kaliindustriell geprägter sozioökonomischer Aktivitäten und ihrer Effekte auf Menschen, Sachen und Naturverhältnisse abzielen.

Der theoretischen Interpretation der Entwicklung der deutschen Kaliindustrie in ausgewählten raum-zeitlichen Bezügen schließlich geht es um eine gesellschaftswissenschaftlich reflektierte politisch-ökonomische Bewertung tatsächlicher Ergebnisse dieser Entwicklung, zu denen in erster Linie die Genese und Existenz der kaliindustriellen Ressourcenverbräuche, Produktionsentwicklung und Produktwirkungen selber und in zweiter Linie die verschiedenen regionalen Effekte der Branche gehören (204ff). Daß es hierbei nicht um eine theoretische Totalevaluierung gehen konnte, liegt auf der Hand: diese verbietet sich nicht nur wegen der selbstverständlich immer noch großen Lücken unserer Erkenntnisse bezüglich der ökonomischen, sozialen und ökologischen Effekte der Kaliindustrie, sondern bereits wegen der Unsicherheit der anzuwendenden Beurteilungs- und Bewertungsverfahren, die nach einer immerhin mehr als hundertjährigen Entwicklung positivistisch-"wertfreier" Wissenschaft geradezu zwangsläufig erscheint. Die zaghaften aktuellen Ansätze zu ökonomischen (z. B. Sozialproduktanalysen), technologischen (z. B. Technikfolgeabschätzungsanalysen) und sozioökologischen (Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen) Evaluierungen sozioökonomischer, überhaupt anthropogener Aktivitäten im Mensch-Biosphäre-System haben diese grundlegende Schwierigkeit bekanntlich noch nicht aus der Welt geräumt. Und auch das jüngst vorläufig abgeschlossene Forschungsschwerpunktvorhaben des BMU über "Kosten der Umweltverschmutzung/Nutzen des Umweltschutzes" hat gerade in seinen methodisch weiterweisenden Teilvorhaben nicht nur die Grenzen einer Monetarisierung insbesondere von Schadenskosten deutlich gemacht, sondern auch die unvermeidliche Lückenhaftigkeit der Erfassung und Unsicherheit der Bewertung der Totalität der realen Effekte wirtschaftlicher Tätigkeit auf Mensch, Natur und Sachreichtum eindringlich vor Augen geführt.

Dietmar Düe hat sich in seinem Ansatz zur theoretischen Evaluierung der Kali-Branche zu einem zweistufigen Verfahren entschlossen, das materialiter als generelle Produktions- und Reproduktionskritik vor allem auf Marx zurückgeht und als spezielle, ökologisch-soziologische Sozialproduktkritik heute insbesondere in Leipert einen prominenten Vertreter hat. Seiner methodischen Struktur nach folgt es im wesentlichen Anregungen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit unserer FPN-For-

schungsgruppe entwickelt wurden. Es handelt sich hauptsächlich um eine makroökonomische (nicht- monetäre) Aufwand-Ertrags-Betrachtung (Effektivitätsanalyse) und um eine darüber hinaus gehende soziologisch-ökologische Einschätzung der Einsatzformen und der Nutz- und Lasteffekte ökonomischer Produktions- und Reproduktionsaktivitäten (Effizienzanalyse) (208ff, 216ff). Der eigenständige und weiterweisende Beitrag der vorliegenden Untersuchung zur völlig im Fluß befindlichen Erörterung der damit angesprochenen Evaluierungsprobleme besteht in der erstmaligen Anwendung dieser methodischen Konzeption auf einen konkreten Fall (Branche in Kombination mit Region) und in den überraschenden Ergebnissen dieses Vorgehens. Entgegen impliziten Hypothesen der klassischen Theorie kommt Dietmar Düe nämlich insgesamt zu den (wegen der noch vorhandenen Erkenntnislücken vorsichtig in hypothetischer Form dargestellten) Ergebnissen, daß die betrachtete Entwicklung der Kalibranche im Zeitverlauf *erstens* "vermutlich" im steigenden Maße eher positive als negative Einflüsse auf die "volkswirtschaftliche Effektivität" gezeitigt hat (216) und daß *zweitens* "die subsistenzliche Effizienz der deutschen bzw. westdeutschen Volkswirtschaft durch die Tatsache der Kaliproduktion im nordosthessischen Kaligebiet insgesamt mehr positiv als negativ beeinflußt sein [dürfte]" (223). Unter bestimmten Voraussetzungen (Übertragbarkeit der Zweigbetrachtung auf die der gesamten Volkswirtschaft) widerspricht er damit der (u. a. von mir vertretenen) These einer sinkenden makroökonomischen Effektivität kapitalistischer Systeme, die durch eine sinkende makrosystemare technische Effektivität gestützt oder verstärkt wird. Daß die genannten Befunde jedenfalls weiteren Forschungsbedarf anzeigen, wird am Schluß der Untersuchung ausdrücklich vermerkt (224).

Die Gesamtleistung der Untersuchung besteht meines Erachtens wesentlich in der Tatsache der Verknüpfung der - branchengeschichtlichen, raumwissenschaftlichen und ökonomisch-theoretischen - Teiluntersuchungen zu einem in sich abgestimmten Untersuchungsansatz, das durch seine verschiedenen Methoden und Resultate der wissenschaftlichen Durchdringung eines raum-zeitlich bestimmten *Komplexes sozioökonomischer Aktivitäten* im Rahmen unserer gesamtwirtschaftlichen Verfassung dient. Im Unterschied zur traditionellen positivistischen Analytik ist hier mit einigem Erfolg versucht worden, ein reales *Konkretum* nach Möglichkeit mit allen zugänglichen dafür geeigneten Verfahren und Begriffen so zu erhellen, daß es in aller seiner Mannigfaltigkeit, aber auch als die Einheit, die es ist, deutlicher zutage tritt. Daß hierzu eine Vielzahl von Methoden, sogar Resultate diverser Disziplinen miteinander kombiniert werden mussten, ist klar.

Die etwa gleichzeitig entstandenen Bücher von Behrens und Düe sind für die Entwicklung einer Wissenschaft von der Gesellschaft deshalb wichtig, weil sie die neuerdings oft, meist aber nur klischeehaft angesprochenen *menschlichen und natürlichen Voraussetzungen von Wirtschaftsweisen* und

deren reale Effekte auf dieses Substrat am konkreten Beispiel jeweils eines "naturnahen" Wirtschaftszweiges *in Zusammenhang mit dem ökonomischen System* untersuchen. Dazu waren nicht nur Untersuchungen von Realien, sondern vor allem auch Entwicklungen von Konzepten auf einem Gebiet erforderlich, das weit in theoretisches Neuland hineinreicht. Solche Versuche sind selbst dann, wenn sie in dem einen oder anderen Punkt nicht vollkommen gelingen, als Beiträge zu einem Fortschritt der Erkenntnis zu werten, da auf jeden Fall zu lösende Probleme aufgezeigt werden. Auch die in den beiden Arbeiten geleisteten wesentlichen Beiträge zum Begreifen der menschlich-natürlichen Bedingungen kapitalistischer Ökonomie und ihrer systemaren ökonomischen und technischen Effekte auf die Bevölkerung und den Naturhaushalt sind daher selbstverständlich keine abschließenden Leistungen, sondern Aufforderung zu weiterer Begriffsarbeit, zu der insbesondere das weitere Nachdenken über die kategorialen Komplexe "menschlich-natürliches Substrat/produktives Potential/Produktivkraft" und "ökonomische Effektivität, technische Effektivität und systemare Effizienz" in der kapitalistischen Marktwirtschaft und in postkapitalistischen Ökonomien gehören dürfte. Die Verarbeitung der beiden Untersuchungen stellt für bestimmte Wissenschaftler ein "Muß" dar: zwar nicht für solche, die den Marxismus reaktivieren wollen, aber für diejenigen, denen an der Weiterentwicklung einer materialistischen und historischen, also der Gesellschaftswissenschaft überhaupt gelegen ist. Während es nämlich einerseits so ist, daß der Beitrag des traditionellen Marxismus zur Erkenntnis und Bewältigung der heute zentralen Ressourcen- und Umweltprobleme "unter die Nachweisgrenze gesunken ist" (Bachmann), enthält andererseits der materialistische und historische Wissenschaftsansatz als solcher - wie sich hier zeigt - unausgeschöpfte Möglichkeiten, diese Probleme im *Zusammenhang* mit den ökonomisch-sozialen Problemen der Gesellschaft zu denken. Dies wird um so wichtiger, je mehr der Umgang der kapitalistischen Produktionsweise mit dem produktiven Potential der Weltbevölkerung und des Weltnaturhaushalts sowie die realen Kosten und Nutz- und Lasteffekte dieser Ökonomie zu zentralen Themen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften werden.

Wie wär's mit mono"terisch"? - Zum Marx-Konzept von Wolfgang Jahn

...also einheitliche Sicht "des Marx-schen theoretischen Erbes"; Wolfgang Jahn schlägt (Z 7/September 91) eine Einteilung in "eso- und exoterischen Teil" vor. Genauer betrachtet meint er nicht das ganze Werk, sondern nur den Teil, in dem Marx Aussagen über ein Ende der Waren- resp. Wertökonomie trifft. Manches in diesen Aussagen liest sich in der Tat wie ein Ende, anderes wie eine Fortsetzbarkeit der Warenökonomie im Sozialismus, d.h. über den Kapitalismus hinaus; Wissenschaftler, die ihren eigenen Unterschied mit Marx begründen wollten, zitierten in der Regel "ausgewählt". Das war schon eine Spaltung im Verhältnis zu Marx (theoretischem Erbe), schien aber weniger ein Problem von Marx selbst, sondern eines der Wissenschaftler zu sein. Jahn, der Marx wieder ganz lesen will, befreit andererseits diese Wissenschaftler vom "schwarzen Peter" und delegiert ihn dadurch, daß er Marx selbst durch eso- und exoterische Zuordnung seiner Gedanken "spaltet", an den Autor. Aber der Mohr... ist tot, und kann sich weder wehren noch erklären.

So wird alles eine Frage unseres Verständnisses.

"In der esoterischen Darstellung", meint nun Jahn, "läßt Marx die Gestaltung der Gesellschaft, die auf den Kapitalismus folgt, nach vorne offen. Es hängt von den konkreten historischen Bedingungen ab, ob

und in welchen Formen der Übergang erfolgt". (S. 143, ebd.) Notabene - erübrigte sich nicht damit die Form einer esoterischen Darstellung überhaupt? Daß - gegenteilig - der Übergang bedingt ist, und zwar durch die Historie, die wir haben, in diesem Falle also durch den Kapitalismus wie er dem Sozialismus vorausgeht, erlaubt eine "esoterische Form der Darstellung" (des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus). Ansonsten wären ja alle Formen des Übergangs, wie sie sich aus "konkreten historischen Bedingungen" ergeben, a priori gerechtfertigt und außerhalb der Kritik. Dabei wissen wir heute, daß sie, eben diese ersten historischen Formen des Sozialismus, der Kritik auszusetzen sind. Auch Jahn ist ihr Kritiker. Eine esoterische Darstellung der Gestaltung einer kommenden Gesellschaft läßt die Geschichte "nach vorn" gerade nicht offen. Wobei es nicht auf die Darstellung, also Marx in diesem Falle, ankommt.

Der Esoterik einer Gedankenwelt ist nach meiner Auffassung eine bedingte Geschichte zuzuordnen, eine Geschichte, in der es um Logik, Folge und Abfolge geht. Die Geschichte wäre überhaupt eine des Zufalls, ginge es in ihr nicht um inneren Widerspruch.

Aber was ist dieser Widerspruch, wann setzt er ein? Jahn sieht das so: "Im esoterischen Teil entwickelt er (Marx in seinen Werken), daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erst verschwinden können, wenn ihre Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktiv-

kräfte erschöpft sind" (S. 143). Der Widerspruch von Produktionsverhältnissen ist also - laut Jahn und wenn er esoterisch bekannt ist - kein innerer der Verhältnisse selbst, nicht sie sind innerlich von Gegensatz, sondern er wird erst einer dieser Verhältnisse, wenn diese ihre "Möglichkeit erschöpfen", wie eine produktive Kraft auf die Produktivkräfte zu wirken. Das ist aber nicht im esoterischen Teil der Werke von Marx so gesagt, sondern überhaupt von ihm nicht so gesagt.

Diese Esoterik befreit die Produktionsverhältnisse von jeglichem inneren Widerspruch, davon, daß Menschen Verhältnisse nicht einheitlich, sondern - unter Bedingung, daß ihr Widerspruch ein gesellschaftsformatorischer ist - uneinheitlich, gegensätzlich teilen. Ihr innerer Widerspruch ist nicht, sondern er wird, ist die Auffassung Jahns von der Esoterik oder einem Marxschen esoterischen Werke-Teil. Hätte Marx dies gedacht, gesagt, müßte sich die Wissenschaft von Marx trennen. Es war aber Marx, der z.B. den zyklischen Charakter der kapitalistischen Produktion, der bereits voll der Jahnschen Anforderung genügte, mit innerem Widerspruch bürgerlicher Produktionsverhältnisse - nicht aber als einem Ende dieser Verhältnisse, vorwärtstreibend auf die Produktion zu wirken - begründete. Dies nur nebenbei.

Ich bin dagegen, jetzt mit der Wurst nach der Speckseite zu werfen, und Bewährtem abzuschwören. Esoterisch ist, wenn man die Bedingtheit zukünftiger Geschichte in gegenwärtiger Geschichte ent-

schlüsselt, also von den konkret-historischen Umständen, die eine Form des Übergangs - aber eben nicht ihren Inhalt - bestimmen, absieht; und esoterisch ist, wenn die Produktionsverhältnisse nicht erst dann zu kritisieren sind, wenn sie in die Kritik der Produktivkräfte geraten. Worauf ich hier für die bürgerliche Gesellschaft beharre, haben wir ja als unseren Verlust gegenüber unserer eigenen sozialistischen Geschichte beklagt. Wir empfinden ja nicht ein Übermaß, sondern einen Verlust an Marxismus - der eigenen Geschichte gegenüber. Sagen wir nicht, die Kritik hätte viel früher einsetzen sollen, nicht erst "1982" (als "Stagnation" der Produktivkräfte sichtbar wurde)? Was macht es Sinn, gegenüber dem Sozialismus die "alte Marxsche Sicht" aufrechtzuerhalten, sie aber - weil wir nun, wie Jahn sagt (S. 146), zur "Marktwirtschaft pur, d.h. zur Restauration des Kapitalismus" zurückkehren - gegenüber der bürgerlichen Geschichte aufzugeben. Ändert sich denn der Charakter der bürgerlichen Gesellschaft (d.h. können wir innere Einheit an sich bürgerlicher Produktionsverhältnisse voraussetzen), nur weil eine höhere Geschichte ihre ersten Verhältnisse der Kritik aussetzt (und wenn bis zum Rückfall)?

Wir möchten mit der Marktwirtschaft "im Sozialismus" endlich klarkommen. Mancher möchte auch endlich aus der bürgerlichen Kritik heraus. Es muß doch endlich Ruhe im Verhältnis der beiden großen Geschichten dieser Welt eintreten. Da bieten wir also die

"Marktwirtschaft im Sozialismus" zum Fraße an. Siehe da, es bringt Ruhe, Kapital beißt an, "ist's zufrieden" mit geläutertem Sozialismus. Nun muß man noch zur Ruhe kommen mit den inneren Besserwissern und Querdenkern. Da verweist man sie am besten auf den "esoterischen Marx", der endlich gültig gesagt hat, wo und wann denn die Warenökonomie endet: Wenn die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, daß die Arbeiter aus der Produktion herausgeschmissen. D.h. also, der Tauschwert "breche zusammen", wenn die Arbeit "zusammen"breche. Das ist es, und nun ist - Ruhe. Endlich. Ruhe? Aber dann bedeutet das Hereinkommen der Lohnarbeit in die Warenproduktion - nichts, und nichts bedeutet auch die Aufhebung resp. Vergesellschaftung des privaten Eigentums - für die Warenproduktion. Und das geht nur mit geläutertem Marxismus, der Einteilung seiner Werke in einen eso- und einen exoterischen Teil. Sieht Jahn nicht sein Problem?

Apropos: Was ist eigentlich Marxens exoterischer Werke-Teil? - Wolfgang Jahn: "Es finden sich aber auch eine Reihe von tagespolitischen und polemischen Arbeiten, in denen der ungeduldige Revolutionär den Wissenschaftler Marx links überholte. Ich möchte diesen Teil des Marxschen Werkes als exoterisch bezeichnen" (S. 143). Hier haben wir denn erkannt, warum "der Sozialismus scheiterte": Weil die Politik/Macht die Arbeit überholen wollte. - Ich will dazu nur soviel sagen: Das Schicksal, das Marx visionär für die Arbeiter-

schaft insgesamt vorausgesehen hat, ist in jedem einzelnen Arbeiter, den Kapital (das sich nur organisch an Arbeiter bindet) auf die Straße ... äh, Markt geworfen hat, in seiner ganzen sozialen Problematik, und auch Problematik für die Warenökonomie vorausgenommen. Gesellschaftlich muß also heute schon beantwortet werden, was in theoretischer Ferne für alle Arbeiter zur Debatte steht. Es ist überhaupt nicht der Punkt, daß kein Arbeiter mehr produziert, sondern daß Arbeiter im Gegensatz zur Produktion produziert werden, ist jener Punkt, wo die gegenläufige Geschichte des Sozialismus ansetzt. Bestimmte Bedingungen, die der Kapitalismus schon für das Verständnis des Sozialismus bereitet, müssen daher im Sozialismus erst wiederholt werden, damit man "aus dem Sozialismus heraus" zum Verständnis der Kritik an der Warenökonomie, oder zum Verständnis des Kommunismus gelangt. Geschichte verläuft viel langsamer als sich in den ökonomischen Widersprüchen manchmal vermuten läßt, aber es ist nie nur Politik, was sie treibt. Mir ist der "exoterische" Marx - in der Frage der Warenökonomie - lieber als der "esoterische"; und warum, ist doch klar: Dieser tummelt sich in den Gegensätzen, wie sie gegenwärtig, während der andere - auf sie wartet. Der eine packt die erste Gelegenheit, die kapitalistische Produktionsweise als historisch begrenzte zu charakterisieren, beim Schopfe, der andere - die letzte.

Hermann Jacobs

Golfkrieg und deutsche Linke

Zur Rezension des Bandes "Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung" in Z 9 von Klaus D. Fischer

Der Rezensent nimmt eine sicherlich zutreffende einleitende Relativierung, daß die Komplexität des Nahen Ostens auf so knappem Raum nicht ausreichend behandelt werden kann, zum Anlaß, um in wüster, verfälschender und böswilliger Weise mir eine Tendenz der Parteinahme zu unterstellen, die meine Beiträge insgesamt in die Nähe der unsäglichen Diskussion rückt, die von Enzensberger, Biermann, Broder, Oz, Brumlik und vielen anderen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg losgebrochen ist: Wer nicht bedingungslos und hemmungslos ohne Zwischentöne auf den Irak einschlägt, setzt sich dem Verdacht des Antisemitismus aus. Diese Vorwürfe muß und will ich belegen.

Klaus D. Fischer beginnt logischerweise damit, mir vorzuwerfen, daß ein bestimmter "Zusammenhang ... fast völlig fehlt". Was denn nun? Fehlt er, oder fehlt er nicht? Daß ihm der Beitrag "zu glatt" ist, ist mehr als eine Wahrnehmungsfrage: Es geht hier um das Anlegen einer Tendenz, die im folgenden zu untermauern versucht wird.

So kommt diese bereits im nächsten Satz deutlich zum Ausdruck: "Hinzu kommt, daß die recht willkürliche Verwendung der Begriffe

'israelisch', 'zionistisch', 'jüdisch' die nötige Differenziertheit und Behutsamkeit vermissen läßt." Der in dieser Rezension so außerordentlich zitierfreudige Klaus D. Fischer hätte ja doch mindestens einen Beleg bringen können für diese Behauptung. Nichts ist mir in allen meinen Arbeiten zu diesem Problem wichtiger gewesen als die sehr genaue Unterscheidung zwischen diesen Begriffen, denen ich allerdings noch den Begriff des 'Philozionismus' als Kehrseite der Medaille des hiesigen Antisemitismus hinzugefügt habe. Falls es Herrn Fischer interessiert, mag er hierzu meinen Aufsatz über Israel und die deutsche Linke in der nächsten Nummer des "Sozialist" lesen.

Endgültig klar werden Absicht und Tendenz, wenn Klaus D. Fischer mehr als eine ganze Seite meiner Behandlung des Konflikts zwischen Irak und Kuwait widmet. Nach meiner Feststellung, daß der Irak seine Ansprüche auf Kuwait damit zu begründen sucht, daß letzteres während des Osmanischen Reiches Teil der Provinz Basrah war, läuft der Rezensent zu manipulativer Hochform auf: "Zwar erklärt Ruf den 'Gebietsanspruch' des Bagdader Regimes als 'im streng (! des Rez. - was soll hier das Ausrufezeichen des Rezensenten?) völkerrechtlichen Sinne ... absurd' und belegt das mit einigen stichhaltigen Hinweisen auf die Widersprüchlichkeiten und Taktierereien verschiedener irakischer Regierungen seit 1961."

Klaus D. Fischer unterschlägt bewußt die Begründung für die

Absurdität der irakischen Ansprüche:

"Im streng völkerrechtlichen Sinne ist die Argumentation Iraks absurd: Während der osmanischen Herrschaft existierte der Staat Irak ebenso wenig wie der Staat Kuwait. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen hat Irak die völkerrechtliche Existenz Kuweits anerkannt - ebenso wie durch den Abschluß bilateralen Verträge. Strittig blieb allerdings die Grenze zwischen beiden Staaten."

Es handelt sich also keineswegs um "einige stichhaltige Hinweise auf die Widersprüchlichkeiten und Taktierereien verschiedener irakischer Regierungen", sondern um den Hinweis auf eindeutige und glasklare völkerrechtliche Tatbestände!

Bei dieser Vorgehensweise ist es dann einfach zu unterstellen, daß (Ruf) "verständnisvoll" darauf hinweist, daß sich "die Frage der Grenzen für den (Hervorhebung durch den Rezensenten) arabischen Nationalismus 'anders als für das formale Völkerrecht stellt'".

Nun denn: Es ist eine Banalität, daß der arabische Nationalismus und der Panarabismus die Willkürlichkeit der kolonial gezogenen Grenzen immer abgelehnt haben. Die bewußte Vermengung von grundsätzlichen Positionen des arabischen Nationalismus mit der Annexion eines arabischen Staates (Kuweit) durch einen anderen arabischen Staat (Irak) ist eine weitere

tendenziöse Verfälschung meiner Aussagen.

In der Tat ist das politische System Kuweits - wie die der übrigen Golfemirate - ein Unikat, was auch im Text hinreichend belegt wird. Nur knapp 7% der Einwohner Kuweits haben die vollen Staatsbürgerrechte. 35% der Einwohner des nach den Vereinigten Arabischen Emiraten zweitreichsten Landes der Welt sind Analphabeten. Die Zugänge zu Bildungs- und Gesundheitswesen diskriminieren die große Masse der Bevölkerung. Jede auch ansatzweise Industrialisierung wird verhindert, um die feudale Machtbasis der herrschenden Familie nicht zu gefährden. Die gigantischen Erlöse aus dem Ölgeschäft werden gewinnbringend im Ausland placiert, eine Entwicklung des Landes selbst findet nicht statt. Bei aller Widerwärtigkeit des blutrünstigen Regimes in Bagdad ist immerhin festzustellen, daß der Irak unter verschiedenen politischen Führungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich eine Infrastruktur aufgebaut hat, die in nichts vergleichbar ist mit der privaten Ausplünderung eines Territoriums durch die Sabah-Familie. Als einziger Einwand bleibt denn Klaus D. Fischer sein Hinweis auf die Menschenrechtsverletzungen, wobei ihm der "Sabah-Clan als eine Ansammlung von 'Waisenknaben'" erscheint.

Es geht mir auch jetzt nicht darum, die Horror-Diktatur eines Saddam Hussein zu rechtfertigen. Die Entschuldigung der 'Waisenknaben' kann aber doch nicht dadurch gelingen, daß man ein bißchen mehr

oder weniger an Menschenrechtsverletzungen zu einem absoluten Maßstab erhebt: Es geht darum, ob Menschenrechtsverletzungen Teil des Systems sind oder nicht. Sonst erhebt sich nämlich die Frage, die ich Herrn Fischer schon gerne stellen würde: Wie rechnet man denn Menschenrechtsverletzungen? In absoluten Zahlen, pro Kopf der Staatsbürger, als Anteil am Brutto-sozialprodukt? Bei solchen Skalierungen landen dann vermutlich Herr Pinochet und Herr Mobuto auf mittleren (durchschnittlich-normalen?) Rangplätzen!

Und endlich kommt die Katze aus dem Sack (immer noch Seite 180): So ist denn "diese Darstellungsweise geeignet, Verständnis für die Annexion des Saddam-Hussein-Regimes zu wecken", um letztendlich die Schlußfolgerung ziehen zu können, die Tendenz der Analyse laufe auf eine "Verharmlosung der vorangegangenen Aggression gegen Kuwait" hinaus. Um dies zu untermauern, gelingt es allerdings Herrn Fischer wohl nicht mehr, Zitate in solch böswilliger Form zu verdrehen, wie er dies mit der klaren und eindeutigen und sattsam belegten Aussage über die Absurdität der irakischen Ansprüche oben getan hat.

Diese tendenziöse Darstellung zieht sich durch den gesamten meinen Aufsätzen gewidmeten Teil, wobei (auf derselben Seite 180) Klaus D. Fischer es einmal bemerkt, daß er sich selbst widerspricht: Zur Motivation der USA, diesen Konflikt militärisch auszutragen, nennt er immerhin einige der von mir genannten möglichen

Gründe: "Außerdem werden mehrere denkbare und plausible Faktoren für das konsequente Verfolgen der militärischen Option durch Washington genannt ...". Nur zwei Sätze weiter kommt der Vorwurf: "Monokausal wird die Entscheidung des 'Weißen Hauses' wohl kaum begründet gewesen sein".

Hätte Klaus D. Fischer den Band nicht nachweislich gelesen, so könnte man eventuell darüber hinwegsehen, daß er mir vorwirft, ich hätte die "Demütigung ... großer Teile der arabischen Welt" (ich habe hinzugefügt: und der islamischen!) nicht bemerkt und auch die neue konfliktuelle Nord-Süd-Struktur nicht gesehen. Exemplarisch verweise ich diesbezüglich nur auf Seite 95 und die zusammenfassenden Seiten 130-133 - und nicht zuletzt auf den Titel des Bandes.

Die böswilligen und kontrafaktischen Darstellungen von Klaus D. Fischer bleiben mir ebenso unverstänlich wie die Veröffentlichung einer solchen Rezension in einer um Seriosität bemühten Zeitschrift.

Werner Ruf

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung

Zwei Tage voller Konzentration am 14./15. März 1992 im Haus Gallus in Frankfurt am Main auf einer gemeinsamen Tagung des Institutes für Marxistische Studien und Forschungen - IMSF (Frankfurt am Main) und der Redaktionen "Sozialismus" (Hamburg), "Utopie kreativ" (Berlin), "Z - Zeitschrift für Marxistische Erneuerung" (Frankfurt am Main). Rund 200 Teilnehmer/Innen des linken Spektrums unseres Landes, die neuen Bundesländer eingeschlossen, nahmen die Gelegenheit zum Dialog wahr. Es war ein Versuch, angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt durch den Zusammenbruch des realen Sozialismus, - André Leisewitz sprach in seiner Eröffnungsrede von einer weltgeschichtlichen Zäsur, - den politischen Standort neu zu bestimmen.

Vier Themenkreise wurden behandelt: (I) "Die Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus - neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens" (Frank Deppe - Marburg); (II) "Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung" - Einleitungsbeiträge von Joachim Bischoff ("Sozialismus" - Hamburg), Horst Heininger (Berlin), Jörg Huffschmid (Memo-Gruppe - Bremen), Uwe Kremer (spw - Dortmund), Moderation Jürgen Reusch (IMSF - Frankfurt am Main); (III) "Was wird aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR?" - Einführungen von Hans Georg Conert (Bremen), Michael Brie (Berlin), Moderation Helmut Steiner ("Utopie kreativ" - Berlin); (IV) "Nord-Süd: Vom Gegensatz zum Dauerkonflikt?" - Einleitungen von Dieter Boris (Marburg), Henning Melber ("Peripherie"), Dorothee Piermont (MdEP - Remagen), Moderation Klaus D. Fischer (Redaktion Z - Frankfurt am Main). Also -: insgesamt war ein umfangreicher Themenkomplex (u.E. zu umfangreich) zu bewältigen. Die verschiedenen Einschätzungen der neuen Weltlage fanden allgemein eine positive Resonanz. Sie lösten aber auch eine teils lebhaft und kontroverse Diskussion aus. Leider kam diese wegen Zeitmangels zu kurz weg. Kritik gab es wegen zu akademischer bzw. fachspezifischer Abhandlung einiger Einführungsvorträge.

(I): Die generelle Aussage im Vortrag "Die Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus - Neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens" von Frank Deppe lautete: Der Sozialismus ist trotz des Zusammenbruchs des "Realsozialismus" keineswegs am Ende. Zwar sei der Versuch, die Widersprüche des Kapitalismus zu überwinden und eine Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit zu errichten, zunächst gescheitert, aber diese geschichtliche Aufgabe ist nach wie vor existent. Denn Sozialismus als Bewegung mit der

Zielstellung sozialer Gerechtigkeit ist und bleibt die Alternative zu sozialer Ungerechtigkeit im Kapitalismus. Angesichts der veränderten Kräftekonstellation in der Welt sind jedoch neue Bezugspunkte erforderlich. Der Sozialismus darf allerdings nicht nur als Bewegung für soziale Gerechtigkeit verstanden werden. Sozialismus ist mehr: eine soziale, politische und geistig-kulturelle Bewegung, die die Ideale der Französischen Revolution nach Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in sich aufnimmt, neu definiert und bestimmt.

D. schlug für die Aufarbeitung der Problematik vier Gesichtspunkte vor: Erstens die Erforschung der Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus sowie der sich daraus ergebenden weltpolitischen Konsequenzen. Deppe forderte zweitens eine gründliche Aufarbeitung der historischen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaftsformationen. Drittens trat er für die Untersuchung des Verhältnisses von Klasse und Politik (Klassenbegriff) ein. Viertens hob D. die Bedeutung des Staatsbegriffs hervor. Marx/Engels verknüpften die revolutionären Ziele der Arbeiterbewegung mit der Rücknahme des Staates. Dagegen wurde im Realsozialismus das Problem der Entstaatlichung mißachtet. Deppe zog am Ende seines Vortrages folgendes Fazit: Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der Weltgeschichte sein.

Betrachtungen zum Klassenbegriff standen am Anfang der Diskussionsrunde - z. B. die Frage: Was verstehen wir heute unter Arbeiterklasse? H. Dietzel forderte in diesem Zusammenhang eine generelle Neubestimmung des Subjekts. Sozialismus darf heute nicht mehr als "Mission" nur einer Klasse verstanden werden. Die Gründe für Sozialismus in der heutigen Zeit sind zusätzlich globaler und ökologischer Art. J. Bischoff mahnte angesichts der Entwicklung in den kapitalistischen Metropolen zur Zweidrittel-Gesellschaft eine der Lage entsprechende marxistische Wirtschaftskonzeption an. Bei der Aufarbeitung der Ursachen des Zusammenbruchs des Realsozialismus darf nach Auffassung von E. Hahn nicht vom Ende - also vom Blickwinkel des Zusammenbruchs - ausgegangen werden. Zu untersuchen ist seiner Meinung nach auch die Frage: "Gibt es für das Scheitern der Realsozialismus auch Ursachen im System der marxistischen Theorie und Wissenschaft?" H. Wagner wiederum stellte in diesem Zusammenhang eine Gesamtkrise der in "Ost und West dominierenden Reproduktionsmodelle" fest. Die Ursachen-Forschung ist nach seiner Meinung auf die Entwicklungs- und Krisendynamik des Kapitalismus auszuweiten. Kann, so lautete seine Fragestellung, eine Theorie des 19. Jahrhunderts genauere Angaben über unsere heutige Wirklichkeit machen? Die Antworten blieben begrenzt. F. Deppe verwies auf Verengungen der Machttheorie im Marxismus. Er war seiner Meinung nach zu sehr auf die Partei/Staat fixiert. H. Bömer merkte dazu an: der Schlüssel für die zukünftigen Strategien kann nicht die Perspektive der "Entstaatlichung des Sozialismus sein". Der Staat als generalisierendes Handlungsinstrument wäre z. B. zur Durchsetzung des ökologischen Denkens und Bedarfs

durchaus notwendig. Die Diskussion wurde zwar kontrovers geführt - fand aber in einer kooperativen Atmosphäre statt.

(II): Uwe Kremer vertrat in seinen einleitenden Ausführungen zum zweiten Themenkomplex die Meinung: Die neue Weltordnung wird durch die kapitalistischen Hauptländer eher konsortial (Führung in Partnerschaft) gestaltet. Denn es haben sich drei große Zentren (Triadisierung) herausgebildet: Westeuropa, Japan und die USA. Kremer verwies auf folgende Entwicklung: Die Triadisierung weise zwei widersprüchliche, aber voneinander abhängige Aspekte auf, zum einen wirkt sie in Richtung einer Globalisierung der ökonomischen Entwicklung über transnationale Konzerne und zum anderen erfolgt zugleich eine Regionalisierung ökonomischer Problematik. Japan hat sich auf dieser Grundlage zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickelt. Die USA befindet sich dagegen im Niedergang. Europa ist durch vielerlei Konflikte "gefesselt" und hat dadurch den USA und Japan wenig entgegenzusetzen. Die Triade ist zugleich als Bündnis des Nordens gegen den Süden zu verstehen.

Auch Horst Heininger sah den Einfluß der USA als Hegemonial-Macht schrumpfen, vor allem ihre Fähigkeit, ihren Führungsanspruch gegenüber Japan/Westeuropa durchzusetzen. Doch versuchen die USA, ihren wirtschaftlichen Niedergang durch militärische Präsenz wettzumachen. H. rechnet für die Zukunft mit schärferen und offeneren Auseinandersetzungen und Konflikten in den Ländern der Triade - hier auch im Zusammenhang mit einer "Schlacht um die europäischen Absatzmärkte".

J. Bischoff vermutet für die Zukunft eine starke Zuspitzung des ökonomischen Konfliktpotentials in der Welt. Schon heute sind die ehemaligen Achsenmächte Japan/Deutschland für die USA zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden. Deutschland nimmt nach seiner Auffassung hinsichtlich der Führungsrolle noch eine subalterne Position ein.

J. Huffs Schmid polemisierte gegen die Auffassungen von Kremer/Heininger. Zwar sei der Vorsprung der USA gegenüber Japan und Westeuropas geschmolzen. Aber ihre Position ist keineswegs infrage zu stellen. Die Akkumulationsbedingungen sind für die USA nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus keineswegs schlechter geworden. Westeuropa fällt wegen der Probleme im Osten als ernsthafter Konkurrent aus. Zum anderen sind die zentripetalen Kräfte in Europa sehr groß. So sei die politische Integration Europas ohne Zukunft und die Währungsunion mit "Sprengstoff behaftet". Die BRD sei neben Japan eher als dritte Konkurrenz ("lahmes Europa") zu betrachten.

Auch die Diskussion wurde durch kontroverse Standpunkte geprägt. Diskutiert wurde vor allem die Frage: Welchen Einfluß übt der Wegfall der Systemauseinandersetzung auf die neue Kräftekonstellation aus? Wie haben die Linken auf die radikalen Wandlungen zu antworten? Dazu gab es mehr Ratlosigkeit als Antwort - zumal die Thematik vorwiegend aus ökonomischer Sicht behandelt wurde. Die Linke hat nach Meinung von Ulla

Plener noch nicht voll begriffen, daß der Zusammenbruch des realen Sozialismus eine grundsätzlich neue Lage geschaffen hat. M. Schmidt und W. Ersil ergänzten die Thematik durch militär-, macht- und sicherheitspolitische Aspekte in der Richtung: welche Tendenzen zeichnen sich hier ab? Es wird auf militärischem Gebiet zu Kooperationen kommen. Die USA werden aber die Führungsrolle behalten. Man kann in der Gegenwart auch keine Rückentwicklung der militärischen Macht feststellen. Im Gegenteil. Im Gange ist eine Modernisierung. Die Rolle der Bundeswehr wird im Augenblick neu definiert. Die imperialistischen Strategien sind im Kern nach wie vor gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet - so geht es heute vor allem um die "Verabschiedung des Sozialstaates" (Schunter-Kleemann). Deppe verwies auf den Wegfall des atomaren Schutzes durch die USA für Europa/Japan als politische Waffen. Das schaffe enorme Probleme. Heininger plädierte am Ende dieser Diskussionsrunde für eine neue Diskussion über das Verhältnis Staat/Wirtschaft. Dieses Verhältnis gewinnt in Zukunft eine neue Dimension.

(III): H.G. Conert und auch M. Brie konzentrierten sich in ihrem Themenkomplex "Was wird aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR?" auf die Entwicklungen in der Ex-Sowjetunion - vor allem auf das heutige Rußland. Nach C. scheiterte die Perestroika/Gorbatschow trotz einer Fülle von Einzelentscheidungen durch Konzeptionslosigkeit - hier vor allem in der Wirtschaft. Die Wende hin zum rasanten Niedergang sieht er 1988 herangereift durch eine schwere wirtschaftliche Krise, durch rapide Verschlechterungen der Lebensverhältnisse und schließlich in der Destabilisierung des sozialistischen Systems. Die KPdSU hatte ihre Handlungsfähigkeit als führende Kraft in der Gesellschaft verloren. Die Freigabe der Preise durch Jelzin machte den Weg frei für eine kapitalistische Marktwirtschaft. Der "Markt wurde zum Götzen". Rußland wird die Strukturen von Dritte-Welt-Ländern erhalten und ein Anhängsel des ausländischen Kapitals werden.

M. Brie sah in der russischen Geschichte manche Ursachen für den Zerfall des realen Sozialismus. Er zog Verbindungslinien vom "Staatssozialismus" zu den russischen Traditionen (Peter I.). Der "sowjetische Sozialismus" war seiner Meinung nach von Anfang an eine Abwehrreaktion gegen die Bedrohung durch die westlichen Zentren des Kapitalismus. Trotz großer Anstrengungen des Volkes vermochte die UdSSR nicht den Anschluß an den westlichen Standard zu erreichen. Die nächste Zukunft wird durch hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Lebensniveau geprägt werden. Denn Rohstoffressourcen sind allein keine ausreichende Garantie für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Die Diskussionsrunde war sich darüber einig, daß zunächst eine durchgreifende wirtschaftliche Modernisierung dieser Länder nicht zu erwarten ist. Denn das ausländische Kapital investiert nur dort, wo eine profitable Kapitalverwertung zu erwarten ist. Es wird denn auch keine gleichberech-

tigte Einbeziehung der russischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft geben (H. Neubert). H. Jung forderte als Essential für Sozialisten, für diese Länder Konzepte zu vertreten, die in der Lage sind, eine reale sozialistische Perspektive aufzuzeigen.

(IV): Der Themenkreis "Nord-Süd: Vom Gegensatz zum Dauerkonflikt" wurde ebenfalls kontrastreich abgehandelt. D. Boris trat anfangs solchen Auffassungen entgegen wie: mit der Überwindung des Kolonialismus sei das Verbindungsglied zwischen den Entwicklungsländern nicht mehr vorhanden; durch die Vielfalt der Länder der Dritten Welt ist ein einheitliches Selbstverständnis zerstört sowie sind globale Konzepte zur Überwindung der Unterentwicklung gegenstandslos. Die meisten Länder der Dritten Welt unterliegen nach wie vor der Ausbeutung, Unterordnung und einer asymmetrischen Entwicklung. 90 Prozent dieser Länder werden von der Dynamik des Kapitals nicht berührt. Die Schuldenabzahlung ist nach wie vor das gravierendste Moment in der Abhängigkeit zum Kapitalismus. Die Lage der Länder der Dritten Welt hat sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, in der wirtschaftlichen und sozialen Weltordnung eher verschlechtert. Diesen Ländern werden zum anderen durch die kapitalistischen Metropolen ökologisch große Opfer aufgebürdet (Giftmüll etc.).

Dorothee Piermont brach vor allem eine Lanze für mehr Solidarität mit der Dritten Welt. Diese wird skrupellos ausgeplündert. Menschenrechte gibt es keine. Die UNO ist ein gefügiges Instrument der USA im Einsatz gegen die Dritte Welt (Eingreiftruppen). Es ist ein erbitterter Wirtschaftskrieg des Imperialismus gegen Dreiviertel der Menschheit im Gange. Sozialisten müssen sich zur sozialistischen Perspektive der Dritten Welt bekennen. Sie verurteilte Drohungen und Angriffe der USA gegen Kuba und verlangte Engagement und Aktivitäten der politischen Linken für dieses Land. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf den Solidaritätskongreß für Kuba am 23. Mai 1992.

Die Konferenz gab der politischen Linken gute Anregungen für den weiteren Diskussionsprozeß zur Bestimmung ihres politischen Standortes in der Welt von heute. Positiv hervorzuheben ist außerdem die Vermittlung der verschiedenen Standpunkte an die Teilnehmer und die Möglichkeit ihrer Diskussion. Sichtbar wurde eine noch vorhandene Unsicherheit bei der Einschätzung des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt von heute. Hervorzuheben ist vor allem, und zwar wohl als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß sie wissenschaftlich und politisch engagierte Kräfte aus dem linken Spektrum vereinte.

Vera Affeln/Fritz Krause

"Die Expropriation des Kapitals ist die Bedingung für die Befreiung ..."

Bruni Höfer, Heinz Dieterich, Klaus Meyer (Hrsg.): Das Fünfhundertjährige Reich - Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992. Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1992, 294 Seiten, 19,80 DM

Stefan Armborst, Heinz Dieterich, Hanno Zickgraf (Hrsg.): Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich - Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992. Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1992, 288 Seiten, 24,80 DM

Es ist nicht Aufgabe einer Buchbesprechung, eine politische Kampagne als solche vorzustellen. Trotzdem sind im vorliegenden Fall einige Bemerkungen in dieser Richtung erforderlich, weil die Herausgeber sich und ihre Publikationstätigkeit als Bestandteil der Kampagne zum 500. Jahrestag des Beginns der Eroberung begreifen.

Das 1988 gegründete "Internationale Kultur- und Wissenschaftsforum: Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" gibt dem Buch - wie auch seinem Vorläufer von 1990 "Das Fünfhundertjährige Reich" - nicht nur den Untertitel; sein Name ist Programm. So heißt es in der von seinem Ehrenrat verabschiedeten "Erklärung von Mexiko", "daß die große Aufgabe, die das historische Ereignis des Fünfhundertsten Jahrestages der europäischen Invasion uns stellt, in der Rückgewinnung der Identität und Emanzipation der Völker der Dritten Welt besteht."

Dazu will das Forum "aktiv an der Erarbeitung und Verbreitung der wirklichen Bedeutung des Fünfhundertsten Jahrestages mitarbeiten"

(S. 6f). Neben der Herausgabe deutschsprachiger Veröffentlichungen hat sich die BRD-Koordination deshalb auch die Verbreitung spanischsprachiger Publikationen vorgenommen ebenso wie die Durchführung von Arbeitskreisen und Seminaren (zwei Bundestreffen haben stattgefunden). Sie organisiert eine "Wanderausstellung mit Werken lateinamerikanischer Künstler" und leistet "Öffentlichkeitsarbeit" für das vom 9. bis 12. Oktober 1992 in Puerto Real (Andalusien) stattfindende internationale Forum unter dem Motto '500 Jahre Aggression, 500 Jahre Widerstand, für die Emanzipation der Völker - Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992 (S. 280f).

Ähnliche Aufgabenstellungen haben nationale Koordinationen anderer Länder und auch das internationale Organisationskomitee. Das Forum versteht sich zwar als pluralistisch in dem Sinne, daß alle mitarbeiten können, "deren Kriterium die substantielle Verbesserung der Situation unserer Völker ist". Aber es schränkt diesen Pluralismus doch auf eine selbstbewußte, kämpferische Linie ein, wenn es sich in die "Tradition der Protagonisten der amerikanischen Völker (stellt), so wie sie u.a. in den Namen Cuautemoc, Lautaro, Tupac Amaru, Tatanka Yotanka ("Sitting Bull"), Bolívar, San Martín, Sucre, José Martí, Emiliano Zapata, Lazaro Cardenas, Salvador Allende, Camilo Torres und Ernesto "Che" Guevara überliefert ist" (Das fünfzehnhundertjährige Reich, S. 12f).

Es ist schwer und willkürlich, unter den vielen Mitgliedern seines Ehrenrates einzelne hervorzuheben, aber einige seien genannt, um die Breite zu verdeutlichen: Osvaldo

Bayer, Mario Benedetti, Leonardo Boff, Tomás Borge, Juan Bosch, Ernesto Cardenal, Pedro Casadilla, Domitila Chungara, Paulo Freire, Helmut Frenz, Norbert Greinacher, Rigoberta Menchú, Leonard Peltier, Adolfo Pérez Esquivel, James Petras, Rius, Mauricio Rosencof, Daniel Viglietti.

In der Einleitung von "Das Fünfhundertjährige Reich" hatten die HerausgeberInnen vier mit dem Datum 1492 verbundene Folgen aufgezeigt, die bis heute ungebrochen wirksam geblieben sind (S. 7ff):

- Ein weltweites Herrschafts- und Ausbeutungssystem wird installiert, das Amerika, Afrika und den Großteil Asiens als Hinterland für die Bereicherung Europas (und später Nordamerikas) betrachtet.

- Die lateinamerikanischen Völker verlieren jede politische und wirtschaftliche Souveränität.

- Eine neue Qualität von Klassenherrschaft wird in den eroberten Ländern eingeführt, die patriarchalisch-rassistisch bestimmt ist und die Lebensverhältnisse der Massen dramatisch verschlechtert.

- Eine europäisch-rassistische Sicht verwandelt Menschen entsprechend der ökonomischen Verwertungsinteressen in "Eingeborene", "Indianer", "Neger".

Das so bestimmte und beschriebene Herrschaftssystem ist das Fünfhundertjährige Reich. Heinz Dieterich, Soziologieprofessor an der Autonomen Universität von Mexiko City und Koordinator des Forums, hatte schon in der 1990er Veröffentlichung in einem längeren Beitrag nachgewiesen, daß es eine "Koinzidenz nationalsozialistischer Expansions- und Herrschaftslogik sowie Erster/Dritter-Welt-Struktur

heute" gibt (S. 69 - 147). Dabei hatte er darauf hingewiesen, daß "ein ganzes System ideologischer Apparate und Indoktrinationsformen (dazu) dient, diese Strukturbeziehungen nach Orwellscher Manier aus dem Bereich des "Denkbaren" auszuschließen". Die Aufgabe bestehe darin, "den narzisstischen Spiegel der Erst-Welt-Erkennnis...mittels der Realitäten des Fünfhundertjährigen Reiches zu entzerren".

Wesentlicher Teil der Erst-Welt-Erkennnis in Deutschland ist heute die wiederhergestellte Kontinuität des deutschen Imperialismus (S. 8 - 13). Die "Tradition, die von dem Bauernschlächter Karl dem Großen gestiftet wurde, im Interesse der Junker und Großindustriellen unter Fürst Bismarck wieder auferstand, bei Adolf Hitler dem deutschen Großkapital die Hegemonie im "Neuen Europa" verschaffen sollte, (hat) nun in der "Wiedervereinigung" von Ost und West einen neuen Ausgangspunkt gefunden". Berührungspunkte gegenüber dem Begriff des "Vierten Reiches" sind unbegründet, weil imperialistische Politik "nichts anderes" bedeutet "als Unterdrückung und Ausplünderung schwächerer Völker", nach innen aber keineswegs die Greuel des 3. Reiches wiederholen muß. Spätestens der Zweite Golfkrieg bot die Möglichkeit, im Namen von Demokratie und Menschenrechten die (fast) vollständige gesellschaftliche und v.a. intellektuelle Unterstützung dieses Projekts der "imperialen deutschen Demokratie" zu erreichen. Hanno Zickgraf zeigt in seinem Exkurs (S. 249 - 257), daß dies sowohl für kriegsunterstützende wie -kritische Teile der Öffentlichkeit zutrifft.

Dieterich setzt in seinem Artikel über "Reichsjubiläen, NGOs und antiimperialistische Solidarität" (S. 184 - 214) noch eins drauf: neben der offiziellen Kampagne zum 500. Jahrestag, die offen imperialistische Standpunkte vertritt, und den UNESCO-Aktivitäten, die das Phänomen des Imperialismus auf eine Frage indigener Kultur reduzieren, greift er auch die Kampagne der Solidaritätsbewegung als "internationale Sozialhilfe" scharf an. Eine humanistische Begründung von Soliarbeit sei unmoralisch, da sie nie erklären könne, warum diesen Menschen geholfen werde und jenen nicht; allen könne sie aber nicht helfen, weil die unmenschlichen Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen notwendiges Ergebnis des Kapitalismus sind. "Für die Verdammten dieser Erde" ist die Überwindung des Kapitalismus, heute wie vor hundertfünfzig Jahren, die einzige Hoffnung auf ein besseres Dasein ... Die Expropriation des Kapitals ist die *conditio sine qua non* der Befreiung der Gattung." Wirklich unmoderne Ansichten!

Diese Ansichten sind aber nicht nur unmodern. Wenn sie, wie im vorliegenden Fall, mit der Aufforderung verbunden sind, das "selektive herumkurieren an Symptomen" zu unterlassen, stellen sie die Existenzberechtigung nicht nur offizieller oder kirchlicher "Entwicklungshilfe", sondern auch (fast) aller auf Projektunterstützung orientierter Soliarbeit in Frage. Dieterich spricht das ziemlich unverblümt aus und benennt das materielle Interesse ihrer Hauptamtlichen als wesentlichen Existenzgrund solcher Organisationen. Man darf gespannt sein, ob eine offene Diskussion über Ziele und Zweck von So-

liarbeit in Gang kommt oder ob eher eine Koalition der Ablehnung und des Schweigens sich an der drängenden Frage vorbeidrückt, ob "Überwindung des Kapitalismus" nach wie vor ein mögliches und notwendiges Ziel ist.

Nicht alle Texte des Buches verhalten sich so eindeutig dazu wie der von Noam Chomsky (Die Sieger, S. 15 -93). Er fragt, wie es den Siegern im Kalten Krieg denn nun, im Augenblick ihres Triumphes, geht. Schließlich halten ihre Führer die Gegenwart für den bisher erreichten Gipfel von "Rechtschaffenheit, ... Demokratie, kapitalistischer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten". In detaillierten Darlegungen der Lebenssituation der Menschen im US-dominierten Teil der Welt (alles "Sieger") begründet er seine Ansicht, daß "die Wirklichkeit dazu neigt, von der anerkannten Wahrheit abzuweichen". (Leider sind seine oft witzig-zynischen Ausführungen manchmal durch eine holprige Übersetzung verschandelt, aber wenn etwa aus dem "Parlamentarischen Untersuchungsausschuß" eine "besondere Kommission der Legislative zur Untersuchung" wird, so hat das auch seinen eigenen Reiz). Wer die völlig sinnlosen Vergleiche zwischen West- und Osteuropa oder den USA und der UdSSR unterläßt und stattdessen etwa Regionen vergleicht, "die vor 80 Jahren unter relevanten Gesichtspunkten mehr oder minder ähnlich waren, aber seitdem einen jeweils unterschiedlichen Kurs verfolgt haben", wer also z.B. fragte, "wie guatemaltekeische Bauern oder brasilianische Slumbewohner reagieren würden, fänden sie sich plötzlich nach Polen, Bulgarien oder der Ukraine ver-

setzt", würde zu Ergebnissen gelangen, die außerhalb westeuropäischer Intellektuellenzirkel etwas von einer Binsenweisheit an sich haben: "Die Katastrophe des Kapitalismus könnte nicht schärfer und dramatischer sein".

"Der Befund zeigt deutlich genug, daß die Politiken, die von den westlichen Mächten anempfohlen und aufgezwungen werden, und die selbstsichere Rhetorik, welche sie in offiziellen Stellungnahmen und anderen Kommentaren begleitet, von den Eigeninteressen jener gelenkt sind, die die Zügel in der Hand halten, und nicht von irgendeinem fundierten Verständnis der Entwicklungsökonomie oder irgendeiner ernsthaften Sorge um die menschlichen Auswirkungen dieser Entscheidungen. Die Vorteile, die dabei für andere entstehen mögen, sind weitgehend zufällig, genauso wie die Katastrophen, die gewöhnlich dadurch eintreten."

Chomsky zitiert die Schlußfolgerung Ignacio Ellacurías, des ermordeten salvadorianischen Jesuiten, daß der Westen das "Leben um un menschliche Werte herum organisiert" habe; deshalb sei es "lebenswichtig, ein Wertesystem und eine Lebensnorm zu definieren, die jedes menschliche Wesen berücksichtigt".

Unbeantwortet bleibt die Frage, wie dieses System entstehen soll. Während Fidel Castro in seiner "Botschaft an das erste Iberoamerikanische Gipfeltreffen" sehr vorsichtig von der "wirtschaftlichen Integration" Lateinamerikas "als Bedingung für das Überleben und die Bewahrung der lateinamerikanischen Unabhängigkeit und Identität" (S. 105f) spricht, stellt Sofia Montenegro aus Nicaragua die Frage, "was es denn heiße, in die-

sen Zeiten links zu sein. Die Antwort ist eigentlich recht einfach. Du mußt den Rechten das Banner der Demokratie entreißen - und zwar für immer. Wir werden jedenfalls eine radikale Demokratisierung unserer Strukturen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet fordern, d.h. man muß im umfassenden Sinn revolutionär sein".

Sie ist sich des möglichen Widerspruchs von Demokratie und Revolution bewußt. Sie sagt, daß "vielleicht alle Frauen ein Interesse am Kampf haben - aber nicht alle Frauen haben den Willen zur Veränderung." Und sie löst das Problem konsequent: "Wir wollen das gemeinsam mit allen Frauen tun, die den Willen zum Wandel haben." (S. 158)

Angesichts der Schwierigkeiten, als "Tischgenosse der Ausbeutung" in den Metropolen die schmerzhaft Entzerrung unserer Erste-Welt-Erkenntnis zu ertragen, hatte Dietrich positiv auf Sartres Bereitschaft Bezug genommen, die "befreiende Gewalt der Randvölker" radikal zu rechtfertigen (Das Fünfhundertjährige Reich, S. 71). Da wiederholt sich obiger Widerspruch: ein Interesse mögen viele gemeinsam haben, aber der konkrete Wille einiger geht anderen viel zu weit. Aber hat eine Linke, die nicht nur aufgehört hat, an die Möglichkeit der Revolution zu glauben, sondern die sie weitgehend nicht einmal mehr will, wirklich das Recht, irgendeine Aktivität der absolut Verelendeten zu kritisieren?

Werner Rätz

Türkei: Subalterne Ökonomie

Charles Pauli, *Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders; isp-pocket 47, isp-Verlag, Frankfurt/M. Sept. 1990, 160 Seiten, 18,80 DM.*

Die vorliegende Schrift ist keine Landeskunde der Türkei mit ihren heute 54 Millionen Einwohnern und dem fast niedrigsten Prokopfeinkommen in Europa, obwohl sie auch nicht wenige Informationen über Land und Leute, Vergangenheit und Gegenwart der Türkei enthält. Ihre Hauptsache ist vielmehr die exemplarische Analyse der sozialökonomischen und politischen Entwicklung eines abhängigen kapitalistischen Landes, das nach den Hauptkennziffern dem Block der Entwicklungsländer zugerechnet werden muß, gleichzeitig als Mitglied der NATO, der OECD usw. als Land des "Westens" angesehen werden kann.

Die Hauptfragestellung bezieht sich darauf, ob marktwirtschaftliche Effektivierung, Öffnung für den Weltmarkt und Eingliederung in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung Wohlfahrtsgewinne für alle, Demokratisierungsfortschritte und Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen mit sich bringen oder Unterentwicklung, Massenelend, politische Repression und einen subalternen internationalen Status reproduzieren. (10, 148 ff.)

Zeitlich reicht die Untersuchung bis in das Jahr 1989. Der Crash des Realsozialismus wird erst mit einigen beiläufigen Bemerkungen verarbeitet. Aber gerade unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen Entwicklung dieser Länder bietet die

vorliegende Schrift aufschlußreiche Einsichten.

Die 1980 mit dem Militärputsch eingeleiteten 80er Jahre wurden unter Turgut Özal in enger Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank und unter einer Art Patronat auch der BRD durch einen Kurs der weltmarktorientierten Modernisierung geprägt. Angesichts der überdurchschnittlichen Zuwachsraten bis 1989 von 4,4 Prozent war die Rede vom türkischen Wirtschaftswunder. Aber selbst dies konnte den Abstand zu Westeuropa nicht wesentlich verringern. Schon in den 70er Jahren war der IWF, nachdem der türkische Staat seine Zahlungsunfähigkeit erklärt und den Schuldendienst eingestellt hatte, in die Kommandopositionen eingezogen. Das Ziel: Die Wiederherstellung der Schuldendienstfähigkeit als Bedingung des Zugangs zu neuen Krediten und zu den internationalen Kapitalmärkten.

Die Analyse der IWF-Politik und ihrer doktrinären Grundlagen gehört aus der Sicht des Rezensenten zu den wichtigsten und gelungensten Teilen des Buches. "Diese Politik des IWF wird als exportorientierte Wirtschaftspolitik bezeichnet. . . Im Kern geht es um eine Umstrukturierung, marktwirtschaftliche Effektivierung und vollständige Einpassung der verschuldeten Länder in eine internationale Arbeitsteilung, die von den Interessen der ökonomisch überlegenen Konzerne und Banken aus den Industrieländern bestimmt wird." (54) Wie eh und je erweisen sich Freihandel und ungehinderter Kapitaltransfer als die "Waffen der stärkeren Kapitale".

Die türkische Prosperität der 80er Jahre war von einer Verdopplung der Auslandsschulden begleitet.

Verbesserte Zahlungsbilanzen rührten dabei nicht aus einer verbesserten Exportsituation her, sondern aus einem expandierenden Tourismus und den Überweisungen der türkischen Arbeiter aus dem Ausland. Die überbordende Inflation (1989 = + 69 Prozent) konterkarierte die Exportbemühungen. Paulis Resümee: "Der Versuch der nachholenden Industrialisierung ist gescheitert." (81)

In den beiden Schlußabschnitten (139ff.) geht der Verfasser nochmals auf die Ergebnisse des Gesamtprozesses ein. Für die Türkei habe sich mit der genannten Politik die "Funktion" "eines Hinterlandes, eines Reservoirs - eines Hinterhofes" reproduziert. (147) Freilich resultieren aus der geostrategischen Lage der Türkei gegenüber anderen schwach entwickelten Ländern einige Sonderbedingungen. War sie früher als südöstlicher Eckpfeiler der NATO Aufmarschgebiet und Horchposten gegen die UdSSR, so ist ihr heute im imperialistischen Kalkül die Rolle der Disziplinierung des islamischen Fundamentalismus, der Kontrolle des nahen und mittleren Osten und der "islamischen Staaten" der früheren UdSSR in Mittelasien zgedacht. Entsprechend besteht das Interesse, die Türkei militärisch, politisch und ökonomisch funktionsfähig zu erhalten. Von allen ausländischen Mächten hat Deutschland das stärkste Engagement in der Türkei. Dies bedeutet freilich nicht, daß die Türkei als "vollwertiger Mitspieler" akzeptiert wäre. Dies zeigte sich auch daran, daß der Türkei 1989 die Vollmitgliedschaft in der EG verweigert wurde, obwohl sie dieser schon seit 1963 assoziiert ist - mit dem ver-

traglich fixierten Versprechen der Vollaufnahme schon für 1986.

Der Kurs der Integration in die Weltwirtschaft über eine "importabhängige Teilindustrialisierung", deren Kehrseite die "exportorientierte Akkumulationsform" ist (148), reproduziert den Status der Abhängigkeit und Unterentwicklung. Dabei zeigt, trotz der genannten Sonderbedingungen, das Beispiel der Türkei, "daß es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Herstellung von Niedriglohnverhältnissen, Exportorientierung und Unterdrückung gibt". (153)

Nachdem schon im ökonomischen Hauptkapitel Informationen auch zu den Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen vermittelt worden waren, widmet sich das Kapitel II der türkischen Politik der 80er Jahre. Folter und Massaker sind in diesem NATO-Land und EG-Partner nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Proteste der "zivilisierten" Welt und ihrer Führer über die Menschenrechtsverletzungen bleiben bisher beim Verbalen. Auch die politischen Verhältnisse sind weit von dem entfernt, was als westlicher Eingangsstandard abgefeiert wird. Pauli charakterisiert die politische Struktur der Türkei als "eine parlamentarisch verbrämte Diktatur". (125) Kapitel III enthält eine knappe Skizze der Kurdenfrage in der Türkei. Von den etwa 20 Millionen Kurden leben 10 Millionen in der Türkei und machen damit 20 Prozent der Bewohner der Türkei aus. Ihre ethnische Existenz wird durch das türkische Regime negiert, kulturelle und politische Regungen kurdischer Identität werden brutal unterdrückt. Im Frühjahr 1992 tobt dort ein regelrechter Krieg, den das türkische

Militär zum guten Teil mit Waffen aus der BRD (darunter auch jene noch von Pfarrer Eppelmann verschachtelten NVA-Waffen) gegen die kurdische Bevölkerung führt. Der seit 1984 unter der Leitung der PKK, der im Selbstverständnis "marxistisch-leninistischen" Kurdischen Arbeiterpartei mit einer Orientierung auf die "nationaldemokratische Revolution", geführte Guerilla-Krieg ist damit zum offenen inneren Krieg geworden.

Paulis gehaltvolle und anregende marxistische Analyse hätte für den Leser noch gewinnen können, wenn er stärker mit Überblicksstatistiken und langen Reihen gearbeitet hätte.

Heinz Jung

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm. Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation. Frank Deppe zum 23. September 1991. Mit Beiträgen von Manfred Bobke von Camen, Hansgeorg Conert, Dieter Fricke, Georg Fülberth, Jörg Goldberg, Peter Hess, Heinz-Gerd Hofschien, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Otto König, Dieter Kramer, Jürgen Kuczynski, André Leisewitz, Kaspar Maase, Gert Meyer, Klaus Pickshaus, Rainer Rilling, Karl Heinz Roth, Josef Schleißstein, Horst Schmitthenner, Johannes Steffen, Jörg Wollenberg. Verlag Arbeit & Gesellschaft GmbH. Marburg 1991. 48,- DM

Der Band ist Frank Deppe zu seinem 50. Geburtstag gewidmet. Inhaltlich stellt er die unterschiedlichen Reaktionen auf die Zusammenbrüche 1989 ff. dar. Es sind die Zusammenbrüche des Staatensystems, das sich als alternative Mög-

lichkeit weltweit verstand und nicht nur sich selbst als "sozialistisch" beschrieb, sondern auch von der Mehrheit seiner Gegner als sozialistisch wahrgenommen wurde. Der Zusammenhang zwischen den grundlegenden innergesellschaftlichen Konflikten in unserem eigenen Land und dem Systemkonflikt war für die deutsche Linke selbstverständlicher Ausgangspunkt des theoretischen und praktischen Eingreifens, auch soweit diese linken Positionen den "staatssozialistischen" Formen Osteuropas kritisch gegenüberstanden. So sind die Zusammenbrüche ein legitimer Ansatzpunkt für Versuche, neue Aussichten zu gewinnen; und ein nicht unbeachtlicher Teil der Autoren dieses Bandes hält explizit nicht nur an der radikalen Kapitalismus-Kritik, sondern auch an der Notwendigkeit eines (unterschiedlichen) Gegenentwurfs fest, der als sozialistisch erkennbar wird.

Das Buch enthält viele höchst spannende Artikel. Ohne andere schlechter bewerten zu wollen, möchte ich sagen, daß mir persönlich vor allem die Untersuchung von Hansgeorg Conert zu den Ursachen des Scheiterns der Perestrojka (Überlegungen zur Analyse der Ursachen des Scheiterns der sowjetischen Perestrojka) und der Beitrag zu einem scheinbar literarhistorischen Thema (Bertolt Brecht und der Stalinismus) von Horst Schmitthenner und Manfred Bobke von Camen gefallen haben.

Nicht nur der einzelnen, höchst interessanten Gedanken zur Sache, die sich aus diesen Bilanzen ergeben wegen, lohnt sich der Band. Zugleich gibt er Auskunft über die geistige Lage der Linken bei uns. Ich habe nicht die Absicht, nun die

einzelnen Beiträge stückweise zu referieren - das ist bei einem solchen Sammelband schwierig und sicher immer auch ungerecht gegenüber einzelnen Autoren. Ich will stattdessen auf einige ausgewählte Probleme eingehen, die mir angesichts des Bandes besonders bedenkenswert erschienen.

Zwei der denkbar gegensätzlichsten Bilanzen aus der Niederlage und den Zusammenbrüchen sind zufällig im Buch unmittelbar nebeneinander geraten: Die von Karl Heinz Roth (Wilde Zeiten. Klassenherrschaft, Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage in den neunziger Jahren) und die von Kaspar Maase ("Der Feind, den wir am meisten hassen ...". Über gutes Leben, Intellektuelle und den Unverstand der Massen). Der Gesamtgestus der beiden Autoren ist einander entgegengesetzt. Karl Heinz Roth greift mit scharfen ironischen Formulierungen jede der verschiedenen politisch agierenden Teile der Linken in Deutschland an, ohne irgendeine taktische Rücksicht zu nehmen. Diese Zeiten, in denen man taktische Rücksichten nehmen mußte oder glaubte nehmen zu müssen, sind, so kann man dem Vorgehen entnehmen, zumindest jetzt endgültig vorbei (wobei hinzuzufügen wäre, daß die Berücksichtigung taktischer Gesichtspunkte zuungunsten analytischer auch früher keine zentrale Rolle bei diesem Autor gespielt hat). Kaspar Maase dagegen meidet deutlich die anstößig gewordenen Vokabeln, die Karl Heinz Roth offenbar mit einer inneren Genugtuung an der damit verbundenen Provokation benutzt. Heute ist ein mehr an taktischer Überlegung gefordert, angesichts der unübersichtlicher werdenden

Konfliktzonen zwischen verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft, scheint der Gestus von Kaspar Maases Artikel nahezulegen.

Dementsprechend sehen die beiden auch die Ursachen der Katastrophe einigermaßen gegensätzlich: Ist es für Roth die mangelnde Rigorosität einer entschiedenen Klassenpolitik der Linken, so ist es bei Maase die zu große Rigorosität einer den Alltagsfreuden der Unterschichten entfremdeten linken intellektuellen Bußpredigt.

Auch in den Schlußfolgerungen unterscheiden sich die beiden Ansätze grundlegend: Setzt der eine auf Mobilisierung revolutionärer Gegenmacht für die Erreichung der kleinsten Schritte zu mehr Humanität, so schlägt der andere S-Bahnen mit Frühstück und Computer-Spiel als effektiven Dienst an der Menschheit vor. Ich möchte mit dieser Gegenüberstellung keine der beiden Positionen als völlig unrealistisch hinstellen; vielleicht liegt der mangelnde Realismus, den man bei beiden empfindet, weniger in der Rationalität oder Irrationalität der strategischen Empfehlung, als in der Einseitigkeit, in der diese vorgetragen wird.

Merkwürdig berührt aber eine grundlegende Gemeinsamkeit zwischen beiden Autoren, auf die man erst nach mehrmaligem Lesen kommt.

Sozialer Hauptträger des Irrwegs sind bei Roth die "technokratischen Reformeliten" der alten DDR gewesen. Der Beitrag liest sich durchaus so, als hätten diese Elitengruppen von Intellektuellen sich selbst und den Hoffnungen auf eine bessere Welt durch das rationale Festhalten an den eigenen Maßstäben des "Weltniveaus" den Boden

unter den Füßen weggezogen. Und bei Kaspar Maase liest man in überraschend ähnlicher Argumentation das Versagen der linken intellektuellen Eliten unter der Beschreibung: "Gerade die - unabdingbare - Verteidigung des Maßstabs gesellschaftlicher Rationalität hat die marxistische Linke daran gehindert, sich ernsthaft mit der Dialektik der Aufklärung auseinanderzusetzen." (S. 197)

Es ist zu vermuten, daß beiden Argumentationsmodellen der Gedanke eines pädagogischen Verhältnisses von intellektuellen Führungen und geführten nicht-intellektuellen Bewegungen zugrunde liegt, eines Gedankens, der in den Feuerbach-Thesen dargestellt und kritisiert wird.

Noch einen Schritt weiter scheint mir aber die Aussage von Kaspar Maase zu den "gleichrangigen Praxen menschlicher Vernunft" zu gehen: "Nicht die Abdankung der Vernunft ist .. gefordert, sondern die Anerkennung ihrer unterschiedensten Artikulationsformen auf verschiedenen Feldern menschlicher Tätigkeit; das schließt die Notwendigkeit ein, die verschiedenen, gleichrangigen Praxen menschlicher Vernunft in einen kommunikativen Zusammenhang zu bringen, der nicht dem universalistischen Anspruch intellektueller Reflexionsformen unterstellt ist." (S. 194) Als ob nicht gerade das den Menschen potentiell erst vernünftig machende Element seiner Konstitution die Tatsache wäre, daß alle "differenten Artikulationsformen" eben insoweit sie vernünftig sind, sich als ineinander übersetzbar erweisen, und der universalistische Anspruch seit Averroes nicht auf der Verabsolutierung einer Artikulationsform, sondern eben ihrer

Übersetzbarkeit, und damit der nur insofern begründeten Gleichheit der Mitglieder dieser Gattung beruht. Hier ist nicht nur eine andere Aussicht, hier liegt auch ein anderer Trümmerhaufen.

Johannes Henrich von Heiseler

Keiner redet vom Sozialismus - aber wir

Keiner redet vom Sozialismus - aber wir. Die Zukunft marxistisch denken. Herausgegeben von Dieter Boris, Willi Gerns, Heinz Jung unter Mitarbeit von 16 Autorinnen und Autoren. Pahl Rugenstein Verlag Nachfolger. Bonn 1992, ca. 250 S., 19,80 DM

Dieses Buch ist dem 1991 im Alter von 53 Jahren verstorbenen Marxisten Kurt Steinhaus gewidmet. Die Autorin bzw. Autoren kennen St. aus Zusammenarbeit. Zugleich versteht sich dieser Sammelband als eine Art Standortbestimmung. Noch ein Anliegen verknüpfen die Herausgeber mit diesem Buch: "Vielleicht veranlaßt uns die Erinnerung an das Leben von Kurt Steinhaus - nach all den Differenzierungen und Auseinandersetzungen der letzten Jahre - die Gemeinsamkeiten von Marxistinnen und Marxisten wieder zu sehen."

Die Thematik des Bandes bot dazu Möglichkeiten: "(I) Nach dem Ende des Realsozialismus" - "(II) Antimperialismus und neue Weltordnung" - "(III) Subjekt Gewerkschaften" - "(IV) Die Partei hat nicht immer Recht" - "(V) Marxistisch denken" und "(VI) Kurt Steinhaus - Lebensbild und Werk". Und auch der Kreis der Autoren/Innen sprach dafür - von Willi Gerns, Herbert Mies und Georg Fülberth über Heinz Jung bis hin zu Dieter Boris, Frank Deppe und Jutta von Freyberg.

Gerns geht in "Zu den Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus in Europa" vor allem auf die Gründe des Zerfalls ein. Die entscheidende Rolle spielte die Ökonomie." Sicherlich trifft er hier ins Schwarze. Doch bei der Bestimmung der "Deformation" und ihrer Ursachen habe ich Zweifel. Denn G. rechtfertigt "unter Bedingungen des härtesten internationalen Klassenkampfes... viele Züge, die heute als Kommandowirtschaft, als autoritärer, administrativer Sozialismus bezeichnet werden ... zunächst als unvermeidlich". Und weiter: "... die Härte des internationalen Klassenkampfes machten ... gewisse Beschränkungen der sozialistischen Demokratie unvermeidbar. (Womit ich selbstverständlich nicht den Stalinschen Terror meine!) Das betrifft auch die Art und Weise der führenden Rolle der kommunistischen Partei". G. folgt der These von Hans Heinz Holz: "Die Diktatur des Proletariats konnte über lange Zeit nur die Diktatur der Partei sein". Natürlich erforderten Bürgerkrieg und Zweiter Weltkrieg manche Einschränkungen bei der Machtausübung. Wo aber war die "Diktatur der Partei" im Sinne von Marx/Lenin Wirklichkeit? Tatsächlich erwies sie sich in der Praxis als Machtausübung des engeren Zirkels der Parteiführung. Die Deformation bzw. Beschränkung der "sozialistischen Demokratie" war doch mehr oder weniger der Normalfall. Und auch der "demokratische Zentralismus" reduzierte sich in der alltäglichen Praxis auf Administration bzw. Verwaltung der Menschen von "oben" - oder wie G. selbst urteilt: zur "weitgehenden Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie und Mißachtung der Grundsätze kollektiver Führung..."

G. geht nicht zuletzt im Abschnitt "Von der Perestroika zur 'Rasrucha' mit der Politik Gorbatschows streng ins Gericht. Diese und die Deformationen in der Vergangenheit sind nach seiner Ansicht schuld an dem Zusammenbruch des realen Sozialismus.

Gerd Meyer untersucht in "Zukunft der Marktwirtschaft in Rußland" die wirtschaftliche Lage in der GUS - vor allem in Rußland. Zunächst geht er noch einmal auf die Ursachen des Zerfalls der UdSSR ein - vorwiegend während der Zeit der Perestroika. Hier vermißt M. ein stringentes Wirtschaftskonzept. "Die politische Führung schwankte lange zwischen weitgehender Bei-behaltung der überlieferten zentralistischen Leitungsstrukturen und einer einfachen Übernahme marktwirtschaftlicher Modelle." M. zeichnet zum anderen fundiert den Weg der GUS zur Marktwirtschaft nach und skizziert m. E. ein realistische Bild heutiger und zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen. Ein fundiertes Quellenmaterial erhärtet die Beweiskraft der Ausführungen.

Fred Schmid wendet sich in dem Thema "Von der Geldmacht zur Weltmacht" den Siegern des kalten Krieges zu - vor allem der Rolle Deutschlands in Europa. Er gelangt zu der Schlußfolgerung: "Mit den Waffen der Wirtschaft soll die Hegemonie Deutschlands erkämpft werden. Der DM-Imperialismus marschiert nicht ein, er kauft sich ein." Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes (1. Januar 1993) wertet er als "entscheidende Zwischentappe des 'Europa der Konzerne'". Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine "rasante Entwicklung der Produktivkraft"

und auf das enge Zusammenspiel der Multis und der Banken. Der Aufstieg Deutschlands zur Großmacht ist nach seiner Ansicht trotz wirtschaftlicher Stärke nur durch zusätzliche militärische Stärke erreichbar.

"Antiimperialismus und neue Weltordnung" als weiterer Themenkomplex dieses Bandes umfaßt Probleme der "Dritten Welt". D. Boris untersucht ihre Rolle im Rahmen einer "neuen Weltordnung". J.H. von Heiseler stellt in den Mittelpunkt seiner Ausführungen "Metropolen und Peripherie" den wissenschaftlichen Beitrag von K. Steinhaus. "Nachträglich scheint deutlich zu werden", so resümiert H., "daß zumindest in vielen Ländern der 'Dritten Welt' die Kolonialrevolution nicht den von Kurt Steinhaus postulierten Doppelcharakter (Die nationale Revolution muß zugleich eine soziale sein F. K.) gehabt hat." H. verweist in diesem Zusammenhang auf zwei Probleme unserer Zeit: "Einerseits stellt sich die Frage, wie selbst Erfolge der kolonialrevolutionären Bewegung, heute, nach dem Übergang der vormals Zweiten Welt in die Dritte Welt, noch im internationalen Zusammenhang zu bewerten sind. Es ist davon auszugehen, daß das absolute politische Gewicht solcher Emanzipationsvorgänge für die Lage in den Metropolen abgenommen hat. Andererseits wird ihr relatives Gewicht nach eben diesen Veränderungen wohl eher zunehmen."

Aktualität besitzt vor allem der Beitrag "Sowjetische Außenpolitik und Kurdistan" von Jutta von Freyberg. Er "will darstellen, daß die Unterstützung der Kemalschen Türkei durch die Sowjetunion de facto unauflöslich mit der Diskre-

ditierung des nationalen Unabhängigkeitskampfes der Kurden verbunden war." Die Autorin sieht im Lausanner Friedensvertrag von 1923 eine wesentliche Ursache für die Verfolgung der Kurden bis zum heutigen Tag. Dieser Vertrag stellt nach ihrer Meinung "einen Kompromiß dar zwischen den imperialistischen Staaten untereinander, die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches die Nah- und Mittel-Ostregion nach eigenen Interessen ihre Souveränität und territoriale Integrität in den heutigen Grenzen durchzusetzen suchte. Dies gelang ihr nicht zuletzt durch die Hilfe Sowjetrußlands..."

Die nächsten Beiträge behandeln Probleme der Arbeiterbewegung. Zunächst legt Heinz Stehr Gesichtspunkte für die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik aus Sicht der DKP dar. Er verweist hier auf die Diskussion um die Thesen "Die Kommunisten und die Einheitsgewerkschaft heute". Die existenzbedrohenden Probleme der Menschheit in unserer Zeit sind nach seiner Meinung für die Gewerkschaftsbewegung eine große Herausforderung. Denn sie haben "klassenspezifische Ursachen, klassenspezifische Wirkungen und beinhalten klassenspezifische Lösungsmöglichkeiten. Nur wenn die organisierte Arbeiterklasse gerade in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern sich dieser Probleme annimmt und für deren progressive Lösung kämpft, wird es gelingen", so Stehr, "das Überleben der Menschheit zu sichern." Stehr gibt Anregungen für den gegenwärtigen und zukünftigen Kurs der Gewerkschaftsbewegung. H. Schäfer unterbreitet in "Verteilungsprobleme im entwickelten Kapitalismus und die Haltung der Ge-

werkschaften" mögliche Positionen der Gewerkschaften. Daraus zieht Schäfer Schlußfolgerungen für die gegenwärtigen Tarifkämpfe. Druck von unten während der Tarifverhandlungen haben nach seiner Ansicht auch heute einen hohen Stellenwert. 1984, so argumentiert Sch., "im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, wurden die Unternehmer erfolgreich auf den Prüfstand gestellt. Ähnliches ist gegenwärtig nicht zu beobachten."

"Die Partei hat nicht immer Recht! - so lautet der nächste Themenkomplex. Fürwahr, eine durch die Geschichte bestätigte Wahrheit, die allerdings nicht immer eine Selbstverständlichkeit war. J. Schleifstein polemisiert eingangs m. E. zurecht in "Zur Historizität in Lenins Parteiauffassung" gegen eine Dogmatisierung des Leninschen Gedankengutes. Er hebt hier besonders hervor: "Die Deformation der Stalin-Periode und danach wurde möglich durch die Abkehr von Lenin, durch den Mißbrauch, die Pervertierung, die Vergewaltigung seiner Grundideen. Stalinismus - das ist zuallererst und in seinem innersten Kern Antileninismus." Und weiter: "Dem Denken Lenins lagen zwei wesentliche Elemente zugrunde: Historizität und Dialektik, die beide eng miteinander verbunden waren". Sch. verdeutlicht seine Anschauung am Beispiel der Parteiauffassung.

Auch G. Judick geht in seinem Beitrag "Überlegungen zum Stalinismusbegriff" auf Deformationen im realen Sozialismus ein. Er tritt zunächst ein für "die konsequente, rücksichtslos selbstkritische Aufarbeitung der Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus". "Eine Summe von Fehlentwicklungen in der Politik, der Wirtschaft, in der Theorie", so meint er, "die

ein ganzes System bilden, hat in die Sackgasse geführt, an deren Ende das bisherige sozialistische Experiment scheiterte. Es scheiterte nicht, weil die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus sich als falsch erwiesen hätten, sondern im Ergebnis ihrer Deformierung und Mißachtung". Und diese Deformierung und Mißachtung findet im Stalinismus seine Ausprägung - "einem System, das in angeblicher Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus in Wirklichkeit dessen Einengung, Dogmatisierung und Instrumentalisierung zum Zwecke der Machterhaltung kleiner, selbsternannter Eliten bedeutete".

Natürlich war ich auf den Beitrag von H. Mies, langjähriger Vorsitzender der DKP, "Die Geschichte der Kommunisten nimmt kein Ende", gespannt. M. spricht sich zunächst bei der Suche nach neuen Wegen in der Politik für "Phantasie ohne Grenzen" aus. Noch aber sind "die Gedanken zu sehr in der Gefangenschaft der größten historischen Niederlage, die der Sozialismus und mit ihm wir Kommunistinnen und Kommunisten erlitten, genauer gesagt, die wir uns im wesentlichen selbst bereit haben." Auch eine "bloße Nabelschau" lehnt er in diesem Zusammenhang ab. Ist aber nicht gerade heute eine selbstkritische Einschätzung eigener früherer Positionen - also auch durchaus eine Nabelschau - eine unerläßliche Voraussetzung für die Erneuerung der Linken in unserem Land - auch und gerade der DKP? Die von M. erarbeitete Thematik bot sich dazu an. Sie blieb leider aus. M. stellt zwar berechnete Fragen - so: Wie konnten die KPdSU und andere kommunistische Parteien wie ein Kartenhaus zusammenfallen? M. zitiert in diesem Zu-

sammenhang zurecht Engels Ausführungen zum Wesen einer kommunistischen Partei: "Kritik ist ihr Lebensmoment - Verlangen wir denn von anderen das freie Wort für uns bloß, um es in unseren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?" Die Mißachtung dieser Feststellung Engels führte nicht selten zur Ausgrenzung anderer Meinungen - auch innerhalb der DKP. Die von M. angeführte "self made"-Pestrestriktion der KP's war doch ebenfalls ein Ergebnis der Deformationen dieser Parteien. M. führt selbst den Beweis.

F. Deppe untersucht die Rolle der Intellektuellen in der kommunistischen Partei ("Der Intellektuelle und die Partei"). Die Ursachen für das Engagement Intellektueller in der Arbeiterbewegung sieht D. in der Grunderfahrung der existentiellen Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in Krieg und Revolution, Wirtschaftskrisen und Faschismus, im System der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung sowie in der Barbarei des Kapitalismus. Der Leser wird zum anderen auf der Grundlage einer geschichtlichen Betrachtung detailliert in die Problematik eingeführt. D. untersucht vor allem die Rolle von Intellektuellen in der kommunistischen Partei und die Auswirkungen des Niedergangs und des realen Sozialismus auf sie. Trotz seiner Niederlage werden nach Ansicht Deppes sozialistische Intellektuelle "auch in Zukunft an der Frage zu arbeiten haben, wie die kritische Erkenntnis von materiellen, institutionellen und geistigen Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen, die mit dem realen Kapitalismus verbunden sind, perspektivistisch mit der Praxis von großen Menschengruppen in Zu-

sammenhang gebracht werden kann, die ein Interesse daran haben, solche Herrschaftsverhältnisse zu verändern und abzuschaffen."

André Leisewitz hinterfragt "Kritisches und Selbstkritisches zu 'globalen Problemen' in Erinnerung an Kurt Steinhaus". L. mahnt anfangs "Marxisten jener Richtung im weiteren Sinne, der auch Kurt Steinhaus angehört hat, ... den viel verlangten Blick nach vorn mit einem ernsthaften Blick zurück zu verbinden, um sich darüber Rechenschaft abzulegen, wo theoretische Konzeptionen den Zugang zur Wirklichkeit verstellten und welche Fragen heute neu zu thematisieren sind. Dies gilt gerade auch für den ganzen Komplex der 'globalen Probleme'". Er zieht aus den Begegnungen mit Kurt Steinhaus wichtige Lehren für sich. L. ruft vor allem die Energie- und Atomkraft-Diskussion der siebziger und achtziger Jahre in Erinnerung und setzt sich mit den Argumenten, so der "damaligen Naivität in der Einstellung zu den Risiken des AKW-Betriebes", auseinander. Er mahnt im Abschnitt "Treibhauseffekt: Entstehungs- und Wirkungsort globaler Probleme" politischen Massendruck in der Auseinandersetzung um die Lösung globaler Probleme an.

R. Steigerwald setzt sich in seinem Beitrag "Analytische Philosophie und Marxismus" mit der Kritik der analytischen Philosophie am historischen Materialismus auseinander. Zunächst erfährt der Leser "Was ist die analytische Philosophie?" Danach untersucht St. einzelne philosophische Anschauungen. Sein Urteil über die Absicht der analytischen Philosophie lautet: "Die Dialektik wird ihrer objektiven Grundlage beraubt... Der Materialismus wird aus der Gesellschaft

entfernt... Die Geschichte aus der Analyse grundlegender Kategorien ausgeblendet. Die Gesellschaft wird atomisiert... Ausbeutungs- und Mehrwerttheorie werden ebenso wie Materialismus und Dialektik preisgegeben oder bis zur Unkenntlichkeit verändert".

Auch H. Jung polemisiert in seinem Aufsatz "Die Moderne - eine durch die kapitalistische Realität überwältigte Verheißung" gegen Vorstellungen bürgerlicher Soziologen über die Moderne. Er geht in seiner Einschätzung davon aus, daß sich "marxistische und nichtmarxistische Auffassungen (...) vor allem an der unterschiedlichen Haltung zur Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation bzw. zu deren Abfolge als dem Grundprozeß geschichtlicher Entwicklung und Veränderung" unterscheiden. Davon ausgehend schätzt er die gegenwärtige Diskussion um die "Moderne" ein - hier im Zusammenhang mit dem Zerfall des realen Sozialismus. "Der Wegfall der Systemherausforderung und die Restauration im Osten befestigten in ihrer Rückwirkung auf den Westen (...) die gegebenen Machtverhältnisse in konservativer Aufladung" - so Jung. Danach erfolgt eine Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Ansichten über die weitere gesellschaftliche Entwicklung des Kapitalismus - auch linker Kräfte. Jung vertritt die Meinung: "Für eine marxistische Position bleibt auch heute das Konzept der ökonomischen Gesellschaftsformation unabdingbar. Die vehementen Angriffe etwa ehemals prominenter marxistischer sowjetischer Historiker auf diese Theorie gehören zu den ideologischen Vorläufern des realen Zusammenbruchs und bereiten ihn vor. Frei-

lich bieten sie kaum substantielle Originalität. Sie bestehen, wie die Ideologie der Restauration generell, in der Übernahme der leitenden westlichen Handelsartikel, d.h. hier der bürgerlichen Marxismus-Kritik des Westens." J. polemisiert im Abschnitt "Marxismus als Kritik der kapitalistischen Moderne" gegen andere Position - so gegen die von Habermas.

Nach der "Standortbestimmung" erhält Georg Fülberth in "Politik und Disziplin" zur Person von K. Steinhaus das Wort - warum eigentlich am Schluß? F. skizziert kurz seinen Lebensweg - auch auf der politischen Ebene. Er würdigt insbesondere seine theoretische Arbeit als Mitglied der DKP und ihrer Führungsorgane. F. über Steinhaus: "Ein hervorragender Kopf, der er war, hielt er sich doch zeit lebens im Hintergrund, offenbar absichtlich auf der zweiten Linie." Und weiter: "Er war ein hingebungsvoller Zuarbeiter seines Parteivorsitzenden... und mitverantwortlich für die ideologische Arbeit der DKP. Das heißt aber: Kurt Steinhaus war auch mitverantwortlich für die Fehler der Partei... Der Erneuerungs-Strömung trat er mit aller Schärfe entgegen". Zuletzt fungierte Steinhaus als verantwortlicher Redakteur der "Marxistischen Blätter" - eingesetzt vom DKP-Präsidium zur Wahrung ihrer politischen Interessen und Meinungen. Die wissenschaftliche Arbeit hatte er trotz politischer Funktionen nie eingestellt. Davon zeugt das ausführliche Schriftenverzeichnis in diesem Band.

Die Herausgeber dieses Buches schreiben m. E. zurecht im Vorwort: "In einem geschichtlichen Augenblick, in dem sich politisch so Grundlegendes verändert hat, sind

Standortbestimmungen ebenso notwendig wie schwierig". Das ist mir nach der Durchsicht des Sammelbandes klarer geworden. Die Entwicklungen unserer Zeit erfordern von Marxisten Einschätzungen und Antworten. Die Autoren/in haben mit ihrer Standortbestimmung dazu m. E. durchaus kontrovers und auch zum Teil aus unterschiedlicher Sichtweise ihren Beitrag geleistet.

Fritz Krause

Politische Utopien

Richard Saage, *Politische Utopien der Neuzeit, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991, 364 Seiten, 49,- DM.*

Die vorliegende profunde wissenschaftliche Studie wird von ihrem Verfasser, dem Göttinger Politikwissenschaftler Richard Saage, als Versuch einer "systematischen Ideengeschichte der politischen Utopien" (11) von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart bestimmt. Damit ist gleichzeitig ihr Gegenstand eingengt. Es geht nicht um die Wirkungsgeschichte und die biographischen Aspekte der politischen Utopien. Saage kündigt ein "Handbuch der Klassiker der politischen Utopie" an, mit dem die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden sollen. Schon jetzt hätte allerdings die Angabe des Ersterscheinungsjahres des jeweiligen utopischen Entwurfs im Literaturverzeichnis für den Leser eine erste Orientierungshilfe darstellen können.

Der Text wurde im Mai 1990 abgeschlossen. Der Verfasser kommt also nicht umhin, den mit der Durchsetzung der kapitalistischen Restauration im Osten losgetretenen Zeitgeist zu registrieren, der nicht nur marxistisches Denken

niederzumachen bestrebt ist, sondern auch die progressive utopische Tradition dem Verdikt unterwerfen möchte.

In der Tat könnte (und kann) der Sozialismus darauf verweisen, daß viele der einst in der Utopie antizipierten Verhältnisse mit ihm reale Gestalt angenommen hatten, so z. B. die zentrale Planwirtschaft, die Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft durch die Etatisierung der Gesellschaft, die Errichtung staatlichen und genossenschaftlichen Gemeineigentums und die Brechung der Herrschaft des Geldes, die weitgehende Gleichstellung der Frau, die Überwindung des kapitalistischen Geburtsübels der Arbeitslosigkeit, ein hohes Maß an sozialer Gleichheit und sozialer Sicherheit usw. Damit war freilich noch nicht jenes "beste Gemeinwesen" entstanden, das sich gegen einen prosperierenden High-Tech-Kapitalismus hätte behaupten können. Saage sieht mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus aber noch nicht jegliche politische und soziale Utopie als gescheitert an. Das Fazit am Schluß seiner Studie lautet: "Dennoch bedeutet das Scheitern der etatistischen Utopie... und die unabsehbaren Defizite postmaterialistischer Ansätze nicht, daß der Abschied von den politischen Utopien unausweichlich wäre, solange es Menschen gibt, die dem schrankenlosen Individualismus des 'Krieges aller gegen alle' (Hobbes) das Idealbild einer solidarischen Gesellschaft gegenüberstellen." (343)

Bleibe als marxistischer Leser anzumerken, daß die vorgestellte Analyse und Erörterung der politischen Utopien - der Begriff wird weitgehend synonym mit dem traditionelleren der Sozialutopie ver-

wendet - ein tieferes Verständnis der Grundlagen, Inhalte, Grenzen und Widersprüche einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft und auch ihrer Erosion zu vermitteln vermag, als es gemeinhin im Rahmen der marxistischen Tradition möglich ist. Insofern kann das Buch in seiner Bedeutung für das Ringen um sozialistische Neuansätze kaum genug hervorgehoben werden.

Utopia, das Land Nirgendwo des Thomas Morus, ist die Verklammerung von Kritik und Antizipation, wie Saage festhält - die aus der Kritik und Negation des (schlechten) Bestehenden freigesetzte Möglichkeit eines (besseren) Anderen und dessen literarische Vorwegnahme (= Antizipation).

Saage faßt politische Utopien als "Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften", "die sich entweder in einem Wunsch- oder einem Furchtbild verdichten". "Ihre Zielprojektion zeichnet sich durch eine präzise Kritik bestehender Institutionen und sozio-politischer Verhältnisse aus, der sie eine durchdachte und rational nachvollziehbare Alternative gegenüberstellt." (2/3) Ihnen "liegt die Annahme zugrunde, daß die Menschen selbst prinzipiell in der Lage sind, die Gesellschaft zu gestalten, in der sie ein 'gutes Leben' führen können". (3) Politische Utopien beziehen sich dabei von vornherein auf die entsprechende Gestaltung der Gemeinwesen. Damit ist die Abgrenzung zu Vergangenheitsfiktionen, Traumassoziationen, Heilserwartungen, Mythen, Erziehungsromanen, Schäferidyllen, Science-Fictions u. ä., aber auch zum Marxismus, der die Gestalt und nähere Struktur der zukünftigen Gesell-

schaft bewußt offen läßt, vollzogen. (4)

Der Systematik der Analyse und Darstellung dieser Studie dient das strukturelle Raster, das seit Morus mehr oder weniger den Aufbau der utopischen Entwürfe bestimmt hat und zwar in der Abfolge: 1. Kritik der realen sozialen Verhältnisse/Sozialkritik/Zeitdiagnose; 2. normative Grundlagen des vorgestellten Gemeinwesens/Ideal; 3. sozio-ökonomische Bedingungen/materielle Voraussetzungen (Eigentumsverhältnisse, Produktion, Verteilung, Konsum, Arbeit, Wissenschaft, Technik, Bedürfnisse usw.); 4. politische Verfassung/Gemeinwesen (Sphäre der politischen Integration, Familie, Geschlechter, Erziehung, "neuer Mensch", Justiz, politische Repräsentation und politische Gewalt, Kunst usw.); 5. Geltungsanspruch/praktischer Imperativ/Problem der Umwälzung.

Nach diesem Raster werden die Entwürfe der 36 in die Analyse einbezogenen utopischen Klassiker zerlegt und dem Leser vorgestellt. Dies verleiht der Studie die derartigen Abhandlungen eigene Spröde und bewahrt auch nicht vor Wiederholungen. Der Vorteil: Jeder Komplex steht auch für sich und kann dem nur selektiv Interessierten einen raschen Einblick vermitteln.

Als übergeordneten Gesichtspunkt sieht Saage die Erfassung der Utopien in ihrer jeweiligen Epochen-spezifität, woraus sich als jeweils verbindendes Moment die Verhältnisse der Epoche ergeben, auf die die Utopisten reagieren. Die Epochen in Saages Verständnis (frühe Neuzeit bzw. Renaissance und Reformation, Aufklärung im Zeitalter des Absolutismus bis zur französischen Revolution, 19. Jahrhundert,

20. Jahrhundert) sind zwar nur ein grobes Raster, aber für den vorliegenden Zweck brauchbar.

Für die politischen Utopien der frühen Neuzeit - hier sind in die Analyse einbezogen: Thomas Morus, Johann Valentin Andreae, Tommaso Campanella, Francis Bacon, Gerard Winstanley, François Rabelais - registriert Saage vermittelt über Morus oder direkt den prägenden Einfluß von Platons "Politeia". Dies gilt für die kommunistische Güter-, Weiber- und Kindergemeinschaft ebenso wie für den Antiindividualismus und den ausgesprochenen Institutionalismus. Wurde doch im Privateigentum, im Geld, im Haben-Wollen die Wurzel der gesellschaftlichen Übel gesehen und ein entsprechender Egalitarismus und Etatismus erschien als Möglichkeit zu ihrer Beseitigung. Dies entsprach durchaus den damaligen historischen (Denk)Möglichkeiten und insofern blieben die Utopisten mit ihren Alternativen noch ihrem Gegner, dem frühabsolutistischen Staat, verhaftet. Im Kontext der Zeitverhältnisse mußte schließlich auch kritischen Zeitgenossen der Individualismus der Oberschichten als Laster und Luxus erscheinen. Für die despotischen Ansätze und Realitäten im Sozialismus haben asiatische Traditionen, wie mitunter unterstellt wird, durchaus kein Monopol. Das Abendland hat auch seinen Teil beigesteuert.

Schon Rabelais bricht allerdings aus dem herrschaftsbezogenen (archaischen) Muster aus und kreiert faktisch die Alternative eines herrschaftsfreien Zusammenlebens, freilich unter der Annahme von Bedingungen, wo der Zwang zur produktiven Arbeit entfällt. Die anderen Utopien sind demgegen-

über von einer egalitären Bewertung der Arbeit und der Arbeitswelt als Reich der Notwendigkeit bestimmt.

Auch Winstanley fällt insofern aus dem Rahmen der Utopien der damaligen Epoche, als er als einer der Theoretiker der Digger- und Levellerbewegung in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts die utopischen Vorstellungen als unmittelbare politische und soziale Gestaltungsaufgaben ansieht und in diesem Sinne auch mit Adressen an den Lordprotector Oliver Cromwell interveniert. Damit steigt die Utopie in die geschichtliche Zeit, wird Zeitutopic. Zusammenfassend und zustimmend zitiert Saage zu dieser Epoche H. G. Wells: "Tugend und Glück waren für sie offensichtlich vollkommen von der Freiheit ablösbar und darüber hinaus viel bedeutsamer als diese." (326)

Unter den Aufklärungsutopien werden die Entwürfe von Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Beginn der französischen Revolution behandelt. Dies ist die Domäne der Franzosen und beherrschend sind die Namen der Fontenelle, de La Mothe-Fénelon, Morelly, Mercier, Diderot, Restif de la Bretonne, Meslier. Bezugspunkt ihrer Kritik ist der Absolutismus und das Ancien Regime. Sie übernehmen im Allgemeinen das Muster des kommunistischen Eigentums von ihren Vorgängern und sind in den Vernunft-, Fortschritts- und Zukunftsdiskurs der Aufklärung eingebettet, differenzieren sich jedoch vor allem in der Frage der Herrschaftsorganisation in eine archaische und anarchische Linie. Diese gründet sich jeweils auf unterschiedliche Vorstellungen von der Herbeiführung des von allen angestrebten Überflusses und Na-

turzustandes. Die Etatisten (Morely u.a.) sehen in der straffen Organisation und strengen Macht des "utopischen Leviathans" sowie der allgemeinen Arbeitspflicht die Mittel zur Erreichung dieser Ziele, während sich die anderen (Diderot) am Naturzustand des "edlen Wilden", des bon sauvage, orientieren, wo Überfluß durch die Natur gegeben ist und Natur, Vernunft und Gemeinwesen in eins fallen - die Utopie der "harmonischen Anarchie".

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts tritt mit der Verschärfung der politischen Kritik die Utopie generell in den politisch-historischen Raum. Sie schließt revolutionäre Gewalt nicht mehr aus (Mercier). "Der passive Geist der Kontemplation sieht sich ersetzt... durch die Perspektive des Akteurs". (149) Das utopische Gemeinwesen wird nun "das Resultat der Reflexion des die Zukunft antizipierenden Subjekts". (150) So in Merciers "Das Jahr 2440". Freilich macht sich für den historischen Durchgang der Studie gerade hier das Aussparen der Wirkungsgeschichte negativ bemerkbar, fällt doch damit die Periode des revolutionären Umbruchs völlig unter den Tisch. Dies gilt auch für das Verständnis des Utopismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die frühen Arbeiterkommunisten usw.

"Was den Utopien des 19. Jahrhunderts ihr unverwechselbares Profil verleiht, ist die Aufwertung der Naturwissenschaften und Technik, die zum eigentlichen Fundament der utopischen Konstruktion wird." (331) Für diese "Epoche" werden in die Analyse einbezogen: Saint-Simon, Fourier, Owen, Cabet, Lytton, Edward Bellamy, William Morris, Theodor Hertzkas und der junge

H. G. Wells. Vor allem in der Befreiung der Technik/Produktivkräfte von feudalen und kapitalistischen Zwängen wird der Weg in eine neue Gesellschaft des Überflusses gesehen. Das Signum der Klassenspolarisierung prägt mehr oder weniger alle Utopien des 19. Jahrhunderts. Während Owen, Cabet, Morris, Bellamy die kommunistische Eigentumslinie der Tradition fortsetzen, steht bei den anderen Privat- und Gruppeneigentum im Vordergrund. Die wesentliche Differenzierungslinie zwischen ihnen verläuft jedoch nach Saage in der Frage der Wirtschaftsorganisation. Der etatistischen Planwirtschaft (Cabet, Bellamy) steht ein genossenschaftlicher Typ der Selbstregulierung (Fourier, Owen, Morris) sowie bei Saint-Simon, Hertzkas und Wells eine Art regulierter Marktwirtschaft gegenüber.

Bei den Utopisten des letzten Jahrhunderts nimmt das Gemeinwesen die Rolle eines "technischen Staates", eines Staates der Verwaltung von Sachen an. Dem entspricht bei allen ein "ablehnendes Verhältnis zum Parlamentarismus und dem demokratischen Parteienstaat". (204) Diese Ablehnung bezieht sich auch auf den sogenannten Rechtsstaat. Bei Morris findet das Londoner Parlament, Symbol der britischen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, eine nutzbringende Verwendung als Düngezeitungsmagazin. Wie man sieht, gab es also derartiges alternatives Denken nicht nur in der marxistischen Arbeiterbewegung.

In der Wendung zur Aktion sieht Saage den "eigentlichen Kern der Sozialutopie des 19. Jahrhunderts". (224) Mit der Orientierung auf die "wissenschaftlich-technische(n) Entfaltung der Produktivkräfte"

"geben sie dem geschichtsphilosophisch fundierten Fortschrittsglauben eine materialistische Wende". (228) William Morris arbeitet mit dem Klassenkampfmodell und seinen Subjektvorstellungen. Die meisten anderen Utopisten sehen aber im Öffentlichkeitsdiskurs das wesentliche Transformationsmedium.

Unter den Utopisten des 20. Jahrhunderts analysiert Saage zuerst den späteren H. G. Wells und A. Bogdanow, bei denen sich die Vollendung der utopischen Moderne bzw. ihrer anarchistisch-individualistischen und ihrer archaisch-etatistischen Variante vollziehe. Bogdanow kann dabei als "authentischer Ausdruck des bolschewistischen Modernisierungsprojektes" (235) angesehen werden. Kollektivismus und Öffentlichkeit auf der einen und Privatheit und Individualismus auf der anderen Seite prägen diese Varianten bis in die Einzelheiten. In diesem Kontext werden auch Lenins Äußerungen von 1917 zum Absterben des Staates im Kommunismus und Trotzki's Vision vom neuen Menschen erörtert. Saage hält fest, daß die Bolschewiki gerade mit ihrer positiven Utopieauffassung aus der marxistischen Tradition ausbrechen. Freilich zeigte sich an den letzten Jahrzehnten der UdSSR, daß diese Antriebe längst erloschen waren - der auch den Utopisten einst vom Moskauer Sowjet gewidmete Obelisk vor dem Kreml gehörte längst der grauen Vorzeit an. Gegenwärtig gibt die kommunistische (Selbst)Kritik dem bolschewistischen Utopismus eine vorwiegend negative Bewertung.

Der folgende Abschnitt ist den sogenannten schwarzen Utopien (Huxley, Samjatin, Orwell) gewid-

met. Angesichts der von Saage selbst gesetzten Prämissen der Utopiebestimmung ist es freilich fraglich, ob diese aus der Kritik der positiven kommunistischen Utopien gewonnenen "Schreckensvisionen der Zukunft" im Rahmen der Analyse der politischen Utopien ihren Platz haben können. Faktisch sind sie Ausdruck des Umschlagens in einen Antiutopismus, der sein Ideal eher mit der Realität der bürgerlichen Gesellschaft gesetzt sieht. Allerdings gewinnen die schwarzen Utopien ihre Anhaltspunkte aus der Realität des Imperialismus und Sozialismus. Saage sieht in ihnen vor allem die Warnung vor der Diskrepanz zwischen dem destruktiven Potential der Technik und der unzureichenden Verantwortungsfähigkeit der Menschen sowie einen Ausdruck der Ernüchterung angesichts der durch die Realität des 20. Jahrhunderts auf vielen Gebieten eingeholten Utopien des 19. Jahrhunderts. Freilich war dieser Antiutopismus, trotz der Unterstützung durch die vorherrschenden Massenmedien und einer hegemonialen Stellung in der westlichen (und nun wohl auch der östlichen) Intelligenz, nicht in der Lage, die Fortsetzung der positiven Utopielinie zu verhindern.

Diese sieht Saage in den postmateriellen Utopien fortleben, die seit den 60er Jahren im Westen einen Aufschwung genommen hätten und Reaktion auf die neuen Problemkonstellationen (Umweltzerstörung, Konsumismus, Frauenemanzipation) seien. In die Analyse einbezogen sind der ältere Huxley, Skinner, Le Guins und Callenbach. In ihnen vollzieht sich eine Rückorientierung auf das frühere Leitbild der gebremsten Ökonomie und die Ausprägung ökologischer und

postmaterieller Werte. Dies schließt den Abschied von der Überfluggesellschaft, den Konsumverzicht, die Aufwertung der physischen Arbeit und des Gemeinschaftsdenkens sowie der Sexualität und auch von Drogen als Mitteln zur Ganzheitserfahrung mit ein.

Saage bewertet sie auch als Ausdruck des Scheiterns der klassischen Utopien, das in der Tendenz begründet sei, "die Vernunft des 'Ganzen' stets der Individuums überzuordnen". (337) Sicher hat er aber Recht, wenn er damit noch lange nicht das Ende des Kollektivismus für gekommen ansieht. Dies wäre wahrscheinlich zusätzlich bestätigt worden, wenn Saage zumindest punktuell die Euro- und Westzentriertheit seiner Auswahl durchbrochen hätte. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, daß er sich nicht der Arbeiten der einst für die Utopieforschung bahnbrechenden sowjetrussischen Wolgin-Schule bedient hat.

Bleibe noch knapp auf die schon erwähnte Beziehung des Marxismus zum Utopismus zu verweisen. Die Kritik von Marx und Engels sei "von vielen späteren Marxisten als eine Art 'Bilderverbot' aufgefaßt" worden und "für die weitere Entwicklung des Sozialismusbegriffs folgenreich und fatal zugleich" gewesen. (333) Daran hat wohl auch - mit Ausnahme der bolschewistischen Strömung - das Verständnis des utopischen Sozialismus als Quelle des Marxismus nicht viel geändert. Bedauerlicherweise geht Saage, abgesehen von der bolschewistischen Episode, weder für das 19. noch das 20. Jahrhundert auf den Komplex sozialistische Arbeiterbewegung und Utopismus ein. Karl Kautsky fehlt selbst im Literaturverzeichnis. Leider gilt dies

auch für solch ausgezeichnete Arbeiten zum Utopismus, wie sie in der DDR entstanden waren. (Verwiesen sei nur auf J. Höppner, W. Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui, Leipzig 1975) Gleichwohl kann Saages Feststellung kaum widersprochen werden: "Daß diese Perhorreszierung (= von Abscheu getragene Zurückweisung, H.J.) der Utopie entscheidend dazu beitrug, den Marxismus zu dogmatisieren und ihn jener Qualitäten zu berauben, die sich einer ökonomistischen und deterministischen Verkürzung entziehen, ist kaum bestreitbar." (333/34)

Heinz Jung

Antiutopischer Realismus

Joachim Fest, *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters. Corso bei Siedler, J. Siedler Verlag, Berlin 1991, 103 Seiten, 20,- DM.*

Der FAZ-Mitherausgeber und Hitler-Biograph geht mit diesem Pamphlet in die Vollen. Der Triumph über den Niedergang des Sozialismus ist für Fest Anlaß nachzutreten und gleichzeitig mit der verhassten linken Intelligenz abzurechnen. Mit der Ausrufung des Endes des utopischen Zeitalters kommt bei ihm jegliche grundlegende Infragestellung der Privateigentums- und Profitordnung unter Utopieverdacht. In der "offenen Gesellschaft" habe nun die Utopie - ohnehin nur eine Art säkularisierter Gottesersatz und Hybris der Vernunft- und Fortschrittsdiskurse - wieder in den Bereich der "privaten Mythen" und der subjektiven Religiosität zurückzukehren, während für Politik und Alltagsgeschäft das piecemeal engineering (103), das business as usual des seligen Herrn Popper, zu gelten habe.

Der Gestus derartigen antiutopischen Realismus hat bekanntlich eine lange Tradition - von Edmund Burke bis heute. Und auch Adolf Hitler gehörte dazu. In diesem Diskurs treffen sich Konservative und Faschisten, Liberale, Katholiken und mitunter auch rechte Sozialdemokraten. Der Antiutopismus zielt dabei noch nicht einmal in erster Linie gegen den Sozialutopismus im eigentlichen Sinne, sondern eher gegen sozialistisch-kommunistische Theorien und Bestrebungen in toto.

Fest muß seinen Utopiebegriff aus einer trüben Brühe ziehen, um dem antisozialistischen und totalitarismustheoretisch gespeisten Zeitgeist Genüge tun zu können. Zum einen haben Marx und Engels, entgegen den anderslautenden Tatsachen, zuerst einmal Utopisten zu werden. Das erfolgt damit, daß sie, nach Fest, die "anthropologische Blindheit" mit den originären Utopisten des 19. Jahrhunderts gemein haben (31), also den Menschen als vernunftbegabt und zur Selbstveränderung fähig ansehen. "Und Utopie war er (der Marxismus, H.J.) schon deshalb, weil er die Verwirklichung eines geschlossenen Systems vorsah, mit dem die Geschichte selber an ihr Ende kommen und die Weltuhr für immer angehalten würde." (33) Wo das der Herr Fest wohl gelesen hat? Vielleicht neuerdings bei Herrn F. Fukuyama von der US-Regierung. Bei Marx und Engels bestimmt nicht.

Zum anderen muß der verblichene Realsozialismus als Ausfluß des Utopismus zurechtgestellt werden, der dann natürlich "am unauflösbaren Gegensatz von Utopie und Wirklichkeit" scheitern und zusammenbrechen mußte. Warum er dann trotz alledem über 70 Jahre in

der Welt war, in den besten Zeiten als Gesellschaftssystem von über 1,5 Milliarden Menschen, bleibt für den Bourgeois und seinen Ideologen ein Furchtsyndrom, könnte dies doch immer auch als gescheiterte Vor- und notwendige historische Durchgangsstufe vor dem endgültigen Übergang der Menschheit zum Sozialismus verstanden werden. Damit solche Gedanken gar nicht erst groß werden, muß der Sozialismus als schon vom Ansatz zum Scheitern verurteilt gesehen werden: "Weniger Lenin oder Stalin, die mehr oder minder gläubige Vollstrecker waren, als Marx selber hat den Sozialismus zu jener Todesstarre verurteilt, die ihn aus der Zeit warf." (86) Und natürlich darf auch das politisch-moralische Verdikt nicht fehlen, daß diese Träume (!) "aus der Welt ein riesiges Schlachthaus gemacht" hätten und am Ende "kaum mehr als eine unendliche Schreckensspur" übrig geblieben sei. (81) Wozu demgegenüber das nackte antiutopische Interesse des Realkapitalismus die Menschheit seit über 200 Jahren verurteilt hat und welche Blut-, Verbrechen- und Terrorsur seinen historischen Gang bis zum jüngsten Golf-Krieg begleitet, darüber schweigt natürlich des FAZ-Herausgebers Höflichkeit.

Wie auch immer, damit steht der erste Teil der Formel: Marxismus = Utopie = Sozialismus, Utopie = Traum = Schoß von Gewalt, Terror, Verbrechen.

Der zweite Teil der Formel entsteht dadurch, daß Fest die mythologische, sozialdarwinistische Ideologie des Faschismus über das Zwischenglied "gegenutopischer Radikalismus" in eine wenn auch "aggressive Utopie" transformiert. (42) Fest übergeht auch dabei

großzügig, daß gerade aus dem Antihumanismus und Antisozialismus der Faschisten die Attitüde des antiutopischen Realismus entsteht, womit die Verbindung vor allem zur konservativen Ideologie gegeben ist. Damit ist dann die Formel gestanzt: Sozialismus = Utopie = Faschismus, 1945 = 1989 = Ende der Utopie.

Totalitarismustheoretisch ist Fest selbstverständlich, wie es sich für einen zeitgenössischen Hitler-Biographen gehört, nicht nur Gegner des Marxismus und Sozialismus, sondern auch des "Nationalsozialismus". Aber die Gleichsetzung des Gegensätzlichen dient, wie die gesamte Historikerdebatte und ihre Ausläufer zeigen, der Relativierung und Abwiegung des Faschismus als Systems des Verbrechens und damit der Entsorgung der Geschichte des imperialistisch-kapitalistischen Deutschland, um mit dessen Traditionslinie den Ambitionen der neuen Großmacht historische Legitimation verleihen zu können.

Fests ungezügelter Abneigung gilt der linken Intelligenz. So nimmt es nicht Wunder, daß in seinem Wüten gegen den großen Denker der Linken, Ernst Bloch, die letzten Anstandsgrenzen fallen, war dieser doch in der Tat "der wortmächtigste Anwalt des neueren utopischen Denkens". (63) Hier stehen dann die Worte von der "totalitären Beschaffenheit" des Blochschen Rigorismus (68), von der Rechtfertigung des Moskauer "terroristischen Machtvollzugs" (69) und schließlich vom "intellektuelle(n) Autismus" (73), also der Flucht eines Geisteskranken in seine Wahnvorstellungen. Fest unterstellt dem Antifaschisten Bloch Geistesverwandtschaft zu Hitler, indem er moniert, Bloch hätte mehr Anlaß als Tho-

mas Mann gehabt, "eine selbstkritische Betrachtung unter dem Titel 'Bruder Hitler' zu schreiben". (75) Durch Bloch habe das Totalitäre eine "Art zweite Unschuld zurückgewonnen" und sei "wie ein verlорener Sohn in das deutsche Denken zurückgekehrt". (77)

Von ähnlicher "Güte" sind die Tritte Fests gegen Heiner Müller, Jürgen Habermas u. a. Mit sicherem Instinkt entdeckt er demgegenüber als neuen Bruder im Geiste den antiautoritären Rebellen a.D. W. Biermann, dessen Kommentar zum Abgang des Sozialismus ("Das großangelegte Tierexperiment am lebendigen Menschen ist beendet") er einem seiner Kapitel(chen) voranstellt.

MarxistInnen, deren Feindbild durch die jüngsten Ereignisse verwackelt ist, könnte die Lektüre möglicherweise von Nutzen sein. Freilich sind 20,- DM für diesen dünnen, wenn auch stilistisch anspruchsvollen Feuilletonext eine Investition ohne den geringsten Innovationseffekt.

Heinz Jung

Politische Ökonomie des DDR-Anschlusses

Herbert Schui, *Die ökonomische Vereinigung Deutschlands. Bilanz und Perspektive. Distel Hefte. Beiträge zur politischen Bildung. Distel Verlag, Heilbronn 1991, 128 Seiten, 16 DM.*

Die vorliegende Schrift ist keine systematische Abhandlung. Vielmehr handelt es sich um 13 Abschnitte, die zu der jeweiligen Frage- und Problemstellung eine relativ geschlossene Argumentation anbieten und in ihrer Gesamtheit die ökonomischen Grundprobleme des

Anschlusses der DDR an das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD aufrollen. Dabei geht es dem Hamburger Ökonomen und Hochschullehrer an der HWP nicht nur um das Aufdecken der Interessenbindung und Doppelbödigkeit der herrschenden Argumentationsmuster - eine Aufgabe, die Herbert Schui souverän bewältigt -, sondern vor allem auch um wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten und Alternativen. Das Buch erfaßt die Realentwicklung bis Mitte 1991. Seine damaligen gedanklichen Fortschreibungen sind inzwischen allesamt durch die Realität bestätigt.

Antriebskraft der politischen Umwälzung in der DDR war aus der Sicht des Verfassers die legitime Forderung nach westdeutschem Lebensstandard, der mit der Einführung der DM als offizieller Währung als erreichbar angesehen wurde. (7) Die daran "geknüpften irrationalen Hoffnungen" der DDR-Bevölkerung konnten sich jedoch nicht erfüllen. (110) "Das Versprechen der Währungsunion schließlich hat die Souveränität der DDR bewußt aufgelöst, ein fait accompli geschaffen, das die rasche staatliche Vereinigung unumgänglich gemacht hat." (19) Die Ursachen: Wahltaktik Kohls und "Großmanns-Sucht". (18) Das Ergebnis bis Ende 1991: Eine Industrieproduktion auf dem Indexstand 25 (1989 = 100), ein halbiertes Bruttosozialprodukt, eine Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung im Gang auf die 3-4 Millionen, 200 Milliarden DM jährlicher westdeutscher Transferzahlungen, ein anstehender Aufwand von etwa 2 000 Milliarden DM bis zum Jahr 2000 für die Angleichung der DDR-

Wirtschaft usw. Verantwortlich für das Desaster: "Die Währungsunion ist die unmittelbare und konkrete wirtschaftliche Ursache des Ruins der ostdeutschen Wirtschaft." (109)

Angesichts dieser Tatsachen kann die Feststellung des Sachverständigenrates (SVR) - "viereinhalb Jahrzehnte sozialistischer Mißwirtschaft (haben) den Grund für die wirtschaftliche Misere gelegt" (58) - nur als verlogenes Ablenkungsmanöver qualifiziert werden. Hätte man beispielsweise einem Land wie Belgien eine Überbewertung seiner Währung aufgezwungen, wie im Fall der Währungsunion mit der 1:1-Kostenumstellung der DDR-Wirtschaft geschehen, wäre es, so der Verfasser, zu einem "ähnlichen Desaster" gekommen. Dies wäre nun aber nicht das Ergebnis der belgischen Mißwirtschaft gewesen, sondern einer aufgezwungenen falschen Währungspolitik.

Hätte es eine Alternative gegeben? "Es hätte eine reale Chance gegeben, den Übergang zu glätten, wenn die Währungsunion der Endpunkt eines Prozesses der Steigerung der Arbeitsproduktivität der DDR gewesen wäre." (13) Noch Anfang 1990 war dies von der Mehrheit der westdeutschen Wirtschaftsrepräsentanten vertreten worden, später vor allem von Oskar Lafontaine und Edzard Reuter. (Die SPD war in dieser Frage gespalten. Als Setterin des reaktionären Trends profilierte sich, wie bei vielen anderen Fragen auch, die unsägliche Frau Matthäusmaier, SPD-Haushaltsexpertin.) Und im Frühjahr 1991 hatte nochmals Karl Otto Pöhl, der vormalige Bundesbankpräsident, daran erinnert. Sich dieser Sachverhalte heute zu vergewissern, ist wichtig, wenn es nun um die Finanzierung der

immensen Kosten des Crash-Anschlusses geht. Denn jetzt "sollen die Lohnbezieher für das einstehen, was die Politik verbockt hat" (58), wofür es aus Herbert Schuis Sicht allerdings keine stichhaltigen Gründe gibt.

Der Verfasser ignoriert keineswegs, daß die DDR-Wirtschaft infolge ihrer östlichen Einbindung im Vergleich zur BRD auf vielen Gebieten Modernisierungsrückstände aufzuweisen hatte. Die sachliche Bewertung der statistischen Daten ergibt allerdings ein durchaus differenziertes Bild.

Ein Kapitel für sich ist heute ohnehin die statistische Bewertung des Standes der früheren DDR-Wirtschaft. Offiziell waltet der Trend zur Minimierung, um den früheren Abstand zu vergrößern (Folge der SED-Mißwirtschaft!) und das Ausmaß des derzeitigen Desasters geschönt ausweisen zu können.

Nun, da mit der Liquidierung der DDR ein einheitlicher staatlicher Rahmen gegeben ist, geht es darum, wie aus dem damit schlagartig hergestellten einheitlichen Binnenmarkt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet werden kann, in dem der Verfassungsauftrag nach Angleichung der regionalen Lebensbedingungen verwirklicht wird. Aus Schuis Sicht ist es dazu vor allem nötig, die Produktionsbasis Ostdeutschlands zu erhalten und zu modernisieren. Freilich ist längst die Situation eingetreten, daß "der ostdeutsche Markt durch westdeutsche Produktion bedient wird" (47), die westdeutsche Konkurrenz also die ostdeutsche Wirtschaft niedergemacht hat. Wird die gerade dies beinhaltende Linie des Sachverständigenrats fortgesetzt, "dürfte die Deindustrialisierung Ostdeutschlands unumkehrbar sein".

(85) Die Gefahr von Verödung, Verarmung und Unterentwicklung des Ostens wachse. Pastorale Barmherzigkeitsappelle seien desorientierend, denn die Gefahr "lasse sich nicht durch Teilen, sondern einzig durch Produzieren überwinden". (122)

Vollziehe sich der derzeitige Gang der Dinge weiter, so sei nicht nur zu erwarten, daß die immensen Transferleistungen (1991=200 Mrd. DM) - die bisher den Markt und die Profite für die westdeutschen Konzerne und Banken im Osten geschaffen haben - die Finanzkraft der Alt-BRD überfordern, zu Steuererhöhungen treiben oder zu inflationären Tendenzen führen, sondern auch, daß sich "der Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands auf niedrigerem Niveau" vereinheitlicht. (32) Eine Senkung der durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen in der Alt-BRD von etwa 14 Prozent wäre damit angesagt.

Auf der anderen Seite kann, wie gegen alle vollmundigen Offerten des Bundeskanzlers Kohl die Realität zeigte, vom Privatkapital nicht erwartet werden, daß es sich mit Investitionen in der erforderlichen Größenordnung in Ostdeutschland engagiert. Zum einen erhöht es ja gerade seine Profite durch Auslastung seiner Westkapazitäten, zum anderen bestimmt der EG-Binnenmarkt 93 seine langfristigen Investitionsplanungen. Als Alternative bleibt deshalb nur: "Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft muß politisch betrieben werden". (48) Sie muß als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angegangen werden. Andernfalls folgt der rapiden Entwertung des Kapitalstocks die Vernichtung seiner physischen Bestandteile.

Schui entwickelt zur Bewältigung dieser Aufgabe eine Vielzahl von Einzelvorschlägen, die sich faktisch zu einem Alternativprogramm verdichten. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Finanzierungsfrage. Sein Credo: "Im Grundsatz gilt: Da im Osten Ressourcen ungenutzt sind, kann zur Finanzierung Kredit durch eine entsprechende Bundesbankpolitik geschaffen werden." (51) Die Schätzungen für die Aufwendungen zur Modernisierung des ostdeutschen Bruttoanlagevermögens belaufen sich auf 500 Mrd. DM bis 1995. 1991 waren 50 Mrd. von Privatinvestoren erwartet worden. Tatsächlich flossen von dieser Seite aber, wie die Presse im Februar 1992 berichtete, nur 25 Mrd. DM in den Osten. Schui führt wirtschaftspolitische und theoretische Argumente dafür an, daß eine Geldmengenausweitung dann und soweit nicht inflationär wirkt, wie und solange damit Produktion, eben die Aktivierung der ostdeutschen Ressourcen, induziert wird. Allemal ist dieses Argument stichhaltiger, als die Mär von der Notwendigkeit des großen Teilens zu Lasten der Westlöhne.

Gerade dagegen bezieht Schui vehement Front. Im Prinzip ist es eine alte Front. Aber bedingt durch den Gang der Ereignisse, sieht sich nun auch mancher Linke bemüßigt, im Zuge der gesamt-nationalen Verantwortung "für die Menschen" im Chor des nationalen Teilens mitzusingen - ohne noch nach Machtverhältnissen, Nutznießern und Profiteuren zu fragen und findet sich im Lamento gegen die starrköpfigen Gewerkschaften auf einmal auf der anderen Seite wieder. Aber gerade dann, wenn man sich auf einen "effektiven Kapitalismus" einzustellen bestrebt ist,

gehören dazu immer auch starke Gewerkschaften. Eine Politik des Lohnverzichts und des Abbaus des Lebensstandards ist demgegenüber nur dazu geeignet, diese notwendige Rolle der Gewerkschaften zu untergraben. Und zwar im Westen und im Osten. Stattdessen plädiert Schui für die Belastung der Bankprofite. In ihren Kassen landen derzeit jährlich allein 45 Mrd. DM an Zinsen für die den öffentlichen Haushalten geliehenen Kredite. Eine 1-Prozent-Besteuerung des Kreditvolumens der Banken erbrächte allein 26 Mrd. DM. Ferner sei - ähnlich wie 1952 - eine Investitionsumlage der Unternehmen anzustreben, mit der 16 Mrd. DM aufgebracht werden könnten. Und schließlich sei die Unternehmensliquidität von 670 Mrd. DM ein riesiges Reservoir. Angesichts dessen seien die Forderungen nach Bildung von Investitionsfonds aus Lohnteilen "völlig deplaziert".

Freilich verlange eine Kurskorrektur auch eine Erkenntnis dessen, daß "moderner Kapitalismus mit dem Begriff 'Marktwirtschaft' nicht zutreffend gekennzeichnet" werden kann (21), sowie eine "Abkehr von der Grundvorstellung, daß der Markt als Regelwerk für den ökonomischen Prozeß bei allen Aufgaben überlegen sei". (112) Dies dürfte gerade den marktwirtschaftlichen Neukonvertiten im Osten besonders schwer fallen.

Zu den offenen Problemen der zukünftigen Entwicklung gehört die sogenannte Akzeptanzfrage bei zu erwartenden 5 Millionen Arbeitslosen (14 Prozent) im neuen Deutschland. "Denn neu ins politische Kalkül treten all jene Ostdeutschen, die bei der Vereinigung um die Erwartung eines besseren Lebensstandards betrogen worden

sind. Zur schwer vorhersehbaren Attitüde derer, die nun frei und arbeitslos sind, addiert sich der Groll der Westdeutschen, denen 'finanzielle nationale Solidarität' abverlangt wird." (68) Und wo die ökonomischen Probleme nicht gelöst werden, der politische Druck aber bleibt, "besteht die übliche Reaktion in öffentlich lancierten Ablenkungsmanövern". (69) Seilschaften-, Stasi-, Ausländer/Asylanten- u.a. Kampagnen sind zweifellos auch in diesem Kontext zu sehen. Nach Lage der Dinge sind Wendungen nach links z.Z. nicht in Sicht. Was ansteht, so Schuis Warnung, ist eine politische Rechtsverschiebung, was wiederum die politische Korrektur der unerfreulichen ökonomischen Entwicklung schwieriger macht.

Zu den nur am Rande behandelten Fragen gehören die Exportverflechtung der früheren DDR und die Erörterung ihrer Rekonstruktionsmöglichkeiten sowie die generell mit der Entwicklung Osteuropas neu entstandene ökonomische Lage. Irritationen könnten sich bei der Lektüre der vorliegenden Schrift auch da und dort aus den unterschiedlichen Betrachtungs- und Argumentationsebenen ergeben. Werden die Macht- und Konkurrenzaspekte der marktwirtschaftlichen Veranstaltung, und sei es auch nur aus methodischen Gesichtspunkten, ausgeklammert, so erhält die Betrachtung schnell normative Züge. Bekanntlich schließt der Realkapitalismus immer auch Polarisierungen der Regionalentwicklung ein. Ostdeutschland als "mezzogiorno" der BRD stellt die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus nicht infrage. Die nationale Ausgleichsbewegung einzelwirtschaftlicher Effektivität und Produktivität schließt deshalb bei-

leibe nicht die Angleichung der regionalen Durchschnittseinkommen ein. Gerade deshalb gilt Herbert Schuis Plädoyer dem politischen Gegenhalten.

An einer Stelle (120) schreibt er, daß ohne Druck von unten eine Umorientierung kaum denkbar sei. Wer dieser Sicht nach wie vor verpflichtet ist, dem dürfte die vorliegende Schrift kaum verzichtbar sein. Blicke noch die Hoffnung auszudrücken, daß in einer Neuauflage eine Fortschreibung bis zur Gegenwart möglich wird.

Heinz Jung

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung - Neue Folge

Studien zum Werk von Marx und Engels. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung: Neue Folge. Heft 1. Hg. v. Carl Erich Vollgraf, Richard Sperl und Rolf Hecker. Hamburg: Argument-Verlag 1991

Die "Beiträge zur Marx-Engels-Forschung" erscheinen jetzt in einer "Neuen Folge" im Argument-Verlag. Im Editorial zum vorliegenden Heft 1 begründen die Herausgeber den Neubeginn nach 29 Heften der alten "Beiträge" mit der grundlegenden Veränderung der Bedingungen der Marx-Engels-Forschung durch die politischen Umwälzungen seit Herbst 1989. Mit den institutionellen Gegebenheiten haben sich auch inhaltliche Orientierungen gewandelt - nach dem Wegfall der durch parteipolitische Interessen der SED bedingten Vorgaben, an die die Arbeit an der MEGA zuvor gebunden war, "bietet ihre jetzt mögliche weitestgehende Internationalisierung und Akademisierung viele Chancen zur konsequenten historisch-kritischen

Behandlung der Marx-Engels-Texte".

Der Wandel der Betrachtungsweise wird in einem großen Teil der Beiträge von verdienten ForscherInnen aus der annektierten DDR thematisiert; seine Dimensionen erstrecken sich von Fragen des Umgangs mit Texten, die aus offenkundigen politischen Gründen mit durch das Selbstverständnis der SED bedingten Tabus kollidierten und nunmehr unvoreingenommen erschlossen werden können, bis hin zu Problemen der Editionsprinzipien.

Mit politischen Aspekten beschäftigt sich Ute Emmrich und Hanno Strauß in ihrer Untersuchung zur Publizistik von Marx und Engels im Jahre 1855. Sie weisen auf Engels' Kritik des Panlawismus hin, die vor Beginn der Perestroika im Interesse des Geschichtsbildes der KPdSU unter den Teppich gekehrt wurde, und rücken seine Einsichten zur Entwicklung der Militärtechnik ins rechte Licht, die profund waren, ohne daß man sie deshalb, wie bisher geschehen, als überragende Weisheiten überhöhen sollte. - Peer Kösling bezeichnet den Umgang mit Engels' Einleitung zur Marx'schen Schrift über die Klassenkämpfe in Frankreich als "Prüfstein für den akademischen, historisch-kritischen Charakter der MEGA"; er zeigt, daß den Positionen, die Engels kurz vor seinem Tod vertrat, weder die Vereinnahmung von "rechts" (durch Bernstein) noch eine Abqualifizierung von "links" angemessen ist, sondern Engels vielmehr eine Konzeption jenseits von "Revisionismus" und "Leninismus" formulierte. - Rolf Dlubek und Monika Steinke beschäftigen sich mit Marx' Wirken in der ersten Internationale. Sie heben vor allem Marx' politische Kom-

promiß- und Integrationsfähigkeit hervor; auch weisen sie darauf hin, daß eine genaue textkritische Untersuchung den Nachweis erbringt, daß Marx in seiner berühmten Inauguraladresse aus eigenem Antrieb und nicht etwa auf Drängen kleinbürgerlicher Kräfte auf die "simple laws of moral and justice" hinwies. Hier stellt sich freilich die Frage nach der Signifikanz dieser Erkenntnis: Hat es Bedeutung für die Substanz der Theorie, wenn Marx als politisch handelndes Subjekt sich in einem bestimmten Kontext solcher aus "orthodoxer" Sicht "kleinbürgerlich-humanistischer" Formulierungen bediente - wenn andererseits, wie Hans-Dieter Krause und Renate Merkel in ihrem Beitrag zum Engelsschen Spätwerk zeigen, gerade die Kritik moralisch-juridischer Sozialismuskonzeptionen essentieller Bestandteil der Marx-Engelsschen Theorie ist? Der Krause-Merkelsche Aufsatz, in dem ungebrochen der aus der SED-Doktrin tradierte, doch wohl etwas dubiose Begriff der "marxistischen Weltanschauung" auftaucht, endet indes mit der Charakterisierung des Engelsschen Werkes als "Beitrag ... zur Schatzkammer humanistischen Denkens" - das freilich könnte fast aus einer Honecker-Rede stammen. - Auch in Klaus-Dieter Blocks und Rolf Heckers Arbeit über Marx' "Book of the Crisis 1857" fallen Relikte gewisser Doktrinen auf, die unbedingt Gegenstand einer kritischen Diskussion werden sollten: Block und Hecker erklären, bei der Veränderung von Marx' Einschätzung der Rolle von Krisen im Kapitalismus (vom Zusammenbruchs- zum Regulationstheorem) habe die "materialistische Anwendung" der "Methode Hegels" eine Rolle gespielt. Es ist bekannt, daß Marx in

den 1850er Jahren die Hegelsche Logik erneut rezipierte. Ob aber die Marxsche Anknüpfung an diese sinnvollerweise als "Anwendung" einer "Methode" bezeichnet werden kann, läßt sich mit guten Gründen bezweifeln. Es ist nämlich problematisch, von einer "Hegelschen Methode" getrennt vom Inhalt zu reden - Dialektik kann man nicht "anwenden". Gewiß spricht Marx in der "Einleitung" 1857 von einer "Methode", jedoch ist der Sinn dieser Rede durchaus fraglich.

Marx-Engels-Forschung steht stets im Spannungsfeld zwischen historisch-philologischer Rekonstruktion und aktueller Rekonzeptualisierung, die auf die Erschließung des Materials zurückwirkt. Die Herausgeber weisen einleitend darauf hin, daß die bisherige Forschungspraxis in der DDR durch das heuristische Prinzip geleitet war, "die permanente Vervollkommnung der Marxschen Theorie zu erklären" - deren innere Geschlossenheit unterstellt wurde -, "ohne in gleichem Maße ihre Unvollendetheit zu reklamieren", während nunmehr viel klarer der fragmentarische Charakter des von Marx und Engels Hinterlassenen zutage tritt. Der Wandel der Einschätzung betrifft interpretatorische Aspekte wie auch rein philologische, auf die eine genaue Lektüre von Richard Sperls Darstellung der Grundlagen der bisherigen MEGA-Editionspraxis aufmerksam werden läßt - diese Richtlinien unterstellen nämlich etwa in der Behandlung von Textvarianten eine Progression kontinuierlicher Vervollkommnung. - Probleme der inhaltlichen Auswertung des Marx-Engelsschen Nachlasses werden anhand des Aufsatzes von Anneliese Griese und Gerd Pawelzik über Marx' und

Engels' Rezeption der Naturwissenschaften kenntlich. Dieser als "Einladung zur Diskussion" ohne Anspruch auf Endgültigkeit gedachte Beitrag stellt die doppelte Bedeutung der Naturwissenschaften für Marx in methodologischer wie inhaltlicher Hinsicht heraus. Verdienstvollerweise beziehen Griese und Pawelzik damit Stellung gegen antinaturalistische Tendenzen traditioneller Marx-Interpretationen (sie verweisen auf bestimmte Ansichten von Stalin; komplementär könnte man die hegelianisierenden Strömungen des westlichen Marxismus hinzufügen). Fragwürdig erscheint allerdings, daß das skizzenhafte Material im Vorgriff auf eine geschlossene Ganzheit ausgewertet wird: Griese und Pawelzik schlagen von den naturwissenschaftlichen Exzerpten des späten Marx den Bogen zurück zur Philosophie der Pariser Manuskripte und konstruieren so, ganz in der Manier der "wissenschaftlichen Weltanschauung" mit ihrer doch recht fragwürdigen diskursiven Äquivalenzkette "Humanismus-Materialismus-Vernunft-Wissenschaft-Emanzipation", das Marxsche Lebenswerk als kontinuierlichen, wenn auch unvollendeten Zusammenhang, als Projekt einer alle Wissensbereiche umspannenden Super-Theorie. Mag sein, daß Marx das subjektiv intendiert hat; gleichwohl fragt sich, ob nicht eine differenzierende und dekonstruierende, Diskontinuitäten und Brüche aufdeckende Herangehensweise (für die in den 60er/70er Jahren etwa Althusser eintrat) fruchtbarer wäre. In diese Richtung weist unter den Arbeiten des vorliegenden Bandes, die sich mit dem Originalmanuskript zum dritten Buch des Kapitals befassen, Michael Heinrich (Westberlin), der in seiner Unter-

suchung über den Stellenwert der Kredittheorie auf das Problem der Eingrenzung des (Erkenntnis)Gegegenstandes der Theorie und des Verhältnisses der Elemente innerhalb und außerhalb der Darstellungssystematik eingeht.

Abgerundet wird der in der Vielfalt der Themen äußerst anregende Band mit Berichten u.a. über die Geschehnisse des MEGA-Stiftungsvereins in den Wirren der Wiedervereinigung (Vollgraf), über Marx-Engels-Forschung in Japan - dazu wird auch eine Korrespondenz von Rolf Hecker, Eike Kopf und C.E. Vollgraf mit Izumi Omura dokumentiert -, über das Projekt einer neuen, erstmals nach den Originaltexten übersetzten Marx-Engels-Ausgabe in China (die bisherige war aus dem Russischen übersetzt und enthielt zahlreiche Fehler), sowie über die "Produktionsbedingungen" der MEGA mit den Mitteln der Computertechnologie.

Henning Böke

Verfassungsdebatte

Schriftenreihe der Marx-Engels Stiftung 18: Verfassung statt Grundgesetz: Zur Diskussion über eine neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., 1991, 240 Seiten, DM 16,80.

Der Verfassungsentwurf des "Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder" vom 18.5.1991 ist als Anlage abgedruckt. Die ersten 145 Seiten enthalten 11 Stellungnahmen zur Verfassungsdiskussion von Autoren aus West- und Ostdeutschland auf dem Hearing der Marx-Engels-Stiftung zu diesem Thema vom 1.6.1991 in Wuppertal.

Die Stellungnahmen beziehen sich teils auf die Diskussion um eine Verfassung, teils auf Aspekte der Verfassungswirklichkeit in der Ex-DDR: Abwicklung (Klaus Dammann), Eigentumsordnung der Treuhänder (Uwe-Jens Heuer).

Finke/Hetscher erinnern an das Manko des Grundgesetzes, nie durch Volksabstimmung legitimiert worden zu sein und fordern eine Volksabstimmung für eine neue Verfassung. Klenner befaßt sich mit dem Doppelcharakter von Verfassungsfragen als Macht- und Rechtsfragen. Schmitthenner/Bobke zum Recht auf Arbeit: Obwohl dies von einem kapitalistischen System nicht zu realisieren ist, plädieren sie für das Recht auf Arbeit als imperatives Staatszielpostulat und versprechen sich dadurch bewußtseinsfördernde Wirkungen. Lieberam berichtet von der "bunten" Länderverfassungsdiskussion im Osten, insbesondere in Brandenburg mit Elementen einer breiten demokratischen Debatte. Seine Formulierung, die konservativen Kräfte befänden sich in der Verfassungsdiskussion in der Ex-DDR in der Defensive wird von anderen Autoren allerdings nicht geteilt.

Der interessanteste Beitrag von Erwin Siemantel setzt die Inhalte der Verfassungsdiskussion mit einer Analyse der agierenden politischen Kräfte in Relation. Eine solche Betrachtungsweise interessiert vor allem unter dem Aspekt politischer Realisationsmöglichkeiten. Seine differenzierte Betrachtungsweise führt ihn beispielsweise dazu, die platonische Beziehung auch von Linken zu plebiszitären Elementen überhaupt nicht zu teilen, will aber bestimmte "Unantastbarkeiten" von antifaschistisch motivierten Verfas-

sungsrechten nicht einem Volkstentscheid aussetzen. Mehrere Autoren konzentrieren sich auf die Abschaffung des Grundgesetzartikels 21 Abs. 2 (verfassungsfeindliche Parteien), der traurige Berühmtheit durch das KPD-Urteil 1956 erlangte. Übrigens "lebt" dieser Artikel im Kuratoriumsentwurf (als Art. 2 Abs. 4) in einer Form weiter, die Interpretationsspielraum im Sinne der Totalitarismus-These läßt.

Schwer nachvollziehbar ist die These von Römer: Volksabstimmung vor und zur Vereinigung wäre sinnvoll gewesen, über eine neue Verfassung jetzt aber nicht. Risches "alte" Einheitsfrontkonzeptionen und die Postulierung der DKP als Ausdruck von relevanter Vertretung von "Bürgerwille, vor allem aus der Arbeiterschaft" erscheinen wenig zeitgemäß.

Die Marx-Engels-Stiftung hat das Verdienst, mit diesem Buch der Gefahr entgegenzuwirken, daß jene, die links von der SPD stehen, die Verfassungsdiskussion verschlafen. Leider sieht es bisher danach aus.

Norbert Elb

Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg

Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg, Verlag Jugend und Geschichte, Rostock 1991, 138 S.

Dieses Buch ist das Ergebnis eines Kolloquiums zum Thema "Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg" des Fachbereichs Geschichtswissenschaft (Forschungsgruppe "Jugendgeschichte") an der Universität Rostock am 11./12. April 1991. Es ist ein Sammelband. Die Beiträge

füßen weitgehend auf Ergebnissen jahrelanger systematischer Forschungen von Historikern, Soziologen und Pädagogen sowohl der Ex-DDR als auch der alten Bundesrepublik. Hier "bestanden bereits vor den politischen Umwälzungen in der DDR... zwischen Jugendgeschichtsforschern beider deutscher Staaten stabile Beziehungen" (S. 7).

Die Beiträge sind zum Teil globaler Natur als auch Untersuchungen spezieller Themenbereiche.

Karl Heinz Jahnke skizziert in einem quellenmäßig fundierten Aufsatz "Die Rolle der deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg - Stand und Perspektive der historischen Forschung". Der Leser erhält hier einen gründlichen Überblick bisheriger Forschungsarbeit. Arno Klönne untersucht qualifiziert die Lebensbedingungen, Erfahrungen und Mentalitäten der deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg. Er "gräbt" so manche bisher unbekannte Tatsachen aus und stellt sie in den zeitgeschichtlichen Zusammenhang.

Die anderen Autoren vermitteln spezielle Erkenntnisse aus der Thematik. So erfahren wir Einzelheiten über den "Kriegseinsatz der deutschen Jugend 1939 bis 1945" (Carsten Ullmann); erhalten Einschätzungen über die "Stellung und Kompetenzen des Reichsjugendführers der NSDAP im Kriegseinsatz der Hitlerjugend" (Torsten Schaar) und die "Jugend im 'Totalen Krieg' 1944/45" (Bernd A. Rusinek). Aber auch das Gesicht der Schule - skizziert auf der Grundlage von Schüleraufsätzen aus den Jahren 1939 bis 1945 (Hermann Langer) findet Behandlung. Nicht zuletzt kommen Widerstandsaktionen der Jugend gegen den Faschismus (Edelweißpiraten -

Alfons Kenkmann - und Prenzlauer Berg - Günter Wehner) zu Wort. Barbara Bromberger und Jutta von Freyberg geben hier eine gründliche Übersicht in ihrem Aufsatz "Zur deutschen Jugend gehören auch die Ausgegrenzten und der Widerstand". Eine Bibliographie "Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg" von Karl Heinz Jahnke/Carsten Ullmann rundet diesen Band vorteilhaft ab. Er ist Leser auf nicht nur zur Durchsicht zu empfehlen.

Fritz Krause

Erratum

Die Redaktion bedauert, daß sich in Teil III des Essays von Pierre Vidal-Naquet, Die Mörder des Gedächtnisses, in Z 9 ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen hat. Auf S. 159 heißt es dort in Zeile 18ff.: "Und Claude Lanzmann hat nur Recht, wenn er schreibt, daß 'ernsthafte Schätzungen heute auf 3 1/2 Millionen hinauslaufen'." Es muß aber heißen: "Und Claude Lanzmann hat Unrecht, wenn er schreibt..."

DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur



6,50 DM; Jahresabo: 60 DM;

Coupon bitte einsenden an: DRITTE WELT, Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte ein Probeabo
(3 Hefte für 10 DM, gegen Vorkasse: Schein oder Scheck)

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstr. 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

blätter des iz3w

informationszentrum
dritte welt-iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

- Afrika im Aufbruch (Nr. 176)
- Transnationale Konzerne (Nr. 177)
- Nationalismus (Nr. 178)
- Tourismus und Menschenrechte (Nr. 179)
- **Neu:** Kolonialismus III (Nr. 180, März '92)
- ECO/UNCED (Nr. 181, Mai '92)

8 mal im Jahr für 48 Mark
Einzelheft 6 DM + 1,80 Porto
Materialliste anfordern!
Bezug: iz3w, Postfach 5328,
7800 Freiburg

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Nr. 9:

Rassismus und Sexismus

Themen: Herrschaftsverhältnisse aus der Sicht schwarzer Frauen (Deborah K. King), Rassismus und Frauenbewegung (Sanchita Basu), Rassismus, Sexismus und US-Arbeiterbewegung (Albert Scharenberg), Rassismus und Geschlechterverhältnisse (Sigrun Scheve), Gentechnologie (Gaby Abels u.a.), Lega Lombarda (Oliver Schmidtke), u.a.

Aktuelle Debatten: Stasi und kein Ende (Michail Nelken), Reformsozialisten in der DDR (Frank-Otto Pirschel), u.a.

ca. 72 Seiten, 6,- DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci (3. Auflage, 68 Seiten, 6,- DM)

Sonderheft 2: Walter Benjamin (76 Seiten, 6,- DM)

Nr. 4: Feminismus-Marxismus (2. Auflage, 64 Seiten, 6,- DM)

Nr. 8: Gewendete Rechte? (80 Seiten, 6,- DM)

Das Einzelheft kostet 6,- DM, im Abo 4,- DM. **Bestellungen an:** Volker Finthammer, Methfesselstr. 5, W-1000 Berlin 61

AutorInnen

Vera Affeln - Frankfurt/M., Lehrerin

Henning Böke - Frankfurt/M., Student der Philosophie

Thomas Collmer - Hamburg, Doktorand der Philosophie, Schriftsteller

Dr. Ulrich Dolata - Bremen, Ökonom, Mitarbeiter der Memo-Gruppe

Norbert Elb - Frankfurt/M., Student

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Mitarbeiter der MEMO-Gruppe

Dr. Johannes Henrich von Heiseler - Dierdorf, Mitherausgeber und Redakteur von Z

Prof. Dr. Jörg Huffschmid - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von Z

Hermann Jacobs - Berlin

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z

Claus Dieter König - Marburg, Student der Politologie und Mathematik

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgeber von Z

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Redakteur, Vorstandsmitglied des IMSF e.V.

Jörg Miehe - Göttingen, Soziologe

Werner Rätz - Bonn, Politologe

Dr. Jürgen Reusch - Bad Homburg, Politikwissenschaftler, Vorsitzender des IMSF e.V., Mitherausgeber von Z

Prof. Dr. Arturo A. Roig - Buenos Aires, Philosoph

Prof. Dr. Werner Ruf - Kassel, Hochschullehrer

Christoph Spehr - Berlin, Gesellschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden - Kassel, Hochschullehrer

Prof. Dr. Hartwig Zander - Wiesbaden, Hochschullehrer

SELBSTORGANISATION

Jahrbuch für Komplexität
in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften
Herausgegeben von Uwe Niedersen (geschäftsführend)

Band 2 · 1991

Der Mensch in Ordnung und Chaos

Herausgegeben von
Uwe Niedersen und Ludwig Pohlmann

283 S. 1991. DM 128,-
(3-428-07251-0)

Niklas Luhmann: Selbstorganisation und Information im politischen System – **Axel Ziemke:** Selbstorganisation und transklassische Logik – **Ewald Johannes Brunner** und **Wolfgang Tschacher:** Selbstorganisation und die Dynamik von Gruppen – Die systemische Perspektive in der Sozial- und Organisationspsychologie – **Günter Schiepek** und **Wolfgang Schoppek:** Synergetik in der Psychiatrie: Simulation schizophrener Verläufe auf der Grundlage nicht-linearer Differenzgleichungen – **Rainer-M. E. Jacobi:** Die Chancen der Krise. Mensch und Kultur im Spannungsfeld von Ordnung und Chaos – **Judith Bartel** und **Hans-Georg Bartel:** Der Selbstorganisationsgedanke in Richard Wagners Werk „Der Ring des Nibelungen“ – **Günter Küppers** und **Rainer Paslack:** Chaos – Von der Einheit zur Vielheit. Zum Verhältnis von Chaosforschung und Postmoderne – **Ludwig Pohlmann** und **Uwe Niedersen:** Jenseits der linearen Zeit – **Helmut Gebauer:** Determinismus versus Konstruktivismus – **Peter Schuster:** Katastrophen, Chaos und Fraktale. Modeströmungen in der Wissenschaft oder Beginn eines Verstehens komplexer Systeme? – **Marie-Luise Heuser-Kefler:** Georg Cantors transfinite Zahlen und Giordano Brunos Unendlichkeitsidee – **Uwe Niedersen:** Energie, Glück und Autopoiese. Ostwalds Vorstellungen über Transformationen zwischen Energieflüssen und physiologischen sowie psychischen Zusammenhängen – **Wilhelm Ostwald:** Die Technik des Glücks; Theorie und Technik des Glücks (ediert von Uwe Niedersen, Hans-Jürgen Krug und Ludwig Pohlmann) – Buchbesprechungen

Duncker & Humblot · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-1000 Berlin 41 · Telefax (030) 79000631

Die „Fünf Weisen“ (= Sachverständigenrat) bei der Begutachtung der Wirtschaftslage.



... falls dies nicht Ihr Fall ist
und Sie Wert auf fundierte Analysen legen –
... lesen Sie isw-reports!
... und Sie werden sogar um Abonnement!

isw

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-Abo/Förderer

- Ich abonniere *isw-report* einschließlich *isw-wirtschaftsinfo* zusammen für DM 5,- plus Porto
- Ich möchte beim *isw e.V.* Förderer werden. Und zwar mit einer monatlichen Spende von _____ DM (mind. DM 10,-, steuerlich absetzbar). Förderer erhalten alle Veröffentlichungen des *isw e.V.*

Name _____

Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

Einzelbestellung (u.a. sind erschienen)

Exmpl. Deutschland — von der Geldmacht zur Weltmacht? Aspekte zur Ökonomie und Politik Großdeutschlands (Oktober 91), DM 4,- + Porto

Exmpl. „G 7“ Der Gipfel, diese Weltwirtschaft — Fakten u. Analysen zum Weltwirtschaftsgipfel (G 7) (April 92), DM 5,- + Porto

Exmpl. isw-forum: Globalisierung der Märkte — Strategien transnationaler Konzerne (Dez. 91), DM 6,- + Porto

An: *isw e.V.* Georg-Wopfinger-Str. 46, 8000 München 45
Konto: *isw e.V.* Sparda Bank München,
Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)